FAKTOREN DES AUSSENPOLITISCHEN MEINUNGS- UND WILLENSBILDUNGS-PROZESSES INNERHALB DER GEMÄSSIGTEN RECHTEN FRANKREICHS IN DEN JAHREN 1934 - 1936

Eine historisch-politologische Studie zum Verhältnis von Gesellschaftssystem und Außenpolitik

ROLAND A. HÖHNE

1968

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552705_0034

Dissertationsdruck- und Verlagsanstalt
Werner Blasaditsch Augsburg Theodor-Heuß-Platz 3
Printed in Germany

FAKTOREN DES AUSSENPOLITISCHEN MEINUNGS- UND WILLENSBILDUNGSPROZESSES INNERHALB DER GEMÄSSIGTEN RECHTEN FRANKREICHS IN DEN JAHREN 1934 - 1936

Eine historisch-politologische Studie zum Verhältnis von Gesellschaftssystem und Außenpolitik

Inaugural - Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Freien Universität
Berlin

vorgelegt von
Roland A. Höhne
aus Halle/Saale

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Dekan: Professor Dr. phil. Erich Loos
Referent: Professor Dr. phil. Gilbert Ziebura
Korreferent: Professor Dr. phil. Georg Kotowski

Tag der mündlichen Prüfung: 14. Februar 1968

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	6
Einleitung	
Problem	7
Fragestellung	8
theoretischer Ansatz	9
Erstes Kapitel	
I. Die blockierte Gesellschaft	13
A) Das Sozialsystem	13
a) Die Machtstruktur	14
b) Die soziale Mobilität	28
c) Der Herrschaftsstil	29
d) Das Verbandswesen	30
e) Der Malthusianismus	30
B) Das Wirtschaftssystem	
a) Struktur	30
b) Entwicklung nach dem I. Weltkrieg	31
C) Das Politische System	
II. Die Krise der blockierten Gesellschaft	31
A) Die wirtschaftlichen Folgen des I. Weltkrieges	34
B) Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die französische Wirtschaft	34
C) Die Veränderungen der Sozialstruktur	36
D) Die politische Krise	37
Zweites Kapitel	
Die gemäßigte Rechte - Struktur und Ideologie einer bürgerlichen Bewegung	
A) Stellung im politischen System	40
B) Die innere Gliederung	43
C) Die soziale Basis	45
D) Die Organisation	46
E) Die Presse	50
Drittes Kapitel	
Zum Selbstverständnis der gemäßigten Rechten	59
A) Der republikanische Konservativismus	60
B) Der konservative Liberalismus	64

Seite

C) Der republikanische Nationalismus 66
D) Der Kolonialismus 76
E) Der Antikommunismus 79

Viertes Kapitel
Die staats- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der gemäßigten Rechten

I. Die staatspolitischen Vorstellungen 85
A) Der parlamentarische Reformismus 87
B) Der antiparlamentarische Reformismus 93
II. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen
A) Die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftskonzeption 98
B) Die Finanzpolitik 102
C) Wirtschaftspolitik 103

Schlußbetrachtung der Strukturanalyse 105

Fünftes Kapitel
Die außenpolitischen Ziele und Methoden der gemäßigten Rechten

A) Die Repressionspolitik: das französische System 108
B) Die Verständigungspolitik: Locarno 112
C) Der außenpolitische Konsensus 113
D) Der Aufstieg des Nationalsozialismus und der Zerfall des außenpolitischen Konsensus 116
E) Die Reaktion auf die nationalsozialistische Machtergreifung 119
F) Die 'Union nationale' und die Rückkehr zur kontinentalen Gleichgewichtspolitik 122

Sechstes Kapitel
Die französisch-sowjetischen Beziehungen

A) Der Ostpaktplan 127
B) Der französisch-sowjetische Pakt 129
C) Die antisowjetische Opposition 131
D) Das europäische Sicherheitssystem 138
E) Der Versuch einer deutsch-französischen Verständigung 148
F) Die Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Pakts 152

Siebentes Kapitel — Seite

Die Westorientierung

A) Die französisch-italienischen Beziehungen 156
a) Der Viererpakt 157
b) Die französisch-italienische Annäherung 158
c) Das Italienbild 159
d) Die Italienpolitik 164
e) Die französisch-italienische Entente 168

B) Die französisch-britischen Beziehungen 173
a) Der Luftpakt 173
b) Die deutsche Remilitarisierung 175
c) Die Stresafront 176

C) Der Äthiopienkonflikt 179
a) Die Vermittlungspolitik 179
b) Die Opposition gegen die Vermittlungspolitik 183
c) Die pro-italienische Minderheit 183
d) Die pro-britische Minderheit 187

Schlußbemerkungen 190
Anmerkungen 200
Bibliographie 240
Lebenslauf 269

VORWORT

Die Anregung zu dieser Arbeit erfolgte durch die Beschäftigung mit der französischen Reaktion auf die Remilitarisierung des Rheinlandes im Frühjahr 1936. Ihr liegt die von Gilbert Ziebura entwickelte Fragestellung nach dem Zusammenhang von Gesellschaftssystem und Außenpolitik zugrunde. Durch die Analyse des außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses innerhalb der wichtigsten französischen Führungsgruppe der Zwischenkriegszeit, der gemäßigten Rechten versucht sie, diesen Zusammenhang an einem konkreten Fall zu erhellen und dadurch einen Beitrag zur Erforschung der Vorgeschichte des II. Weltkrieges und zur Weiterentwicklung der Theorie des Entscheidungsprozesses zu leisten.

Herrn Professor Ziebura und seinen Mitarbeitern am Institut für politische Wissenschaften in Berlin möchte ich an dieser Stelle recht herzlich für ihre Hilfe und Unterstützung danken. Ihre Anregungen und Hinweise waren für mich bei der Durchführung dieser Untersuchung sehr wertvoll. Ferner gilt mein Dank meinen Lehrern am Institut d'Etudes Politiques in Paris, Alfred Grosser und René Rémond, die mich während meiner Studienjahre in Paris in großzügiger Weise förderten.

Berlin, im Dezember 1970

Roland A. Höhne

Einleitung

a) Problemstellung

Frankreich garantierte seit 1919 im Interesse seiner nationalen Sicherheit und europäischen Vormachtstellung die Nachkriegsordnung in Europa. Es wollte dadurch eine Erneuerung der deutschen Großmacht verhindern, welche das europäische Kräfteverhältnis zu seinen Ungunsten verändert hätte. Für die Durchsetzung seiner Ziele stand ihm ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung: Friedensverträge, Bündnisse, Ententen, Freundschaften, Sicherheits- und Garantieabkommen, Streitkräfte, Kolonien, Flotten, Stützpunkte, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, Reparationsansprüche, territoriale Faustpfänder. Dieses vielfältige Instrumentarium versetzte es bis 1935 in die Lage, die territorialen und machtpolitischen Grundlagen der Nachkriegsordnung aufrecht zu erhalten. Ab 1935 tolerierte es jedoch ihre schrittweise Zerstörung durch Deutschland. Es protestierte zwar jedesmal gegen die deutschen Vertragsverletzungen, versuchte jedoch nicht, Deutschland durch den Einsatz militärischer Mittel zur Respektierung der europäischen Ordnung zu zwingen. Dadurch verlor es zunächst seine europäische Vormachtstellung und schließlich auch seine nationale Unabhängigkeit. [1)]

b) Fragestellung

Wie ist es zu erklären, daß Frankreich der offenkundig gegen seine nationalen Interessen gerichteten deutschen Revisions- und Expansionspolitik seit 1935 keinen nennenswerten Widerstand mehr entgegensetzte?
Diese Frage ist in letzter Instanz bisher weder empirisch noch theoretisch befriedigend beantwortet worden. Die zahlreichen Untersuchungen der französischen Politik jener Jahre schildern zwar den Ablauf der politischen Ereignisse und versuchen auch, sie zu interpretieren, stoßen aber nicht zu den "phénomènes de profondeur" vor, welche die französische Außenpolitik bestimmten.[3] Gewiß war zunächst einmal die zuverlässige Erarbeitung der einfachen Fakten nötig, aber nun müssen auch die strukturellen Bedingungen dieser Fakten untersucht werden, denn nur so läßt sich die schwierige Frage beantworten, warum Frankreich so gehandelt hat wie es gehandelt hat. Die vorliegende Arbeit versucht nun, durch eine Analyse des außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses der gemäßigten Rechten in den Jahren 1934-36 einen Beitrag zur Klärung dieser für das Verständnis der Zwischenkriegszeit so wichtigen Frage zu leisten. Sie beschäftigt sich mit der gemäßigten Rechten, weil gerade sie aufgrund ihrer zentralen Stellung im Herrschaftssystem der III. Republik einen entscheidenden Einfluß auf die französische Politik jener Zeit ausübte.[4] Die Analyse ihres außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses zeigt daher am besten diejenigen Faktoren auf, welche die französische Haltung gegenüber Deutschland bestimmten.

c) theoretischer Ansatz

Für die Analyse des Meinungs- und Willensbildungsprozesses politischer Gruppierungen gibt es eine Anzahl theoretischer Modelle, die sich als methodologischer Zugang für unsere Untersuchung anbieten. Da sie jedoch meistens an Fällen entwickelt worden sind, die sich wesentlich von unserem Fall unterscheiden, lassen sie sich nicht ohne weiteres übernehmen.[4] Sie können lediglich als Anregung für eigene methodologische Überlegungen, nicht aber als Ersatz dafür dienen.

Eine Untersuchung des außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses hat von der Tatsache auszugehen, daß Willensbildung Meinungsbildung voraussetzt. Der Meinungsbildungsprozeß bildet somit das Vorfeld des Willensbildungsprozesses. Er muß daher getrennt von diesem analysiert werden, obgleich er in der Praxis eng mit ihm verfochten ist.[5]

Der Meinungsbildungsprozeß vollzieht sich auf zwei Ebenen; auf der des Wählers und der der öffentlichen Meinung. Auf der des Wählers bereitet er in der Praxis der parlamentarischen Demokratie keine Entscheidungen vor. Vielmehr dient er lediglich der Konsensusbildung zwischen Wählern und Gewählten. Er kann daher in unserer Untersuchung vernachlässigt werden. Der Meinungsbildungsprozeß der oberen Ebene, d.h. der der Öffentlichen Meinung, beeinflußt dagegen direkt die politische Willensbildung. in ihm werden latente Meinungen zu manifesten Meinungen formuliert und zu politischen Willen strukturiert. Er bildet deshalb einen integralen Bestandteil des Willensbildungsprozesses und muß daher im Mittelpunkt unserer Untersuchung stehen. [6)]

Zwischen beiden Ebenen des Meinungs- und Willensbildungsprozesses finden ständige Kommunikationen statt. Die Angehörigen der Führungsschicht diskutieren nicht nur unter sich sondern wenden sich auch direkt an die Wähler, um deren Gunst zu gewinnen. Diese antworten zwar in den seltensten Fällen direkt durch Leserbriefe, Petitionen, Wortmeldungen, aber sie bekunden doch von Zeit zu Zeit ihre Meinungen durch ihre Stimmabgabe bei Wahlen oder durch direkte Aktionen (Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen). Sie nehmen daher indirekt stets am Willensbildungsprozeß teil. [7)]

Im Verlauf des Willensbildungsprozesses verwandeln sich theoretisch manifeste Meinungen durch Entscheidungen zu politischen Willen. [8)] In der Praxis fallen jedoch jeweils mehrere Teilentscheidungen, welche die Debatte nicht beenden sondern lediglich strukturieren. Es wäre daher irreführend, den Prozeßverlauf als einen linearen Vorgang zu betrachten. Vielmehr handelt es sich dabei um ein dialektisches Wechselspiel zwischen latenten und manifesten Meinungen, formulierten Willen und politischen Entscheidungen. [9)]

Auf den außenpolitischen Willensbildungsprozeß wirken sowohl interne als auch externe Faktoren ein [10)]. Diese allgemeingültige Feststellung gilt ganz besonders für den außenpolitischen Willensbildungsprozeß der gemäßigten Rechten in den dreißiger Jahren, denn er vollzog sich in einem Kontext, der durch die enge Verzahnung innen- und außenpolitischer Probleme gekennzeichnet war. Aufgrund der gleichzeitigen Herausforderung durch das national-sozialistische Deutschland und durch die Volksfront war die gemäßigte Rechte gezwungen, sowohl innen- als auch außenpolitische Faktoren bei ihrer Willensbildung zu berücksichtigen [11)].

Aus der Interdependenz des innen- und außenpolitischen Bereichs ergibt sich die Zentralfrage dieser Untersuchung. Sie bezieht sich auf das Verhältnis interner und externer Faktoren beim außenpolitischen Willensbildungsprozeß.

Auf eine Formel gebracht lautet sie: Haben primär innen- und gesellschaftspolitische Faktoren das außenpolitische Denken der gemäßigten Rechten in den dreißiger Jahren bestimmt oder wurde dies vom internationalen Sachzwang geprägt? Diese Frage läßt sich nicht aufgrund einer wissenschaftstheoretischen Vorentscheidung beantworten. Eine Erklärung außenpolitischer Meinungen allein durch den internationalen Sachzwang wäre oberflächlich, denn sie stellt lediglich diese Meinungen zu den historischen Umweltsbedingungen in Beziehung ohne die internen Faktoren zu berücksichtigen, die ebenfalls auf die Willensbildung der Akteure einwirkten. Sie wäre jedoch nicht unbedingt falsch, weil außenpolitische Meinungen zu mindest bis zu einem gewissen Grade vom internationalen Sachzwang bzw. von Reflexionen über ihn bestimmt werden. Eine Erklärung allein durch interne Faktoren wäre jedoch einseitig, würde sie doch den konkreten internationalen Kontext vernachlässigen, innerhalb dessen sich der Willensbildungsprozeß vollzieht. Da sich außenpolitische Meinungen erst durch das Zusammenwirken interner und externer Faktoren bilden, müssen auch beide Faktorengruppen gleichwertig behandelt werden. Erst die konkrete Untersuchung des Willensbildungsprozesses kann zeigen, welche Faktorengruppe auf ihn den bestimmenden Einfluß ausgeübt hat. Die These vom Primat der Innenpolitik ist daher als theoretische Arbeitsgrundlage der Untersuchung ebenso unbrauchbar wie die These vom Primat der Außenpolitik[12].

Um die Bedeutung der einzelnen Faktoren für die Willensbildung bestimmen zu können, muß der Willensbildungsprozeß sowohl vertikal als auch horizontal analysiert werden. Die vertikale Analyse erstreckt sich auf seine strukturellen Gegebenheiten innerhalb des Herrschafts- und Gesellschaftssystems. Sie liefert seine innen- und gesellschaftlichen Voraussetzungen und muß deshalb der horizontalen Analyse vorangehen. Die horizontale Analyse beschäftigt sich mit dem Prozeßverlauf. Sie verfolgt die Entstehung, Entwicklung und Wirkung der einzelnen Meinungen und zeigt die Interaktionen zwischen den einzelnen Faktoren auf[13].

Durch die Koppelung von vertikaler und horizontaler Analyse ist es möglich, den Zusammenhang zwischen Gesellschaftssystem und außenpolitischer Meinungsbildung zu erhellen. Sie zeigt die Mechanismen auf, durch die gesellschaftliche Kräfte auf den außenpolitischen Willensbildungsprozeß einwirken. Dadurch leistet sie einen wertvollen methodologischen Beitrag zur Weiterentwicklung der Theorie des Entscheidungsprozesses[14].

Aus diesem methodologischen Ansatz ergibt sich der Aufbau der Arbeit. Zunächst wird das Herrschafts- und Gesellschaftssystem der III. Republik untersucht. Daran schließt sich die Strukturanalyse der gemäßigten Rechten an, und

schließlich folgt die Untersuchung des eigentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozesses.

Die Untersuchung des Herrschafts- und Gesellschaftssystems stützt sich im wesentlichen auf die Ergebnisse von Stanley Hoffmann[15]. Sie übernimmt seine These von der "blockierten Gesellschaft" und versucht, die Auswirkungen der Krise dieser Gesellschaft in den dreißiger Jahren auf das Herrschaftssystem der III. Republik deutlich zu machen.

Die Strukturanalyse der gemäßigten Rechten befaßt sich mit der gesellschaftlichen Verankerung, der sozialen Zusammensetzung, dem organisatorischen Aufbau, der politischen und ideologischen Gliederung sowie mit den staats- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen der am Willensbildungsprozeß beteiligten Gruppen. Sie knüpft an die Untersuchungen von René Rémond über die französische Rechte an, führt jedoch über diese hinaus[16].

Die Untersuchung des eigentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozesses befaßt sich im wesentlichen mit der Meinungs- und Willensbildung innerhalb des Führungspersonals der gemäßigten Rechten. Diese Beschränkung auf einen relativ engen Personenkreis wird durch die Struktur der untersuchten Gruppen gerechtfertigt. Diese sicherte dem Führungspersonal den dominierenden Einfluß auf den Willensbildungsprozeß und degradierte die einfachen Mitglieder zum bloßen Resonanzboden der gruppeninternen Auseinandersetzungen[17].

ERSTES KAPITEL

Analyse des Gesellschafts- und Herrschaftssystems der III. Republik

Die französische Gesellschaft der Zwischenkriegszeit war ein komplexes Gebilde aus industriellen und vorindustriellen Elementen. Sie war weder statisch noch dynamisch, weder demokratisch noch autoritär, weder revolutionär noch reaktionär sondern stets beides zugleich. Ihre soziale Mobilität war gering, ihr wirtschaftliches Wachstum schwach, ihre Machtstrukturen verhärtet und ihre Transformationsmechanismen blockiert. Wegen dieser Blockierung ist sie von Stanley Hoffmann treffend als "blockierte Gesellschaft" bezeichnet worden[1].

Die blockierte Gesellschaft entstand nach dem Sturz des II. Kaiserreiches durch einen Herrschaftskompromiß zwischen den besitzenden Klassen. Die Bourgeoisie verzichtete auf die weitere Industrialisierung der Wirtschaft und die Mittelklassen auf die weitere Demokratisierung der Gesellschaft. Auf diese Weise vermochte sich ein prekäres Gleichgewicht zwischen der Landwirtschaft, dem Dienstleistungsgewerbe und der Industrie sowie zwischen den besitzenden Klassen zu behaupten. Dieses Gleichgewicht garantierte die Stabilität der französischen Gesellschaft, verhinderte jedoch ihre Weiterentwicklung. Sie war daher in der Zwischenkriegszeit nicht mehr in der Lage, die durch die zweite Industrialisierungswelle am Ende des 19. Jahrhunderts ausgelösten und durch den I. Weltkrieg dynamisierten Entwicklungsprozesse zu steuern und auf die Herausforderung des internationalen Systems adäquat zu reagieren. Sie geriet dadurch in den dreißiger Jahren in eine tiefe Krise, die ihre Funktions- und Handlungsfähigkeit entscheidend einengte. Die internationale Abdankung Frankreichs ab 1935/36 muß als Folge dieser Gesellschaftskrise betrachtet werden.

A) Das Sozialsystem

Die blockierte Gesellschaft zeichnete sich durch die enge Verzahnung ihrer Subsysteme, einen bürokratischen Herrschaftsstil, einen starken Individualismus und Malthusianismus aus. Ihren Kern bildete ein Sozialsystem, das noch überwiegend traditionell strukturiert war. Die für kapitalistische Industriegesellschaften typischen Klassen der Wirtschaftsbourgeoisie und des Industrieproletariats bildeten lediglich die Minderheit der Bevölkerung. Die Mehrheit bestand noch aus vorindustriellen Gruppen, die sich zäh behaupteten und der französischen Gesellschaft ihren unverwechselbaren mittelständischen Charakter verliehen. Diese Gruppen identifizierten sich jedoch mit der Bourgeoisie

und übernahmen weitgehend deren Wertordnung und Normensystem. Sie können daher als ein Teil des Bürgertums im weiteren Sinne betrachtet werden.

a) Die Machtstruktur

Die Bourgeoisie bildete die führende Klasse der französischen Gesellschaft. Sie beherrschte fast sämtliche politischen, sozialen, geistigen und ökonomischen Führungsgruppen und sie kontrollierte weitgehend die Wirtschaft, den Staat und die funktionalen Großorganisationen (Armee, Verwaltung, Kirche, Universität). Ihre Macht beruhte einerseits auf dem Besitz von fungieblem Privateigentum, zum anderen auf ihrer Stellung in der sozialen Hierarchie und ihrem Bildungsmonopol; d. h. sie war keine rein ökonomische Klasse sondern ein sozialer Herrschaftsverband, der die typischen Merkmale einer Machtelite aufwies[2)].

Die Bourgeoisie gliederte sich in zwei deutlich voneinander geschiedene Fraktionen: das traditionelle Besitzbürgertum und die moderne Wirtschaftsbourgeoisie. Beide Fraktionen waren zwar durch vielerlei soziale Bande miteinander verbunden, aber sie besaßen aufgrund ihrer unterschiedlichen Zusammensetzung und unterschiedlichen ökonomischen Basis unterschiedliche Interessen. Aus ihrem Interessengegensatz resultierte ein sozialer Konflikt, der entscheidend die innerfranzösische Entwicklung der Zwischenkriegszeit bestimmte.

Das Besitzbürgertum war die ältere und zugleich einflußreichere der beiden Fraktionen. Es entstand während der ersten Industrialisierung Frankreichs im 19. Jahrundert durch die Verschmelzung des orleanistischen Bildungs- und Beamtenbürgertums sowie der vorindustriellen Finanz- und Handelsbourgeoisie mit dem frühkapitalistischen Unternehmertum. Seine ökonomische Basis bestand vorwiegend aus Grund- und Kapitalbesitz sowie den traditionellen Industrien der Epoche (Eisen und Stahl, Bergbau, Textil, Schiffs- und Eisenbahnbau). Da diese durch die am Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende zweite Industrialisierungswelle bedroht wurden, versuchte es, sie durch eine protektionistische Zoll- und Handelspolitik sowie eine orthodoxe Finanz- und Steuerpolitik zu schützen. Es verlangsamte dadurch die Entwicklung der französischen Wirtschaft, besonders der modernen Wachstumsindustrien und verringerte die Anlagemöglichkeiten für französisches Kapital im Inland. Die französischen Kapitalbesitzer sahen sich daher gezwungen, ihr Kapital im Ausland zu investieren. Der daraus resultierende hohe Kapitalexport (vierzig Milliarden Goldfranken bis 1914) wirkte sich retardierend auf die Industrialisierung Frankreichs aus, da risikoreiche Unternehmen, besonders die Wachstumsindustrien nur schwer

Fremdkapital fanden und deshalb weitgehend auf Eigenfinanzierung angewiesen waren. Frankreich, das 1860 noch den zweiten Platz in der Weltproduktion einnahm, fiel bis 1914 auf den vierten Platz (hinter den USA, Großbritannien und Deutschland) zurück.
Dem wachstumsfeindlichen Verhalten des Besitzbürgertums entsprach eine konservative Wirtschaftsmentalität und ein konservatives Wertsystem. Die konservative Wirtschaftsmentalität war eine Folge der engen Zusammenarbeit der Finanz- und Handelsbourgeoisie mit dem Staat bei der Industrialisierung Frankreichs im 19. Jahrhundert. Infolge dieser Zusammenarbeit entwickelte die französische Bourgeoisie keine dynamische Unternehmermentalität wie die angelsächsische und später die deutsche Bourgeoisie sondern eine ausgesprochen statische Rentiergesinnung. Eine sichere Rendite ihres Kapitals war ihr weit wichtiger als eine maximale Expansion der Wirtschaft. Sie investierte deshalb ihr Kapital lieber in Grund und Boden oder in sichere, d.h. bereits lange bestehende Unternehmen als in risikoreiche Industrien. Die modernen Wachstumsindustrien waren daher weitgehend auf Eigenfinanzierung angewiesen.

Das konservative Wertsystem war vor allem die Folge von drei Einflüssen, die auf das Besitzbürgertum im 19. Jahrhundert einwirkten: das bäuerliche Erbe Frankreichs, die merkantile und soziale Tradition des vorindustriellen Bürgertums, die Ideenwelt des Ancien Régimes. Das bäuerliche Erbe bestimmte die Natur und die Rolle der Familie, die Konzeption der Arbeit und des Sparens, den Sinn für die Grenzen wirtschaftlicher Tätigkeit und Macht.

Die Tradition des vorindustriellen Bürgertums überlieferte das Streben nach materiellem Reichtum und sozialem Prestige durch wirtschaftliche Aktivität und geistige Bildung. Die Ideenwelt des Ancien Régimes, besonders der Katholizismus in seiner integristischen Ausprägung prägte das Wert- und Normensystem sowie die soziale Einstellung. Aufgrund dieser Einflüsse besaß das Wertsystem des traditionellen Besitzbürgertums vorwiegend nichtindustrielle Züge[3)].

Die konservative Mentalität und das konservative Wertsystem haben das konservative Verhalten des Besitzbürgertums verstärkt und dadurch ebenfalls die Industrialisierung und Modernisierung Frankreichs verlangsamt.

Der Wandel des Besitzbürgertums von einer progressiven zu einer konservativen Klasse erfolgte zwischen 1860 und 1890 unter dem Einfluß sozialer, politischer und ökonomischer Faktoren. Um 1860 gelang dem Besitzbürgertum die soziale Emanzipation von der Aristokratie und der Einbruch in die Pariser Salons. Seine Vertreter besetzten die Führungspositionen in Staat und Verwaltung und stellten diese nun völlig in den Dienst seiner Interessen. Zwischen

1871 und 1877 verdrängte es die Aristokratie von der politischen Macht und übernahm die Regierungsgewalt. Am Ende des Jahrhunderts schließlich brach es während der Dreyfus-Affäre endgültig den politischen Widerstand der alten Führungsschicht und sicherte sich die Kontrolle über die Armee. Von nun an bemühte es sich, die errungenen Machtpositionen gegen das demokratische Kleinbürgertum und die sozialistische Arbeiterschaft zu verteidigen. Es suchte den Ausgleich mit den konservativen Kräften der Gesellschaft (Armee, Kirche, Aristokratie) und schloß einen Kompromiß mit den besitzenden Mittelschichten. Gemeinsam mit diesen versperrte es dem Proletariat den Zugang zur Gesellschaft und verhinderte alle sozialen und politischen Reformen. Die Folge war die Blokkierung der französischen Gesellschaft und die Verschärfung der Klassengegensätze.

Die Wirtschaftsbourgeoisie

Die moderne Wirtschaftsbourgeoisie entstand aus dem mittelständischen Unternehmertum während der zweiten Industrialisierungswelle am Ende des 19. Jahrhunderts. Ihre ökonomische Basis bildeten vor allem die Wachstumsindustrien der Epoche (Chemie, Feinmechanik, Automobil- und Flugzeugbau, Elektrotechnik), d.h. der dynamische Sektor der französischen Wirtschaft. Sie war daher im Gegensatz zum traditionellen Bürgertum an einem raschen Wachstum der französischen Wirtschaft interessiert. Da dieses durch die traditionellen sozialen und politischen Strukturen gebremst wurde, trat sie für eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft ein. Sie vermochte sich jedoch nicht gegen den Konservatismus des Besitzbürgertums durchzusetzen, da sie über keine Verbündeten in der französischen Gesellschaft verfügte und alleine noch zu schwach war, um den Widerstand der besitzenden Klassen zu brechen. Es ist ihr daher in der Zwischenkriegszeit nicht gelungen, eine Modernisierung der französischen Gesellschaft zu erzwingen.

Trotz ihrer unterschiedlichen Wirtschaftsinteressen und ihrer unterschiedlichen Auffassungen über die Organisation des politischen und sozialen Systems waren beide Fraktionen der Bourgeoisie an der Erhaltung der blockierten Gesellschaft interessiert. Sie verteidigten sie daher gemeinsam gegen ihre Feinde, das revolutionäre Proletariat und die proletarisierten Schichten des Kleinbürgertums. Im Interesse ihrer Zusammenarbeit schlossen sie einen Kompromiß auf wirtschaftlichem Gebiet. Das Besitzbürgertum akzeptierte ein begrenztes wirtschaftliches Wachstum und die Entwicklung zur industriellen Gesellschaft im Rahmen der etablierten Ordnung (le progrès dans l'ordre) und die Wirtschafts-

bourgeoisie verzichtete auf einen schonungslosen Konkurrenzkampf gegen die mittelständischen Verbündeten des Besitzbürgertums. Dieser Kompromiß bewahrte das prekäre Gleichgewicht zwischen den Wirtschaftssektoren und garantierte dadurch die Stabilität der französischen Gesellschaft, verhinderte jedoch eine rasche Industrialisierung und Modernisierung Frankreichs. Während die wirtschaftlichen Zuwachsraten vor dem I. Weltkrieg jährlich noch durchschnittlich 3,2 Prozent betrugen, sanken sie in der Zwischenkriegszeit auf 2,5 Prozent ab[4].

Die Mittelklassen

Die Mittelklassen bildeten nach der Bourgeoisie die wichtigste und nach dem Proletariat die zahlreichste Gruppe der französischen Gesellschaft. Sie umfaßten etwa 10 Millionen Personen, d.h. rund ein Viertel der französischen Bevölkerung und nahmen eine zentrale Stellung in der Sozialstruktur ein. Von ihrem Verhalten hing daher im entscheidenden Maße die innerfranzösische Entwicklung ab.
Die Mittelklassen lassen sich im Gegensatz zur Bourgeoisie oder dem Proletariat nur schwer eindeutig definieren, da sie sehr stark differenziert waren[5]. Neben Selbständigen gab es Unselbständige, neben Wohlhabenden Arme, neben vorindustriellen industrielle Gruppen. Ihren historischen Kern bildete der gewerbliche Mittelstand, d.h. das Kleinbürgertum der vorindustriellen Epoche (kleine Gewerbetreibende, Kleinhändler, Handwerker, Kleinunternehmer). Um diesen historischen Kern gruppierten sich sehr heterogene Gruppen wie die Beamten, Offiziere, Lehrer, Journalisten, Professoren, die Angehörigen der freien und intellektuellen Berufe, d.h. des Bildungsbürgertums sowie die Vertreter der modernen Mittelschichten, kaufmännische und technische Angestellte, Techniker, Ingenieure, Manager. Wie in der Bourgeoisie so dominierten auch in den Mittelklassen die traditionellen Gruppen. Sie lassen sich aufgrund ökonomischer Kriterien in die Gruppe der Selbständigen und der Unselbständigen einteilen. Die Selbständigen leisteten produktive Arbeit wie die Arbeiter, waren jedoch gleichzeitig Besitzer ihrer Produktionsmittel wie die Unternehmer und Kaufleute. Sie gehörten daher einerseits der Bourgeoisie andererseits aber dem Proletariat an. Infolge des wirtschaftlichen Modernisierungs- und Konzentrationsprozesses gerieten sie in eine wachsende Abhängigkeit von der Bourgeoisie, die ihre ökonomische Entscheidungsfreiheit entscheidend einengte. Ferner waren sie einem Proletarisierungsprozeß ausgesetzt. Dies gilt ganz besonders von den Handwerkern, die häufig aus der Produktionsgütersphäre in die Konsumgütersphäre gedrängt wurden.

Die Beamten, Offiziere, Journalisten, Lehrer usw. leisteten im Gegensatz zu den Selbständigen keine produktive Arbeit und sie besaßen keine eigenen Produktionsmittel. Sie gehörten trotzdem nicht zum Proletariat, weil sich die Art ihrer Tätigkeit (Dienstleistungen) grundsätzlich von der des Proletariats unterschied. Sie gehörten jedoch ebenfalls nicht zur Bourgeoisie, weil sie wirtschaftlich abhängig waren und ihr Einkommen weit unter dem des Bürgertums lag. Die Angehörigen der freien und intellektuellen Berufe vereinigten in sich sowohl Merkmale des gewerblichen als auch des beruflichen Mittelstandes. Aufgrund ihres Einkommens, ihres Prestiges, ihrer Ausbildung und ihres Bewußtseins standen sie jedoch der Bourgeoisie am nächsten, weshalb sie häufig als Bildungsbürgertum dieser zugerechnet werden.

Die verschiedenen sozio-professionellen Gruppen der traditionellen Mittelklassen wurden durch ihre gemeinsame Mentalität und ihre gemeinsame Interessenlage zu einer soziologischen Einheit verbunden. Ihre Mentalität war ebenso widersprüchlich wie ihre soziale Lage. Einerseits war sie konservativ wie die des Besitzbürgertums, andererseits progressiv wie die des Proletariats. Sie läßt sich daher nicht auf einen Nenner bringen.
Aufgrund ihrer widersprüchlichen Mentalität waren die traditionellen Mittelklassen sowohl fortschrittlich, republikanisch und laizistisch als auch konservativ, autoritär, nationalistisch und ordnungsliebend. Sie bildeten daher das gemeinsame Rekrutierungsfeld der Rechts- und Linksparteien, der nationalistischen Ligen und der sozialistischen Gewerkschaften, der antirepublikanischen Geheimbünde und der republikanischen Komitees. Ohne ihre aktive Unterstützung vermochte weder die Bourgeoisie noch das Proletariat die Macht erobern bzw. behaupten. Sie wurden daher von beiden stark umworben.

Die traditionellen Mittelklassen identifizierten sich mit der Bourgeoisie und versuchten durch Kapitalakkumulation oder Bildung in sie aufzusteigen. Sie übernahmen ihr Wertsystem und imitierten ihre Verhaltensweisen. Die mittelständische Familienstruktur und das mittelständische Wertsystem entsprach daher dem der Bourgeoisie. Trotz großen Fleißes und sparsamer Lebensführung (Konsumentzug) gelang jedoch nur wenigen der Aufstieg in die Führungsschicht. Die meisten blieben auf ihrem Ausgangsniveau stehen und fristeten eine prekäre Existenz am Rande der Gesellschaft. Sie waren daher sozial frustriert und fürchteten, in das Proletariat abzusteigen. Diese Furcht vor der sozialen Deklassierung bildete die psychologische Grundlage des mittelständischen Antikapitalismus, der sich in einer emotionalen Aversion gegen das Großkapital "les gros", "les deux cents familles" äußerte. Dieser Antikapitalismus schuf eine

gewisse Solidarität mit dem Proletariat und eine beschränkte Offenheit für sozialistische Ideen. Dies war besonders beim "intellektuellen Proletariat" der Mittelklassen, den Volksschullehrern und Journalisten der Fall. Aus ihren Reihen sind viele Führer der reformistischen Arbeiterbewegung hervorgegangen. Die soziologische Grundlage der Solidarität zwischen den Mittelklassen und der Arbeiterschaft bildeten die zahlreichen sozialen Kontakte, die sich aus der Arbeitswelt, dem Erziehungssystem, der Kohabitation und dem Wehrdienst ergaben. Zwischen einem Schankwirt und seinen Gästen, einem Einzelhändler und seinen Kunden, einem Handwerker und seinen Gesellen, einem Kleinunternehmer und seinen Arbeitern bestanden enge menschliche Beziehungen, die sich auf das Bewußtsein beider Gruppen auswirkten.

Trotz ihres emotionalen Antikapitalismus und politischen Radikalismus (im französischen Sinne des Wortes) waren die traditionellen Mittelklassen sozial konservativ. Sie wollten wie das Besitzbürgertum die etablierte Gesellschaftsordnung integral bewahren, weil sie sich von der Industrialisierung bedroht fühlten. Sie versuchten deshalb ebenfalls, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der französischen Gesellschaft zu blockieren. Im Gegensatz zum Besitzbürgertum benutzten sie dafür jedoch nicht primär sozio-ökonomische sondern politisch-ideologische Mittel. Sie verbündeten sich während der Wahlperioden häufig mit der Arbeiterklasse, um mit ihrer Hilfe die Macht zu erobern und sie benutzten dann diese, um gemeinsam mit dem Besitzbürgertum Sozialreformen zu verhindern. Der Radikalsozialismus war der politisch-ideologische Ausdruck dieser Taktik: verbal progressiv, sozial aber konservativ.

Die Mittelklassen bildeten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die eigentlichen Träger der republikanischen Ordnung. Sie verteidigten diese während der Dreyfus-Affäre gegen das reaktionäre Besitzbürgertum und in den zwanziger Jahren gegen die Arbeiterschaft. Ihr berühmtester Repräsentant, Clemenceau, bezeichnete sich während des I. Weltkrieges stolz als "le premier flic de France". Durch die Identifizierung mit der Republik und der Nation versuchten die traditionellen Mittelklassen ihre sozio-ökonomische Schwäche zu kompensieren. Sie fühlten sich als die eigentlichen Erben der Revolution und als die wahren Treuhänder der nationalen Interessen. Das Besitzbürgertum hatte ihrer Meinung nach die Ideen von 1789 verraten und sich am Schicksal der Nation desinteressiert. Das Proletariat dagegen bedrohte die soziale Ordnung und stellte sich seit 1917 in den Dienst einer ausländischen Macht wie einst die Aristokraten. Nur die Mittelklassen waren den nationalen und republikanischen Idealen treu geblieben. Sie bildeten daher in ihrem Selbstverständnis die Nation und fühlten sich zur politischen Führung berufen. Ihr Republikanismus und Nationalismus spiegelte dieses

Selbstverständnis wider.
Die industriellen Gruppen (kaufmännische und technische Angestellte, Techniker, Ingenieure, Manager) nahmen innerhalb der Mittelklassen eine ähnliche Sonderstellung ein wie die Wirtschaftsbourgeoisie innerhalb des Bürgertums. Sie stützten sich auf den dynamischen Sektor der französischen Wirtschaft, die Wachstumsindustrien, das Versicherungs- und Bankwesen, den Großhandel und besaßen eine moderne, d.h. den Problemen der industriellen Epoche adäquate Mentalität. Sie bejahten daher die soziale Mobilität und den wirtschaftlichen Fortschritt und traten wie die Wirtschaftsbourgeoisie für eine Modernisierung des Wirtschaftssystems ein.
Dieser progressiven Einstellung gegenüber wirtschaftlichen Problemen entsprach jedoch keineswegs eine ebenso progressive Einstellung gegenüber sozialen Dingen. Die industriellen Gruppen befürworteten zwar eine Modernisierung des Wirtschaftssystems, aber sie wollten wie die traditionellen Mittelklassen die Grundstruktur des Sozialsystems erhalten. Ihr Ziel war nicht eine Änderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse sondern der individuelle Aufstieg. Diese Haltung war besonders stark bei den Ingenieuren, Managern und Technokraten ausgeprägt. Sie war eine Folge ihrer bürgerlichen Erziehung und ihrer überwiegend bürgerlichen Herkunft. Sie bildeten daher keine industrielle Gegenelite sondern eher eine Fraktion der Wirtschaftsbourgeoisie innerhalb der Mittelklassen.
Die technisch-kaufmännischen Angestellten wurden ebenfalls über das Erziehungssystem und den Arbeitsprozeß in die Mittelklassen integriert. Sie bildeten deshalb ebenfalls keine Gegenelite, welche die Macht der traditionellen Klassen hätte gefährden können.

Die agrarischen Klassen

Die agrarischen Klassen bildeten die älteste und zugleich rückständigste Gruppe der französischen Gesellschaft. Sie wurzelten noch weit stärker als die städtischen Mittelklassen in der vorindustriellen Epoche und repräsentierten den unterentwickelten Sektor der französischen Wirtschaft. Obgleich sie noch 38 (1919) bzw. 33 (1931) Prozent der aktiven und fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten, besaßen sie daher nicht den gleichen Einfluß wie die Bourgeoisie und die Mittelklassen. Sie waren jedoch von großer Bedeutung für die Stabilität der französischen Gesellschaft, da sie durch ihre numerische Stärke und ihre konservative Gesinnung ein wichtiges Gegengewicht gegen das Industrieproletariat bildeten[6].
Die agrarischen Klassen bildeten keine soziologische Einheit sondern zerfielen

in drei große Gruppen: Bauern und Landwirte, Pächter und Halbpächter, Landarbeiter und landwirtschaftliche Angestellte. Sie unterschieden sich durch ihren Status, ihr Einkommen und ihre Stellung im Produktionsprozeß, besaßen jedoch aufgrund ihrer gemeinsamen Lebensweise und Tätigkeit eine gemeinsame Mentalität, die der der Mittelklassen ähnelte. Da diese Mentalität entscheidend ihr soziales Verhalten beeinflußte, können sie trotz ihrer großen soziologischen Unterschiede als eine gesellschaftliche Gruppe betrachtet werden.

Die Bauern bildeten die wichtigste Gruppe der agrarischen Klassen. Sie waren wie die Großgrundbesitzer und Landwirte Eigentümer des von ihnen bewirtschafteten Bodens und fungierten wie diese als selbständige Unternehmer. Sie bearbeiteten jedoch gleichzeitig wie die Landarbeiter und Pächter ihr Land selbst. Sie nahmen somit innerhalb der agrarischen Klassen eine ähnliche Stellung ein wie die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes innerhalb der Mittelklassen. Allerdings war ihr kapitalistischer Charakter weniger stark ausgeprägt, da sie nur teilweise für den Markt produzierten und sich noch stark von traditionellen Überlegungen leiten ließen[7].

Die Bauern lassen sich nach der Größe ihres Besitzes und der Zahl ihrer fremden Arbeitskräfte in Groß-, Mittel-, Klein- und Kleinstbauern unterteilen. Die Großbauern bewirtschafteten Betriebe mit 50 bis 100 Hektar und 11 bis 20 fremden Arbeitskräften, die Mittelbauern Betriebe mit 10 bis 50 Hektar und 2 bis 10 fremden Arbeitskräften, die Kleinbauern Betriebe von 1 bis 10 Hektar und höchstens einer fremden Arbeitskraft und die Kleinstbauern Zwergbetriebe unter einem Hektar ohne die Hilfe fremder Arbeitskräfte. Eine solche Unterteilung ist in gewisser Weise willkürlich, da es keine objektiven Kriterien für die Abgrenzung und inhaltliche Bestimmung der einzelnen Gruppen gibt. Sie ist jedoch für das Verständnis der französischen Sozialstruktur wichtig, da von der Betriebsgröße und der Beschäftigtenzahl die Stellung des einzelnen Bauern in der französischen Gesellschaft weitgehend abhing.

Die Großbauern waren aufgrund ihres Prestiges, ihres Einkommens und ihres Einflusses die wichtigste, aufgrund ihres Landbesitzes jedoch nur die zweitwichtigste Gruppe der französischen Bauernschaft. Sie bewirtschafteten 1929 nur 13,50 Prozent der kultivierten Fläche und beschäftigten kaum ein Viertel der Landarbeiter. Dafür benutzten sie jedoch die meisten Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen, d.h. sie standen an der Spitze des technischen Fortschrittes in der bäuerlichen Landwirtschaft[8].

Der Anteil der Großbauern an der bäuerlichen Bevölkerung nahm infolge der Landflucht der Klein- und Kleinstbauern sowie des Konzentrationsprozesses des

Landbesitzes seit 1892 ständig zu. Er stieg zwischen 1892 und 1929 von 0,91 auf 2,06 Prozent und erreichte 1967 4,52 Prozent. Die absolute Zahl der Großbauern stieg bis 1929 ebenfalls von 52 000 auf 81 700, fiel dann aber bis 1955 wieder auf 75 100[9]. Die Großbauern profitierten somit von dem Modernisierungsprozeß der französischen Landwirtschaft, aber ihr Profit hielt sich in engen Grenzen. Sie waren daher primär konservativ eingestellt.

Die Mittelbauern besaßen nicht das gleiche Prestige, den gleichen Einfluß und das gleiche Einkommen wie die Großbauern, sie bewirtschafteten jedoch viermal soviel Land wie diese und beschäftigten fast dreimal soviel Landarbeiter. Ihr ökonomisches Gewicht war daher wesentlich größer[10].

Die Zahl der Mittelbauern vergrößerte sich bis 1929 infolge der Konzentration des Landbesitzes, nahm dann aber allmählich wieder ab. Der prozentuale Anteil der Mittelbauern an der bäuerlichen Landbevölkerung stieg dagegen infolge der Landflucht ständig. Er betrug 1892 - 13,50 %, 1929 - 25,50 %, 1942 - 920 200 - 39 %, 1955 - 44 %, 1962 - 46 % und 1967 - 50 %[11]. Die Mittelbauern waren somit eine aufsteigende Gruppe, die am meisten vom Modernisierungsprozeß der französischen Landwirtschaft profitierten. Sie waren daher nicht nur wie die Großbauern an der Erhaltung der bestehenden Gesellschaft interessiert, sondern ebenfalls an ihrer systemimanenten Weiterentwicklung.

Die Mittel- und Großbauern mechanisierten und rationalisierten in der Zwischenkriegszeit ihre Betriebe und produzierten in steigendem Maße für den Markt. Dadurch verstärkten sie ihren kapitalistischen Charakter und ihre Integration in das kapitalistische System. Da sie die Modernisierung ihrer Betriebe teilweise mit Fremdkapital finanzieren mußten, verschuldeten sie und gerieten auf diese Weise in Abhängigkeit vom Besitzbürgertum. Diese Abhängigkeit führte nicht zu einer Revolte gegen die bestehende Ordnung sondern zu einer stärkeren Integration in sie. Die Mittel- und Großbauern wollten sich von ihren Schulden nicht durch eine Aufhebung der besitzbürgerlichen Herrschaft sondern durch Rückzahlung der aufgenommenen Kredite befreien. Sie wünschten deshalb stabile Preise und befürworteten den staatlichen Protektionismus, der ihnen den einheimischen Markt sicherte. Dadurch stabilisierten sie das bestehende System.

Die Kleinbauern bildeten noch immer die Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung. Ihre Zahl verringerte sich zwar infolge der Landflucht seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ständig, aber ihr prozentualer Anteil an der bäuerlichen Bevölkerung stieg bis 1942 auf 57 Prozent. Erst nach dem II. Weltkrieg nahm auch dieser ab und fiel bis 1967 auf 40 Prozent[12].

Die Kleinbauern unterschieden sich von den Groß- und Mittelbauern nur durch ihren geringeren Landbesitz (20 Prozent der kultivierten Fläche Frankreichs) und ihr entsprechend geringeres Einkommen, sondern ebenfalls durch ihren Arbeitsstil und ihren noch überwiegend "bäuerlichen", d. h. nichtkapitalistischen Charakter. Sie wirtschafteten weiterhin nach Väterart und produzierten nur teilweise für den Markt. Sie profitierten daher kaum von der Modernisierung der französischen Landwirtschaft. Dadurch verstärkte sich ihre konservative Einstellung[13].

Die Kleinstbauern waren die eigentlichen Opfer des Modernisierungsprozesses. Noch am Ende des 19. Jahrhunderts betrug ihr Anteil an der bäuerlichen Bevölkerung 40 Prozent, 1929 jedoch nur noch 25 und 1967 lediglich noch 5 Prozent[14]. Dieser rapide Rückgang war eine direkte Folge der sich verändernden Lebensbedingungen in Stadt und Land. Während am Ende des 19. Jahrhunderts ein bäuerlicher Kleinstbetrieb noch die Existenz einer Familie sichern konnte, war er in der Zwischenkriegszeit dazu nicht mehr in der Lage. Die Kleinstbauern mußten daher entweder ihr Land aufgeben und in die Stadt abwandern oder aber sich eine Nebenbeschäftigung auf dem Land als Landarbeiter, Handwerker oder Händler suchen. Diese Nebenbeschäftigung wurde für viele bald zum Hauptberuf. Die meisten Kleinstbetriebe verwandelten sich auf diese Weise von Haupt- in Nebenerwerbsstellen.

Trotz ihrer Proletarisierung hielten die Kleinstbauern an ihrem Individualismus fest. Sie identifizierten sich daher selten mit dem städtischen Industrieproletariat, sondern versuchten, in die Mittelklassen einzudringen. Radikale Bewegungen wie die "Grünen Hemden" Dorgères[15] fanden daher unter ihnen ebenso wenig Anhänger wie die Kommunisten. Eine Ausnahme bildeten lediglich die unterentwickelten Gebiete des Centre (Creuse), in denen der Kommunismus bereits vor dem II. Weltkrieg Fuß fassen konnte[16].

Das bäuerliche Kleineigentum bildete einen wichtigen Stabilitätsfaktor der blokkierten Gesellschaft. Es schützte den Mittel- und Großbesitz vor den egalitären Bestrebungen der extremen Linken und es diente den Mittel- und Großbauern zur moralischen Rechtfertigung hoher Agrarpreise. Die konservativen Kräfte der französischen Gesellschaft waren daher an seiner Erhaltung interessiert und machten sich zu seinem Anwalt[17].

Die Pächter und Halbpächter

Die Pächter und Halbpächter nahmen innerhalb der Bauernschaft eine Sonderstellung ein. Sie wirtschafteten wie selbständige Landwirte, waren jedoch nicht

oder nur teilweise Eigentümer des von ihnen bewirtschafteten Landes. Sie besaßen daher in der Regel nicht das gleiche Einkommen und auch nicht die gleiche soziale Sicherheit wie die selbständigen Landwirte, glichen diesen jedoch durch ihre Mentalität und ihr soziales Verhalten. Sie müssen daher noch der Gruppe der Bauern zugerechnet werden. Pächter und Halbpächter unterschieden sich rechtlich durch die Art ihres Pachtverhältnisses, sozial durch den Grad ihrer Abhängigkeit. Die Pächter zahlten ihre Pacht in Geld, die Halbpächter in Naturalien. Die Pächter waren daher im Grunde genommen Bauern, die für ihr Land Pacht zahlen mußten; die Halbpächter dagegen Landarbeiter, die als Entgeld für ihre Arbeit auf dem Lande eines Grundbesitzers einen Teil der von ihnen geernteten Produkte behalten konnten. Die Abhängigkeit der Halbpächter von den Verpächtern war daher größer als die der Pächter.

Pächter und Halbpächter waren Gruppen, die noch aus der vorkapitalistischen Epoche überlebten. In dem Maße, in dem sich die französische Landwirtschaft modernisierte, wurden sie entweder zu selbständigen Landwirten oder zu Landarbeitern. Ihre Zahl ging daher ständig zurück.
Die meisten Pächter und Halbpächter strebten danach, durch Landerwerb in die Reihen der selbständigen Landwirte aufzusteigen. Sie besaßen daher eine ausgeprägte bäuerliche Mentalität[18)].

Aufgrund ihrer objektiven Klassenlage standen sie jedoch den Landarbeitern näher als den Bauern. Aus diesem Widerspruch zwischen Mentalität und objektiver sozialer Lage resultierte eine ambivalente Einstellung gegenüber der bestehenden Gesellschaft. Einerseits lehnten die Pächter und Halbpächter die bestehenden Eigentumsverhältnisse und die damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse als ungerecht ab. Andererseits wollten sie diese jedoch nicht grundlegend ändern, sondern selbst zu Eigentümern werden. Sie unterstützten daher häufig den sozialen Katholizismus (besonders in Westfrankreich), der ihnen eine Verbesserung ihrer sozialen Lage ohne eine grundlegende Änderung der Sozialstruktur versprach.

Die Landarbeiter

Die Landarbeiter nahmen innerhalb der agrarischen Klassen eine ähnliche Stellung ein wie das Industrieproletariat innerhalb der industriellen Klassen. Ihre Abhängigkeit von den Grundbesitzern war jedoch wesentlich größer, da sie infolge ihrer geringen Fachausbildung leichter ausgewechselt werden konnten und infolge ihrer geographischen Zerstreuung nur schwer zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen waren. Trotz dieser größeren Abhängigkeit bildeten sie keine revo-

lutionäre Gruppe, die gegen die blockierte Gesellschaft hätte mobilisiert werden können. Sie wählten zwar häufig sozialistisch oder kommunistisch, aber sie unterstützten selten soziale oder politische Protestaktionen des städtischen Proletariats.

Infolge der geringen Mobilität innerhalb der agrarischen Klassen waren die Möglichkeiten des sozialen Aufstieges für die Landarbeiter in der Landwirtschaft sehr gering. Wer sich von ihnen mit seiner sozialen Lage nicht abfinden wollte, verließ deshalb meist das Land und wanderte in die Städte ab. Dies führte zu einer spürbaren Verringerung der Landarbeiter[19].

Die Großgrundbesitzer

Die Großgrundbesitzer übten sowohl sozial als auch wirtschaftlich keinen grossen Einfluß mehr aus. Ihr Anteil an der Agrarbevölkerung und an der kultivierten Fläche ging langsam aber stetig zurück. Er betrug 1929 nur noch 1,8 bzw. 16 Prozent[20]. Lediglich in einigen Randgebieten Frankreichs, besonders im Westen (Bretagne) war ihr Anteil an der kultivierten Fläche und ihr Einfluß auf die Landbevölkerung wesentlich größer. Hier bestand noch das alte Bündnis zwischen adligem Großgrundbesitz und katholischer Kirche, das die soziale Grundlage des Konservatismus im 19. Jahrhundert bildete. Trotz dieser lokalen Bastionen war jedoch die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Großgrundbesitzes gering und läßt sich in keiner Weise mit der der Großagrarier Ostelbiens oder Süditaliens vergleichen.

Die ländlichen Honoratioren

Die agrarischen Klassen waren streng von einander geschieden und lebten in relativer Isolierung vom Rest der Gesellschaft. Sie wurden von Honoratioren geführt, die meist aristokratischer oder bürgerlicher Herkunft waren. Diese Honoratioren (Großgrundbesitzer, Priester, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer) besaßen in der Regel eine höhere Bildung und unterhielten enge soziale Beziehungen mit dem städtischen Bürgertum. Sie vermochten daher als Bindeglied zwischen den agrarischen Klassen und der Nation zu fungieren. Durch sie wurden die agrarischen Klassen miteinander verbunden und in die Gesellschaft integriert. Die ländlichen Honoratioren lebten am Rande der bäuerlichen Gesellschaft und übten meistens eine nichtbäuerliche Tätigkeit aus. Sie teilten jedoch weitgehend das Leben und die Mentalität der Landbevölkerung. Sie können deshalb trotz ihrer nichtbäuerlichen Herkunft und ihrer nichtbäuerlichen Tätigkeit den agrarischen Klassen zugerechnet werden[21].

Der soziale Konsensus

Die Bourgeoisie, die Mittelklassen und die Bauern bekämpften sich aufgrund ihrer divergierenden sozio-ökonomischen Interessen und rangen miteinander um die Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft. Zwischen ihnen bestand jedoch ein breiter Konsensus über die Organisation und die Funktion der staatlichen und sozialen Ordnung, da diese ihnen die materielle Existenz und die soziale Sicherheit garantierte. Sie verteidigten sie daher gemeinsam gegen ihre Feinde, das Proletariat und proletarisierten Schichten des Kleingewerbes und des Kleinbauerntums.

Der Konsensus zwischen den besitzenden Klassen erhielt sich dank der Solidarität seiner Teilnehmer. Das Besitzbürgertum respektierte die sozio-ökonomischen Interessen der Mittelklassen und der Bauern und diese akzeptierten die Herrschaft der Bourgeoisie. Auf diese Weise vermochten alle drei Klassen ihren sozialen Besitzstand zu wahren und sich ungestört ihren Geschäften zu widmen. Die Folge dieser Solidarität war eine Konservierung der traditionellen Sozialstruktur der französischen Gesellschaft und eine erhebliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung. Frankreich industrialisierte sich zwar allmählich, aber nur innerhalb der engen Grenzen, welche die sozialen Interessen der besitzenden Klassen absteckten. Es verlor daher nach 1880 allmählich den Anschluß an die führenden Industrienationen der Epoche und rangierte wirtschaftlich in der Zwischenkriegszeit hinter den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland.

Das Proletariat

Das Proletariat beteiligte sich nicht am gesellschaftlichen Konsensus der besitzenden Klassen. Obgleich es bereits fast die Hälfte der aktiven Bevölkerung bildete (10 von 21 Millionen im Jahre 1931), war es noch nicht in die Gesellschaft integriert. Vielmehr lebte es wie zum Beginn der Industrialisierung am Rande der bürgerlichen Gesellschaft in einem sozialen Getto. Dort entwickelte es eine eigene Subkultur mit typisch proletarischen Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten, die sich fundamental von denen der besitzenden Klassen unterschieden. Die geschlossenen Arbeiterviertel der Großstädte und Industriezentren verdeutlichten bereits räumlich diese Sonderstellung. Typisch für sie waren die Pariser Vororte mit ihren trostlosen Straßen und Elendsquartieren[22].

Die soziale Isolierung der Arbeiterschaft war eine Folge der besitzbürgerlichen Struktur des sozialen Systems. Diese öffnete nur den besitzenden Klassen den

Zugang zu den gesellschaftlichen Einrichtungen, Institutionen und Entscheidungszentren und erlaubte nur den individuellen Aufstieg durch den Erwerb von Reichtum und Bildung. Sie verhinderte dadurch die kollektive Teilnahme der Arbeiterschaft am gesellschaftlichen Leben und begrenzte die individuellen Aufstiegschancen des einzelnen Arbeiters erheblich. Die Arbeiter konnten zwar durch berufliche Qualifikation ihre soziale Lage verbessern oder aber durch Berufswechsel in die unteren Schichten der Mittelklassen aufsteigen (z. B. als Einmannunternehmer oder als Einzelhändler), aber sie vermochten nicht in gesellschaftliche Führungspositionen vorzudringen, da ihnen dazu sowohl die materiellen als auch kulturellen Voraussetzungen (Kapital und Bildung) fehlten. Wenn sie sich nicht mit ihrer sozialen Lage abfinden wollten, dann blieb ihnen nur der Weg der kollektiven Emanzipation. Die Emanzipation der Arbeiterschaft war aber nur durch eine fundamentale Umstrukturierung der Gesellschaft möglich. Die französische Arbeiterschaft entwickelte daher schon frühzeitig einen militanten Antikapitalismus und übernahm die marxistische Lehre vom Klassenkampf. Ihr oberstes Ziel war nicht die Integration in die besitzbürgerliche Gesellschaft sondern die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie lehnte deshalb eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ab und suchte stattdessen das Bündnis mit allen systemfeindlichen Kräften. Dadurch verstärkte sich ihr Gegensatz zu den besitzenden Klassen, der auf diese Weise zum dominierenden Gegensatz der französischen Gesellschaft wurde. Die Mechanismen des politischen Systems verhinderten jedoch seine eine direkte Austragung[23].

Alle Versuche der Arbeiterschaft, ihre Emanzipation zu erzwingen, scheiterten am Widerstand der besitzenden Klassen. Dieser verschärfte sich in dem Maße, in dem die Macht der Arbeiterschaft wuchs. Die Spannungen zwischen dem Proletariat und den besitzenden Klassen nahmen daher ständig zu.

Die relative Schwäche der französischen Arbeiterschaft beruhte im wesentlichen auf ihrer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit, ihrer soziologischen Heterogenität, ihrer politischen, ideologischen und organisatorischen Zersplitterung und ihrer sozialen Isolierung. Sie wurzelte in der strukturellen Rückständigkeit der französischen Wirtschaft, wurde jedoch durch die rückständige Struktur der Arbeiterschaft verstärkt. Um sie zu überwinden, mußte daher nicht nur die strukturelle Rückständigkeit der französischen Wirtschaft sondern ebenfalls die der französischen Arbeiterschaft überwunden werden.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit der französischen Arbeiterschaft war in der Zwischenkriegszeit noch besonders stark, weil den Unternehmern eine ausreichende Reservearmee zur Verfügung stand und die Arbeiter nur über geringe

finanzielle Reserven verfügten. Die Verhandlungsmacht der Arbeiter war unter diesen Umständen auf dem Arbeitsmarkt gering, der Streik eine stumpfe Waffe. Die ökonomische Schwäche der Arbeiterschaft wurde durch ihre soziologische Heterogenität und ihre politische, ideologische und organisatorische Zersplitterung verstärkt. Infolge des Dualismus industrieller und vorindustrieller Wirtschaftsstrukturen und des relativen Gleichgewichts zwischen den Wirtschaftssektoren zerfiel die französische Arbeiterschaft in zahlreiche sozio-professionelle Gruppen. Von den 10.143 000 Arbeitern des Jahres 1931 arbeiteten etwa noch drei Millionen in der Landwirtschaft, 419 000 in der Heimarbeit und 628 000 waren ohne feste Beschäftigung. Von den verbleibenden 6 Millionen Industriearbeitern war etwa die Hälfte in Mittel- und Kleinbetrieben beschäftigt. Das moderne Industrieproletariat der Großbetriebe umfaßte somit nur drei Millionen[24)].

Die verschiedenen Gruppen der Arbeiterschaft besaßen eine unterschiedliche Mentalität, ein unterschiedliches Bewußtsein und unterschiedliche politische, ideologische und berufsständische Ansichten. Sie bildeten deshalb keinen geschlossenen Block sondern zerfielen in eine kleinbürgerlich-reformistische und eine proletarisch-revolutionäre Fraktion. Beide Fraktionen befehdeten sich heftig. Lediglich in den Jahren 1935/37 schlossen sie sich vorübergehend gemeinsam mit kleinbürgerlichen und mittelständischen Gruppen in der Volksfront zusammen. Dieser Zusammenschluß war jedoch nicht von langer Dauer, da er ihre grundsätzlichen Differenzen nicht beseitigte. Die französische Arbeiterschaft war daher in der Zwischenkriegszeit nicht in der Lage, ihre ökonomische Schwäche durch organisatorische Stärke zu kompensieren.

b) Machtstruktur und soziale Mobilität

Zwischen den Klassen, Schichten und Gruppen der französischen Gesellschaft bestanden nur geringe Kontakte und Kommunikationen. Es war zwar für den einzelnen möglich, die sozialen Barrieren zu überspringen, aber es war nicht möglich, diese zu beseitigen. Wer in eine andere Klasse, Schicht oder Gruppe eindringen wollte, der mußte mit seiner eigenen Klasse, ihrem Lebensstil, ihren Werten und ihren Verhaltensweisen brechen und sich den Werten, Normen und Verhaltensweisen der neuen Klasse anpassen. Auf diese Weise blieb die Machtstruktur der französischen Gesellschaft erstaunlich stabil. Der Preis für diese Stabilität war eine geringe soziale Mobilität und eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie bildete somit eine wesentliche Ursache für die Blockierung der französischen Gesellschaft[25)].

Aufgrund seiner starren Machtstruktur bot das Sozialsystem nur die Möglichkeit des individuellen Aufstiegs durch den Erwerb von Reichtum und Bildung. Diese Möglichkeit stand theoretisch allen Gliedern der Gesellschaft offen, praktisch war sie jedoch auf die Angehörigen der Mittelklassen und der Bauernschaft beschränkt. Diese bildeten daher das Reservoir des Bürgertums, aus dem dieses seine neuen Mitglieder rekrutierte.

c) Der Herrschaftsstil

Die blockierte Gesellschaft entwickelte einen Herrschaftsstil, der autoritäre und demokratische Elemente miteinander verband. In ihm koexistierten ein beschränkter Autoritarismus mit einem militanten Egalitarismus. Konflikte wurden nicht demokratisch durch rationale Diskussionen zwischen den Individuen und Gruppen sondern durch autoritäre Entscheidungen übergeordneter Autoritäten geregelt. Die Befugnisse dieser Autoritäten waren jedoch durch ein kompliziertes System genereller Regeln, Vorschriften und Verboten inhaltlich begrenzt. Auf diese Weise vermieden die Individuen und Gruppen direkte Auseinandersetzungen, bewahrten jedoch ihre Unabhängigkeit[26].

Der ambivalente Charakter des Herrschaftsstils war eine Folge der unzureichenden Demokratisierung der französischen Gesellschaft. Die Bourgeoisie hatte zwar im 19. Jahrhundert die Autorität des Staates und der alten Gewalten (Kirche, Armee, Großgrundbesitz) begrenzt, um die Macht der Aristokratie zu brechen und sich die Kontrolle über die Gesellschaft zu sichern, gleichzeitig jedoch autoritäre Herrschaftsstrukturen des Ancien Régimes bewahrt, um eine gewaltsame Änderung der Gesellschaftsordnung durch das Proletariat zu verhindern. Die Demokratie blieb daher auf den politischen Bereich beschränkt.

Die autoritäre Lösung von Konflikten durch übergeordnete Autoritäten war notwendig infolge der Scheu der Individuen und Gruppen vor direkten Auseinandersetzungen, die eine demokratische Lösung von Konflikten ermöglicht hätten. Ohne sie wäre die blockierte Gesellschaft nicht funktionsfähig gewesen. Sie verhinderte jedoch eine Demokratisierung der französischen Gesellschaft, da sie die Abhängigkeit ihrer Mitglieder von übergeordneten Autoritäten erhielt. Die Begrenzung der Autorität schützte die Individuen und Gruppen der französischen Gesellschaft vor einem Mißbrauch politischer und sozialer Macht. Sie bildete daher eine wichtige Freiheitsgarantie. Sie minderte jedoch wesentlich die Effektivität des Systems. Entscheidungen wurden ständig hinausgezögert und schließlich nur teilweise ausgeführt. Die übergeordneten Autoritäten konnten zwar Konflikte regeln, aber sie konnten die Durchführung ihrer Entschei-

dungen nur im beschränkten Umfang erzwingen. Der Herrschaftsstil garantierte somit die Funktionsfähigkeit und die Freiheit der französischen Gesellschaft, konservierte jedoch gleichzeitig ihre Machtstrukturen. Er entsprach damit den Interessen der besitzenden Klassen.

d) Das Verbandswesen

Infolge der relativen Rückständigkeit der französischen Wirtschaft, der Komplexität des Sozialsystems und des Individualismus der besitzenden Klassen war das Verbandswesen nur schwach entwickelt. Mit Ausnahme der Gewerkschaften waren die französischen Verbände nur lose strukturiert und besaßen nur wenig Mitglieder. Selbst die Gewerkschaften verfügten über keine mächtigen Organisationen und erfaßten nicht sämtliche Arbeiter.
Die Schwäche der Verbände stärkte die Position der traditionellen Führungskräfte, der bürgerlichen Honoratioren und konservierte dadurch die traditionelle Sozialstruktur. Sie verlangsamte die Industrialisierung und hemmte die soziale Mobilität. Sie hat somit ebenfalls zur Blockierung der französischen Gesellschaft beigetragen[27].

e) Der Malthusianismus

Ein weiteres Charakteristikum der blockierten Gesellschaft bildete der Malthusianismus, d.h. der Konservatismus und die Selbstbeschränkung der besitzenden Klassen. Er veranlaßte die Franzosen, ihre Geburten freiwillig zu beschränken, ihr Kapital vorwiegend in festverzinslichen Wertpapieren anzulegen und auf eine dynamische Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie eine offensive Außen- und Verteidigungspolitik zu verzichten. Ihm lag die Idee zugrunde, daß es Frankreich um so besser gehe, je weniger Kinder es zu versorgen habe und je mehr Kapital es akkumulieren könne. Er hat dadurch wesentlich zur Stagnation der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung sowie zur Blockierung der Gesellschaft beigetragen[28].

B) Das Wirtschaftssystem

a) Struktur

Die Blockierung der sozialen Transformationsmechanismen konservierte ein Wirtschaftssystem, dessen hervorstechenste Merkmale ein ausgeprägter Dualismus zwischen industriellen und vorindustriellen Strukturen, ein relatives Gleichgewicht zwischen den Wirtschaftssektoren, die Vorherrschaft der tradi-

tionellen Produktionszweige, eine geringe Konzentration der Produktion und der Distribution sowie starke regionale und sektorale Disparitäten waren. Diese Merkmale sind typisch für den Übergang vom liberalen zum industriellen Kapitalismus. Sie bilden somit keine spezifisch französische Erscheinung. Sie zeigen jedoch die relative Rückständigkeit der französischen Wirtschaft im Vergleich zu den Wirtschaften der führenden Industrienationen der Epoche[29].

Die rückständige Struktur des französischen Wirtschaftssystems stimmte indessen mit den Interessen der besitzenden Klassen überein. Sie ermöglichte diesen vor dem I. Weltkrieg eine stetige Kapitalakkumulation und garantierte ihnen die soziale Sicherheit. Sie wurde daher von diesen durch einen weitgehenden Verzicht auf Modernisierung und Rationalisierung konserviert[30].

b) Die Entwicklung nach dem I. Weltkrieg

Der I. Weltkrieg zerstörte die Harmonie zwischen der Struktur des Wirtschaftssystems und den Interessen der besitzenden Klassen. Er schwächte die französische Volkswirtschaft durch die hohen Kriegsverluste entscheidend, belastete jedoch gleichzeitig Frankreich durch die Veränderung des internationalen Systems mit zusätzlichen außenpolitischen Aufgaben (Garantie der Nachkriegsordnung). Frankreich sah sich somit nach 1919 erhöhten internationalen Anforderungen bei geminderter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gegenüber. Es konnte daher nicht mehr wie vor dem Kriege sein Kapital exportieren sondern mußte es im Inland investieren. Dies verstieß jedoch gegen die Interessen der besitzenden Klassen, weil es zwangsläufig die Struktur des französischen Wirtschaftssystems änderte. Diese versuchten daher trotz der veränderten internationalen Bedingungen zu den Wirtschaftspraktiken der Vorkriegszeit zurückzukehren. Dadurch vergrösserten sie jedoch lediglich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs. Die unvermeidliche Folge war eine Zunahme der sozialen Spannungen, die sich während der Weltwirtschaftskrise entluden und das politische System weitgehend paralysierten.

C) Das politische System

Das politische System zeichnete sich durch den Pluralismus seiner Kräfte, die lose Struktur seiner Verbände, den Primat des Parlaments und die Zentralisierung sowie die Begrenzung der staatlichen Macht aus. Es beruhte auf einer Synthese der autoritären und liberalen Tradition der französischen Verfassungsgeschichte, die sich nach dem Sturz des II. Kaiserreiches durch den Herrschaftskompromiß der besitzenden Klassen herausgebildet hatte. Seine wesentliche Funk-

tion bestand im Schutz der blockierten Gesellschaft gegen ihre äußeren und inneren Feinde und in der Wahrung des ökonomischen Gleichgewichts. Es sicherte dadurch die Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer Verbündeten[31].

Die Rolle des Staates

Die Bourgeoisie übernahm 1870 vom II. Kaiserreich den zentralistischen Einheitsstaat, um eine Desintegration der Gesellschaft zu verhindern, begrenzte jedoch aus Furcht vor einer bonapartistischen Diktatur seine Befugnisse und unterwarf ihn der Kontrolle des Parlaments. Auf diese Weise erhielt sie ihn als Garanten des gesellschaftlichen Gleichgewichts, nahm ihm jedoch seine Selbständigkeit. Er wurde zu einem Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie, der für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen hatte, sich aber nicht mehr um gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern durfte[32].
Das wichtigste Machtzentrum des Staates bildete das Parlament und nicht die Exekutive wie im II. Kaiserreich. Es befand sich nach der Niederlage der Aristokratie fest in den Händen des Bürgertums und seiner Verbündeten, den traditionellen Mittelklassen und den Bauern. Die Mechanismen des politischen Systems schützten es vor einer direkten Einflußnahme des Volkes. Es konnte daher völlig ungestört die Macht im Interesse der besitzenden Klassen verwalten.
Die Allmacht des Parlaments verhinderte die Entstehung einer starken Exekutive. Diese war in ihren Entscheidungen weitgehend von den wechselnden parlamentarischen Mehrheiten abhängig und besaß deshalb nur einen begrenzten Handlungsspielraum. Sie konnte keine langfristigen Ziele verfolgen sondern nur die laufenden Geschäfte erledigen. Frankreich wurde daher die meiste Zeit nicht regiert sondern verwaltet.

Die politischen Kräfte

Die politische Macht lag in den Händen einer Führungselite, die sich vorwiegend unter den besitzenden Klassen, besonders dem Besitz- und Bildungsbürgertum rekrutierte. Sie war daher in ihrer sozialen Zusammensetzung erstaunlich homogen und spiegelte den sozialen Konsensus der besitzenden Klassen wider. Trotz dieser Homogenität war sie jedoch politisch stark gespalten. Sie zerfiel daher in eine Vielzahl von politischen Gruppierungen, die aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die Natur und Organisation der Gesellschaft, die Struktur des Herrschaftssystems und die Rolle Frankreichs in der Welt unterschiedliche Ziele verfolgten und sich gegenseitig heftig bekämpften. Sie waren in ihrer Zusam-

mensetzung nicht mit den sozialen Gruppen identisch. Die politische Gruppenbildung stimmte daher nicht mit der sozialen Schichtung überein.

Die wichtigste Ursache der unterschiedlichen politischen und sozialen Gruppenbildung bestand in dem dominierenden Einfluß politischer Ideen und Ideologien auf das politische Denken und Handeln[33].
Infolge dieses Einflusses verfolgten die Mitglieder der gleichen sozialen Gruppe häufig unterschiedliche politische Ziele. Da Frankreich eine Fülle von politischen Ideen und Ideologien produzierte, waren die Kräfte des politischen Systems auch stark gespalten.
Die bedeutendsten Ideologien des politischen Systems waren in der Zwischenkriegszeit der Faschismus, der Nationalismus, der Konservatismus, der Liberalismus, der Radikalismus, der Sozialismus und der Kommunismus. Mit Ausnahme des Faschismus und Kommunismus gingen diese Ideologien untereinander manigfaltige Verbindungen ein, so daß die Zahl der politisch-ideologischen Strömungen weit die Zahl der Grundideologien übertraf[34]. Der Nationalismus untergliederte sich z. B. in eine autoritäre, eine konservative, eine liberale, eine royalistische, eine integrale und eine soziale Strömung[35].

Die Zersplitterung des politischen Systems wurde noch verstärkt durch die Auseinandersetzungen über das Verfassungssystem, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die soziale Frage und die Außenpolitik. Diese Auseinandersetzungen waren nicht identisch mit den ideologischen Kontroversen über die Organisation und die Funktion von Staat und Gesellschaft oder die Rolle Frankreichs in der Welt. So akzeptierten z. B. die Radikal-Sozialisten die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung, forderten jedoch eine Umverteilung des Nationaleinkommens durch staatliche Maßnahmen (z. B. Steuern) zu Gunsten der unteren Mittelschichten und die nationalen Liberalen bejahten das liberale Verfassungssystem, traten jedoch für eine Stärkung der Exekutive ein.
Die Integration der politischen Kräfte erfolgte durch die politischen Komitees, die Parteien und das Parlament. Die Komitees waren zahlenmäßig eng begrenzte Zusammenschlüsse meist bürgerlicher Honoratioren, die unter Berufung auf allgemeine Prinzipien repräsentativen Rang beanspruchten. Sie dienten theoretisch als Vermittler zwischen der Wählerschaft und den Parlamentariern, d. h. sie erfüllten weitgehend die Funktion von Parteien. Aufgrund ihrer elitären Zusammensetzung und ihres oligarischen Charakters verhinderten sie jedoch eine effektive Teilnahme der Wählerschaft am politischen Leben und unterwarfen die Parlamentarier ihrer Kontrolle. Lediglich die Politiker der extremen Rechten und Linken entgingen ihrem Einfluß, da sie sich auf straffe Parteiorganisationen stützen konnten[36].

Die Parteien waren lose Zusammenschlüsse verschiedener Gruppen. Ihre wesentliche Funktion bestand in der Beeinflussung der Wähler und in der Integration der Politiker. Da sie jedoch mit Ausnahme der kommunistischen und sozialistischen Partei über keine feste Struktur und straffe Apparate verfügten, war ihr Einfluß auf ihre Mitglieder relativ gering. Sie zerfielen deshalb im Parlament meist in verschiedene Fraktionen. Die Zahl der Parlamentsfraktionen[37] überstieg daher weit die der politisch relevanten Parteien.

Zwischen den Parteien und den sozialen Klassen bestanden nur lose Beziehungen. Die konservativen und liberalen Parteien rekrutierten zwar ihre Mitglieder und Wähler vorwiegend unter dem Besitz- und Bildungsbürgertum, die verschiedenen radikalen (d. h. liberal-demokratischen) Parteien unter den traditionellen Mittelklassen, die sozialistische und kommunistische Partei unter dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft, aber keine von ihnen, auch nicht die kommunistische, war mit einer bestimmten sozialen Klasse identisch[38].
Die Struktur des Parteiensystems stimmte daher nicht mit der des Sozialsystems überein. Daraus erklärt sich seine große Labilität.

II. Die Krise der blockierten Gesellschaft

A) Die wirtschaftlichen Folgen des I. Weltkrieges

Während des I. Weltkrieges war der Staat im Interesse der nationalen Selbstbehauptung gezwungen gewesen, aktiv in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Von seinen Maßnahmen profitierte in erster Linie die Industrie, da sie den Löwenanteil der staatlichen Aufträge erhielt. Sie ging teilweise zur Massenproduktion über und konnte ihre Produktionskapazitäten erheblich ausweiten. Die Landwirtschaft erzielte zwar auch infolge des gesteigerten Preisniveaus für landwirtschaftliche Produkte erhöhte Gewinne, aber sie benutzte diese nicht zur Modernisierung ihres Maschinenparkes, sondern zum Kauf von Grundbesitz. Die Folge war eine erhebliche Disparität zwischen dem technischen Stand der Landwirtschaft und dem der Industrie. Während sich vor dem I. Weltkrieg Landwirtschaft und Industrie in ihrer Bedeutung für die französische Gesamtwirtschaft ungefähr die Waage hielten, überwog nach dem I. Weltkrieg eindeutig die Industrie[39].

B) Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die französische Wirtschaft.

Die Prosperität der Nachkriegszeit, an der Frankreich wie die meisten Industrienationen teilhatte, bewahrte die französische Wirtschaft in den zwanziger Jahren vor ernsthaften Schwierigkeiten. Als im Oktober 1929 die Weltwirtschaftskrise mit einem Börsenkrach in New York begann, zeigte sich Frankreich zunächst so-

gar erstaunlich widerstandsfähig. Der Staatshaushalt wies im Jahre 1929 noch einen beträchtlichen Überschuß auf, und die industrielle Produktion erreichte im Februar 1930 ihren absoluten Höhepunkt seit Kriegsende[40].

Obgleich sich bereits 1930 die ersten Krisenzeichen bemerkbar machten, begann sich die Weltwirtschaftskrise erst 1932 voll auf Frankreich auszuwirken. Zu diesem Zeitpunkt sank die Industrieproduktion um 27 Prozent gegenüber dem Vorjahr, und die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 273.000. Eine der wesentlichen Ursachen für den Rückgang der Produktion war die Verschlechterung der französischen Position auf dem Weltmarkt nach der Abwertung des britischen Pfundes und der ihm angeschlossenen Währungen (Commonwealth und skandinavische Länder). Da Frankreich sich unter dem Eindruck der scheinbaren Gesundheit seiner Währung weigerte, den Franc abzuwerten und sich mit Belgien, Holland, der Schweiz und Italien zur Verteidigung des Goldstandards zum sogenannten Goldblock zusammenschloß, bewahrte es im Vergleich zu den angelsächsischen und skandinavischen Ländern ein hohes Preisniveau. Dies führte zu einem empfindlichen Rückgang des französischen Exportes und zu einer Überflutung des französischen Marktes mit ausländischen Produkten. Trotz einer beträchtlichen Erhöhung der Einfuhrzölle und einer Kontingentierung der Einfuhren hielt der Zustrom ausländischer Industriegüter an und sank erst 1934 wieder auf den Stand von 1932[41]. Die restriktive Finanzpolitik der Regierung verschärfte die französische Wirtschaftslage zusätzlich. Als Folge der Depression sank das Steueraufkommen in den Jahren 1929/35 um 37 Prozent, und gleichzeitig stieg das Haushaltsdefizit auf 6 Milliarden Francs. Da die ab 1932 vorgenommenen Ausgabenverringerungen bei weitem nicht ausreichten, um das Haushaltsdefizit zu decken, war der Staat gezwungen, Anleihen auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Dadurch wurden der Wirtschaft erhebliche Kapitalmengen entzogen, die sie dringend für ihre Investitionen benötigte. Aus Furcht vor einer weiteren Verschärfung der Depression flüchtete gleichzeitig ein Teil des inländischen und ein großer Teil des kurzfristig in Frankreich investierten ausländischen Kapitals ins Ausland, wodurch sich die ohnehin bereits angespannte Finanzlage weiter verschlechterte. Im April 1934 sank die Industrieproduktion auf 76 Prozent des Standes von 1928, dem letzten Jahr vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, und die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 350.000. Obgleich im Mai 1935 eine langsame Erholung einsetzte, versiegte der Kapitalabfluß erst im Sommer 1937. Im Jahre 1938 blieb die industrielle Produktion noch zu 15 Prozent unter dem Stand von 1928, und es gab bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges niemals weniger als 350.000 Arbeitslose[42].

C) Die Evolution der französischen Sozialstruktur.

Die Wirtschaftskrise beschleunigte die durch den I. Weltkrieg ausgelöste Evolution der französischen Sozialstruktur und zerstörte dadurch das innere Gleichgewicht der "blockierten Gesellschaft"[43]. Die aus dem 19. Jahrhundert stammende Dreiteilung der französischen Gesellschaft in Bourgeoisie, Mittelklassen und Arbeiterschaft blieb zwar erhalten, aber innerhalb der einzelnen Klassen vollzogen sich erhebliche Umschichtungen[44].

Innerhalb der Bourgeoisie gewannen die Unternehmer der modernen Wachstumsindustrien an Einfluß. Es gelang ihnen jedoch nicht, das Besitz- und Bildungsbürgertum aus seinen Führungspositionen zu verdrängen. Dieses blieb daher die bestimmende Kraft der französischen Gesellschaft.

Die Mittelklassen, besonders in ihren unteren Schichten, wurdem am härtesten von der Wirtschaftskrise getroffen. Während die Großindustrie ihre Profite ungefähr auf ihrem früheren Niveau halten konnte, verringerte sich das Einkommen der mittleren und kleinen Unternehmer, der Handwerker, der Einzelhändler und der Staatsangestellten beträchtlich. Die landwirtschaftlichen Einkommen sanken zwischen 1929 und 1932 um 40 Prozent und 1934/35 erneut um 20 Prozent, so daß sie auf dem Höhepunkt der Krise nur noch zwei Fünftel ihrer ursprünglichen Höhe ausmachten[45].

Die Entwicklung der Einlagen bei den Sparkassen (Caisse d'Epargne) verdeutlicht gut die Verarmung der Mittelklassen. Während zwischen 1929 und 1932 die Einzahlungen die Abhebungen überstiegen, gab es zwischen 1933 und 1936 mehr Abhebungen als Einzahlungen; d.h. zwischen 1933 und 1936 war ein großer Teil der Mittelklassen gezwungen, von seinen Ersparnissen zu leben[46].

Die Arbeiterschaft hatte als Klasse weit weniger unter der Wirtschaftskrise zu leiden als die unteren Schichten des Mittelstandes, da sie wie die Großunternehmer von der Prosperität der zwanziger Jahre profitiert hatte. Während der ersten beiden Jahre der Krise, 1930 und 1931, stieg der Nominallohn der Industriearbeiter sogar noch um 14 Prozent im Vergleich zu 1929. Wenngleich er ab 1932 leicht zurückging, sank er doch niemals unter den Stand von 1929. Allerdings wurden die Vorteile des erhöhten Nominallohns durch die Verringerung der Arbeitszeit und die Preissteigerungen wieder ausgeglichen. 1929 betrug die durchschnittliche Arbeitszeit 48 Stunden, 1935 dagegen nur noch 43 Stunden[47].

Die globalen Ziffern des industriellen Nominal- und Reallohnes geben jedoch nur ein unvollständiges Bild der Lage der arbeitenden Klasse, da einzelne Kategorien der Arbeiterschaft besonders hart von der Krise betroffen wurden. Zu ihnen

gehörten vor allem die angelernten und ungelernten Arbeiter. Die Kategorie des angelernten Arbeiters (ouvrier spécialisé) war während des I. Weltkrieges als Folge des Überganges zur Serienproduktion entstanden. Sie verdrängte in der Großindustrie fast völlig den Facharbeiter, der auf die Funktion des Technikers und Spezialisten beschränkt wurde. Da der angelernte Arbeiter über keine besondere berufliche Ausbildung verfügte, konnte er leicht ersetzt werden. Er war deshalb weit stärker den Fluktuationen des Arbeitsmarktes ausgesetzt als der Facharbeiter. In Krisenzeiten entließen die Unternehmer in erster Linie die angelernten Arbeiter, um sie in Zeiten der wirtschaftlichen Expansion wieder einzustellen[48]. Die Masse der Arbeitslosen der Jahre 1932 - 36 rekrutierte sich deshalb vor allem aus den angelernten Arbeitern. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 273.810 im Jahre 1932 auf 425.789 im Jahre 1935 und sank bis 1939 niemals unter 350.000[49]. Die Arbeitslosigkeit führte infolge der staatlichen Arbeitslosenunterstützung zwar zu keinem Massenelend, aber sie demoralisierte die gesamte Arbeiterschaft, besonders die angelernten und ungelernten Arbeitskräfte. Die psychologischen Folgen der Wirtschaftskrise waren deshalb für die Arbeiterschaft im ganzen gesehen weit gravierender als die rein materiellen. Sie erklären teilweise die Verschärfung der sozialen Gegensätze und die politische Radikalisierung, die sich ab 1934 in der Arbeiterklasse bemerkbar machte[50]. Da ein Teil der unteren Schichten des Mittelstandes die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft vorübergehend unterstützte, zerbrach die Solidarität der am sozialen Konsensus beteiligten Klassen und damit auch die innere Kohäsion der "republikanischen Synthese"[51].

D) Die politische Krise.

Die Verschärfung der sozialen Gegensätze während der Wirtschaftskrise erschwerte in steigendem Maße das Funktionieren des parlamentarischen Systems. Die im "Cartel des Gauches" vereinigten Radikalsozialisten und Sozialisten hatten 1932 gemeinsam die Wahlen gewonnen und verfügten mit 321 Sitzen über die absolute parlamentarische Mehrheit. Ihre gegensätzlichen Auffassungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik verhinderten jedoch eine gemeinsame Regierungsbildung. Während die Radikalsozialisten den Haushalt durch eine drastische Verringerung der Staatsausgaben ausgleichen wollten, befürworteten die Sozialisten eine dynamische Finanzpolitik[52]. Da die rechte Mitte gleichfalls die Deflation befürwortete, wäre die Bildung einer Mehrheitsregierung durch die Parteien der demokratischen Mitte möglich gewesen. Diese scheiterte jedoch an der Weigerung der Radikalsozialisten, sich von den Sozialisten zu trennen. So blieb als einziger Ausweg nur die Bildung einer radikalsozialistischen Minder-

heitsregierung, die versuchen mußte, mit wechselnden Mehrheiten der Rechten und Linken zu regieren. Auf die Dauer waren indessen weder die sozialistische Linke noch die konservative Rechte bereit, eine Regierung zu unterstützen, auf die sie keinen unmittelbaren Einfluß hatten. Keine der sechs radikalsozialistischen Minderheitsregierungen zwischen Juni 1932 und Februar 1934 konnte sich deshalb lange an der Macht behaupten[53].

Die Haltung der sozialistischen Linken und der konservativen Rechten wurde im wesentlichen durch den Druck erzwungen, den ihre Wählerschaft über die Presse auf sie ausübte. Infolge der verschärften politischen und sozialen Gegensätze mußten beide Gruppen fürchten, daß Teile ihrer Wählerschaft zu den Kommunisten bzw. den Nationalisten überlaufen würden, falls sie sich im Parlament zu kompromißbereit zeigten. Die Folge dieser Anziehungskraft der extremen Gruppen auf die Wählerschaft der demokratischen Parteien war eine Verhärtung der Positionen im Parlament und ein allmählicher Zerfall der demokratischen Mitte[54].

a) Der Antiparlamentarismus.

Die häufigen Regierungskrisen begünstigten das Wiederaufleben des alten Antiparlamentarismus in breiten Bevölkerungskreisen. Seit der Boulangerkrise und der Dreyfus-Affäre bildet dieser einen Bestandteil der nationalistischen Ideologie, aber er war auch latent in anderen Gruppen vorhanden. Durch seine Verbindung mit der sozialen Unzufriedenheit des Mittelstandes, dem militanten Antikommunismus der bürgerlichen Jugend und dem nationalen Unbehagen der ehemaligen Frontkämpfer (Anciens Combattants) wurde er in den dreißiger Jahren zu einer bedeutenden politischen Kraft, die ihren organisatorischen Ausdruck in den Ligen fand[55]. Die Ligen waren paramilitärische Organisationen, die in ihrer Opposition gegen das parlamentarische Regime und seine Parteien, in ihrem vagen Verlangen nach einem starken Staat und sozialer Gerechtigkeit, sowie in ihrem militanten Nationalismus die Tradition der autoritären Rechten der Vorkriegszeit fortsetzten, gleichzeitig aber in ihrer Organisationsform und in ihren politischen Methoden Elemente des italienischen Faschismus übernahmen. Die Masse ihrer Mitglieder bestand aus kleinbürgerlichen Nationalisten, die mit autoritären Methoden die Krise der französischen Gesellschaft überwinden wollten und sich zur Erreichung dieses Zieles der Organisationsformen und Kampfmethoden des italienischen Faschismus der Frühzeit bedienten. Auf Grund der Mischung traditioneller und faschistischer Elemente stellen die Ligen der dreißiger Jahre ein spezifisch französisches Phänomen dar, das den Übergang des integralen Nationalismus zum Faschismus bildet[56].

b) Der 6. Februar.

Die Kritik der Praxis des parlamentarischen Regimes und die Sehnsucht nach einer starken Staatsautorität beschränkten sich nicht auf die Ligen, sondern manifestierte sich ebenfalls in den alten Parteien. Auf der Linken äußerte sich der Antiparlamentarismus im Austritt der Neo-Sozialisten aus der S. F. I. O. [57]. Auf der Rechten verband sich der Antiparlamentarismus mit der Opposition gegen die linke Regierungsmehrheit und führte zu einem taktischen Bündnis der "autoritären Reformer" mit den Ligen. Die Verwicklung einiger radikalsozialistischer Politiker in den Stavisky-Skandal bot im Februar 1934 den willkommenen Vorwand, die linksgerichtete Regierung Daladier zu stürzen. Während die Ligen durch "direkte Aktionen", d. h. Straßenaufmärsche und Massenversammlungen, das Parlament unter Druck setzten, benutzten die Führer der konservativen und nationalen Opposition, Henriot und Tardieu, die traditionellen Mittel der französischen Politik - Presse, parlamentarische Anfragen, Reden - um die öffentliche Meinung gegen die Regierung zu mobilisieren. Ihre Bemühungen wären jedoch erfolglos geblieben, wenn breite Kreise der Öffentlichkeit nicht mit dem System unzufrieden gewesen wären, weil es sich unfähig zeigte, die wirtschaftliche und soziale Krise zu meistern [58].

c) Die Union nationale.

Die taktische Zusammenarbeit von Ligen und parlamentarischer Opposition erzwang am 6. Februar 1934 den Rücktritt Daladiers und am 9. Februar die Bildung der "Union nationale" unter dem ehemaligen Staatspräsidenten Doumergue [59]. Die parlamentarische Mehrheit der neuen Regierung reichte von den Radikalsozialisten bis zur konservativnationalen Rechten; die effektive Macht lag jedoch in den Händen der konservativen Liberalen, zu denen auch Doumergue zu zählen ist, obgleich er aus den Reihen der radikalsozialistischen Partei hervorgegangen war [60]. Mit ihnen gelangte die gemäßigte Rechte zwei Jahre nach ihrer Wahlniederlage von 1932 erneut an die Macht.

ZWEITES KAPITEL

Die gemäßigte Rechte - Struktur und Ideologie einer bürgerlichen Bewegung.

Die gemäßigte Rechte bildete in den dreißiger Jahren die einflußreichste Gruppe der politischen Führungselite Frankreichs. Sie verfügte über eine große Anzahl hervorragender Persönlichkeiten, Parlamentarier und Journalisten, sie kontrollierte sechzig Prozent der Presse und der Verlagshäuser und besaß machtvolle Verbündete in Staat und Gesellschaft. Dennoch lassen sich ihre Strukturen nur schwer bestimmen, weil sie aus sehr unterschiedlichen Elementen bestand. Je nach der Wahl der zur Analyse benutzten Kriterien ergeben sich verschiedene Definitionen, die oft erheblich voneinander abweichen. Die politische Rechte war keineswegs mit der sozialen Rechten identisch, und die ideologische Rechte stimmte durchaus nicht mit der parlamentarischen Rechten überein[1].

Die große Schwierigkeit einer klaren und eindeutigen Definition der gemäßigten Rechten und ihrer Strukturen ergibt sich aus der Unbestimmtheit der Begriffe "gemäßigt" und "rechts" im politischen Vokabular der III. Republik. Jedermann gebrauchte sie, aber jeder meinte etwas anderes damit. Das Adjektiv "gemäßigt" bezeichnet eine Haltung; das Adjektiv "rechts" dagegen eine Überzeugung bzw. ein Vorurteil. Man war "gemäßigt" oder "extrem" je nach Temperament und Neigung, unabhängig von der politischen Überzeugung oder der Gruppenzugehörigkeit. "Rechts" war jedoch nur jener, der in gewissen Strukturen stand bzw. gewisse Ansichten, Wertvorstellungen, Interessen und Verhaltensweisen teilte, die als charakteristisch für die französische Rechte angesehen werden[2].

Eine wissenschaftlich brauchbare Definition der gemäßigten Rechten muß sich daher sowohl auf subjektive als auch auf die objektiven Kriterien stützen. Im folgenden soll versucht werden, die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten mit politologischen, historischen und soziologischen Methoden zu lösen. Durch die Kombination aller drei Methoden läßt sich der feste Strukturkern der gemässigten Rechten ermitteln.

A) Stellung im politischen System

Die gemäßigte Rechte umfaßte in den dreißiger Jahren alle Gruppen der konservativen Rechten und der liberalen Mitte, die ein Bündnis mit der extremen, d.h. nationalistisch-autoritären Rechten oder der sozialistisch-kommunistischen Linken ablehnten. Zu ihr gehören ferner auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet verschiedene Gruppen der linken Mitte wie z.B. die "Gauche radicale" des Louis

de Chappedelaines, sowie auf religiös-erziehungspolitischem Gebiet die Christlichen Demokraten (Démocrates populaires). Die gemäßigte Rechte unterschied sich von der extremen Rechten durch ihren Republikanismus und gemäßigten Nationalismus, von der sozialistisch-kommunistischen Linken durch ihren sozialen Konservativismus und Wirtschaftsliberalismus[3]. Die Grenzen nach rechts und links waren jedoch auf Grund der sozialen und ideologischen Heterogenität der gemäßigten Rechten fließend. So stimmten z. B. 36 Abgeordnete der "Gauche radicale" und 5 Abgeordnete der "Républicains de gauche" für die linksgerichtete Regierung Herriot am 7. Juni 1932. Die christlichen Demokraten enthielten sich der Stimme, gaben jedoch zu erkennen, daß sie der Regierung positiv gegenüberstanden[4]. Andererseits beteiligten sich die Radikalsozialisten 1934 an der Union nationale und gehörten den beiden folgenden Mitte-Rechtsregierungen Flandins und Lavals an[5]. Die Bemühungen Flandins, des Vorsitzenden der Alliance Démocratique, und Emile Roches, des Herausgebers der radikalsozialistischen "La République", um die Schaffung einer Koalition aus den Parteien der demokratischen Mitte-Radikalsozialisten, Christliche Demokraten, Alliance Démocratique - konnten jedoch nicht die Polarisierung der politischen Kräfte auf der Rechten und Linken verhindern[6]. Als sich im Sommer 1935 die Radikalsozialisten der Volksfront anschlossen und die Christlichen Demokraten ihre Neutralität erklärten, blieb der Alliance Démocratique nur noch das Bündnis mit der konservativen Rechten. Während des Wahlkampfes von 1936 stimmte daher die politische Realität für kurze Zeit mit dem traditionellen Rechts-Links-Schema überein. Amédée d'Yvignac, ein linksliberaler Journalist, schrieb im Petit Journal: "Le 26 avril prochain, comme à l'aube de la République, deux blocs vont s'affronter! Front populaire et Front national recommencent, sous une nouvelle forme, la lutte du premier jour entre républicains et conservateurs[7]. Die Konservativen akzeptierten die Zweiteilung und forderten die Wähler auf, zwischen der Front national und der Volksfront, "entre notre programme et en fait le programme moscoutaire plus ou moins camouflé" zu wählen[8].

Die direkte Konfrontation der Volksfront mit ihren Gegnern verwischte in den Jahren 1935-37 vorübergehend den Gegensatz zwischen der gemäßigten und der extremen Rechten im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Beide Gruppen verteidigten die bestehende Ordnung und wurden deshalb von den Sozialisten und Kommunisten in einen Topf geworfen[9]. Trotz der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Volksfront verfolgten die gemäßigte und extreme Rechte weiterhin unterschiedliche Ziele. Während die gemäßigte Rechte in ihrer Mehrheit trotz aller Kritik an der politischen Praxis der III. Republik grundsätzlich am Parlamentarismus festhielt, strebte die extreme Rechte die Errichtung eines autoritären Regimes

an, denn nur so glaubte sie die inneren und äußeren Schwierigkeiten Frankreichs überwinden zu können[10]. Die gemäßigte Rechte mißtraute dem Autoritarismus der extremen Rechten, da sie fürchtete, nicht nur politisch von der Macht verdrängt zu werden, sondern auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet Schaden zu nehmen. Die Praxis des faschistischen Regimes in Italien bestärkte namentlich die Liberalen in ihrer Abneigung gegen den Autoritarismus der extremen Rechten[11]. So warf Barthélemy den Neosozialisten vor, sie entfernten sich swohl auf wirtschaftlichem als auch auf politischem Gebiet vom freiheitlichen Geist der französischen Revolution. Der Liberalismus bewahre auch in der Gegenwart seine volle Gültigkeit. Die Ursachen der wirtschaftlichen Krise lägen in der Mißachtung der liberalen Prinzipien, nicht aber in den Prinzipien selbst, weshalb die Krise nur durch eine Rückkehr zur reinen Lehre des Liberalismus überwunden werden könne: "A la rigeur la politique se commande, l'économie pas"[12].

Die Konservativen, namentlich ihr nationaler Flügel, empfanden gewisse Sympathien für den militanten Nationalismus und Autoritarismus der extremen Rechten, aber auch sie mißtrauten ihrem wirtschaftlichen und sozialen Programm. So kommentierte Henri de Kerillis das neo-sozialistische Parteiprogramm mit den charakteristischen Worten: "Et nous avons par trop l'impression qu'on porte nos enfants dans d'autres bras"[13]. Trotz dieser Vorbehalte bemühten sich die Konservativen im Gegensatz zu den Liberalen, die Neo-Sozialisten und die nationalistischen Ligen in den von ihnen propagierten "Front national" einzugliedern[14]. Ihre Bemühungen waren indessen nur teilweise erfolgreich, da sich die Neo-Sozialisten über die Frage des Bündnisses mit der gemäßigten Rechten spalteten und die Liga "Croix de Feu" eine Zusammenarbeit ablehnte[15]. Etwas mehr Erfolg war der 1937 auf dem Höhepunkt des spanischen Bürgerkrieges gegründeten "front de la liberté" beschieden. In ihr schlossen sich konservative und nationalistische Gruppen beider Lager zusammen, um gemeinsam gegen den Kommunismus, d. h. konkret die Volksfrontregierung zu kämpfen. Da der Führer der größten nationalistischen Gruppe, de La Rocque, abermals die Mitarbeit verweigerte, scheiterte auch dieser Versuch einer antikommunistischen Einheitsfront der Rechten nach einigen Anfangserfolgen[16]. Die Rechte spaltete sich wieder in zwei sich heftig befehdende Teile. Diese setzten sich jedoch nicht mehr aus den gleichen Gruppen zusammen wie 1934. Während de La Rocque seine Liga "Croix de Feu" 1936 in eine politische Partei unter dem Namen "Parti Social Français" umgewandelt hatte und damit seine bisherige Opposition gegen das parlamentarische Regime aufgab, hatte sich ein Teil der gemäßigten Rechten durch die antidemokratischen Thesen der extremen Rech-

ten gewinnen lassen. Die prominentesten Vertreter dieser Gruppe waren der konservative Philippe Henriot und der liberale André Tardieu. Der Prozeß Pozzo di Borgo - La Rocque ließ im Mai 1937 in aller Öffentlichkeit das tiefe Zerwürfnis zwischen den beiden Lagern deutlich werden. Um Pozzo di Borgo sammelten sich alle Gegner des bestehenden Regimes - die royalistische Action française, die nationalistischen Ligen, die faschistischen Organisationen Doriots (Parti Populaire Français) und Deloncle's (Comité Secret d'Action Révolutionnaire, kurz Cagoule genannt) sowie antiparlamentarische Publizisten, wie Tardieu, und Zeitungen wie Je suis partout und Gringoire. Auf der anderen Seite standen de La Rocque und die Nationalisten der gemäßigten Rechten mit Henri de Kerillis an der Spitze[17].

B) Die innere Gliederung.

Die gemäßigte Rechte bildete trotz ihrer politischen Zusammenarbeit in den Jahren 1934-36 keine Einheit, sondern zerfiel in eine konservativ-katholische, eine liberale, eine nationale und eine antikommunistische Gruppe. Innerhalb dieser Gruppen existierten wiederum eine Vielzahl von Richtungen, die eine klare Scheidung der einzelnen Gruppen praktisch unmöglich machten. Die verwirrende Vielfalt der gemäßigten Rechten war die Folge wiederholter Umschichtungen, in deren Verlauf ehemalige Linksgruppen zur Rechten überwechselten, um sich dort mit den bereits bestehenden Gruppen zu mischen und so neue Gruppierungen bildeten, die sich sowohl von der klassischen Rechten als auch von der neuen Linken unterschieden.

Die gemäßigte Rechte entstand durch das Bündnis konservativ-katholischer und liberal-republikanischer Elemente in der Zeit zwischen dem "Ralliement", d.h. dem Anschluß der Katholiken an die III. Republik 1899 und der Bildung des "Bloc national" 1919. Es handelte sich dabei um einen dialektischen Prozeß, in dessen Verlauf die Konservativen auf ihre politische Gegnerschaft gegen die Republik und die Liberalen auf ihren Antiklerikalismus verzichteten. Die treibende Kraft innerhalb dieses Prozesses bildete die Bedrohung der sozialen Interessen beider Gruppen durch die sozialistische Linke und der gemeinsame Widerstand gegen die hegemonialen Bestrebungen des wilhelminischen Kaiserreiches. Die Boulangerkrise, die Dreyfus-Affäre und die religiöse Frage haben die konservativ-liberale Annäherung zwar zeitweise unterbrochen, aber nicht verhindert. Das gemeinsame Interesse an der Bewahrung der nationalen Selbständigkeit und der etablierten Gesellschaftsordnung erwies sich am Ende stärker als alle politischen, ideologischen und persönlichen Differenzen. 1919 schlos-

sen sich die Konservativen und Liberalen unter Poincaré im bloc national zusammen und übten gemeinsam mit kurzen Unterbrechungen bis 1936 die Macht aus. Dennoch ist es nicht zu einer Verschmelzung beider Gruppen gekommen, da ihr ursprünglicher Gegensatz erhalten blieb. Die Konservativen hatten zwar die republikanischen Institutionen akzeptiert, bekämpften jedoch weiterhin ihre geistigen Grundlagen, d.h. die Ideen von 1789. Die Liberalen dagegen akzeptierten zwar die Unterstützung der Konservativen auf wirtschaftlich-sozialem und finanzpolitischem Gebiet, aber sie hielten weiterhin am Prinzip der Laizität des Staates fest. Als die Konservativen die volle Gleichberechtigung der konfessionellen Schulen mit den staatlichen Schulen forderten, verteidigten die Liberalen unnachgiebig das staatliche Erziehungsmonopol. Die religiöse Frage trennte daher weiterhin innerhalb der gemäßigten Rechten zwei geistige Strömungen, den Konservatismus und den Liberalismus: "la laicité maintient obstinément une frontière entre deux traditions idéologiques et politiques de droite, qui subsistent distinctes sous l'unité de façade du Bloc national"[18]. Beide Strömungen waren wiederum in mehrere Gruppen unterteilt, die sich nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch-programmatisch unterschieden. Unter dem Einfluß des Nationalismus hatten sich zu Beginn des Jahrhunderts sowohl im konservativen als auch im liberalen Lager Gruppen gebildet, die den Konservatismus bzw. Liberalismus mit der nationalen Machtidee zum konservativen bzw. liberalen Nationalismus verbanden. Seine führenden Vertreter waren in der Zwischenkriegszeit bei den Liberalen Poincaré und Tardieu sowie bei den Konservativen Marin und Vallat. Ihm schlossen sich außerdem eine Anzahl politischer Einzelgänger an, die aus den verschiedensten Gründen mit der Linken gebrochen hatten, aber an ihren ursprünglichen ideologischen und gesellschaftspolitischen Ideen festhielten. Die bekanntesten unter ihnen waren Franklin-Boullion, Georges Mandel und Pierre Laval. Die Auseinandersetzungen mit der Volksfront, dem französisch-sowjetischen Pakt, dem Äthiopienkonflikt, dem nationalsozialistischen Deutschland und der Staatskrise führten zu weiteren Gruppenbildungen innerhalb der gemäßigten Rechten. Schließlich spielten noch menschliche und psychologische Faktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle. Einzelne Persönlichkeiten verstanden es, eine Anhängerschaft zu sammeln und mit ihr eine eigene Gruppe zu bilden. In der 1932 gewählten Kammer existierten eine christlich-demokratische, drei liberale und vier konservative Fraktionen, zu denen außerhalb des Parlamentes noch eine antikommunistische Gruppe um den Matin und eine radikalkonservativ-nationalistische Gruppe um den Jour zu rechnen sind[19].

Die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Volksfront überbrückte in den Jahren

1934/36 vorübergehend die internen Gegensätze der gemäßigten Rechten. Die verschiedenen konservativen, nationalen und liberalen Gruppen arbeiteten in den wichtigsten innen- und außenpolitischen Fragen zusammen und unterstützten sich während des Wahlkampfes im Frühjahr 1936[20].

Die gemäßigte Rechte erscheint so in den Jahren 1934/36 als eine ideologisch heterogene, politisch aber relativ geschlossene Gruppe, die gemeinsame innen- und gesellschaftspolitische Ziele verfolgte. Trotz dieser scheinbaren Geschlossenheit blieben jedoch die strukturellen Unterschiede ihrer einzelnen Gruppen bestehen.

C) Die soziale Basis.

Die gemäßigte Rechte rekrutierte ihr Führungspersonal fast ausschließlich unter dem Besitz- und Bildungsbürgertum. Ihre Wähler kamen dagegen sowohl aus den Reihen der Bourgeoisie als auch aus denen der oberen Schichten der Mittelklassen und der Landbevölkerung. Sie kann daher als politische Repräsentanz der besitzenden Klassen, besonders ihrer oberen Schichten betrachtet werden.

a) Die Parteien

Die Parteien der gemäßigten Rechten identifizierten sich jedoch aus taktischen Gründen mit keiner bestimmten sozialen Gruppe sondern versuchten alle sozialen Schichten anzusprechen. Die national-konservative Fédération Républicaine appellierte dabei besonders an die nationale Gesinnung und die religiöse Überzeugung, die liberale Alliance Démocratique an den Patriotismus, den Liberalismus und den Antiklerikalismus der Wähler.

b) Die Wählerschaft

Die Hochburgen der gemäßigten Rechten befanden sich in den dreißiger Jahren in West- und Ostfrankreich, den südöstlichen Gebieten des Massiv Central, in Burgund und den westlichen Pyrenäen[21]. Mit Ausnahme des industrialisierten Nord-Ostens (Lothringen) handelte es sich hierbei um vorwiegend agrarische Gebiete mit Mittel- und Kleinbesitz sowie mit einer alteingesessenen Bourgeoisie, die meist vom Handel lebte[22]. Da die Bewohner ähnlich strukturierter Gebiete für die Parteien der Linken stimmten, können die sozio-ökonomischen Bedingungen nur in Verbindung mit historischen, konfessionellen, ideologischen und psychologischen Faktoren das Verhalten der Wählerschaft der gemäßigten Rechten bestimmt haben. Ein Vergleich der Wahlergebnisse mit der religiösen

Praxis zeigt die engen Beziehungen zwischen konservativer Stimmabgabe und Katholizismus[23]. In Ostfrankreich tritt der starke antideutsche Nationalismus hinzu[24]. In den weitgehend religiös indifferenten Gebieten der Normandie, Burgunds, der Gironde und des Ardèche beruhten die Wahlerfolge der gemäßigten Rechten vor allem auf sozialen Faktoren. Meist handelt es sich hier um Regionen, die vor 1914 für die linke Mitte stimmten, aber nach dem I. Weltkrieg aus Furcht vor dem Kollektivismus der marxistischen Linken den konservativen Liberalen ihre Stimme gaben[25]. Stark vereinfacht läßt sich sagen, daß die Konservativen vorwiegend aus ideologischen Gründen und die Liberalen vorwiegend aus sozio-ökonomischen Gründen gewählt wurden. Aber auch hier muß man sich vor billigen Verallgemeinerungen hüten, da sich häufig ideologische und sozio-ökonomische Faktoren überschnitten.

D) Die Organisation

Die gemäßigte Rechte bestand aus mehreren lose organisierten Parteien, Parlamentsgruppen und Verbänden, die in den Jahren 1934-36 allein durch eine relativ homogene Führungsschicht und durch die staatliche Machtausübung zusammengehalten wurden. Auf Grund ihrer ideologischen, sozialen und politischen Heterogenität zeigte sie sich auch angesichts der Volksfront unfähig, "à s'unir et s'organiser", wozu sie von Henri de Kerillis unablässig aufgefordert wurde. Sie hielt vielmehr an ihren traditionellen Organisationsformen fest, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatten.

a) Die Parteien

Die Parteien der gemäßigten Rechten waren Allianzen bzw. Förderationen lokaler Komitees, die weder Mitglieder werben noch Massen organisieren wollten, sondern die Wahl von Abgeordneten für die verschiedenen lokalen und nationalen Versammlungen betrieben. Ihr Verwaltungsapparat war schwach entwickelt, ihr Einfluß auf die Komitees gering. Die wesentliche Aufgabe der zentralen Parteiorgane - Präsidium, Büro, Parteitag - bestand nicht in der Leitung, sondern in der Integration der Partei. Auf den Parteikongressen fanden deshalb auch selten echte politische Auseinandersetzungen statt, sondern nur rhetorische Scheingefechte, die nicht für die Delegierten, sondern für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Die Struktur der gemäßigten Parteien schloß eine innerparteiliche Demokratie, d.h. die Wahl und die Kontrolle der Führungselite durch die Mitglieder aus. Die Führungsgremien der Parteien ergänzten sich nicht durch Wahlen sondern durch Kooptation. Die Abstimmungen auf den Par-

teikongressen hatten lediglich die Funktion, die Vorentscheidungen des Parteivorstandes zu sanktionieren und sie damit in den Augen der Öffentlichkeit demokratisch zu legitimieren. Die politische und personelle Auseinandersetzung auf den Parteikongressen wurde bewußt zugunsten der Stabilität der Führungsschicht ausgeschaltet[26].

Die einfachen Delegierten besaßen zwar auf den Parteitagen die Möglichkeit, ihre Meinung zu äußern, aber sie konnten keinen entscheidenden Einfluß auf die Wahl des Führungspersonals und auf die Programmatik der Parteien nehmen. Die politisch relevanten Kontroversen wurden nicht innerhalb der Parteien sondern in der Öffentlichkeit und im Parlament ausgetragen[27].

Wenn sich ein ehrgeiziger Politiker in einer Partei nicht durchsetzen konnte, dann gründete er im Parlament eine eigene Gruppe oder trieb als unabhängiger Abgeordneter Politik auf eigene Faust. Die Rivalität zwischen Flandin und Reynaud bietet hierfür das bekannteste Beispiel der dreißiger Jahre. Beide gehörten der Alliance Démocratique an, aber jeder von ihnen leitete eine eigene Parlamentsgruppe, die ihnen als Hausmacht diente. Die Gruppenzugehörigkeit innerhalb des gleichen ideologischen Lagers beruhte weniger auf politischen Überzeugungen als vielmehr auf Interessen oder taktischen Erwägungen. Hierin liegt eine der wesentlichen Ursachen für die organisatorische Zersplitterung der gemäßigten Rechten in drei liberale, drei konservative, eine nationale und eine christlich-soziale Gruppe[28].

b) Die Verbände

Die einzelnen Gruppen und Politiker der gemäßigten Rechten waren teilweise personell und informell sehr eng mit außerparlamentarischen Kräften sowie Organisationen verflochten, die sie entweder finanziell oder ideell unterstützten. Die bekanntesten Hilfsorganisationen der gemäßigten Rechten waren in den dreissiger Jahren außer der Presse der Centre de propagande des Républicains nationaux, die Fédération nationale catholique, die Union Nationale des Combattants, die Confédération Générale de la Production Française, das Comité des Forges, die Union des Intérêts Economiques sowie eine Vielzahl patriotischer Vereinigungen wie die Association le Maroc oder die Société de géographie commerciale et d'études coloniales. Der Centre de propagande war 1927 von Henri de Kerillis in Verbindung mit dem Echo de Paris gegründet worden, um die "nationalen" Kandidaten der Rechten durch eine gezielte Massenpropaganda bei den Wahlen zu unterstützen. Henri de Kerillis bezeichnete im Mai 1934 die Massenpropaganda als "le grand fait moderne", dessen sich auch die nationalen

Kräfte Frankreichs bedienen müßten, um sich in der politischen Auseinandersetzung behaupten zu können: "Tout effort strictement limité aux élites est désormais inopérant, insuffisant, condamné par avance, car dans le monde en révolution, les anciennes élites sont dessaisies, et la masse toute-puissante, peu à peu, ordonne et s'inspire"[29]. De Kerillis stieß mit seiner Initiative zunächst auf den heftigen Widerstand der Komitees, die eine Beeinträchtigung ihrer Macht befürchteten. Nach dem 6. Februar 1934 fand er jedoch mehr und mehr die Unterstützung der führenden Persönlichkeiten des national-liberalen und national-konservativen Lagers, unter ihnen Paul Reynaud, Raymond Cartier, Jean Ybarnégaray sowie zahlloser "kleiner Leute", die seine Arbeit durch ihre Spenden finanzierten[30]. Die konservativen Liberalen und die konservativen Katholiken hielten sich dagegen weiterhin fern und bedienten sich ihrer eigenen Hilfsorganisationen. Die Konservativen konnten sich dabei vor allem auf die Fédération nationale catholique stützen. Diese war nach dem Wahlsieg des Cartel des Gauches vom französischen Episkopat als überparteiliche Organisation geschaffen worden, offiziell, um die christliche Ordnung "im Individuum, in der Familie, in der Gesellschaft, in der Nation" zu erneuern, in Wirklichkeit aber, um das laizistische Programm der Regierung Herriot zu bekämpfen. Ungeachtet der Erklärung ihres Vorsitzenden, General de Castelnau, "la Fédération ne sera pas un groupement politique et n'aura pas à se prononcer sur la forme du régime gouvernemental", geriet sie rasch in das Fahrwasser der konservativen Rechten und arbeitete eng mit der "Fédération Républicaine" und anderen konservativ-nationalen Organisationen zusammen. Ihre bekanntesten Redner der dreißiger Jahre, Philippe Henriot, Xavier Vallat, Jean Le Cour-Grandmaison, Grousseau, gehörten sämtlich dem konservativen Lager an. Die Föderation bekämpfte die staatliche Einheitsschule und forderte die Vereins- und Lehrfreiheit für alle Staatsbürger einschließlich der Kleriker; d. h. mit anderen Worten, die Aufhebung der laizistischen Gesetzgebung von 1901 und 1904. Die lokalen Komitees der Föderation arbeiteten Aktionsprogramme aus und unterstützten bei den Wahlen nur solche Kandidaten, die versprachen, sich im Parlament für die Ziele der Föderation einzusetzen. Dadurch reichte ihr Einfluß weit über die konservative Rechte hinaus und erstreckte sich bis tief hinein in die liberale Mitte. Nach den Wahlen von 1928 behauptete die Föderation, daß 277 Abgeordnete sich verpflichtet hätten, ihre Ziele zu unterstützen[31].

Die Union Nationale des Combattants unterstützte durch ihre Propaganda indirekt sowohl die konservativen als auch die nationalen Gruppen, obgleich sie sich bemühte, die nationalen Elemente der ehemaligen Frontkämpfer ohne Rücksicht auf politische Meinungen oder sozialen Status zu organisieren[32]. Obwohl ihr

im Norden sozialistische und im Westen royalistische Mitglieder angehörten, gaben die "bien pensants" der Hauptstadt in ihr den Ton an. Sie forderten wie die konservativen Nationalisten eine "nationale Erneuerung", "Ordnung in den Finanzen" und "Sauberkeit in der Verwaltung", lehnten jedoch ein präzises politisches Engagement ab. In ihrem "Tagesbefehl" vom 8. Juli 1934 heißt es: "Les hommes de pensée et d'action qui ne sont mûs que par le souci de servir le pays se refusent à perdre leur temps dans des assemblées dont la tenue les peine et les écoeure"[33].

c) Die wirtschaftlichen Interessenverbände

Im Gegensatz zu den katholischen und patriotischen Organisationen unterstützten die wirtschaftlichen Interessenverbände vor allem die konservativen Liberalen, da diese unmittelbar Zugang zur politischen Macht besaßen. Seitdem das Gesetz von 1884 die Bildung von Berufsorganisationen erlaubte, hatten sich die Unternehmer in Interessenverbänden zusammengeschlossen, von denen die wichtigsten das Comité des Forges (1884), das Comité des Houillières (1892), die Union des Industries Métallurgiques et Minières (1900) und das Comité Central des Armateurs de France (1903) waren. Nach dem I. Weltkrieg schlossen sich etwa 1500 Unternehmergruppen in der Confédération Générale de La Production Française (C.G.P.) zusammen. Ihr offizielles Vorhaben war, "... étudier et défendre les intérêts du travail national, contribuer au développement et à la puissance de production et d'exportation de la France, coordonner les efforts des Syndicats et Associations professionnelles". In der Praxis verteidigte die C.G.P. jedoch lediglich die Unternehmerinteressen gegen die organisierte Arbeiterschaft und den Staat. Sie gründete dreißig Fachverbände, um so auch die nicht-organisierten Unternehmer zu beeinflussen. Da der C.G.P. Unternehmungen aller Größenordnungen angehörten, schuf sie eine enge Solidarität zwischen der kleinen, mittleren und großen Unternehmerschaft. Die ausschlaggebende Macht innerhalb der C.G.P. lag allerdings in den Händen des Comité des Forges, der Spitzenorganisation der Schwerindustrie. Dem Comité des Forges waren etwa 250 Unternehmungen angeschlossen, unter ihnen die mächtigen Konzerne de Wendel, Marine et Homécourt, Schneider-Creussot, Longwy, Densin-Anzin, Nord-Est. Es finanzierte einerseits den Temps, andererseits die Alliance Démocratique und einzelne Abgeordnete[34]. Es wäre jedoch irrig, wollte man daraus auf eine Kontrolle der konservativen Liberalen durch die Schwerindustrie schließen. Poincaré, Tardieu und Flandin waren keineswegs Agenten des Comité des Forges, sondern Politiker, die sich der finanziellen Mittel der Schwerindustrie für ihre politischen Ziele bedienten. Liberale Politiker von geringem

Gewicht dagegen besaßen nicht dieselbe Selbständigkeit, sondern mußten sich für die ihnen gewährte finanzielle Unterstützung erkenntlich zeigen. Die Union des Intérêts économiques war die einflußreichste und repräsentativste Organisation des kleinen und mittleren Unternehmertums und des Einzelhandels. Unter der Leitung des Senators Billiet verteidigte sie vor allem "la liberté du commerce et de l'industrie" und "l'initiative privée" gegen die "Ausdehnung der Staatsmonopole". Sie finanzierte teilweise den Wahlkampf des bloc national 1919 und 1924 und unterstützte die Liberalen 1928 und 1932[35].

E) Die Presse

Alle Richtungen innerhalb der gemäßigten Rechten fanden ihren publizistischen Ausdruck in der französischen Presse. Diese spielte infolge ihrer engen Verzahnung mit der politischen und sozialen Führungsschicht eine überragende Rolle im politischen und geistigen Leben der III. Republik[36]. Sie diente den Männern der gemäßigten Rechten als geistige Plattform und als Sprungbrett für die Politik, als Ausgangspunkt und Rückzugstellung im politischen Kampf. Viele Politiker und Parlamentarier der gemäßigten Rechten gingen aus der Presse hervor und sind nicht selten nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Politik zu ihr zurückgekehrt. Tardieu z. B. begann seine steile Karriere als außenpolitischer Kommentator des Temps, und er beendete sie als Mitarbeiter des Gringoire[37]. Über die Presse blieben die Vertreter der gemäßigten Rechten in ständigem Kontakt mit ihren Wählern und Anhängern im Lande und informierten bzw. belehrten sie über die wichtigsten Ereignisse und Probleme des Tages. Andererseits reflektierte die Presse nicht nur die Meinungen der Vertreter der gemässigten Rechten, sondern trug zu ihrer geistigen und politischen Ausformung bei[38]. Fast sämtliche Publikationen der Rechtspresse beteiligten sich an der politischen Auseinandersetzung, indem sie entweder offen eine bestimmte Meinung vertraten oder ihre Spalten nur einem ausgesuchten Kreis von Mitarbeitern öffneten. Die übliche Unterscheidung in Gesinnungspresse (presse d'opinion) und Informationspresse (presse d'information) erscheint daher etwas willkürlich[39]. Der harte Auflagenkampf zwang die Gesinnungspresse, sich der Mittel der Boulevardblätter zu bedienen und nötigte die Informationspresse, der politischen Berichterstattung einen breiten Raum einzuräumen. Dennoch soll an der Unterscheidung in Gesinnungs- und Informationspresse festgehalten werden, da sie im Bewußtsein des Durchschnittslesers und damit des Wählers ihre Bedeutung besaß[40].

a) Die Gesinnungspresse

Die Gesinnungspresse wurde vor allem von politisch engagierten bzw. interessierten Lesern gekauft, die ihre Meinung bestätigt wissen oder sich über die Meinungen der Andersdenkenden informieren wollen. Die Zeitungen der Gesinnungspresse kommentierten deshalb ihre Informationen unter Bezugnahme auf eine politische, konfessionelle oder weltanschauliche Doktrin. Ihr Stil und ihre Aufmachung richteten sich sowohl nach der jeweiligen Tendenz ihrer Mitarbeiter als auch nach dem Geschmack ihrer Leser. Auf Grund der engen Beziehungen zwischen Form und Inhalt lassen sich daher die verschiedenen Tendenzen der gemäßigten Rechten am besten an der Gesinnungspresse erkennen.

Die beiden führenden Zeitungen des liberalen Lagers, le Temps und le Journal des Débats wandten sich an das gebildete Bürgertum. Sie pflegten einen akademischen Stil und legten Wert auf eine seriöse Aufmachung. Der Temps übte dank der Zuverlässigkeit seiner Berichterstattungen und der Sachlichkeit seiner Kommentare einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung aus, der weit über die liberale Mitte hinausreichte. Seine Auslandsberichte dienten häufig der übrigen Presse als Informationsquelle, und seine innenpolitischen Kommentare galten im Ausland als authentische Interpretationen der französischen Politik. Le Temps vertrat in den dreißiger Jahren einen konservativen Liberalismus, den es als politischen Faktor kaum noch gab, der aber, weil er über eine ehrwürdige Tradition, über sprachgewandte Redner und Journalisten verfügte, den Eindruck erweckte, als ob er noch eine politische Kraft darstelle. Er verteidigte den konservativen Liberalismus im Glauben an seine ewigen Werte, im Vertrauen auf die Anziehungskraft der alten Formeln und Worte. Er hielt an seiner alten Linie fest, während ringsum die staatlichen, gesellschaftlichen und internationalen Strukturen sich auflösten, auf der sie beruhte. Die Treue zu den alten Ideen bewahrte das Prestige des Temps, aber sie führte von 1934 an zu einem leichten Rückgang seiner Auflagenzahl und verstärkte damit seine Abhängigkeit von seinen Geldgebern, namentlich dem Comité des Forges. Jacques Chastenet und Emile Mireaux, die beiden verantwortlichen Leiter des Temps, verstanden es indessen, die Autonomie des Blattes bis zum Ende der III. Republik zu behaupten. Le Journal des Débats, das einst führende Blatt des liberalen Bürgertums zu Beginn der III. Republik, verlor dagegen immer mehr an Einfluß und wurde in den dreißiger Jahren fast nur noch von Akademikern gelesen. Es behielt indessen als Tribüne für intellektuelle Auseinandersetzungen eine gewisse Bedeutung für die Meinungsbildung der gemäßigten Rechten. Die beiden einflußreichsten konservativen Zeitungen, l'Echo de Paris und le Jour, unterschieden sich sowohl im Stil als auch in der Aufmachung voneinander, da

sie sich an verschiedene soziale Klassen wandten. L'Echo de Paris wurde vor allem vom katholischen Bürgertum gelesen. Es diente dem Präsidenten der Fédération nationale catholique, dem national-konservativen General de Castelnau, als Tribüne und öffnete seine Spalten nur konservativ-katholischen oder konservativ-nationalen Journalisten wie Henri de Kerillis, André Giraud (Pseudonym Pertinax), Henry Bordeaux, Louis Madelin, Gérard Bauer u. a. Le Jour dagegen wollte die mittelständischen Schichten der Hauptstadt ansprechen. Er war von seinem Chefredakteur, Léon Bailby, als Kampfinstrument des radikal-konservativen Nationalismus gegründet worden und versuchte, durch einen virulenten Stil und eine auffällige Aufmachung die Aufmerksamkeit der Leser auf sich zu ziehen. Er wartete häufig mit sensationellen Berichten auf, über die er breite, auffällige Schlagzeilen setzte, wählte eindrucksvolle Bilder zum Text und veranstaltete Leserumfragen und Preisausschreiben. Auf diese Weise gelang Léon Bailby der Einbruch in die "High Society" der großen Pariser Presse. Als er 1938 das Echo de Paris aufkaufte und es mit dem Jour unter dem Namen Le Jour-L'Echo de Paris vereinte, erreichte er die höchste Auflagenzahl der gesamten Rechtspresse.

b) Die Informationspresse

Im Gegensatz zur politisch engagierten Meinungspresse gab sich die Nachrichtenpresse den Anschein politischer Neutralität. In Wirklichkeit übte gerade sie durch die Verbreitung und Popularisierung gewisser von ihr ausgewählter und kommentierter Nachrichten einen weit größeren Einfluß auf die Meinungsbildung aus als die reine Meinungspresse. Die politisch engagierten Zeitungen wurden meist von Lesern gekauft, die bereits selbst politisch engagiert waren, und nur eine Bestätigung ihrer Meinung suchten. Die Nachrichtenblätter dagegen erreichten ein politisch viel heterogeneres Publikum, weil ihre politische Richtung für den ungeschulten Leser nicht klar zu erkennen war.

Le Petit Parisien und le Petit Journal wandten sich an den "kleinen Mann", was sie bereits durch das Adjektiv "petit" in ihren Titeln kundgaben. Sie waren reine Informationsblätter, die hauptsächlich Berichte über sensationelle Ereignisse wie Zugunglücke, Erdbeben, Verbrechen, Prozesse, Betrügereien usw. brachten. Um auch die weibliche Leserschaft des populären Milieus anzusprechen, veröffentlichten sie dramatische Erzählungen und Liebesgeschichten als Fortsetzungsromane. So vermochten sie ein politisch indifferentes Publikum zu gewinnen, das sich für die politisch engagierte Meinungspresse nicht interessierte. Le Petit Parisien und le Petit Journal vermieden offene politische Stellungnahmen, um nicht einen Teil ihrer Leser zu verlieren. Vielmehr paßten sie sich

den Meinungen der unteren sozialen Schichten geschickt an und übten so doch einen erheblichen politischen Einfluß aus. Sie verteidigten am 6. Februar die parlamentarische Demokratie, unterstützten aber dennoch die Union nationale und die Reformpläne Doumergues. Ihre politischen und sozialen Ideen waren die der linken Mitte, aber wie diese verfochten sie in den Jahren 1934/36 eine Politik der rechten Mitte, weshalb sie mit zur gemäßigten Rechten gezählt werden können[41]. Le Journal und Le Matin versuchten die höheren Einkommensschichten anzusprechen. Sie veröffentlichten mehr politische Informationen als die übrigen Nachrichtenblätter und beteiligten sich an der politischen Auseinandersetzung. In den Zwanziger Jahren unterstützten beide Poincaré, nach dem 6. Februar trennten sich jedoch ihre Wege. Während le Journal für die konservativen Liberalen Partei ergriff, gab sich le Matin betont national, antiparlamentarisch und antikommunistisch. Le Matin hoffte dadurch, sich gegenüber der Konkurrenz des rechtsradikalen Ami du Peuple behaupten zu können. L'ami du Peuple war 1928 von dem reichen Parfumfabrikanten François Coty gegründet worden, um die Ideen des antidemokratischen Nationalismus unter den kleinbürgerlichen Massen zu popularisieren. Während die übrigen Tageszeitungen fünf Sous kosteten, verkaufte Coty den Ami du Peuple für zwei Sous in Paris und für drei Sous in der Provinz. Er verlor dabei mehrere Millionen, aber erreichte rasch eine hohe Auflage. Obwohl ihn die Nachrichtenagentur Havas und die Vertreibungsgesellschaft Hachette wegen seiner unkonventionellen Geschäftsmethoden boykottierten, konnte er sich dank seiner starken finanziellen Reserven und der zahlreichen Annoncen behaupten. Er schuf sich einen eigenen Anzeigen- und Versandbetrieb und entfaltete eine rege Werbetätigkeit. Ohne die Maßlosigkeit seiner Polemik gegen das parlamentarische Regime, die Hochfinanz, die Juden, die Freimaurer, die Linke und die Pazifisten hätte der Ami du Peuple zur größten Tageszeitung der Rechten werden können. So aber brachte er sich selbst um diese Chance und mußte sich mit einer Auflagenhöhe von 700.000 Exemplaren zufrieden geben. Die Presse der gemäßigten Rechten hatte fortan nichts mehr von ihm zu fürchten. Dafür entstand ihr eine neue Gefahr durch den atemberaubenden Aufstieg des Boulevardblattes Paris-Soir[42]. Paris-Soir war als rein kommerzielles Unternehmen gegründet worden, das sich als Abendzeitung an alle Bevölkerungskreise wandte. Als die Zeitung 1930 von Jean Prouvost, dem Herausgeber des Paris-Midi aufgekauft wurde, besaß sie eine Auflagenhöhe von 60.000 Exemplaren. 1934 waren es bereits eine Million, und 4 Jahre später, 1938, 2 Millionen. Damit war der Paris-Soir am Vorabend des II. Weltkrieges zur größten Tageszeitung Frankreichs und zu einem der führenden Weltblätter geworden. Er verdankte seinen spektakulären Erfolg der Übernahme amerikani-

scher Techniken und der geschickten Mischung sensationeller Nachrichten, Reportagen und Berichte mit seriösen Kommentaren über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen. Seiner Aufmachung nach war Paris-Soir ein Boulevard-Blatt mit "Blut auf der ersten Seite" (sang à la une), dem Inhalt aber nach ein politisches Nachrichtenblatt, an dem die führenden Politiker, Journalisten und Intellektuellen Frankreichs mitarbeiteten. Paris-Soir unterhielt eigene Nachrichtenbüros in allen europäischen Hauptstädten und in den USA, berichtete von allen wichtigen Ereignissen des In- und Auslandes, öffnete seine Spalten den bekanntesten französischen Parlamentariern von Léon Blum über Paul Reynaud und Flandin bis hin zu Louis Marin und veröffentlichte Beiträge von Maurois, Mauriac, Prévost, Bordeaux, Blanchard, Bénard, Simenon und Launay, um nur die wichtigsten Namen zu nennen. Auf Grund der Pluralität der veröffentlichten Meinungen und Ideen läßt sich schwer sagen, zu wessen Gunsten sich der politische Einfluß von Paris-Soir auswirkte. Da Paris-Soir im allgemeinen von Lesern der Morgenpresse gekauft wurde, die weder l'Intransigeant noch l'Ami du Peuple lasen, bot er den Vertretern der Rechten eine Möglichkeit, Schichten anzusprechen, die sie über ihre eigene Presse nicht erreichen konnten. Ob ihre Artikel gelesen wurden und welchen Einfluß sie im Vergleich zu den Artikeln der anderen politischen Richtungen ausübten, läßt sich jedoch nicht feststellen. Die Masse der Leserschaft von Paris-Soir - Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte - gehörte nicht zur traditionellen Wählerschaft der gemäßigten Rechten.

c) Die katholische Presse

Eine Sonderstellung innerhalb der gemäßigten Rechtspresse nahmen die katholischen Publikationen ein. Sie wurden nicht direkt von der katholischen Kirche veröffentlich, sondern von Gruppen, die ihr nahestanden. Sie waren deshalb keine offiziellen Organe der katholischen Kirche, sondern spiegelten lediglich getreu deren politische Ansichten wider. Die enge Verbindung zur katholischen Kirche verlieh ihnen eine relative Unabhängigkeit gegenüber den wirtschaftlichen Interessengruppen und den großen Zeitungskonzernen, aber sie schuf ein ständiges Spannungsverhältnis zwischen Hierarchie, Redaktion und Leserschaft. Die katholische Kirche erkannte theoretisch ihren Gläubigen die politische, wirtschaftliche und soziale Meinungsfreiheit zu, solange diese mit ihrer Doktrin übereinstimmte. Diese theoretische Meinungsfreiheit erlaubte den Katholiken, ihre persönlichen Meinungen in der Presse auszudrücken. Aber in der Praxis hingen die katholischen Presseorgane der dreißiger Jahre ziemlich stark von der Hierarchie ab. Der Grad der Abhängigkeit richtete sich vor allem nach der

gewählten Richtung und nach der Art der organisatorischen Bindung an die Kirche[43]. Die führende katholische Tageszeitung La Croix wurde von den Assomptionisten herausgegeben[44]. Diese hatten 1883 die Gesellschaft "La Maison de la Bonne Presse" gegründet, um durch eine katholische Massenpresse das Informationsbedürfnis der katholischen Bevölkerung zu befriedigen und so Einfluß auf die Politik der III. Republik zu gewinnen. Rechtlich war La Croix völlig unabhängig vom Papst und den französischen Bischöfen. Sie besaß kein Mandat, das sie rechtlich autorisierte, im Namen der Kirche zu sprechen. Aber in der Praxis waren die Beziehungen zwischen der Redaktion von La Croix, dem Vatikan und der französischen Hierarchie sehr eng. Die Assomptionisten hatten sich von ihrer Gründung an völlig dem Willen des Papstes unterworfen. Der Papst konnte deshalb direkt in die Angelegenheiten von La Croix intervenieren, wenn er dies für notwendig hielt. Er tat es zweimal: 1900 verbot er den Mönchen jede publizistische Tätigkeit; 1926, nach der Verurteilung der Action Française, erzwang er eine Änderung der politischen Linie von La Croix durch die Einsetzung eines neuen Chefredakteurs, des R.P. Merklen. Unter seiner Leitung distanzierte sich La Croix von der antirepublikanischen Rechten und unterstützte die Bestrebungen des Papsttums und eines Teils des französischen Episkopates, die katholische Kirche aus der einseitigen Bindung an den Konservativismus zu lösen. Kurze Zeit nach seinem Amtsantritt erklärte Merklen die parteipolitische Neutralität seines Blattes, um nicht mit den nationalen Konservativen identifiziert zu werden.

La Croix verzichtete ab 1926 auf den Versuch, alle Katholiken in einer politischen Partei zu vereinigen und sie auf eine einheitliche Meinung festzulegen. Während des Wahlkampfes von 1936 vermied sie jede offene Stellungnahme für eine der politischen Gruppen, unterstützte jedoch indirekt die gemäßigte Rechte, indem sie weiterhin die laizistische Gesetzgebung, den Liberalismus, das Freimaurertum und den Marxismus bekämpfte. Gelegentlich fiel sie sogar in ihren früheren Antisemitismus zurück, wenn sie die Politik der Linken kritisierte. So hieß es z.B. in einem Kommentar zur Kapitalsteuer, die von der Volksfront-Regierung erhoben wurde: "M. Blum, un juif que l'on ne s'étonne pas de rencontrer dans cette oeuvre de désagrégation sociale"[45]. La Croix verurteilt indessen den Antisemitismus des Nationalsozialismus und distanzierte sich vom italienischen und später auch vom spanischen Faschismus. Als Alternative zum faschistischen und kommunistischen "Kollektivismus" propagierte sie einen christlichen Korporatismus und unterstützte alle Formen der apostolischen Aktion ohne Rücksicht auf deren soziale Träger oder politische Meinungen. Während General de Castelnau im Echo de Paris heftig die Jeunesse Ouvrière Ca-

tholique (J. O. C.) wegen ihres "Progressismus" angriff, verteidigte sie La Croix[46]. Dank dieser sozialen und politischen Offenheit wurde La Croix nicht nur von konservativen Katholiken, sondern auch von Anhängern der Alliance Démocratique, der Parti Social Français und selbst von liberalen Monarchisten gelesen, die den Radikalismus und Positivismus der Action Française ablehnten[47].

d) Die Wirtschaftspresse

Einen erheblichen Einfluß auf die Meinungsbildung der gemäßigten Rechten übte neben der politischen und religiösen Presse auch die Wirtschaftspresse aus. Sie richtete sich an bestimmte sozio-professionelle Gruppen und läßt sich daher nicht allein mit politisch-ideologischen Kriterien klassifizieren. Le Bulletin quotidien de la Société d'études et d'informations économiques wurde vom Comité des Forges finanziert und vertrat vor allem die Meinung der Schwerindustrie. Es propagierte einen orthodoxen Wirtschaftsliberalismus und unterstützte in der Innenpolitik alle liberalen Gruppen der rechten und linken Mitte. Seine Leser stammten wahrscheinlich in der Mehrheit aus der Großindustrie und der Finanzwelt. Le Bulletin quotidien wurde nicht öffentlich verkauft, sondern nur Abonnenten zugeschickt. Schon seine Aufmachung charakterisierte es als internes Mitteilungsblatt.

Le Capital versuchte die gleichen Kreise wie das Bulletin quotidien anzusprechen. Da es sich jedoch als Tageszeitung an der politischen Auseinandersetzung beteiligte, beschränkte sich seine Leserschaft auf die konservativen Kreise der guten Gesellschaft. Die langjährige Mitarbeit von Jacques Baineville, dem berühmten Historiker der Action Française, symbolisierte die Synthese des konservativen Liberalismus mit dem Traditionalismus von Maurras, der sich seit der Jahrhundertwende innerhalb des einst orleanistischen Bürgertums vollzogen hatte. Le Capital kann deshalb nur mit erheblichen Einschränkungen noch zur Presse der gemäßigten Rechten gezählt werden.

La Journée Industrielle wandte sich vor allem an den gewerblichen Mittelstand und die mittlere Unternehmerschaft. Es vertrat wie le Bulletin quotidien und le Capital den orthodoxen Wirtschaftsliberalismus, verlangte jedoch einen wirksamen Schutz der kleinen Unternehmungen gegen die Konkurrenz der großen Industrie.

e) Die Wochenpresse

Die Zeitschriften besaßen eine weit größere Bedeutung für die Meinungsbildung der gemäßigten Rechten als die Tagespresse, da in ihnen noch gründliche Ana-

lysen und grundsätzliche Stellungnahmen gewagt wurden. Ihre wesentliche Funktion bestand in der Herausarbeitung von prinzipiellen Positionen der einzelnen Gruppen, die sie finanzierten bzw. herausgaben. Sie lassen sich daher wesentlich leichter klassifizieren als die Tageszeitungen.

Auf Grund ihrer generellen Tendenz können die Revue politique et parlementaire, das Bulletin de l'Alliance Démocratique und, mit erheblicher Einschränkung, auch die Revue des Deux Mondes dem liberalen und die Revue de France, die Revue de Paris sowie La Nation dem konservativ-nationalen Lager zugerechnet werden. Die Revue politique et parlementaire veröffentlichte im allgemeinen Beiträge liberaler Professoren, Publizisten und Politiker wie Paul Pic, Marc Lombard, Pierre de Pressac, Joseph Barthélemy, Achille Mestre, Paul Reynaud und Flandin sowie radikalsozialistischer Politiker wie Albert Milhaud und Maurice Ordinaire oder sozial-liberaler Theoretiker wie Mirkine-Guetzévitsch. Die Revue des Deux Mondes war im 19. Jahrhundert als Forum des liberalen Bürgertums gegründet worden, hatte sich aber allmählich mit konservativem Gedankengut angefüllt, so daß sie in den dreißiger Jahren stark konservative Züge trug. Sie spiegelte die Ideenwelt jenes Teils des französischen Bürgertums wider, der zwar prinzipiell an seiner liberalen Grundauffassung festhielt, aber viel konservative Ideen übernommen hatte. Der außenpolitische Kommentator der Revue des Deux Mondes, René Pinon, hätte auf Grund seiner konservativ-nationalen Überzeugungen ebenso gut in der konservativen Revue de France schreiben können. Die Revue de France warb offen für die Ideen des alten Frankreich, die es mit modernen Methoden zu erneuern gelte. Sie unterschied sich nur graduell von der national-konservativen Revue de Paris, dem Außenseiter unter den Zeitschriften der gemäßigten Rechten. Wie le Jour wandte sie sich an den radikalkonservativen Nationalismus der Hauptstadt und bildete so den Übergang zur Wochenpresse der extremen Rechten. Relativ leicht lassen sich die reinen Parteiorgane der gemäßigten Rechten, le Bulletin de l'Alliance Démocratique und La Nation einordnen. Le Bulletin de l'Alliance Démocratique war ein reines Mitteilungsblatt der Alliance Démocratique, das nur Mitgliedern und Freunden zugesandt wurde. La Nation, die Wochenzeitschrift der Fédération Républicaine, versuchte dagegen die breite Öffentlichkeit anzusprechen und war deshalb als 'Revue' aufgemacht.

Eine Sonderstellung innerhalb der Wochenpresse der gemäßigten Rechten nahmen die katholischen Zeitschriften ein. La Documentation Catholique und la Vie Catholique versuchten wie La Croix vom religiösen Standpunkt aus Stellung zu politischen Fragen zu nehmen und lassen sich daher nur mit erheblichen Einschränkungen dem konservativen Lager zurechnen. La France Catholique, die

Wochenkorrespondenz der Fédération Nationale Catholique, zählte dagegen in den dreißiger Jahren noch eindeutig zur konservativen Presse[48].

f) Die Presse und die französische Gesellschaft

Die Frage der Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit der einzelnen Zeitungen von Parteien, Gruppen oder Interessenverbänden ist weitgehend eine Frage ihrer Finanzierung. Als kommerzielles Unternehmen lebt eine Zeitung entweder von ihren Annoncen oder von den Unterstützungen organisierter Interessen, Gruppen bzw. Privatpersonen, denn die Einnahmen des Verkaufs decken weder bei den Meinungs- noch bei den Nachrichtenblättern die Kosten[49]. Die "großen Fünf" der Pariser Presse - Le Petit Parisien, Le Petit Journal, Le Journal, Le Matin, l'Echo de Paris - hatten sich zu einer Anzeigengemeinschaft zusammengeschlossen, um sich nicht unnötig Konkurrenz zu machen. Die Agentur Havas übernahm für sie die Werbung und die Nachrichtenvermittlung, und das Unternehmen Hachette besorgte für die Gruppe mit Ausnahme des Petit Parisien den Vertrieb in Paris und in der Provinz. Gegen das Quintumvirat der großen Blätter vermochte sich lediglich Léon Bailby mit seinem Intransigeant und seinem Jour, François Coty mit dem Ami du Peuple und dem Figaro sowie Jean Prouvost mit Paris-Soir durchzusetzen. Die übrigen Zeitungen der gemäßigten Rechten waren entweder von Havas und Hachette oder aber von reichen Geldgebern abhängig. Havas und Hachette besaßen ein Quasi-Monopol auf dem Gebiet des Anzeigenwesens, der Werbung und der Verteilung. Havas-Publicité betrieb 1939 die Werbung für 200 Zeitungen und kontrollierte praktisch das gesamte französische Nachrichtenwesen. Obwohl es ein rein privates Unternehmen war, galt es in den Augen der Öffentlichkeit als offizielle Regierungsagentur. Eine Havas-Meldung besaß deshalb offiziösen Charakter und wurde fast von der gesamten Presse übernommen. Hachette beschäftigte 1937 8.397 Angestellte, verteilte täglich 136 Zeitungen und 807 Zeitschriften, unterhielt 80.000 Verkaufsstände, belieferte 2.313 Bahnhofskioske bzw. Bahnhofsbuchhandlungen und versandte täglich 160.000 Tonnen bedrucktes Papier in die Provinz[50].

DRITTES KAPITEL

Zum Selbstverständnis der gemäßigten Rechten

Das Selbstverständnis der gemäßigten Rechten bildete ein komplexes Bezugssystem, dessen einzelne Elemente nur schwer faßbar sind. In ihnen schwangen zahlreiche das Gefühl ansprechende Imponderabilien mit, die sich einer rationalen Analyse entziehen. Ihre Kenntnis ist jedoch unerläßlich, weil sie beim außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß eine entscheidende Rolle spielen. Sie spiegeln die "forces profondes" der französischen Politik wider, die, mehr oder weniger deutlich, jeder außenpolitischen Entscheidung zugrunde liegen[1].

Die Grundlage des Selbstverständnisses bildete ein fester Kern sozialer und kultureller Werte. Auf diesen beruhten politische und gesellschaftliche Vorstellungen, die sich zu Ideologien verbanden[2]. Ideologien sind dabei wertneutral als "action-related systems of ideas" zu verstehen, die sowohl zur Rechtfertigung einer politischen Haltung als auch als Anleitung zu künftigem politischen Handeln dienen[3]. Bei ihrer Untersuchung interessiert im Zusammenhang mit dem außenpolitischen Willensbildungsprozeß weniger ihr Wahrheitsgehalt als vielmehr ihre Entstehung, Entwicklung und vor allem ihre Wirkung. Das Welt- und Gesellschaftsbild, das sich die einzelnen Gruppen der gemäßigten Rechten machten, mit seiner Wertordnung und seinem Normensystem hatte für die Existenz der gemäßigten Rechten als politische Einheit wesentlich konstitutive Bedeutung. Es strukturierte sie und verknüpfte ihre einzelnen Teile. Die gemäßigte Rechte ist ohne ihre Ideologien nicht denkbar[4].

Die beiden Hauptströmungen der gemäßigten Rechten, Konservativismus und Liberalismus, sind in der Auseinandersetzung mit der französischen Revolution entstanden. Die Stellungnahme für oder wider die Ideen von 1789 bildete die Frage, an der sich die Geister schieden. Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung haben sie sich mit einer Reihe neuer Ideen, Vorstellungen und Erinnerungen angefüllt, die ihren ursprünglichen Inhalt stark veränderten. Die Frage nach der "rechten Staatsform" verlor gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung. Dafür trat die Frage nach dem geistigen, politischen und gesellschaftlichen Inhalt des Staates stärker in den Vordergrund. Konservativismus und Liberalismus wurden auf diese Weise zu politischen Traditionen die eng mit bestimmten gesellschaftlichen Gruppen verbunden waren. Die Interessen und Wertvorstellungen der sozialen Trägergruppen bestimmten daher in den dreißiger Jahren in starkem Maße die konservative und liberale Vorstellungswelt.

Innerhalb des Konservativismus und Liberalismus existierten verschiedene Nebenströmungen, die entweder frühere Traditionen fortsetzten oder im Laufe der Geschichte von der gemäßigten Rechten übernommen wurden. Der Nationalismus z. B. ist revolutionären Ursprungs und gelangte erst während der Dreyfus-Affäre über die autoritäre in die gemäßigte Rechte. Der Anitkommunismus ist dagegen von der gemäßigten Rechten selbst entwickelt worden. Obgleich er sich gegen die bolschewistische Oktoberrevolution und ihre Folgen richtete, setzte er bei den Konservativen lediglich deren antirevolutionäre Tradition fort.

Konservativismus, Liberalismus, Nationalismus und Antikommunismus bildeten auf Grund ihrer engen Verflechtung ein Ideologiesystem, das eng mit bestimmten sozialen Gruppen verbunden war und der Verteidigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sowie der Rechtfertigung der privilegierten Stellung der gemäßigten Rechten in ihr diente. Die Erschütterung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in den dreißiger Jahren mußte daher innerhalb der gemäßigten Rechten eine lebhafte Diskussion über ihr Selbstverständnis auslösen. Längst vergessene Themen tauchten wieder auf, alte Schlagworte wurden erneut verwandt und scheinbar überwundene Gegensätze neu belebt. Innerhalb der etablierten Gruppen bildeten sich neue Gruppierungen, die in einen ausgedehnten Gedanken- und Meinungsaustausch mit anderen Gruppierungen, namentlich der extremen Rechten traten. Auf diese Weise drangen einige typische Vorstellungen des autoritären Nationalismus in die gemäßigte Rechte ein und zerstörten die konservativ-liberale Synthese. An die Stelle der Zweiteilung der gemäßigten Rechten in ein konservatives und ein liberales Lager trat ein politisch-ideologischer Pluralismus, der sowohl traditionelle Elemente der extremen als auch der gemäßigten Rechten enthielt. Er erschütterte das traditionelle Selbstverständnis der gemäßigten Rechten und trug so entscheidend zu ihrer Unsicherheit in den dreißiger Jahren bei[5].

A) Der republikanische Konservativismus

Der republikanische Konservativismus setzte innerhalb der gemäßigten Rechten die Tradition der klassischen Rechten fort, namentlich ihres traditionalistischen Flügels[6]. Wie dieser fühlte er sich als geistiger Erbe und politischer Repräsentant des alten Frankreich und wie dieser war er eng mit dem Katholizismus verbunden. Konservativismus und Katholizismus hatten gemeinsam die Revolution bekämpft und sich gemeinsam dem laizistischen Programm der III. Republik widersetzt.

Ihr enges politisches Bündnis führte zu einer gegenseitigen geistigen Durchdringung, so daß der französische Konservativismus unverkennbar katholische und der französische Katholizismus unverkennbar konservative Züge aufwies. Allerdings ist es niemals zu einer völligen Identifizierung gekommen, da trotz des engen politischen Bündnisses die natürlichen Spannungen zwischen Religion und Politik bestehen blieben[7].

a) Das skeptische Menschenbild und die elitär-organische Gesellschaftskonzeption

Der republikanische Konservativismus übernahm vom Integrismus das tomistische Menschenbild und die Ansicht, daß dem gesellschaftlichen Leben ein göttlicher Heilsplan zugrunde liegt. Politische Probleme waren für ihn deshalb letztlich religiöse und moralische Probleme. Auf Grund der Erbsünde ist der Mensch von Natur aus böse. In ihm schlummert eine Bestie, die jederzeit erwachen kann, "et alors tout peut devenir horrible". Die staatliche und gesellschaftliche Ordnung muß deshalb so beschaffen sein, daß sie den Menschen hindert, Böses zu tun. Sie kann dies nur, wenn sie auf den Prinzipien der Autorität, der Disziplin und des Gehorsams beruht. Die Macht in ihr darf nur von einer Elite ausgeübt werden, die sich ihrer besonderen Verantwortung vor Gott bewußt ist. Die Masse kann nicht regieren, da sie die Macht mißbraucht[8].

Auf Grund dieser Prämissen stellten die republikanischen Konservativen wie ihre legitimistischen Vorfahren von 1815 der demokratischen Idee eine elitäre Staats- und Gesellschaftskonzeption gegenüber, die sich sowohl gegen den Gleichheitsanspruch der Massen als auch gegen den Machtanspruch der plebiszitären Führerpersönlichkeit wandte[9]. Anläßlich des 150. Jahrestages der französischen Revolution schrieb Bernard Fay, Professor am College de France: Die Ideen der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit sind christliche Ideale, welche die Aufklärung in ihr Gegenteil verkehrt hat. Der Terror Robespierres und die Diktatur Napoleons waren die direkten politischen Folgen für Frankreich. Die positiven Errungenschaften der Revolution - allgemeines Wahlrecht, Parlamentarismus, Zerstörung der alten Ordnung - hat die Masse aus ihren natürlichen Bindungen gelöst und sie so schutzlos der Demagogie gewissenloser Volkstribune ausgeliefert. Die totalitären Diktaturen haben sich nur auf dem Boden der egalitären Massendemokratien entwickeln können. "Célébrons la Révolution. Mais n'ignorons pas qu'à l'heure actuelle le véritable héritier de la Révolution française, c'est Adolf Hitler"[10].

In der geistigen Auseinandersetzung mit den Ideen von 1789 beriefen sich die

Konservativen auf die Tradition des alten Frankreich. Sie sahen in ihr das oberste Lebensgesetz der Nation und forderten deshalb, daß alle Handlungen im Geiste der Tradition erfolgen müßten. Im Gegensatz zu den Traditionalisten betrachteten sie die Tradition jedoch nicht nur als das Erbe des vorrevolutionären Frankreich, daß es wiederzubeleben gelte, sondern als eine lebendige Wirklichkeit, die den sich ständig verändernden Bedingungen der französischen Gesellschaft angepaßt werden müsse. Ihnen ging es nicht so sehr um die Bewahrung gewisser Formen als vielmehr um die Bewahrung gewisser Inhalte. Wenn sie sich für die Erhaltung von bestimmten sozialen Strukturen und Institutionen einsetzten, dann geschah dies in dem Glauben, nur so gewisse geistige Werte erhalten zu können. Darin liegt der entscheidende Unterschied zwischen den Reaktionären der extremen Rechten und den republikanischen Konservativen[11)].

Die wichtigste soziale Institution, welche die Konservativen erhalten wollten, war die Familie, denn sie sahen in ihr die "unité organique" des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, von deren Vitalität die Existenz der Nation abhängt[12)]. Zerfällt die Familie, dann geht auch die Nation unter[13)]. Die Kraft der Familie beruht auf ihrer engen Bindung an Kirche und Boden. Die Kirche ist nicht nur eine religiöse Institution, sondern "la principale force de conservation spirituelle et morale", an der sich die Wellen der modernen Irrlehren brechen[14)]. Sie ist fest in der französischen Muttererde verwurzelt, in der Frankreichs Tote ruhen. Barrès Totenkult "la terre et les morts" erhält so bei den Konservativen eine christliche Weihe. Er verleiht dem französischen Konservativismus eine mytische Komponente, die völlig im Gegensatz zum Rationalismus seiner Zivilisationsidee steht[15)].

Die soziale Grundlage des konservativen Bodenkultes bildete die agrarische Gesellschaft. Ihre Verherrlichung spiegelte die Furcht der Konservativen vor der modernen Industriewelt wider. Charakteristisch für diese Furcht ist ein Artikel Jean Fabry's aus dem Jahre 1937: "Un monde nouveau naît et l'homme, la famille, la nation risquent leur existence". Wenn Frankreich nicht untergehen will, muß es seine traditionelle Bindung an die Scholle bewahren, denn nur sie vermag die Nivellierung der Gesellschaft durch die Industrie zu verhindern[16)].

Im Interesse der Erhaltung der agrarischen Gesellschaft forderten die Konservativen den Schutz des Bauerntums vor dem wirtschaftlichen Ruin und die Wachstumsbeschränkung der Großstädte. Das Bauerntum, "la belle race qui fait le pain et sauve la patrie", bildet den gesunden Kern der Nation, das Industrieproletariat trägt dagegen den Keim des moralischen Zerfalls in sich. Das soziale

Problem und damit die wirtschaftliche und moralische Krise Frankreichs läßt sich nur durch die Ansiedlung der Bewohner der städtischen Elendsquartiere auf dem Lande lösen. "Le retour à la terre", die Rückkehr zur agrarischen Gesellschaft, erschien den Konservativen als einzige Rettung vor dem physischen und moralischen Zerfall der Nation. Das Leitbild, von dem sie dabei ausgingen, war das verträumte "vieille France" der Provinz, in dem die Landwirtschaft und die nichtindustrielle Kleinstadt tonangebend waren[17].

b) Die Kritik der Fortschrittsidee: Antirationalismus und Antiliberalismus

Das christlich-skeptische Menschenbild und die traditionalistisch-organische Gesellschaftskonzeption bildeten die geistige Grundlage des konservativen Antirationalismus und Antiliberalismus. Die Verabsolutierung der Vernunft und der Freiheit führen nach konservativer Auffassung zur Zerstörung der gewachsenen Bindungen und zur Versklavung des Menschen. Die Freiheit existiert zwar als abstrakte Idee, nicht aber als politische Wirklichkeit[18]. Die liberale Freiheitsideologie ist, philosophisch gesehen, ein "contresens", da der Mensch nur in der Bindung an Gott frei sein kann und, politisch gesehen, eine Gefahr, da die politische Freiheit nicht den Triumph des Guten, sondern den Sieg des materialistischen Despotismus bedeutet[19]. Die Folgen des liberalen Mißverständnisses der menschlichen Natur sind "le relâchement général des esprits, le goût morbide pour la liberté intellectuelle, l'indifférence railleuse envers le bien public, l'ordre, les hiérarchies, tout ce qui ... depuis un millénaire constituait l'acquis expérimental de la civilisation française"[20]. Der Liberalismus trägt daher die eigentliche Verantwortung für die politische, wirtschaftliche und moralische Krise Frankreichs. Die ungehemmte Entfaltung der Produktionskräfte durch den Liberalismus hat zu einem "praktischen Materialismus" und zur sozialen Ungerechtigkeit geführt, die den Nährboden für alle radikalen Bewegungen bilde . Der Liberalismus bereitet auf diese Weise, wenn auch ungewollt, dem Bolschewismus und Faschismus den Weg[21]. Da er auf den gleichen materialistischen und rationalistischen Prämissen wie beide Spielarten des "Kollektivismus" beruht, verfügt er über keine inneren Abwehrkräfte gegen die totalitäre Diktatur und vermag Frankreich nicht vor dem Untergang zu bewahren[22].

B) Der konservative Liberalismus

a) Freiheitsbegriff

Der konservative Liberalismus beruhte auf der Überzeugung, daß eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung die Voraussetzung für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und für den menschlichen Fortschritt bildet. Die Idee der Freiheit stand deshalb im Mittelpunkt seines Denkens. Die konservativen Liberalen verstanden Freiheit einmal politisch als Selbstbestimmungsrecht, zum andern wirtschaftlich als freie Verfügungsgewalt über Privateigentum. Die wirtschaftliche Freiheit ließ sich nach ihrer Auffassung nicht von der politischen trennen, da der wirtschaftliche Dirigismus über den Etatismus zur politischen Diktatur führe, in der die "asiatische Konzeption der Masse" an die Stelle der "griechisch-römisch-christlichen Idee" von der Würde des Individuums trete[23].

b) Verhältnis zum Konservativismus

Der liberale Freiheitsbegriff wandte sich sowohl gegen den "Kollektivismus" der marxistischen Linken als auch gegen den "Etatismus" der autoritären Rechten. Theoretisch war er gleichfalls mit dem republikanischen Konservativismus unvereinbar. Im Interesse der Erhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, d.h. der "blockierten Gesellschaft" und der parlamentarischen Republik, verzichteten jedoch die konservativen Liberalen in der Regel auf eine offene Kritik des konservativen Gedankenguts. Die ideologischen Unterschiede zwischen dem republikanischen Konservativismus und dem konservativen Liberalismus lassen sich deshalb in den dreißiger Jahren nur noch auf literarischem und philosophischem Gebiet erkennen[24]. Im ganzen gesehen bildete der konservative Liberalismus eine ziemlich ideenarme Ideologie, die sich im wesentlichen auf ein optimistisches Menschenbild, den Glauben an den menschlichen Fortschritt, den Republikanismus und den Wirtschaftsliberalismus gründete.

c) Das "juste milieu"

Die konservativen Liberalen vertraten als geistige Erben des Orleanismus bzw. des Opportunismus das "juste milieu" zwischen Freiheit und Autorität, wirtschaftlichem Modernismus und sozialer Konservation, Internationalismus und Nationalismus[25]. Seit dem Ausscheiden Poincaré's aus der aktiven Politik im Jahre 1929 war Tardieu ihr parlamentarischer Führer. Er propagierte einen "orléanisme à l'américaine", der die französische Wirtschaft mit amerikanischen Methoden den neuen Bedingungen der Technik und Wissenschaft anpassen

wollte[26]. Die "politique de la prospérité", die Tardieu 1929 mit großem Propagandaaufwand verkündete, erschöpfte sich jedoch in der Befriedigung der finanziellen Forderungen der verschiedenen Wählergruppen[27]. Sie gab der französischen Wirtschaft neue Impulse, ließ aber ihre Strukturprobleme ungelöst[28]. Es gelang Tardieu daher nicht, die gemäßigte Linke an sich zu binden. Sein Versuch, die Allianz zwischen den Liberalen und den Radikalsozialisten durch eine betont nationale Politik zu erneuern, scheiterte gleichfalls[29]. Da Tardieu nicht mehr wie Poincaré an den Kämpfen der Dreyfus-Affäre und der laizistischen Gesetzgebung der Jahrhundertwende teilgenommen hatte, fehlte ihm in den Augen der liberalen Linken die "republikanische Weihe", welche die Liberalen der älteren Generation noch mit der linken Mitte verbunden hatte[30]. Selbst die sozial so konservativen Senatoren der 'Gauche Démocratique" begegneten daher seiner Finanz- und Außenpolitik mit offenem Mißtrauen[31].

d) Die Spaltung

Im Sommer 1932 spalteten sich die Liberalen über die Frage ihres Verhältnisses zu den Radikalsozialisten in einen konservativen und einen nationalen Flügel. Tardieu trat für eine gemeinsame Opposition der Liberalen mit den Konservativen gegen die linke Regierungsmehrheit ein, um den Wählern nach britischem Vorbild eine klare Alternative zwischen Regierung und Opposition zu bieten. Er gründete deshalb die Gruppe der "Républicains de Gauche" als liberalen Kern der vereinten Rechtsopposition und stimmte am 7. Juni gegen die Regierung Herriot[32]. Da ein Teil der konservativen Liberalen ihm nicht folgte, legte er den Vorsitz der "Républicains de Gauche" nieder und bildete mit seinen Anhängern eine neue Fraktion, den national-liberalen "Centre Républicain", der sich zwar ideologisch, aber kaum noch politisch von der konservativ-nationalen Rechten unterschied. Er betrieb eine konsequente Opposition gegen die Regierungspolitik und forderte eine Reform des Parlamentes im Interesse der Stabilität des Regimes und seiner außenpolitischen Handlungsfähigkeit. Als er auch innerhalb seiner Gruppe nicht mit seinen Ideen durchdrang, brach er im November 1934 mit der gemäßigten Rechten und griff gemeinsam mit der extremen Rechten das parlamentarische System an[33]. Paul Reynaud wurde nach Tardieus Selbstisolierung zum neuen Führer der nationalen Liberalen im Parlament. Er war ein nationaler Liberaler jener unverwechselbaren französischen Prägung, der sein Bekenntnis zum Parlamentarismus mit dem Glauben an die französische Mission in der Weltpolitik verband. Während er im Mutterland kompromißlos alle autoritären Bestrebungen bekämpfte, forderte er in den Kolonien eine autoritäre Politik gegenüber der eingeborenen Bevölkerung. Ein

ähnlicher Widerspruch beherrschte sein Verhältnis zur Linken. Er teilte ihren Antiklerikalismus und Republikanismus, widersetzte sich jedoch ihren außenpolitischen und wirtschaftlichen Konzeptionen[34]. Reynaud war wohl der intelligenteste Politiker des liberalen Lagers in den dreißiger Jahren, aber sein parlamentarischer Einfluß blieb gering. Er gehörte weder der 'Union nationale' noch den beiden folgenden Mitte-Rechts-Regierungen Flandin und Laval an, da ihm die konservativen Liberalen wegen seiner finanzpolitischen Vorstellungen und die Konservativen wegen seines Antiklerikalismus mißtrauen. Seine große Stunde schlug erst nach Ausbruch des II. Weltkrieges, als sich die rechte und linke Mitte erneut zur 'Union nationale' zusammenschlossen. In den Jahren 1934/36 mußte er jedoch die Führung der konservativen Liberalen seinem Rivalen Pierre-Etienne Flandin überlassen[35]. Flandin war ein "grand bourgeois libéral et cultivé", der den britischen Parlamentarismus bewunderte und die französischen Institutionen nach britischem Vorbild reformieren wollte. Im Gegensatz zu Tardieu und Doumergue hoffte er jedoch, die Reform innerhalb des etablierten Systems verwirklichen zu können. Er befürwortete eine enge Zusammenarbeit mit den Mittelparteien einschließlich der Radikalsozialisten, um eine breite Mehrheit für seine Pläne zu gewinnen. Von allen liberalen Politikern der dreißiger Jahre verkörperte er wohl am besten die "republikanische Synthese", weshalb ihn die konservativen Liberalen zum Präsidenten der 'Alliance Démocratique' und zum Führer der 'Républicains de Gauche' wählten[36].

C) Der republikanische Nationalismus

a) Die Tradition

Der Nationalismus der gemäßigten Rechten bildete keine selbständige Ideologie wie der integrale Nationalismus der extremen Rechten, sondern lediglich eine Komponente des liberalen bzw. konservativen Denkens. Auf Grund seiner engen Verbindung mit der republikanischen Idee läßt er sich als "nationalisme de synthèse républicaine" bezeichnen[37]. Er ist zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Auseinandersetzung mit dem wilhelminischen Deutschland entstanden und war ganz auf die Verteidigung der französischen Staats- und Zivilisationsidee gerichtet. Territoriale Probleme wie z.B. Elsaß/Lothringen oder Marocco spielten für ihn trotz ihrer großen machtpolitischen Bedeutung nur eine emotionale Rolle[38]. Der prinzipielle Charakter des deutsch-französischen Gegensatzes schloß nach Auffassung seiner Vertreter einen Ausgleich mit Deutschland aus. Zwischen Frankreich und Deutschland könne es höchstens einen "bewaffneten Frieden", aber niemals eine echte Verständigung geben[39].

Die Rückgliederung von Elsaß/Lothringen und die Vernichtung der deutschen Militärmacht nahmen dem republikanischen Nationalismus zwar nach dem I. Weltkrieg seinen konkreten Kristallisationspunkt, änderten jedoch nicht seine Einstellung gegenüber Deutschland. Seine führenden Repräsentanten - Louis Marin, Poincaré, Barthou, Tardieu, Henri de Kerillis, d'Ormesson - hielten an dem Deutschlandbild fest, das sie sich vor dem I. Weltkrieg gebildet hatten[40]. Ideologische und innenpolitische Unterschiede bzw. Gegensätze spielten dabei nur eine geringe Rolle, wie die Kontinuität des antideutschen Denkens Poincaré's und Louis Marins zeigt.

Als gebürtige Lothringer sind Poincaré und Marin bereits in ihrer Jugend unmittelbar vom deutsch-französischen Gegensatz und vom elsaß-lothringischen Problem beeinflußt worden. Die Furcht vor einem neuen deutsch-französischen Konflikt und die Idee der Revanche bestimmten entscheidend ihre intellektuelle Entwicklung[41]. Beide Politiker verdanken ihre rasche Karriere der Renaissance des Nationalbewußtseins zu Beginn des 20. Jahrhunderts[42], aber jeder von ihnen schloß sich einer anderen Partei an. Während Louis Marin der konservativ-katholischen Fédération Républicaine beitrat, unterstützte Poincaré die liberale Mitte. Ungeachtet ihrer innenpolitischen Gegensätze, namentlich in der Schulfrage, vertraten beide die gleiche Deutschlandpolitik. Als Sprecher des lothringischen Nationalismus warnten sie unaufhörlich vor den Gefahren des "pangermanisme" und setzten sich für eine Verstärkung der französischen Armee, namentlich durch die Einführung der dreijährigen Dienstzeit, ein. Sie haben auf diese Weise wesentlich zur Kriegsbereitschaft und Kriegswilligkeit Frankreichs vor dem I. Weltkrieg beigetragen. Während des Krieges haben sie maßgebenden Einfluß auf die französische Politik ausgeübt und als Staatspräsident bzw. Parlamentarier gemeinsam mit Clemenceau den antideutschen Widerstand organisiert. Louis Marin bezeichnete die deutschen Armeen als "hordes germaniques" und verteufelte Deutschland als den Inbegriff des Bösen dieser Welt. Deutschland "n'a jamais été plus systématiquement destructrice, inhumaine et odieuse"[43] als während des Krieges, verkündete Marin, und Poincaré übernahm fast wörtlich die antideutschen Propagandaparolen des integralen Nationalismus[44].

Nach dem Kriege setzten sich beide für einen "Siegfrieden" ein und forderten die Rheinlinie als strategische Grenze. Beide standen der Weimarer Republik mit Mißtrauen gegenüber und lehnten einen deutsch-französischen Ausgleich ab[45]. Die antirevisionistische Propaganda des deutschen Nationalismus, die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und der Aufstieg des Nationalsozialismus bestätigten sie in ihrer Auffassung von der Existenz eines unwandelba-

ren deutschen Nationalcharakters und damit eines unabänderlichen deutsch-französischen Gegensatzes. Beide sahen im Nationalsozialismus lediglich eine besonders virulente und brutale Form des "Pangermanismus" und bekämpften ihn deshalb ebenso leidenschaftlich, wie sie das wilhelminische Deutschland bekämpft hatten[46]. Ihre gleichbleibende Haltung gegenüber Deutschland zeigt die Kontinuität des republikanischen Nationalismus, aber auch dessen Unvermögen, die inneren Wandlungen in Deutschland und die Veränderungen des internationalen Systems zu verstehen.

b) Die Vorstellungen in den dreißiger Jahren

1. Der Begriff der Nation

Der republikanische Nationalismus beruhte auf Wertvorstellungen, die teils aus dem Liberalismus, teils aus dem Konservativismus abgeleitet wurden und in deren Mittelpunkt die Nation stand. Die Liberalen definierten die Nation in bewußter Abgrenzung von der objektiven Nationalidee als eine politische Willens- und Aktionsgemeinschaft, die auf der freiwilligen Zustimmung ihrer Mitglieder beruht: "Ce n'est pas la communauté de race, qui, à l'intérieur d'une frontière géographique, unifie un peuple ou une nation. C'est la communauté de goûts, d'éducation, de tendances! C'est aussi la communauté dans le souvenir des joies et des douleurs". Die Einheit einer Nation drückt sich in einem allgemeinen Konsensus über die Grundfragen ihres politischen, geistigen und sozialen Lebens sowie in einer gemeinsamen Sprache aus. Ohne die "unité nationale" kann keine Nation auf die Dauer existieren, da nur sie in Krisenzeiten die "union nationale", d.h. die freiwillige Zusammenarbeit aller Bürger ermöglicht[47]. Um die nationale Einheit Frankreichs zu erhalten, befürworteten die Liberalen eine konsequente Assimilationspolitik gegenüber den sprachlich-kulturellen Minderheiten Frankreichs sowie einen kompromißlosen Kampf gegen die Kommunisten und ihre Verbündeten[48].

Die Konservativen sehen in der Nation eine gewachsene Schicksalsgemeinschaft, die eng mit einer konkreten Landschaft, "le terroir français" verbunden ist[49]. Sie verdankt ihre Entstehung nicht dem Willen ihrer Bürger, sondern der Geschichte. Diese zeichnet sich durch ihre Kontinuität und ihren providentiellen Charakter aus. Geschehen reihen sich in ihr an Geschehen, das eine das andere bedingend und erzeugend. Die einzelnen Ereignisse und Epochen verlieren in dieser Geschichtsbetrachtung ihre Zufälligkeit und werden zu Bestandteilen des göttlichen Heilsplanes. Selbst die Revolution bildet einen Teil der nationalen Geschichte, da sie auf ihre Weise zum Ruhme und zur Größe Frankreichs bei-

getragen hat[50]. Auf Grund der historischen Kontinuität ist die Nation "Frankreich in der Gegenwart, Frankreich in der Vergangenheit, Frankreich in der Zukunft". Träger der nationalen Geschichte ist der Staat. In allen Wechselfällen des französischen Schicksals verkörperte er die Nation. Staat und Nation sind daher identisch[51].

Aus der Identität von Staat und Nation leiteten die Liberalen ihre unitäre Staatskonzeption ab und verwarfen jede Form regionaler Autonomie. Die Konservativen waren auf Grund ihres organischen Nationalbegriffes bereit, den historisch gewachsenen Provinzen innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens eine beschränkte Autonomie zu gewähren. Allerdings lehnten auch sie eine Landesautonomie für die sprachlichen Minderheiten Frankreichs ab. Darin zeigt sich die Stärke der nationalstaatlichen Komponente im konservativen Denken.

2. Xenophobie

Auf Grund ihrer unterschiedlichen Nationalbegriffe nahmen auch Liberale und Konservative eine gegensätzliche Haltung gegenüber den in Frankreich lebenden Ausländern sowie zum jüdischen Problem ein. Während die Liberalen getreu ihrem subjektiven Nationalbegriff die Assimilation befürworteten, betonten die Konservativen die "objektiven" Unterschiede zwischen Einheimischen und Fremden. Wenngleich sie nicht rassistisch waren, so trug ihr Nationalismus dennoch unverkennbar xenophobe und antisemitische Züge[52].

Raymond Recouly forderte nach der Ermordung Alexanders von Jugoslawien durch kroatische Emigranten die Deportation aller "unerwünschten Ausländer" nach Nordafrika und André Peronneau wandte sich gegen die Aufnahme deutscher, d.h. jüdischer, und spanischer, d.h. republikanischer Flüchtlinge[53]. Léon Bailby ging nicht so weit wie Recouly und Peronneau, aber er verlangte, daß den in Frankreich lebenden Ausländern jeglich politische, kommerzielle und gewerkschaftliche Tätigkeit untersagt werden müsse[54]. Die Konservativen begründeten ihre Forderungen mit dem Argument, daß die in Frankreich lebenden Ausländer nicht bereit seien, sich in die nationale Gemeinschaft einzuordnen, sondern diese durch ihre subversiven Ideen zersetzen wollten[55].

3. Antisemitismus

Das gleiche Motiv lag dem konservativen Antisemitismus zugrunde. Es handelte sich dabei um keinen rassischen, sondern um einen politischen Antisemitismus, der sich nicht gegen das "Judentum" oder gegen sämtliche in Frankreich lebende Juden wandte, sondern nur gegen jene, die linke, d.h. liberale, internatio-

nalistische oder marxistische Ansichten vertraten. Léon Blum war in der konservativen Terminologie Jude ("le juif Léon Blum")[56], Georges Mandel dagegen nicht. Jude, Freimaurer, Pazifist, Internationalist bildeten für die Konservativen Synonyme und waren deshalb beliebig austauschbar, weil sie "abstrakte", d.h. universale Prinzipien vertraten, die im Gegensatz zum konservativen Nationalbegriff standen. Angesichts der äußeren Bedrohung durch Deutschland könne Frankreich nicht nach abstrakten Prinzipien regiert werden, argumentierte F. Roz, denn "la vérité politique n'est pas une notion abstraite, mais chaque peuple, à chaque époque de son histoire, doit chercher sa vérité, qui consiste dans la claire conscience des principes sur lesquels repose son existence"[57]. Die nationalen Prinzipien waren aber nach Ansicht der Konservativen mit ihren eigenen identisch. Wer sie nicht teilte, war antinational und damit antifranzösisch.

4. Das nationalstaatliche Prinzip

Der Nationalstaat verkörperte sowohl für die Liberalen als auch für die Konservativen den höchsten politischen Wert. Dieses Werturteil beruhte bei den Liberalen auf der Ansicht, daß es ohne den Nationalstaat keine politische Freiheit geben könne, denn Demokratie sei nur dort möglich, wo sich die Bürger mit der staatlichen Ordnung identifizieren. Die unerläßliche Voraussetzung für die Identifizierung des Bürgers mit der staatlichen Ordnung bildet deren "nationaler", d.h. französischer Charakter, da die große Mehrheit der Franzosen niemals eine Fremdherrschaft als legitime Obrigkeit akzeptieren würde. Eine Fremdherrschaft könne sich deshalb in Frankreich nur mit autoritären Methoden gegen den Willen der Bevölkerung behaupten. Die nationale Unabhängigkeit bildet somit die Voraussetzung der Demokratie; ohne sie ist Demokratie nicht möglich.

Während der Krise der dreißiger Jahre leiteten einige nationale Liberale aus der Abhängigkeit der innerstaatlichen Demokratie von der nationalen Unabhängigkeit die Forderung nach einer autoritären Staatsform ab, um die nationale Unabhängigkeit im Interesse der nationalen Freiheit verteidigen zu können. Sie verlagerten damit ihren Freiheitsbegriff von innen nach außen, d.h. von der staatlichen Ordnung auf die Nation[58].

Die Konservativen teilten die Ansicht der Liberalen, daß es ohne nationale Unabhängigkeit keine politische Freiheit geben könne, aber wichtiger als die Erhaltung der politischen Freiheit war ihnen die Bewahrung der organischen Gesellschaft mit ihren Werten. Sie sahen im Nationalstaat vor allem den unerläß-

lichen Rahmen für die Entfaltung der Zivilisation, denn "ohne den Rahmen der Nation ist die Zivilisation in Gefahr"[59]. Die Identifizierung Frankreichs bzw. der französischen Nation mit der Zivilisation beruhte auf der Vorstellung, daß der französische Geist im Laufe der Geschichte die wertvollsten Elemente der abendländischen Kultur aufgenommen habe: "L'âme française s'est incorporée la meilleure substance de l'humanisme, elle à fait siennes la virtuosité brillante des Grecs, la puissance pratique du génie romain, la force morale du Christianisme"[60]. Die Verteidigung der Nation ist daher mit der Verteidigung der Zivilisation identisch[61]. Alleiniger Garant der nationalen Existenz ist der souveräne Nationalstaat, denn er bildet seit der Auflösung der Einheit des christlichen Abendlandes die einzige Realität im Leben der Völker. Alle Versuche, übernationale Ordnungen zu schaffen, sind bisher an dieser Realität gescheitert. Die Nationen stehen sich in der internationalen Arena allein gegenüber und sind in letzter Instanz auf sich selbst angewiesen. Die internationalen Beziehungen gleichen deshalb trotz Völkerbund und Völkerrecht einem Chaos, in dem allein die Macht den Nationen die Freiheit und Unabhängigkeit sichert: "Les traités ne sont observés que si les pays qui en sont les gardiens ont la force de les faire respecter. La seule garantie de la paix est la puissance morale et matérielle, l'esprit national, les armées et les alliances. Tout le reste est littérature"[62].

5. Militarismus

Die rein machtpolitische Auffassung der internationalen Beziehungen führte zu einer engen Verbindung des republikanischen Nationalismus mit einer gewissen Form des Militarismus. Unter Militarismus ist dabei weder eine Militarisierung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens noch ein dominierender Einfluß der Militärs auf die Politik, sondern lediglich die Verherrlichung der Armee und der militärischen Tugenden zu verstehen. Die republikanischen Nationalisten sahen in der Armee nicht nur den Garanten der nationalen Unabhängigkeit, sondern auch den Träger des nationalen Gedankens. Inmitten des allgemeinen Niedergangs und des moralischen Zerfalls verkörperte die Armee für sie die sittlichen und geistigen Werte der Nation[63]. Sie bildet eine Schule der Sauberkeit, der Disziplin und der Pflichterfüllung. Sobald die Wehrpflichtigen eine zeitlang in ihr gedient haben, "formen sie eine Waffenkameradschaft, welche die subversiven Ideen auflöst und die schlechten Fermente ausscheidet". Der Armee fällt die Aufgabe zu, die Nation geistig zu erneuern und die Jugend zu Patriotismus und Opferbereitschaft zu erziehen[64]. Im Unterschied zum integralen Nationalismus betrachteten die republikanischen Nationalisten die Armee

jedoch nur als Instrument der Staatsführung. Die Militärs haben zwar bei der Ausarbeitung der Verteidigungspolitik ein gewichtiges Wort mitzusprechen, aber die Verteidigungspolitik selbst hat sich wie die Außenpolitik allein nach den nationalen Interessen zu richten, wie sie von den Politikern definiert werden[65].

6. Primat der Außenpolitik

Das nationale Interesse Frankreichs wurde nach Ansicht der republikanischen Nationalisten allein von objektiven Faktoren, den "données physiques" wie "les rapports de force", "la nature des choses", "la configuration du sol" bestimmt, die unabhängig von der jeweils herrschenden Staatsform und der sie tragenden Ideologien wirken: "La politique extérieure ... est aussi déterminée physiquement que la construction d'un pont sur telle rivière!"[66]. Die Außenpolitik als spezifische nationale Interessenvertretung unterliegt deshalb autonomen politischen Normen, weshalb sie aus den sozialen und innenpolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten werden muß[67]. Es sei gefährlich, irgend eine Fraktion der Nation zum Richter über die französische Außenpolitik zu machen[68].

7. Antikommunismus

Die These von der Autonomie der Außenpolitik wurde von der gemäßigten Rechten als Waffe gegen ihre innenpolitischen Gegner, namentlich aber gegen die Kommunisten benutzt. Der Kommunismus verkörperte für sie das nationale Gegenprinzip, "l'Anti-France", da er die Idee des Vaterlandes leugnet und das partikulare Interesse einer Klasse, des Proletariats, über das Gesamtinteresse der Nation stellt[69]. Das Bekenntnis der Kommunisten zur nationalen Verteidigung nach dem Abschluß des französisch-sowjetischen Beistandspaktes zerstreute nicht das Mißtrauen der gemäßigten Rechten, denn die kommunistische Partei war nach wie vor von der III. Internationale und damit von Moskau abhängig. "L'intégrité de la France ne s'applique pas seulement à son territoire géographique, mais elle s'applique à sa personnalité morale: elle n'a pas à abandonner une parcelle de cette personnalité à des occupants du dehors"[70]. Kommunismus und Nationalismus blieben auch nach dem Abschluß des französisch-sowjetischen Paktes für die gemäßigte Rechte unvereinbar[71]. Sämtliche Gruppen der gemäßigten Rechten betrachteten deshalb den Kampf gegen den Kommunismus und seine Verbündeten als eine nationale Notwendigkeit. Frankreich werde nur dann seine Unabhängigkeit behaupten können, so argumentierten sie, wenn es den nationalen Kräften gelingt, den kommunistischen Einfluß auf die französische Politik auszuschalten[72]. Aber wie konnte, wie sollte der Kom-

munismus bekämpft werden? Mit demokratischen oder mit autoritären Methoden? Gemeinsam mit der linken Mitte oder mit der extremen Rechten? Über diese Frage zerbrach im Laufe der Jahre 1934/36 die Einheit des republikanischen Nationalismus.

Die konservativen Nationalisten waren überzeugt, daß der Kommunismus nur durch den Nationalismus überwunden werden könne, denn dieser "répond aux sentiments profonds et cachés du peuple, à son instinct de conservation raciale et culturelle. C'est un legs de l'histoire la plus ancienne remontant au temps des tribus. Il enferme en lui de formidables possibilités mystiques"[73]. Angesichts der tödlichen Bedrohung durch Deutschland "on ne peut plus être internationaliste que d'étiquette et c'est le nationalisme le plus intégral qui nous est imposè à tous, par les conditions même de la lutte pour le salut du pays"[74]. Die nationalen Konservativen versuchten zunächst ihre Ideen innerhalb der gemäßigten Rechten durchzusetzen. Erst, als ihnen dies nicht gelang, trennten sie sich von der gemäßigten Rechten und gründeten im Sommer 1937 unter der Leitung von Henri de Kerillis eine eigene Kampfzeitschrift, l'Epoque. In ihr veröffentlichten sie im April 1939 einen Aufruf, in dem sie die Grundsätze eines neuen Nationalismus verkündeten: Primat des nationalen Interesses über die partikularen Interessen, Nationalstolz und Opferbereitschaft, Arbeitseifer und Dienstwillen, Rückkehr zum Sparen, zur Achtung der Familie und zur Förderung der Geburten, nationale Erziehung der Jugend, Anerkennung der Autorität auf allen Gebieten, Bewahrung des französischen Kolonialreiches und des französischen Einflusses in der Welt[75].

Je mehr die politischen und sozialen Strukturen zerfielen, auf denen die republikanische Ordnung beruhte, um so mehr wurde die Armee zum Kristallisationskern des konservativen Nationalismus. Charakteristisch für diese Entwicklung ist der Kommentar Henri de Kerillis zur Militärparade des 14. Juni 1939: "Paris a retrouvé son âme éternelle. De tous temps, la jeunesse et le peuple ont fraternisé dans le cult exalté de l'armée ... Le danger extérieur, la menace de guerre, l'insolence et la rapacité du pangermanisme hitlérien ont redressé les courages et cabré les orgueils. Le souffle du nationalisme... a balayé hier les Champs-Elysées, escortant les fantassins, les canons, les tanks et les avions"[76].

Nationalismus und Militarismus bildeten seit der Dreyfus-Affäre die ideologische Grundlage der antirepublikanischen Bewegungen. Da Henri de Kerillis im Frühjahr 1939 unverhüllt die Militärdiktatur forderte, liegt es nahe, den konservativen Nationalismus zur extremen Rechten zu zählen. Wenn man aber den Begriff der extremen Rechten nach 1936 auf die präfaschistischen Gruppen

einschränkt, dann verbietet sich dies jedoch aus ideologischen und politischen Gründen. Obgleich Henri de Kerillis seinen Nationalismus von Déroulède, de Mun, Barrès, den Jakobinern, den Kommunarden, Clemenceau und Poincaré ableitete, hielt er doch am Kern des konservativen Gedankengutes fest[77]. Dies zeigt ein Artikel, den er in Erwartung eines deutsch-französischen Konfliktes auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise veröffentlicht hat: "Mon nationalisme à moi rêve d'une France puissante, mais n'usant de sa force que pour défendre son droit et son honneur. Mon nationalisme rêve d'une France noble, généreuse, humaine, libérale et tolérante, protégeant le faible, accueillant le fugitif"[78]. Der konservativ-humanistische Inhalt seines antideutschen Nationalismus steht im krassen Gegensatz zum "internationalen" Nationalismus der faschistischen Rechten[79]. Gemeinsam mit der Parti Social Français des Obersten de La Rocque bildeten die konservativen Nationalisten eine neue nationale Rechte, die sich von der gemäßigten Rechten durch ihren Autoritarismus und Militarismus, und von der extremen Rechten durch ihren militanten Antigermanismus sowie ab 1938 auch durch ihren Antifaschismus unterschied[80]. Dieser bildete inhaltlich jedoch nur eine Variante des antideutschen und antiitalienischen Nationalismus. Er beruhte nicht auf ideologisch-moralischen sondern auf machtpolitisch-nationalen Motiven und unterschied sich damit grundlegend vom Antifaschismus der Linken.

Die liberalen Nationalisten schlossen sich zunächst den nationalen Konservativen an und unterstützten ihre innenpolitischen Reformpläne[81]. Als sie sich vom parlamentarischen System lossagten, trennte sich ein Teil der nationalen Liberalen um Paul Reynaud von ihnen und wandte sich der jakobinischen Linken zu. Im Dezember 1936 schlug Reynaud Herriot die Bildung einer nationalen Unionsregierung von den Radikalsozialisten bis Georges Mandel vor, und im April 1938 trat er der Regierung Daladier bei. Er rechtfertigte seine Schwenkung nach links mit der Notwendigkeit einer konsequent nationalen, d.h. für ihn antideutschen Politik und berief sich dabei auf die republikanische Tradition. "La nation en danger" erfordert die "union nationale", die sich nur durch die Zusammenarbeit aller nationalen und demokratischen Kräfte verwirklichen läßt[82].

Tardieu, sein einstiger Mentor, versuchte einen militanten Antikommunismus mit einer kompromißlosen Gegnerschaft gegen Deutschland zu vereinbaren[83]. Da er sich mit seinen Ideen innerhalb der parlamentarischen Rechten nicht durchsetzen konnte, verbündete er sich mit der autoritären Rechten und griff im Gringoire nicht nur die Volksfront, sondern sämtliche "Systemparteien" an[84]. Er verfocht einen autoritären Nationalismus, der ein liberales Men-

schen- und Gesellschaftsbild mit autoritären Methoden verteidigen wollte. Die Überbetonung des nationalstaatlichen Machtgedankens führte Tardieu indessen zwangsläufig zu einer Konzeption der Nation, in welcher die Gesellschaft im Staat aufgeht. Der Nationalstaat, der die politische Gewalt innehat, verkörpert die Nation und vertritt sie in seinen Handlungen nach innen und außen. Die Repräsentanten des Staates werden zwar von der souveränen Nation legitimiert, aber sie sind in letzter Instanz nur der Staatsraison verantwortlich. Damit wird die demokratische Legitimation zur Akklamation degradiert und die Staatsraison zum höchsten Wert erhoben. Die Abkehr von der republikanischen Tradition ist total[85)].

Die Konzeption des Nationalstaates als Machtstaat stand infolge des in ihr implizierten Primats des staatlichen Interesses über das gesellschaftliche im offenen Widerspruch zur "republikanischen Synthese". Wenn Frankreich sich gegenüber dem hochindustrialisierten und 'totalitär' geführten Deutschland aus eigener Kraft behaupten wollte, mußte es gleichfalls seine Wirtschaft modernisieren und sein Regierungssystem den außenpolitischen Erfordernissen anpassen, d.h. die "blockierte Gesellschaft" und das "régime d'assemblée" der nationalen Machtentfaltung opfern. Da eine solche Entwicklung das Ende der privilegierten Stellung der gemäßigten Rechten bedeutet hätte, versuchte die Mehrheit der gemäßigten Rechten, den republikanischen Nationalismus durch einen Rückgriff auf Ideen der Vorkriegszeit neu zu beleben. Angesichts der äußeren Bedrohung hielt Abel Bonnard es für notwendig, "de reforger aux Français une âme nationale", denn die Macht einer Nation ruhe nicht nur in ihrem Armeen, sondern vor allem in ihrer Moral, "dans la conscience qu'il a de soi, dans l'orgueil vivifiant qu'il tire de sa longue histoire"[86)].

Nationalbewußtsein und Selbstvertrauen erschienen der Mehrheit der gemäßigten Rechten ebenso wichtig wie militärische und wirtschaftliche Stärke. Typisch für diese Auffassung ist die Feststellung des Temps: "La force d'une nation n'est pas seulement constituée par ses armées, par ses flottes et par ses finances, elle est faite aussi de son ... attachement aux valeurs morales et spirituelles"[87)]. Weder die konservativen Liberalen noch die republikanischen Konservativen hatten begriffen, daß der moderne Staat Industriestaat sein muß, wenn er sich gegenüber einem totalitären Machtstaat behaupten will. Nur so läßt sich ihre Hoffnung erklären, sowohl die innerfranzösische als auch die europäische Ordnung allein durch den Appell an moralische und geistige Werte bewahren zu können.

D) Der Kolonialismus

Die gemäßigte Rechte interessierte sich bis Mitte der dreißiger Jahre nur wenig für das französische Kolonialreich, da die europäischen Angelegenheiten infolge des deutsch-französischen Gegensatzes ihre ganze Aufmerksamkeit beanspruchten. Mit Ausnahme der kleinen Gruppe der "coloniaux" fehlte ihr daher ein koloniales Reichsbewußtsein, eine innere Bindung an das "größere Frankreich der 100 Millionen"[88]. Mit "Empire" bezeichnete sie das napoleonische Kaiserreich oder das britische Weltreich, nicht jedoch die eigenen überseeischen Besitzungen. Erst als das französische System auf dem Kontinent zerfiel, entdeckte sie den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Wert der Kolonien wieder und entwickelte einen "Kolonialnationalismus", der sich sowohl gegen die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen in den Kolonien als auch gegen die totalitären Mächte richtete[89]. Seine Funktion bestand in der Rechtfertigung der französischen Kolonialherrschaft und in der Kompensation des kontinentalen Machtverlustes.

a) Die geistigen Grundlagen

Die geistige Grundlage des republikanischen Kolonialnationalismus bildete der Glaube an die französische Zivilisationsmission, die von den Konservativen mit christlichen und von den Liberalen mit humanitären Argumenten begründet wurde[90]: Frankreich hat die Aufgabe, die eingeborene Bevölkerung zu christianisieren bzw. zu zivilisieren und ihr den technischen Fortschritt zu bringen[91]. Es ist dazu weit besser als alle anderen Kolonialmächte geeignet, denn "la France, faible au point de vue démographique, est une nation de cadres", und die Kolonisation "repose avant tout sur la valeur et la force de l'encadrement des populations à éduquer"[92].

b) Die Ziele

Das Ziel des republikanischen Kolonialismus war die Schaffung eines einheitlichen Imperiums, das Frankreich die Sicherheit und die Großmachtstellung erhalten sollte. Bereits 1931 erklärte Paul Reynaud als Kolonialminister Lavals: "Avec l'empire, la France est sûrement quelque chose de solide et d'important. Sans l'empire, c'est son existence même qui serait en question"[93]. Acht Jahre später, am Vorabend des II. Weltkrieges, meinte le Temps, Frankreich könne in seinen Kolonien eine Million Mann mobilisieren und damit das europäische Gleichgewicht erneuern[94].

Die Idee eines einheitlichen Imperiums ließ sich nur verwirklichen, wenn es Frankreich gelang, seinen Kolonialbesitz gegen alle inneren und äußeren Bedrohungen zu behaupten. Die Verteidigung des Imperiums wurde deshalb für einen Teil der gemäßigten Rechten ab 1935/36 ebenso wichtig wie die Verteidigung des Mutterlandes: "A l'heure où la métropole troublée par la crise semble s'abandonner aux formules de faux miracles humains", schrieb José Germain unmittelbar nach dem Wahlsieg der Volksfront, "ceux qui l'aiment et veulent la rénover doivent s'attacher plus que jamais à la défense de l'Empire, ce domaine de rénovation, ce réservoir d'énergies"[95]. Im Interesse der Erhaltung des Imperiums darf Frankreich weder an die 'totalitären' Mächte noch an die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen Konzessionen machen, sondern es muß eine wahrhaft imperiale Politik betreiben, die sowohl den Interessen des Mutterlandes als auch denen der eingeborenen Bevölkerung dient[96]. Frankreich muß die ihm anvertrauten Eingeborenen vor dem Zugriff des nationalsozialistischen Rassismus, des italienischen Imperialismus und des kommunistischen Kollektivismus schützen, und die Eingeborenen müssen einen angemessenen Beitrag zur Verteidigung des Imperiums und des Mutterlandes leisten[97]. Die Voraussetzung für eine imperiale Politik bildet die staatliche und moralische Erneuerung Frankreichs, seine Durchdringung mit dem "esprit colonial" und die Vernichtung des Kommunismus[98].

Diese Forderungen zeigen deutlich die innenpolitische Stoßrichtung des republikanischen Kolonialismus. Wie der republikanische Nationalismus war er nicht nur extro-, sondern auch introvertiert; d.h. auf die Erhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, der "situations acquises" gerichtet.

Die Liberalen hofften, durch die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Mutterlandes ohne eine Änderung seiner Wirtschaftsstruktur überwinden zu können. Sie forderten deshalb die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes durch den Abbau der Zollschranken zwischen den Kolonien und dem Mutterland und eine Angleichung der Wirtschaftsgesetzgebung in den einzelnen Territorien[99]. Das Kolonialreich sollte auf diese Weise die wirtschaftliche Unabhängigkeit Frankreichs stärken und teilweise den Verlust des ostmittel-europäischen Marktes kompensieren[100]. Die Liberalen lehnten indessen den Autarkiegedanken als unsinnig ab, da nach ihrer Auffassung die Kolonien niemals den Weltmarkt ersetzen könnten[101].

Die Konservativen wollten durch die Kolonien das Mutterland physisch und moralisch erneuern. Sie verherrlichten deshalb die koloniale Lebensweise und stellten ihr die Dekadenz des Mutterlandes gegenüber: In den Kolonien wird der

kontinentale Franzose wieder zu einem vollwertigen Menschen, "courageux, hardi, créateur", ein wahrer Chef wie Lyautey, "cette espèce tant raréfiée par nos civilisations stérilisantes"[102]. Wie Cäsar hat Lyautey das Schwert in den Dienst der Zivilisation und des menschlichen Fortschrittes gestellt. Marokko erlebt dank seinem Organisationstalent, seiner Weitsicht und seinem politischen Genie eine neue wirtschaftliche und kulturelle Blüte, die auf den alten französischen Idealen der Ordnung, der Autorität und des Gehorsams beruht[103].

c) Der koloniale Antikommunismus

Die Liberalen und die Konservativen sahen im Kommunismus die größte Gefahr für das französische Kolonialreich: Seit dem Scheitern der Revolution in Europa versuchen die Kommunisten, ihre Herrschaft über Asien und Afrika auszudehnen, um die kapitalistische Ordnung von der Peripherie her angreifen und zerstören zu können. Sie konzentrieren heute ihre Anstrengungen auf den Mittelmeerraum, weil sich hier die Lebensnerven der kolonialen Weltreiche befinden. Durch die Unterstützung der kolonialen Unabhängigkeitsbewegungen, namentlich des Panarabismus, wollen sie die Europäer aus dem mittleren Osten und Nordafrika vertreiben und dann von dort nach Europa vorstoßen[104]. Die kommunistische Wühlarbeit in den Kolonien bedroht alle Kolonialmächte, weshalb diese gemeinsam den Kommunismus bekämpfen müssen.

Philippe Barrès, der Berliner Korrespondent des Matin, wollte auch Deutschland in die Solidarität der "weißen Nationen" miteinschließen, denn Deutschland stellte zu jener Zeit für ihn eine weit geringere Gefahr dar als der Kommunismus. Sein Kolonialnationalismus trug deutlich autoritäre und soziale Züge. Er forderte eine "politique d'autorité" gegenüber den Eingeborenen und großzügige Sozialreformen, um durch die Beseitigung des Massenelends der kommunistischen Agitation den Boden zu entziehen[105].

Philippe Barrès blieb kein einsamer Rufer in der Wüste. In der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bildete sich eine koloniale Gruppe, welche die imperiale Größe Frankreichs über die Sicherung des europäischen Status quo stellte. Sie war national, autoritär, sozial und antikommunistisch wie die autoritären Bewegungen des Mutterlandes. Sie unterschied sich indessen von ihnen durch ihren ausgesprochenen Philosemitismus. Sie betrachtete die afrikanischen Juden als wertvolle Verbündete gegen die Araber und unterstützte deshalb die Bestrebungen für die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina als Damm gegen den Panarabismus und Kommunismus[106].

Die kolonialen Nationalisten wollten das Kolonialreich, namentlich Nordafrika,

zu einem antikommunistischen Bollwerk machen, um gegebenenfalls wie die spanischen Nationalisten von hier aus den Kommunismus im Mutterland bekämpfen zu können. So schrieb René La Bruyère während des spanischen Bürgerkrieges, als die marokkanischen Truppen Francos bereits vor Madrid standen, daß der Sieg über den Kommunismus in den Kolonien die Voraussetzung für den Sieg über den Kommunismus im Mutterland bildet[107]. Es war zweifellos kein Zufall, daß Pétain beim Abschluß des deutsch-französischen Waffenstillstandes 1940 auf der Erhaltung der französischen Souveränität über Nordafrika bestand und daß dort die "Révolution nationale" am konsequentesten durchgeführt wurde[108].

d) Der Einfluß des Kolonialismus auf den republikanischen Nationalismus

Obgleich die kolonialen Nationalisten nur eine kleine Minderheit innerhalb der gemäßigten Rechten ausmachen, beeinflußten sie durch ihre Ideen doch stark die gesamte Gruppe. Es erhoben sich deshalb Stimmen, die vor einer Überbewertung der Kolonien warnten. Das Journal des Débats wies darauf hin, daß eine starke Metropole die Voraussetzung für eine aktive Kolonialpolitik bildet. "Une nation qui se fierait à l'étendue de son empire d'outre-mer" schrieb es kurze Zeit nach München, "et qui négligerait sa propre armature s'exposerait à des dures déceptions. Pour avoir un empire colonial ... il faut dans l'Etat, dans la métropole, des finances, de l'ordre, une armée, une marine, une diplomatie". Der Ausbau des Kolonialreiches kann die überfällige Reform in Frankreich nicht ersetzen, denn "la politique coloniale est fonction de la politique nationale"[109].

Die Warnungen der Skeptiker verhallten ungehört. Die Mehrheit der gemäßigten Rechten gab sich der bequemen Illusion hin, daß sie ihre "situations acquises" durch eine Mobilisierung der kolonialen Reserven behaupten könnte. Allerdings tat sie wenig, um ihre Ideen zu verwirklichen[110]. So blieb denn der Kolonialnationalismus reine Rhetorik, die keine Probleme löste, aber die Integrationskraft des republikanischen Nationalismus weiter schwächte.

E) Der Antikommunismus

Je schwächer die Integrationskraft des republikanischen Nationalismus wurde, um so stärker betonte die gemäßigte Rechte ihren Antikommunismus. Dieser richtete sich nicht nur gegen die französischen Kommunisten und die in der Volksfront vereinten Gegner der "blockierten Gesellschaft", sondern gegen die gesamte III. Internationale und damit auch indirekt gegen die Sowjetunion.

Der Kommunismus als neue Verkörperung des "Anti-France" wurde zum gemeinsamen ideologischen Gegenpol der gemäßigten Rechten, d. h. er übernahm die "Feindrolle", ohne die eine Ideologie nicht existieren kann. In der Auseinandersetzung mit ihm griffen die einzelnen Gruppen der gemäßigten Rechten auf ihre alten Vorstellungen zurück und versuchten, sie zu aktualisieren.

a) Der konservative Antikommunismus

Die Konservativen betrachteten den Kommunismus lediglich als eine moderne Variante des Sozialismus, der auf den gleichen Grundirrtümern wie der Marxismus bzw. die Aufklärung beruht[111]. Er ist unchristlich, rationalistisch, materialistisch und kollektivistisch. Sein Atheismus zerstört die christliche Moral, sein Materialismus vernichtet alle geistigen Werte: "Un matérialisme féroce, logique en ses négations ignorantes, veut abetir et brutaliser toute l'humanité; négateur stupide de l'esprit, et ne pouvant le tuer, il veut le réduire ... à ne plus se manifester, à ne plus penser; son idéal, c'est de mécaniser l'humanité tout entière, par un asservissement universel, sous un Pharaon impersonnel"[112], schrieb Michel d'Herbigny. Das kommunistische Dogma vom Klassenkampf verkörpert das absolute Gegenprinzip der christlichen Nächstenliebe. Es ist historisch, soziologisch und moralisch falsch, denn es beruht auf dem künstlichen Gegensatz von Nation und Klasse. Seine logische Konsequenz ist der Bürgerkrieg, wie die Vorgänge in Spanien erneut beweisen[113]. Das Bekenntnis der französischen Kommunisten zur Demokratie und zum Patriotismus ist lediglich Tarnung. Ihr wahres Ziel ist nach wie vor die Errichtung der Diktatur des Proletariats, in welcher das Individuum völlig dem Kollektiv und dem Staat untergeordnet wird[114]. Die Behauptung der Kommunisten, die Diktatur des Proletariats bilde nur eine kurze Übergangsperiode zur klassenlosen Gesellschaft, in welcher der Staat absterbe, ist durch die Praxis in der Sowjetunion bereits widerlegt worden. Das sozialistische Wirtschaftssystem erfordert die Diktatur, da es der menschlichen Natur widerspricht[115].

Die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Kommunismus, zwischen Gut und Böse, beschränkt sich nach Meinung der Konservativen nicht auf einzelne Länder, sondern ist universell. "Jesus veut gagner le monde par l'amour et la paix apportée aux hommes de bonne volonté - Lénine par la haine et la révolution sanglante", verkündete R. Pinon. Das Christentum bejaht die Existenz von Nationen, strebt jedoch eine Union zwischen verschiedenen Völkern durch die Anwendung der ewigen Prinzipien der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe an. "C'est dans la paix que doit se réaliser cet internationalisme, fondé sur la fraternité de tous les hommes en Jésus-Christ"[116].

Der kommunistische Internationalismus will dagegen die Nationen auflösen. Im Falle seines Sieges "l'Europe deviendrait une immense République soviétique où les anciens Etats libres ne seraient plus que des sections de l'Internationale communiste"[117]. Es kann deshalb im Kampf zwischen Christentum und Kommunismus keine Neutralität geben. Es ist Frankreichs Pflicht, sich am Kampf gegen den Kommunismus zu beteiligen, denn von seinem Ausgang hängt seine Existenz als freie Nation ab[118].

Die Konservativen lehnten jedoch in den Jahren 1934/36 ein Bündnis mit dem Nationalsozialismus gegen den Kommunismus mit der Begründung ab, daß das nationalsozialistische Neuheidentum ebenso unchristlich sei wie der kommunistische Atheismus, da es gleichfalls die Existenz Gottes leugne[119]. Sowohl der Nationalsozialismus als auch der Kommunismus wollen das Christentum ausrotten, denn nur so können sie die Menschen total beherrschen. Sie unterscheiden sich lediglich in ihren Methoden, nicht aber in ihren Zielen[120]. Der Antifaschismus ist daher genau so unaufrichtig wie der Antikommunismus der Nationalsozialisten: "Au vrai, le bolcheviste ... qui se signe plein d'horreur devant le crucifix outragé par le néopaganisme germanique, ne nous touche guère plus que le raciste frémissant à la pensée de la statue du Sacré-Coeur fusillée par les miliciens rouges d'Espagne. Mise en scène de scandale et comédie de l'indignation de part et d'autre"[121]. Frankreich darf sich weder durch die faschistische noch durch die kommunistische Propaganda täuschen lassen, sondern muß sich gegen beide unchristlichen Ideologien verteidigen[122].

Trotz der moralischen Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus beeinflußte der nationalsozialistische Antibolschewismus ab 1936 in steigendem Maße das konservative Denken. Wenngleich die konservative Presse den deutschen Antibolschewismus meistens als "pangermanistische Zweckpropaganda" charakterisierte, so berichtete sie doch ausführlich über antikommunistische Maßnahmen und Demonstrationen in Deutschland. Die Art und Weise dieser Berichterstattung läßt gewisse unterschwellige Sympathien erkennen, die später in offene Billigung und Unterstützung umschlugen. Charakteristisch für die Zwiespältigkeit der konservativen Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Antibolschewismus ist der Kommentar René Pinons zum Antikomminternpakt. Nach einer scharfsinnigen Analyse des machtpolitischen Gehaltes des Pakts rechtfertigte er ihn mit der kommunistischen Bedrohung Europas, welche die freien Nationen zur Verteidigung zwänge. Auch Frankreich müsse den Kommunismus bekämpfen, aber dies sei eine ausschließlich innerfranzösische Aufgabe: "Que l'on y prenne garde! La France ne pourra mener une bonne politique européenne et consolider la paix que si elle met fin chez elle à l'influence commu-

niste ...". Der Kampf gegen den Kommunismus im Inneren bildete nach Pinons Meinung die Voraussetzung für den europäischen Frieden[123].

Die Solidarität der europäischen Mächte gegen den Kommunismus bot sich einem Teil der konservativen Rechten als ideale Alternative zum ausweglosen deutsch-französischen Gegensatz an. Im Unterschied zum militanten Antibolschewismus des Faschismus blieb der konservative Antikommunismus in den dreißiger Jahren introvertiert, d.h. auf die Erhaltung der innerfranzösischen Ordnung gerichtet. Weder René Pinon noch Léon Bailby befürworteten einen antisowjetischen Kreuzzug an der Seite Deutschlands. Der Antikommunismus diente ihnen lediglich als Waffe gegen die Volksfront und ihre außenpolitischen Ideen, jedoch nicht als Imperialismusideologie. Im Grunde genommen setzten sie nur die antirevolutionäre Tradition der klassischen Rechten fort. Es war daher kein Zufall, wenn Charles Delvert schrieb, Frankreich stünde am Vorabend einer vierten Revolution, die das Zerstörungswerk der Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 vollenden wolle[124]. Interessant an dieser Bemerkung ist, daß Delvert nicht den 4. September 1870 erwähnte, dem die III. Republik ihre Existenz verdankte. Auch hierin zeigt sich der antirevolutionäre Charakter des konservativen Antikommunismus, denn die Konservativen betrachteten die Absetzung Napoleon III nicht als revolutionären Akt, sondern als einen Schritt zur Restauration der legitimen Ordnung[125].

b) Der liberale Antikommunismus

Die Liberalen kritisierten im Gegensatz zu den republikanischen Konservativen weniger die anthropologischen und philosophischen Grundlagen des Kommunismus als vielmehr seine Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeptionen[126]. Die konservativen Liberalen waren wie die republikanischen Konservativen überzeugt, daß die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ausschließlich eine innenpolitische Angelegenheit sein müsse, welche die Außenpolitik nicht beeinflussen dürfe[127]. Während Paul Reynaud diese Auffassung teilte und Tardieu nach einem unmöglichen Kompromiß zwischen globalem Antikommunismus und antideutschem Nationalismus strebte, entschied sich der national-liberale Matin für einen konsequenten Antikommunismus sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Er begründete seine Haltung mit dem innen- und außenpolitischen Charakter der kommunistischen Bedrohung, die sich nach seiner Meinung aus der engen Verflechtung des französischen Kommunismus mit der III. Internationalen und der Sowjetunion ergab: Das gemeinsame Ziel der Sowjetunion und der III. Internationale ist die Zerstörung der europäischen Ordnung und die Errich-

tung der kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie bedienen sich zur Erreichung ihres Zieles je nach den herrschenden Umständen einmal der militärischen Macht der Sowjetunion, zum anderen der politischen Aktion der nationalen kommunistischen Parteien. Der doppelte Charakter der kommunistischen Bedrohung hebt deshalb den Widerspruch zwischen dem nationalen und dem gesellschaftlichen Interesse auf, der sich für Frankreich ohne die Existenz der Sowjetunion aus der Nonkonkordanz zwischen dem inneren und äußeren Gegner (Volksfront und Deutschland) ergeben würde. Im Vergleich zur kommunistischen Gefahr ist der deutsch-französische Gegensatz nur von untergeordneter Bedeutung, denn sowohl Deutschland als auch Frankreich haben ein vitales Interesse an der Erhaltung der europäischen Ordnung.

Die Identifizierung des gesellschaftlichen Interesses mit dem nationalen Interesse nötigte den Matin, den Kommunismus zum absolut Bösen zu erklären. Stéphane Lauzanne bezeichnete ihn als "une croyance régressive, un état social en violente opposition avec l'évolution naturelle de l'homme", der die Ordnung, die Freiheit, die Familie, die Religion und die Nation in der ganzen Welt vernichten will[128]. Die zivilisierte Menschheit muß sich deshalb gegen die "rote Pest" zusammenschließen, wie es Pius XI. in seiner Erklärung über den Kommunismus fordert[129]. Die enge Verflechtung des Kommunismus mit der III. Internationale und der Sowjetunion zwingt Europa, "à définir sa position à l'égard des Soviets"[130]. Lauzanne begründete seine Forderung mit den folgenden Argumenten: Die Sowjetunion trägt die eigentliche Verantwortung für die sozialen und politischen Unruhen in Europa, denn sie hat ihre Agenten nicht nur in allen kommunistischen Parteien des Auslandes, sondern auch unter den Sozialisten, Freimaurern und Intellektuellen. Trotzki z.B. ist in Wirklichkeit ein Agent Stalins, "un ennemi postiche des Soviets, un rival pour la galerie, mais qui collabore avec eux en secret à la destruction de toute civilisation[131]. Fast sämtliche Parteien sind Komplizen Moskaus: "Quand on va de la droite à la gauche, on prend la direction de Moscou"[132].

Der Kommunismus läßt sich nur besiegen, wenn die Demokratien erkennen, daß der Kampf gegen den Kommunismus nicht nur eine innerstaatliche, sondern eine internationale Aufgabe ist[133]. Es ist unmöglich, den Kommunismus im Inneren zu bekämpfen und gleichzeitig ein Bündnis mit der Sowjetunion zu schließen, denn "La politique extérieure et la politique intérieure sont comme les bras et les jambes d'un même corps". Beide müssen sich daher nach dem gleichen Prinzip, dem Antikommunismus richten[134].

Indem Stéphane Lauzanne den Antikommunismus zum höchsten Prinzip der Innen- und Außenpolitik erhob, gab er den Versuch Tardieus auf, eine globale Gegnerschaft gegen den Kommunismus mit dem Widerstand gegen die Hegemonialbestrebungen des nationalsozialistischen Deutschland zu vereinbaren. Er ordnete damit konsequent den traditionellen Nationalismus seinen ideologischen Vorstellungen unter. Da er sich aber nicht von seinem liberalen Menschen- und Gesellschaftsbild trennte, läßt sich seine Gruppe wohl als antikommunistisch, jedoch nicht als faschistisch bezeichnen[135)].

VIERTES KAPITEL

Die staats- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der gemäßigten Rechten

Sämtliche Gruppen der gemäßigten Rechten stimmten seit dem I. Weltkrieg trotz ihrer ideologischen Gegensätze in allen wesentlichen Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens grundsätzlich überein. Sie bejahten die republikanische Ordnung und die "blockierte Gesellschaft", wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Dieser Konsensus ermöglichte ihre parlamentarische und gouvernementale Zusammenarbeit und stärkte ihre Stellung im politischen System. Weder die Bildung des 'Bloc national' von 1919 noch der "Union nationale" von 1934 wäre ohne ihn möglich gewesen.

Im Laufe des Jahres 1934 zerbrach der verfassungspolitische Konsensus an der Frage, ob sich die politische und sozio-ökonomische Krise noch mit den Mitteln des traditionellen Parlamentarismus überwinden ließe, oder ob eine fundamentale Strukturreform des Regierungssystems notwendig sei. Über diese Frage spaltete sich die gemäßigte Rechte in Anhänger und Gegner der bestehenden staatlichen Ordnung und verlor dadurch bereits vor ihrer Wahlniederlage vom Frühjahr 1936 ihren dominierenden Einfluß auf die französische Politik. Der gesellschaftliche Konsensus blieb jedoch auch nach dem Zerfall des verfassungspolitischen Konsensus erhalten, da die sozio-ökonomische Interessengemeinschaft der verschiedenen Gruppen erhalten blieb.

I. Die staatspolitischen Vorstellungen

Die Verfassungskonzeption der gemäßigten Rechten beruhte auf einer Synthese des liberalen Prinzips der parlamentarischen Repräsentation und des konservativen Prinzips der staatlichen Autorität. Sie kombinierte die Allmacht des Parlaments mit der Autonomie der Verwaltung, um der sozialen Führungsschicht die politische Macht zu sichern und die etablierte Ordnung vor den Angriffen der egalitär denkenden Massen oder einer sich mit ihr verbündenden plebiszitären Führerpersönlichkeit zu schützen. Die Kombination repräsentativer und autoritärer Elemente ermöglichte einen ständigen Interessenausgleich zwischen den Konservativen und den Liberalen und trug so wesentlich zur Integration der gemäßigten Rechten bei. Die Konservativen konnten der Nation dienen, ohne die republikanischen Prinzipien der staatlichen Ordnung bejahen zu müssen und die Liberalen vermochten ihre gesellschaftlichen Interessen zu wahren, ohne zu prinzipiellen Konzessionen an die konservativen Wertvorstellungen gezwungen

zu sein[1].

Entsprechend ihrer Verfassungskonzeption übte die gemäßigte Rechte ihre Macht einmal direkt durch ihre Parlamentarier bzw. Regierungsvertreter, zum anderen indirekt durch ihre Angehörigen im Staatsapparat aus. Beide Arten der Machtausübung entsprachen dem dualistischen Charakter der gemäßigten Rechten als politisch-sozialem Herrschaftsverband. Auf Grund der engen ideologischen und sozialen Affinität der höheren Beamtenschaft und der gemäßigten Rechten existierten zwischen ihnen informelle Kontakte, die im Bedarfsfall aktualisiert werden konnten. Solange der Gegensatz zwischen der Rechten und der Linken primär politisch-ideologischer Natur war, reichte daher der indirekte Zugang zur Macht aus, um die Interessen der gemäßigten Rechten zu wahren. Seitdem der Rechts-Links-Gegensatz jedoch primär sozio-ökonomischen Charakter angenommen hatte, wurde der direkte Zugang zur Macht für die gemäßigte Rechte lebenswichtig. Nur durch eine direkte Kontrolle des Staates vermochte sie noch zu verhindern, daß die Linke den Staatsapparat gegen die "blockierte Gesellschaft" einsetzte. Die Frage der Eroberung und der Behauptung der staatlichen Macht bildete von nun an das Hauptproblem der gemäßigten Rechten[2].

Nach dem Wahlsieg des 'Cartel des Gauches' im Frühjahr 1932 stand die gemäßigte Rechte vor der Frage, ob sie mit demokratischen oder mit antidemokratischen Methoden die Macht zurückerobern sollte. Die demokratische Methode bestand entweder im parlamentarischen Bündnis mit der linken Mitte oder im Zusammenschluß mit der nationalistischen Rechten zu einer 'national-demokratischen' Massenpartei. Die Erneuerung des Bündnisses mit der linken Mitte erlaubte die Bewahrung des konservativ-liberalen Verfassungskompromisses und damit des inneren Gleichgewichtes der gemäßigten Rechten, aber sie machte die Radikalsozialisten zum Schiedsrichter der französischen Politik. Auf Grund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse konnten sich die Radikalsozialisten jederzeit mit den Sozialisten verbünden und dadurch die 'Union nationale' der gemäßigten Rechten und linken Mitte sprengen. Die gemäßigte Rechte besaß als Gesamtgruppe aus politischen, sozialen und ideologischen Gründen nicht diese Möglichkeit und war daher auf die Radikalsozialisten zur Regierungsbildung angewiesen.

Der Zusammenschluß mit der nationalistischen Rechten zu einer 'national-demokratischen' Massenpartei hätte die gemäßigte Rechte von der radikalsozialistischen Abhängigkeit befreit, aber sie barg große politische und soziale Gefahren in sich, da in einer Massenpartei nicht bürgerliche Honoratioren bzw. Parlamentarier, sondern Funktionäre den Ton angeben. Wenngleich die nationalistische

Rechte in Frankreich nicht sozialistisch im marxistischen Sinne war, so vertrat sie doch die sozialen Interessen des Kleinbürgertums, die auf vielen Gebieten mit den Interessen des Besitz- und Großbürgertums kollidierten. Es bestand daher durchaus die Möglichkeit, daß die kleinbürgerlichen Funktionäre der Massenpartei nach der Machteroberung den Staatsapparat gegen die Interessen der sozialen Führungsschicht einsetzen würden.

Die antidemokratische Methode bestand entweder im "appel au peuple", d. h. in der plebiszitären Diktatur oder im "appel au soldat", d. h. im militärischen Staatsstreich. Durch beide Formen der antidemokratischen Machteroberung ließ sich der politische Pluralismus ausschalten und der Staatsapparat vor dem Zugriff der sozialistisch-kommunistischen Linken bewahren. Aber weder ein plebiszitäres Regime noch eine Militärdiktatur garantierten der gemäßigten Rechten den Besitz der Macht, da beide die Gefahr eines neuen Bonapartismus, d. h. eines Bündnisses zwischen dem Staatsoberhaupt und den Massen gegen die politisch-soziale Führungsschicht in sich bargen. Ohne die institutionellen Garantien des parlamentarischen Rechtsstaates war die gemäßigte Rechte trotz ihrer engen sozialen und häufig personellen Verflechtung mit der Armeeführung und dem Staatsapparat machtlos, weil sie nicht ihre Wählerschaft für ihre politischen Ziele mobilisieren konnte.

Louis Marin, der Vorsitzende der konservativen Fédération Républicaine, erkannte klar diesen Sachverhalt und setzte sich deshalb nachdrücklich für die Erhaltung des politischen Pluralismus, d. h. des Parteienstaates ein. "Le bien du pays devait primer les intérêts des groupes", erklärte er seinen Wählern, "mais les partis politiques sont nécessaires, car les individus isolés n'ont ni les possibilités d'action ni la continuité que permet seule l'association"[3].

A) Der parlamentarische Reformismus

Aus Furcht vor den politischen und sozialen Folgen eines Bündnisses mit der nationalistischen Rechten entschied sich die gemäßigte Rechte im Februar 1934 für eine parlamentarische Lösung der politischen Krise, d. h. für eine Erneuerung der 'Union nationale' mit den Radikalsozialisten. Sie war jedoch entschlossen, die wiedergewonnene Macht durch eine partielle Reform des parlamentarischen Systems zu sichern. Die konservativen Liberalen ließen sich dabei von der Überzeugung leiten, "que le parlementarisme est la condition nécessaire de la liberté, et que la forme républicaine des pouvoirs publics est la plus capable d'assurer l'application loyale du parlementarisme"[4]. Die nationalen Liberalen betrachteten dagegen die Parlamentsreform lediglich als ein Mittel zur Erneue-

rung der nationalen Größe. Paul Reynaud erklärte im April 1934 unmißverständlich: "Le régime politique n'est qu'un moyen. Le but, c'est la grandeur de la France, son expansion intellectuelle, morale et matérielle. Le but, c'est le développement de la personnalité humaine au sein de la nation"[5].

Die Konservativen besaßen im Gegensatz zu den Liberalen keine innere Bindung an die parlamentarische Demokratie. Sie sahen in ihr nicht eine werterfüllte Ordnung, sondern lediglich ein technisches Verfahrensprinzip politischer Herrschaft, das unter den gegebenen Umständen am besten ihren Interessen entsprach. Wenn sie gleichfalls für die Reform des bestehenden Systems eintraten, dann allein aus der Einsicht "que la plupart des autres systèmes ... ont peut-être leurs qualités, leurs avantages. Mais, pareils à la jument de Roland, ils sont morts ou ils ne sont pas nés"[6]. Hinzu trat die Überzeugung, daß die Diktatur zwar gewisse Vorteile biete, aber nicht die beste Methode für die Restauration der Staatsautorität sei. Diese Überzeugung gründete auf den historischen Erfahrungen mit dem Bonapartismus und dem praktischen Anschauungsunterricht durch den Faschismus. Die Konservativen fürchteten, daß sie in einer Diktatur allmählich die Macht an die Armee oder an die staatliche Einheitspartei verlieren würden. Raymond Recouly sprach diese Furcht unverholen aus als er schrieb: "Dès qu'on est entré dans la voie des violences, il est difficile et même impossible de s'arrêter en chemin"[7].

Er warnte die Konservativen vor einer Imitation des Faschismus oder einer totalen Änderung der bestehenden Institutionen. Die Staatsautorität und die Regierungsstabilität müßten zwar in Frankreich dringend erneuert werden, räumte er ein, "mais ne cherchons pas la solution et le salut dans un boulversement général de nos institutions, dans l'imitation puérile de ce qui s'est fait de l'autre côté de nos frontières, celle de l'est comme celle du Sud-Est. Les choses ne vont pas si bien dans ces pays pour que nous puissions vraiment aller y chercher des exemples et des leçons"[8]. Mehr aus Resignation als aus demokratischer Überzeugung kamen daher auch die Konservativen zu dem Schluß, "que la solution parlementaire reste donc celle qui, dans les circonstances actuelles, semble présenter le plus d'avantages, disons plutôt le moins d'inconvénients"[9].

Trotz des allgemeinen Konsensus über die Notwendigkeit einer Staatsreform im Rahmen des etablierten parlamentarischen Systems bestanden innerhalb der gemäßigten Rechten erhebliche Differenzen über den Inhalt der Reform und über die Methoden, mit denen sie verwirklicht werden sollte. Die Angehörigen der älteren Generation, die wie Poincaré und Marin noch die Blütezeit der III. Republik miterlebt hatten, lehnten eine Revision der Verfassung von 1875 ab und

forderten stattdessen eine Änderung der parlamentarischen und gouvernementalen Arbeitsweise. Sie lassen sich daher als Antirevisionisten bezeichnen. Die Vertreter der jüngeren Generation, die wie Flandin, Reynaud und Tardieu nur die Schwächen der politischen Institutionen aus ihrer Regierungs- und Parlamentspraxis kannten, befürworteten dagegen eine Revision der Verfassung. Sie können somit als Revisionisten bezeichnet werden.

Um die Unterschiede beider Richtungen verstehen zu können, muß man zwischen der Verfassungstheorie, wie sie ihren Niederschlag in der Verfassung von 1875 gefunden hatte und der Verfassungswirklichkeit unterscheiden. Die Verfassung von 1875 errichtete ein 'klassisches' parlamentarisches Regime, das auf dem Prinzip der strikten Gewaltenteilung beruhte. "La constitution de 1875", schrieb Achille Mestre, "institue un régime équilibré et nuancé comportant de très larges pouvoirs accordés au chef de l'Etat, qui nomme ministres et fonctionnaires, assiste au Conseil des Ministres et le préside, ratifie les traités internationaux et est investi d'un véto temporaire sur les lois et peut sur avis conforme du Sénat dissoudre la Chambre des Députés"[10]. Nach dem Scheitern MacMahons verlor der Staatspräsident wesentlich an politischem Einfluß und wurde zu einer rein repräsentativen Figur degradiert. Das siegreiche Parlament zog fast die gesamte Macht an sich und verwandelte die parlamentarische Demokratie allmählich in ein "régime d'assemblée", in dem die Exekutive völlig von der Legislative abhängig ist[11]. Nach dem 6. Februar charakterisierte Henri de Kerillis die politische Praxis des "régime d'assemblée" mit den folgenden Sätzen: "Nous vivions sous le joug des assemblées, sous la dictature de six cents roitelets insupportables et tyranniques... Car, par une déviation véritablement extravagante des moeurs et de l'esprit démocratique, le Parlement omnipotent avait tout ramené à lui, tout accaparé, interdit à l'opinion publique jusqu'aux moindres velléités d'indépendance"[12].

Sowohl Revisionisten als auch Antirevisionisten forderten deshalb eine Beschneidung der parlamentarischen Befugnisse und eine Stärkung der Regierung durch die strikte Anwendung des Gewaltenteilungsprinzips[13].

Ihren gemeinsamen Standpunkt erläuterte Paul Reynaud im April 1934: "Au cours de son histoire, la France a lutté pour la liberté contre l'autorité. Elle se trouve maintemant en face de la tâche difficile de discipliner la liberté que ses excès sont en train de ruiner. La limiter ... c'est la seule manière de la sauver"[14]. Die Revisionisten wollten dieses Ziel durch eine Änderung des Verfassungstextes, die Antirevisionisten durch 'organische Gesetze' bzw. durch eine Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung erreichen. Ihre Methoden ergän-

zen sich daher eher als daß sie sich ausschlossen. Dennoch ist es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Revisionisten und Antirevisionisten gekommen.

a) Der Revisionismus

Die jüngere Politikergeneration hielt eine partielle Verfassungsrevision für unerläßlich, weil die politische Krise ihrer Meinung nach vor allem konstitutionelle Ursachen hatte. "Les moeurs politiques se sont tellement gâtées", behauptete der Vizepräsident des Senats, Maurice Ordinaire, "que, même si la prochaine Chambre était composée d'éléments meilleurs et plus aptes à former des gouvernements durables, l'avenir serait encore incertain". Denn, so begründete er seine Behauptung, wenn die konstitutionellen Ursachen der gegenwärtigen Krise nicht beseitigt würden, gäbe es keine dauerhafte Lösung für die innerpolitischen Schwierigkeiten. Konstitutionelle Fehlkonstruktionen ließen sich nach seiner festen Überzeugung nur mit konstitutionellen Mitteln, d.h. durch eine Änderung der Verfassung beseitigen[15].

Das wichtigste Ziel einer Verfassungsreform bildete nach übereinstimmender Ansicht der Revisionisten die Erneuerung der Staatsautorität durch die drei folgenden Maßnahmen:

1) Begrenzung der Macht des Parlaments durch die Reduzierung seiner Befugnisse auf die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierung.
2) Stärkung der Exekutive durch a. das Recht des Präsidenten oder des Premierministers, die Kammer auch ohne die Zustimmung des Senats auflösen zu dürfen; b. durch die zahlenmäßige Begrenzung des Kabinetts und die Berufung nichtparlamentarischer Fachminister; c. durch den Schutz der Verwaltung vor fremden, d.h. politischen und gewerkschaftlichen Einflüssen.
3) Sicherung der absoluten Unabhängigkeit der Justiz durch die Wahl eines Nichtparlamentariers zum Justizminister für die Dauer der gesamten Legislaturperiode[16].

Über die Frage des Auflösungsrechtes kam es innerhalb des revisionistischen Lagers zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des dualistischen bzw. monistischen Parlamentarismus. Die Anhänger des dualistischen Parlamentarismus, meistens Konservative, forderten das Auflösungsrecht für den Präsidenten[17]. Die Anhänger des monistischen Parlamentarismus, zum größten Teil Liberale, traten aus Furcht vor einer Wiederholung des 16. Mai für ein ministerielles Auflösungsrecht ein[18]. Sie folgten damit der Entwicklung der Verfassungswirklichkeit seit 1877, die die gouvernementalen Prärogativen des Präsidenten auf das Kabinett übertragen hatte. Gleichzeitig wollten sie je-

doch verhindern, daß die "corps constitués" mit Hilfe des Präsidenten zu viel Einfluß auf die Politik gewannen. Sie widersetzten sich deshalb auch den Bestrebungen nach einer Ausweitung des präsidentiellen Wahlkollegiums bzw. einer direkten Wahl des Präsidenten durch das Volk[19].

Die Auseinandersetzungen über das Auflösungsrecht und über den Wahlmodus zeigen, daß auch im revisionistischen Lager der alte verfassungspolitische Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen erhalten blieb. Während die Konservativen vor allem die Exekutive stärken wollten, stand für die Liberalen weiterhin das Problem der Machtkontrolle im Vordergrund. Sie ersannen deshalb eine Reihe von verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die einen Mißbrauch des Auflösungsrechts verhindern sollten: Begrenzung der finanziellen Befugnisse der amtierenden Regierung, Verbot der Proklamierung des Ausnahmezustandes außer bei äußerer Gefahr, Neuwahl des Parlamentes innerhalb von zwei Monaten[20].

Der parlamentarische Reformismus orientierte sich stark am britischen Parlamentarismus, "le seul qui ait gardé grande allure et grand crédit dans la débâcle mondiale des institutions démocratiques"[21]. Die Revisionisten übersahen jedoch völlig, daß der britische Parlamentarismus der Zwischenkriegszeit bereits nicht mehr durch den Kampf zwischen Exekutive und Legislative, sondern durch ihre gegenseitige Verschränkung charakterisiert wurde[22]. Ohne diese Verschränkung der Gewalten ließ sich auch in Frankreich nicht die gewünschte politische Stabilität mit parlamentarischen Methoden erreichen, denn die angestrebte strikte Gewaltenteilung mußte im Konfliktfalls zwischen Regierung und Parlament bzw. Parlamentsmehrheit noch weit mehr zur 'carence de pouvoir' führen als das mit Recht viel kritisierte 'gouvernement d'assemblée'[23].

b) Der Antirevisionismus

Die Antirevisionisten orientierten sich wie die Revisionisten am (falsch verstandenen) britischen Parlamentarismus. Im Gegensatz zu den Revisionisten machten sie jedoch nicht die Verfassung, sondern den Zerfall der politischen Moral für die politische Krise verantwortlich[24]. Sie lehnten daher eine Verfassungsrevision ab und forderten stattdessen eine politische Sittenreform sowie eine Reform der parlamentarischen und gouvernementalen Arbeitsweise. "Il est tout à fait inutile de ... aller à Versailles", warnte der greise Poincaré". "Nous déraillerions certainement à l'aller, au retour ou pendant le séjour. Nous n'avons qu'à débarasser les Gouvernements des empiètements perpétuels dont ils sont les victimes, à leur laisser la liberté et le moyen de gou-

verner et à leur demander d'user de cette liberté pour agir avec clairvoyance, netteté et fermeté"[25].

Eine Reform der Arbeitsweise von Parlament und Regierung ließen sich nach Auffassung der Antirevisionisten durch eine Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnung bzw. durch einfache Gesetze verwirklichen[26]. Das Ziel einer Geschäftsordnungsreform sahen die Antirevisionisten in der Straffung der parlamentarischen Debatten durch die Ernennung eines 'speakers' nach englischem Vorbild zum Kammerpräsidenten und die Erleichterung der Gesetzgebung durch die Übertragung des Abänderungsrechtes von Regierungsvorlagen vom Plenum auf die Ausschüsse[27]. Die entsprechenden Änderungen der Geschäftsordnung könnten zwischen der Regierung und den Präsidenten der beiden Kammern vereinbart werden[28]. Die Reorganisation des Ausschußwesens und der Regierungsarbeit müßte dagegen durch 'organische Gesetze' erfolgen. Ziel dieser Gesetze müsse einmal die Beschränkung der Ausschußrechte[29], zum anderen die Stärkung der Stellung des Ministerpräsidenten im Kabinett durch die Schaffung einer 'présidence du Conseil' mit permanenten Sekretariaten und durch die Reduzierung der Ministerzahl sein[30].

Revisionisten und Antirevisionisten verfolgten mit unterschiedlichen Methoden das gleiche Ziel: die Stärkung der Exekutive im Interesse der eigenen Machtbehauptung gegenüber einem allmächtigen Parlament, in dem die Radikalsozialisten auf Grund ihrer Schlüsselstellung zwischen der gemäßigten Rechten und der sozialistischen Linken eine entscheidende Rolle spielten. Doumergue versuchte in seinem Reformprojekt beide Aspekte des parlamentarischen Reformismus, Verfassungsrevision und Geschäftsordnungsänderung zu vereinen, scheiterte jedoch am entschlossenen Widerstand der Radikalsozialisten und der lauen Haltung der konservativen Liberalen[31].

Doumergues Nachfolger, Flandin, versuchte die Unterstützung der Radikalsozialisten für eine partielle Verfassungsreform durch eine Änderung der Taktik und des Tones zu gewinnen. Er stellte vorerst die Verfassungsrevision zurück und bemühte sich zunächst um Reformen in der Verwaltung, dem Justizwesen und in der parlamentarischen sowie gouvernementalen Arbeitsweise. Durch eine Betonung seiner demokratischen Gesinnung und seiner Anhänglichkeit an die parlamentarische Ordnung hoffte er, die Bedenken der Radikalsozialisten gegen seine Reformen zerstreuen zu können[32]. Er versprach ihnen, die Republik gegen alle Angriffe zu verteidigen und versicherte: "L'état républicain ne capitulera pas devant les factions"[33]. Trotz all dieser formellen und inhaltlichen Konzessionen gelang es auch ihm nicht, die Widerstände der Radikalso-

zialisten zu überwinden. Sein Nachfolger, Laval, verzichtete deshalb von vornherein auf alle Reformpläne und nahm damit dem parlamentarischen Regime der III. Republik die letzte Chance, sich selbst zu reformieren[34]. Der demokratische Reformismus scheitere weder an der mangelnden Koharenz seiner Vorstellungen noch an der fehlenden Entschlossenheit seiner Vertreter, sondern am Unverständnis und Widerstand der politischen Klasse, vor allem der konservativen Liberalen und Radikal-Sozialisten[35]. Die gleichen Kreise, die 1934/36 eine demokratische Reform des parlamentarischen Systems ablehnten, stimmten jedoch 1940 für Pétain und damit die Abschaffung des Parlamentarismus. Sie sind daher mitverantwortlich für den Zusammenbruch der III. Republik.

B) Der antiparlamentarische Reformismus

Bereits im Sommer 1934 war eine kleine Minderheit der gemäßigten Rechten überzeugt, daß sich das bestehende Regime nicht mehr reformieren ließe, weil seine Träger, die 'politische Klasse'[36] bereits zu sehr korrumpiert seien. "Il se peut qu'il y ait entre les parlementaires de grandes différences intérieures selon que les uns jouissent du système actuel et que les autres en souffrent", urteilte Abel Bonnard, "mais, dans l'action, ils sont tous à peu près pareils". Es sei daher verständlich, daß sich die 'gesunden Kräfte' Frankreichs von diesem verrotteten Regime abwenden, "in dem das Schlechte regelmäßig durch das normale Funktionieren seiner Mechanismen hervorgebracht wird"[37].

Die antiparlamentarische Minderheit setzte sich 1934 sowohl aus Anhängern eines konservativ-autoritären als auch eines nationalistisch-plebiszitären Regimes zusammen. Ihr schloß sich nach dem Scheitern des parlamentarischen Reformismus eine Reihe von Persönlichkeiten an, die 1934 noch an die Möglichkeit einer demokratischen Reform der politischen Ordnung innerhalb des etablierten Systems geglaubt hatten[38]. Die bekanntesten unter ihnen waren Tardieu aus dem liberalen und Pinon, Recouly und de Kerillis aus dem konservativen Lager.

a) Der "reglementierte Parlamentarismus"

Tardieu kannte als langjähriger Minister bzw. Ministerpräsident aus eigener Erfahrung die Schwächen des politischen Systems. Sie bestanden seiner Meinung nach weniger in der Abhängigkeit jeder Regierungsmehrheit von den Radikalsozialisten und der Allmacht des Parlaments, als vielmehr in der Mediatisierung des Volkswillens durch die Parlamentarier, die aus dem parlamentari-

schen Mandat einen 'Handel' gemacht haben. Sie repräsentieren nur eine verschwindende Minderheit des französischen Volkes, denn auf Grund des bestehenden Wahlrechtes ist die Mehrheit der Nation politisch entrechtet. "La ratification, la modification et la proposition des lois, le véto et le référendum lui sont interdits"[39]. Sie besitzt keine Möglichkeit, ihren Willen zur Geltung zu bringen. "La nation ne sait, ni ne veut rien de la plupart des événements de son histoire"[40].

Die Mediatisierung des Volkswillens ließ sich nach Meinung Tardieus nur durch die Einführung des 'konsultativen Referendums' und des Frauenwahlrechts aufheben. Das 'konsultative Referendum' gibt dem Volk die Möglichkeit, "à voter non plus seulement sur des noms, mais aussi sur des idées"[41]. Auf diese Weise kann die Regierung direkt an das Volk appellieren und die Parlamentarier von der Gesetzgebung in bestimmten Fragen ausschalten. Das Parlament repräsentiert zwar weiterhin das souveräne Volk, aber seine Rechte werden drastisch beschnitten. Tardieus Verfassungskonstruktion läßt sich daher als 'reglementierter Parlamentarismus' bezeichnen[42]. Tardieu rechtfertigte seine Forderungen mit radikaldemokratischen Argumenten und berief sich ständig auf die Volkssouveränität. Er knüpfte damit an die Bemühungen Carré de Malbergs an, das Referendum mit der parlamentarischen Demokratie zu vereinbaren[43]. Während Carré de Malberg jedoch im Referendum ein Mittel sah, den Parlamentarismus zu stärken, betrachtete Tardieu es als Kampfinstrument gegen das etablierte System. Sein Ziel war nicht die Erneuerung der parlamentarischen Demokratie, sondern die Ausschaltung der 'korrupten' und 'antinationalen' politischen Führungsschicht der III. Republik. Er machte übrigens aus seinen politischen Absichten keinen Hehl, sondern verkündete offen: "Une féodalité s'est recréeé, je demande qu'on la détruise"[44]. Da die Väter der Verfassung von 1875 der Entwicklung zur Notstandsdiktatur aus Furcht vor dem "pouvoir personnel" rechtliche Schranken gesetzt hatten, die nicht mit den Mitteln des klassischen Parlamentarismus unterlaufen werden konnten, mußte sich Tardieu radikaldemokratischer Argumente bedienen. Die von ihm propagierte Form der Willensbildung war zwar theoretisch nach dem Ideal des demokratischen Dialogs konzipiert, lief aber praktisch auf Monolog und Akklamation, d.h. auf die plebiszitäre Demokratie hinaus. Ohne demokratische Parteien als Träger des Volkswillens und ohne unabhängige Volksvertreter als "intermédiaires" zwischen Volk und Staat war auch ein durch plebiszitäre Elemente reglementierter Parlamentarismus nicht funktionsfähig und mußte früher oder später in die cäsaristische Diktatur umschlagen[45].

Tardieu lehnte zwar theoretisch den Bonapartismus ab, aber seine Feindschaft gegen die politische Führungselite und die plebiszitären Elemente seiner Verfassungsvorstellungen führten ihn wider seinen Willen an die Seite der autoritären Rechten. Dabei stand er wie viele nationale Vertreter der gemäßigten Rechten unter einem gewissen Zwang, der durch die Struktur des etablierten Systems erzeugt wurde. Da er sich mit seinen Ideen nicht innerhalb der 'Union nationale' durchsetzen konnte, mußte er sich notgedrungen gegen das gesamte Regime wenden. "S'il est à la fois démontré que le système, qui régit la France ne peut pas durer sans péril de mort et que les assemblées sont résolues à le maintenir" schrieb er 1936 zur Rechtfertigung seines Entschlusses, nicht mehr für das Parlament zu kandidieren, "ceux qui, comme moi, veulent changer ce système, n'ont pas le choix. Ce n'est pas dans le cadre des Chambres que leur action doit s'exercer: c'est au dehors. Dedans, on est paralysé: dehors, on est libre. C'est dehors que j'entends me placer. C'est dehors que je veux, dans l'indépendance, livrer ma bataille"[46].

Tardieus Reformideen haben einen großen Einfluß auf das verfassungspolitische Denken der gemäßigten Rechten ausgeübt[47]. Seine Grundideen finden sich mit Ausnahme des 'konsultativen Referendums' im parlamentarischen Revisionismus wieder[48]. Dennoch ist Tardieu nicht zum Führer einer machtvollen Reformbewegung geworden[49]. Sowohl die Revisionisten als auch die Antirevisionisten fürchteten seinen direkten Appell an das Volk sowie seine Angriffe auf die 'politische Klasse', die sich ja auch gegen sie richteten[50]. Seit seinem Ausscheiden aus der Regierung im November 1934 verlor er daher zusehens an politischem Einfluß unter der gemäßigten Rechten und spielte persönlich keine bedeutende Rolle mehr in den verfassungspolitischen Auseinandersetzungen.

b) Der "autoritäre Etatismus"

Die autoritären Konservativen strebten eine hierarchische Ordnung an, in der sich nach dem Vorbild der katholischen Kirche Freiheit und Autorität zu einer fruchtbaren Synthese vereinen. "L'autorité qui n'est pas la tyrannie, doit s'entendre avec la liberté, qui n'est pas l'anarchie. L'église est le meilleur maître pour enseigner comment il faut exercer la première et pratiquer la seconde", resümierte Charles Quenet die konservativen Vorstellungen[51]. Er lehnte wie alle autoritären Konservativen das demokratische Prinzip nicht nur in seiner repräsentativen, sondern auch in seiner plebiszitären Form als Grundlage der angestrebten Ordnung ab, weil er nicht nur der politischen Führungselite, sondern ebenfalls der egalitären Masse mißtraute. "Les hommes sont toujours les hommes" klagte Raymond Recouly verzweifelt nach dem Wahlsieg der Volksfront.

"Ils pensent d'abord et avant tout à eux-même"[52]. Sie stellen stets ihre privaten Interessen über die Nation und wählen nur solche Kandidaten, die ihnen Vorteile auf Kosten der Gesamtheit versprechen: "Sous un régime électoral et parlementaire, le peuple trouve des flagorneurs, des charlatans, s'empressant de venir lui raconter que les sacrifices exigés de lui sont inutiles ou en tout cas excessifs"[53]. Nur eine wahrhaft unabhängige Exekutive kann die nationalen Interessen verteidigen und Frankreich von der Anarchie oder der totalitären Diktatur bewahren[54].

Die Ablehnung der repräsentativen und plebiszitären Demokratie zwang die autoritären Konservativen auf Vorstellungen der konstitutionellen Monarchie zurückzugreifen, um ihre Konzeption einer vom Parlament unabhängigen, aber in ihren Befugbissen begrenzten Exekutive verfassungstheoretisch rechtfertigen zu können. In Anlehnung an den Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts plädierten sie für ein Gleichgewichtssystem, in dem ein von exekutiven Aufgaben befreiter und der Tagespolitik entrückter Präsident als "arbitre supérieur" die Harmonie zwischen den verschiedenen politischen, sozialen und ideologischen Gruppen sichert und die nationale Einheit nach innen und außen verkörpert[55]. Er steht über den Parteien und ist der Nation direkt verantwortlich; aber seine Macht wird auf gewissen Gebieten durch ein Parlament begrenzt, das die "organischen Einheiten" der Nation repräsentiert. Die "organischen Einheiten", wie die Familie, die Gemeinde und die zu schaffenden Korporationen verbinden die beruflich und regional organisierte Gesellschaft institutionell mit dem Staat und verzahnen so die politische und gesellschaftliche Ordnung. Der Staat überträgt einen Teil seiner Prärogativen an die organisierte Gesellschaft und beschränkt sich auf den Schutz der korporativen Ordnung nach innen und außen[56].

Die autoritären Konservativen beabsichtigen durch die Verzahnung von Staat und Gesellschaft sowohl die politische als auch die mit ihr verflochtene soziale Führungselite zu entmachten und sie durch eine apolitische Beamtenschaft zu ersetzen, die sich nicht auf soziale Interessen oder politische Gruppen, sondern auf geistige Werte stützt. Der staatliche Entscheidungsprozeß sollte dadurch weitgehend entpolitisiert und zu einem einfachen Verwaltungsakt reduziert werden. Wie die politische Praxis des Vichyregimes zeigen sollte, mußte diese Konzeption zur Herrschaft der "corps constitués", der Verwaltung, der Armee, der Polizei und der korporativ organisierten Wirtschaftsinteressen führen. Die Ausschaltung der politischen Führungsschicht der III. Republik bewirkte nicht eine Begrenzung staatlicher und gesellschaftlicher Macht, sondern ihre Ausweitung[57].

Der antiparlamentarische Reformismus verstand sich als Alternative sowohl zur totalitären Diktatur als auch zur parlamentarischen Anarchie, als "dritte Kraft" zwischen "la dangereuse carte blanche donnée par les régimes de dictatures à leurs dirigeants et la dangereuse tutelle imposée à chaque minute par les Comités aux hommes politiques chez nous..."[58]. Er beanspruchte die wahre Demokratie zu vertreten, aber sein militanter Antiparlamentarismus beweist das Gegenteil. In Frankreich sind aus historischen Gründen Parlamentarismus und Demokratie identisch, da das Rousseausche Ideal der direkten Demokratie stets zur Rechtfertigung der Diktatur diente. Die politischen Zwischeninstanzen (pouvoirs intermédiaires) - Parlament, Parteien, Wahlkomitees - gehören in Frankreich seit 1789 notwendig zur Demokratie. Ihre Ausschaltung kommt daher einer Beseitigung der Demokratie gleich[59].

Die antiparlamentarischen Reformer bildeten in den Jahren 1934/36 eine kleine Minderheit, die erst nach dem Wahlsieg der Volksfront größeren Einfluß auf die gemäßigte Rechte gewann. Als Tardieu seine Ideen im November 1934 seinen Mitarbeitern vortrug, stieß er auf kühle Zurückhaltung[60]. Lediglich die liberalen Antikommunisten um den Matin griffen seine Vorstellungen in modifizierter Form auf[61]. Auch die autoritären Konservativen fanden in den Jahren 1934/36 kein großes Echo in der gemäßigten Rechten. Aber nach der Rheinlandbesetzung und dem Volksfrontsieg wurden ihre Vorstellungen bald zum Allgemeingut der konservativen und nationalen Rechten[62]. Henri de Kerillis, der noch im Sommer 1936 für eine strikte Einhaltung der rechtsstaatlich-demokratischen Legalität eingetreten war, forderte im Frühjahr 1939 unverhüllt die Militärdiktatur: "Si le gouvernement a un éclair de sagesse, qu'il laisse faire les militaires. Eux seuls, en France, savent encore organiser et commander"[63]. Der "appel au soldat" trat angesichts der äußeren Bedrohung und des inneren Zerfalls erneut an die Stelle des Apells an den Wähler.

Die Verfassungsvorstellungen der antiparlamentarischen Konservativen bildeten die verfassungstheoretische Grundlage der 'Révolution nationale' und des Vichy-Regimes während seiner ersten Phase (1940)[64]. Es wäre jedoch falsch, aus der Kollaboration des Vichy-Regimes mit dem Nationalsozialismus auf den faschistischen Charakter der konservativen Verfassungsvorstellungen dieser Epoche zu schließen. Sie ähnelten weit mehr den Ideen des 'Ordre moral' der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts und des Gaullismus der Nachkriegszeit als denen des Faschismus der dreißiger und vierziger Jahre"[65]. Daher erscheint es auch von 1940 aus gesehen berechtigt, den antiparlamentarischen Konservativismus der Jahre 1934/36 noch zur gemäßigten Rechten zu zählen.

II. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen

A) Die theoretischen Grundlagen der Wirtschaftskonzeption

Die gemäßigte Rechte bekannte sich trotz ihrer internen gesellschaftlichen Gegensätze geschlossen zur liberalen Marktwirtschaft. Alle ihre Wirtschaftskonzeptionen beruhten vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise auf der liberalen Gleichgewichtstheorie, die besagt, daß die natürlichen Mechanismen des Marktes automatisch ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Investition und Konsum schaffen, wenn ihr Funktionieren nicht durch die Intervention des Staates oder durch die ausländische Konkurrenz gestört wird und die Währung stabil bleibt. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der gemäßigten Rechten beschränkte sich daher theoretisch auf den Schutz der Marktmechanismen und der Währungsstabilität[66]. In der politischen Praxis unterstützte sie jedoch seit 1919 eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Prinzipien des orthodoxen Liberalismus widersprachen, um das durch den I. Weltkrieg gestörte wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht zu erneuern.[67]

a) Der orthodoxe Liberalismus

Die Mehrheit der gemäßigten Rechten hielt auch nach dem Übergreifen der Weltwirtschaftskrise auf Frankreich an der liberalen Gleichgewichtstheorie fest. Sie war überzeugt, daß sich die Krise von allein totlaufen würde, sobald erst einmal das gestörte Gleichgewicht wieder hergestellt sei. Die überhöten Preise würden durch die Baisse fallen, einige Spekulanten und Abenteurer vom Schlage eines Staviskys sich ruinieren, unrentable Unternehmen Bankrott machen und die Arbeiter ihre Lohnforderungen auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Gesellschaftliche Strukturreformen, wie sie von der marxistischen Linken gefordert wurden, seien nicht nur überflüssig, sondern auch gefährlich, denn sie würden die Privatinitiative töten und damit die Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft zerstören[68].

Die Anhänger der liberalen Gleichgewichtstheorie forderten den Abbau aller "künstlichen Maßnahmen", die seit 1919 ergriffen worden waren und die Rückkehr zu den "ewigen Gesetzen des Marktes". Jegliche Form des staatlichen Dirigismus, sei es nun in der Form von Preisbindungen, Produktionsbestimmungen, Handelsverordnungen oder Arbeitszeit- und Lohnfestsetzungen störte nach ihrer Auffassung den natürlichen Mechanismus des Marktes. Die Erfahrung habe tausendfach bewiesen, dozierte das Bulletin Quotidien, "que ce n'est que par l'initiative et l'émulation individuelle que la prospérité se développe vraiment".

Staatlicher Dirigismus führt dagegen immer zur "fonctionarisation" und schließlich zur "socialisation" der Wirtschaft. Der Staat muß sich auch in Krisenzeiten auf die Gestaltung des allgemeinen Rahmens der Wirtschaft beschränken und innerhalb der Wirtschaft die natürlichen Gesetze der Konkurrenz und der Auswahl wirken lassen, um die Erneuerung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes zu ermöglichen[69]. "C'est aux intéressés qu'il appartient d'opérer un redressement indispensable" betonte Germain-Martin, Finanzminister in den Kabinetten Doumergue und Flandin, "les Gouvernements intervenant pour suivre les efforts des organisateurs de la production et empêcher la constitution de monopoles dommageables à l'intérêt de la nation..."[70].

Die Wirtschaftskonzeption der orthodoxen Liberalen gründete auf dem altliberalen Ideal der Selbstorganisation und Selbstverwaltung der Gesellschaft. Sie wandte sich gegen jegliche Form des staatlichen Dirigismus, da sie im Staat und seinen Machtansprüchen die wesentliche Ursache für alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten sah. Sie billigte deshalb auch während der Weltwirtschaftskrise dem Staat keine aktive Rolle zu, sondern beschränkte seine Befugnisse auf den Schutz der Gesellschaft vor systemwidrigen Einflüssen.

b) Der liberale Korporatismus

Führende liberale Politiker wie Flandin und Reynaud teilten nicht den Optimismus der "Laissez-faire" - Liberalen über die Selbstregulierung der Wirtschaft. Da das wirtschaftliche Gleichgewicht durch zahlreiche innere und äußere Faktoren gestört war, durfte sich der Staat nach ihrer Meinung nicht auf die Gestaltung des allgemeinen Rahmens der Volkswirtschaft beschränken, sondern mußte durch direkte Interventionen die Ursachen der Krise-Überproduktion und Unrentabilität - beseitigen. Sie forderten eine Sanierung des Agrarmarktes durch eine Aufhebung der Preisbindung und eine strikte Anbaubeschränkung für Wein und Brotgetreide, sowie eine Rationalisierung der Industrieproduktion durch die Liquidierung unrentabler Betriebe[71].

Flandin wollte die industrielle Rationalisierung durch eine Krisengesetzgebung erzwingen, die für die Dauer der Krise "rendra obligatoire ... les ententes de producteurs tendant à régulariser la production"[72]. Er begründete seinen Plan mit dem Argument, daß die französische Wirtschaft an einem Übermaß an unrentablen Betrieben leide, die den Wettbewerb verzerren und die rentablen Betriebe auf die Dauer ruinieren. "A ces multiples entreprises, je désire ouvrir une voie légale qui leur permette, dans le cadre corporatif, d'adapter la production aux besoins de la consommation, et d'écarter aussi la fabrication à perte, étant

entendu que pareils accords ne pourront intervenir qu'en période difficile"[73].

Flandin bezeichnete als Ziel seiner Wirtschaftskonzeption die Schaffung einer "disziplinierten Wirtschaft", die Frankreich vor der Anarchie und der Revolution bewahren sollte. Um sie vom konservativen Korporatismus abzugrenzen, betonte er ihren liberalen Charakter. Sie bedeutete keine Abkehr von den Prinzipien des klassischen Liberalismus, sondern lediglich ihre Anpassung an die komplexen Verhältnisse des modernen Wirtschaftslebens.

Die Anhänger Flandins verteidigten seine Konzeption als einen Versuch, die Vorteile des Liberalismus mit denen des Korporatismus zu verbinden: Sie wolle nicht die Privatinitiative durch den staatlichen Dirigismus ersetzen, sondern beide in einer fruchtbaren Synthese vereinen. Flandin bediene sich zwar dirigistischer Methoden, "mais il lui a paru qu'il n'était pas possilbe de rompre avec la tradition libérale du syndicalisme français et, suivant l'exemple du fascisme italien, d'intégrer les syndicats dans un corporatisme étatiste, peu conciliable avec notre Constitution"[74].

Die Konzeption der "disziplinierten Wirtschaft" stellte eine liberale Variante des Korporatismus dar, da sie auf berufsständischen Prinzipien beruhte. Sie sollte die wirtschaftliche Freiheit der einzelnen Unternehmer einschränken, um die bestehende Wirtschafts- und Sozialstruktur zu erhalten. Darin zeigt sich ihr konservativer Charakter. Aber im Unterschied zum konservativen Korporatismus hielt sie an der strikten Trennung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. von Kapital und Arbeit fest. Die Arbeitnehmerschaft als ganzes behielt weiterhin die Kontrolle über die Wirtschaft und damit über die Gesellschaft, denn die berufsständische Organisation erfolgte durch die Arbeitnehmer selbst. Der Staat sollte wie im orthodoxen Liberalismus lediglich als Erfüllungsgehilfe der Wirtschaft fungieren.

Die Konzeption einer "disziplinierten Wirtschaft" wurde von den orthodoxen Liberalen mit den folgenden Argumenten heftig angegriffen: Sie ist "libéral en paroles, interventioniste en fait". Die obligatorischen Berufsgenossenschaften vernichten das freie Unternehmertum, denn sie unterbinden die freie Konkurrenz, Lebenselement einer freien Wirtschaft. "La concurrence n'a pas à être suspendue, chaque fois que son jeu est interrompu", entrüstet sich Payen, "les conséquences les plus fâcheuses découlent de la situation créée et ces conséquences ne disparaissent pas facilement. L'assainissement de l'activité industrielle sortira plus sûrement de la concurrence non entravée, que de l'initiative privée disciplinée, c'est-à-dire soumise à une majorité soutenue en somme par l'Etat, dont le rôle d'arbitre pourra jouer souvent à contre-temps"[75]. Kei-

ne gesetzliche Bestimmung kann verhindern, daß sich die staatliche Intervention nicht gegen die tüchtigsten und einfallsreichsten Unternehmer wendet. Die Berufsgenossenschaften haben dagegen die Möglichkeit, die Preise in die Höhe zu treiben und so jeden wirtschaftlichen Fortschritt zu blockieren. Eine Einschränkung der Produktion führt außerdem zu einer Minderung der Qualität und zu einer Verteuerung von Spitzenerzeugnissen, wenn sie mit Hilfe staatlicher Zwangsmaßnahmen durchgesetzt wird"[76].

c) Der konservative Korporatismus

Eine Minderheit der gemäßigten Rechten, bestehend aus autoritären Konservativen und konservativen Katholiken, sah in der liberalen Struktur der französischen Wirtschaft die eigentliche Ursache der Krise. Das rücksichtslose Profitstreben der Unternehmer führte nach ihrer Meinung zur Überproduktion und zur sozialen Ungerechtigkeit. Die Krise ließe sich deshalb nur überwinden, wenn ihre wahren Ursachen - maximales Profitstreben und soziale Verantwortungslosigkeit - durch eine wirtschaftliche Strukturreform beseitigt würden[77].

Auf Grund dieser Überzeugung propagierten die autoritären Konservativen und die konservativen Katholiken eine berufsständische Ordnung, in der die Produktion und die sozialen Beziehungen durch Korporationen geregelt werden sollten. Den Korporationen gehören im Gegensatz zu den liberalen "ententes industrielles" nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter an. Die Beziehungen zwischen beiden Gruppen werden durch regionale oder nationale Kollektivverträge geregelt, über deren Einhaltung die staatlichen Gerichte wachen. Arbeitskonflikte werden nicht durch Streiks und Aussperrung, sondern durch staatliche Schlichtungsausschüsse beigelegt, die einen Teil des allgemeinen Rechtswesens bilden. Die liberale Trennung zwischen Staat und Gesellschaft wird hier bewußt zugunsten einer engen Verflechtung von Staat und Gesellschaft aufgegeben[78]. Dadurch soll nicht nur die wirtschaftliche Freiheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingeschränkt, sondern auch beide Gruppen politisch entmachtet werden.

Der konservative Korporatismus strebte trotz seines theoretischen Antikapitalismus keine grundlegende Änderung des bestehenden Wirtschaftssystems an, sondern lediglich eine Modifizierung der Wirtschaftsorganisation. Indem er den Privatbesitz an den Produktionsmitteln bestehen ließ und den Arbeitnehmern keinen echten Einfluß auf die Wirtschafts- und Betriebsführung einräumte, änderte er nicht die kapitalistische Gesellschaftsstruktur, sondern festigte sie durch ihre enge Verflechtung mit der staatlichen Ordnung. Die geplante Regle-

mentierung der Produktion und der sozialen Beziehungen durch die Korporationen hätte jedoch eine Aufgabe der liberalen Marktwirtschaft bedeutet, denn an die Stelle der Marktmechanismen wären die Bestimmungen der Korporationskammern getreten. Der konservative Korporatismus war daher nicht antikapitalistisch, wie er vorgab, sondern antiliberal, wie sich auch deutlich aus seiner Staatskonzeption erkennen läßt. Er stellte die logische Fortentwicklung des konservativen Gedankengutes auf wirtschaftlichem Gebiet dar.

B) Die Finanzpolitik

a) Die Deflation

Trotz ihrer wirtschaftstheoretischen Gegensätze waren sämtliche Gruppen der gemäßigten Rechten der Auffassung, daß die Währungsstabilität die Grundlage der wirtschaftlichen Expansion und des sozialen Fortschrittes bildet und daß deshalb die Stabilität unbedingten Vorrang vor der Expansion haben muß. Sie unterstützten die Deflationspolitik Germain-Martins und Lavals in der Überzeugung, "que sans de bonnes finances, sans une monnaie solide et stable, aucun progrès, aucun bonheur ne peuvent se concevoir qu'il s'agisse de la collectivité ou des individus"[79]. Die Verfechter der Deflation hofften durch eine drastische Reduzierung der Staatsausgaben das Staatsbudget auszugleichen und dadurch das Vertrauen der Bevölkerung in die Währung erneuern zu können, das nach ihrer Ansicht die Voraussetzung für die private und industrielle Kapitalbildung bildete. Fehlt dieses Vertrauen, so argumentierten sie, dann spart die Bevölkerung nicht mehr und entzieht der Wirtschaft das nötige Investitionskapital. Die Kapitalnot zwingt die Wirtschaft zur Aufnahme ausländischer Kredite bzw. den Staat zur künstlichen Erhöhung des Geldumlaufes, d.h. zur Inflation, falls nicht genügend Geld auf dem internationalen Kapitalmarkt zu bekommen ist. Die Folge ist in beiden Fällen eine Zerrüttung der Währung und eine Verstärkung der Vertrauenskrise zwischen Staat, Sparer und Wirtschaft. Aus Furcht vor einer weiteren Geldabwertung flieht das einheimische Kapital ins Ausland und erhöht dadurch den Kapitalmangel[80]. Im Interesse der Erhaltung der Zahlungsfähigkeit sieht sich der Staat zur totalen Kontrolle des Geldumlaufes gezwungen, wodurch das Mißtrauen und die allgemeine Unsicherheit verstärkt wird. Wie die Praxis indessen tausendfach beweist, vermag der Staat trotz schärfster Zwangs- und Kontrollmaßnahmen den Kapitalabfluß nicht wirksam zu stoppen, denn die Kapitalien schlüpfen durch die feinsten Netze: "Tôt ou tard, la cage est vide"[81]. Nur durch eine konsequente "politique de compression budgétaire" läßt sich der unheilvolle Inflationskreislauf unterbrechen.

Wenn der Staat seine Ausgaben verringert, dann senkt sich auch nach einer gewissen Zeit das hohe Inlandspreisniveau und paßt sich dem Preisniveau des Weltmarktes an. Der Kapitalabfluß aus Frankreich versiegt und die französischen Ausfuhren steigen. Beides führt zu einer Belebung der Investitionstätigkeit und des Inlandgeschäftes, von dem alle Bevölkerungskreise profitieren.[82)]

b) Die Abwertung

Paul Reynaud lehnte als einzige führende Persönlichkeit der gemäßigten Rechten die Deflation ab und forderte stattdessen die Abwertung des Franc, um das französische Preisniveau dem des Weltmarktes anzugleichen. Er erhoffte sich davon eine Erhöhung des französischen Exportes und dadurch eine Belebung der Inlandsproduktion. Die Abwertung des britischen Pfundes habe gezeigt, so argumentierte er, daß die Lebenshaltungs- und Entstehungskosten nicht proportional zum Devaluationssatz stiegen, so daß die Inlandspreise unter denen des Weltmarktes blieben. Die Abwertung würde deshalb über lange Zeit den französischen Export begünstigen und dadurch die französische Wirtschaft ankurbeln. Den Nutzen hätte nicht nur die Wirtschaft, sondern die gesamte Bevölkerung, denn ihre Kaufkraft würde sich durch vermehrte Löhne und niedrige Preise sowohl relativ als auch absolut erhöhen. Die Abwertung stellt somit nicht nur eine wirtschaftlich vernünftige, sondern auch sozial gerechte Maßnahme dar[83)].

Die Verfechter der Deflation warfen Reynaud vor, daß er die volkswirtschaftlichen Realitäten völlig ignoriere. Professor Robert Bordaz aus Bordeaux meinte, der französische Export würde nur nach einer Abwertung steigen, wenn der augenblickliche Exportrückgang eine Folge der überhöhten französischen Preise sei. In Wirklichkeit sei der Absatz der französischen Waren im Ausland infolge ihres Quasi-Monopols auf dem Weltmarkt fast völlig unabhängig von ihren Preisen. Die fehlende Konkurrenz für viele französische Produkte erlaube ein hohes Preisniveau. Eine Senkung der französischen Preise durch eine Abwertung des Franc würde nur die Importländer veranlassen, sich gegen eine Invasion französischer Waren durch höhere Zölle zu schützen oder aber selbst ihre Währung abzuwerten. Eine Abwertung des Franc sei deshalb nicht nur nutzlos, sondern auch schädlich[84)].

C) Wirtschaftspolitik

Die gemäßigte Rechte setzte sich in den Jahren 1934/36 besonders eingehend mit dem sozialistischen Wirtschaftsprogramm auseinander. In Anlehnung an die

Theorien Keynes betrachteten die Sozialisten nicht die Goldwertstabilität, sondern die Gesamtnachfrage als das wirtschaftliche Hauptproblem. Sie wollten durch höhere Löhne, Arbeitslosenunterstützung sowie staatliche Sozialleistungen die Kaufkraft der Verbraucher stärken und die Arbeitslosigkeit durch eine Verkürzung der Arbeitszeit verringern. Von beiden Maßnahmen erhofften sie sich eine Verstärkung der Nachfrage und damit eine Belebung des wirtschaftlichen Kreislaufes.

Die Anhänger der Gleichgewichtstheorie kritisierten das sozialistische Wirtschaftsprogramm mit dem Argument, daß es die Starrheit der Wirtschaft erhöhen und dadurch das Einspielen der Marktmechanismen behindern würde. Jacques Rueff machte sogar die Arbeitslosenunterstützung und die ungenügende Herabsetzung der Löhne für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich. Da der Lohnindex höher geblieben sei als der Index der Großhandelspreise, argumentierte er, sei die Produktion abgesunken. Die Unternehmer könnten nur noch zu Kosten produzieren, die über dem Verkaufspreis lägen, weshalb sich Investitionen für sie nicht mehr lohnten. Die Arbeitslosenunterstützung unterdrücke den auf den Arbeiter durch die Arbeitslosigkeit ausgeübten Zwang, auch gegen geringe Entlohnung zu arbeiten. Die Folge sei die Starrheit der Löhne und damit eine Verteuerung der Gestehungskosten. Nur durch eine Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung lasse sich der normale Lohn-Preismechanismus und damit das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herstellen, denn die Arbeiter wären gezwungen, bei gleichem Lohn mehr zu produzieren bzw. für weniger Lohn die gleiche Arbeit zu leisten[85)].

Arbeit schafft nach alter liberaler Ansicht Kaufkraft, Kaufkraft - Kapital und Kapital wieder Arbeit. Wenn der Staat diesen natürlichen Kreislauf durch Steuererhöhungen unterbricht, argumentierten die Liberalen, um seine Sozial- und Wirtschaftspolitik finanzieren zu können, dann überträgt er lediglich die Kaufkraft der Bevölkerung aus dem privaten in den staatlichen Sektor, ohne irgend etwas in der Gesamtwirtschaft zu ändern. Volkswirtschaftlich gesünder ist es, wenn der kleine Mann seine Ersparnisse direkt zur Bank trägt, wo sie sein Eigentum bleiben und gleichzeitig der Wirtschaft direkt in Form von Krediten zugute kommen. Sparen, d.h. Konsumverzicht, bildete somit nach Ansicht der Anhänger der Gleichgewichtstheorie den Schlüssel zur erfolgreichen Krisenbewältigung[86)].

Die wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeptionen der gemäßigten Rechten spiegelten deren konservativen und besitzbürgerlichen Charakter wider. Die finanziellen Opfer, die für die Gesundung der Wirtschaft gefordert wurden,

mußten vor allem von den unteren Schichten des Mittelstandes, namentlich den zahlreichen Staatsangestellten und von der Arbeiterschaft gebracht werden. Die besitzenden Schichten erlitten dagegen infolge der angestrebten Geldwertstabilität nur geringe Einbußen. Zumindest für die Liberalen, aber auch für einen Teil der Konservativen bildete die wirtschaftliche Stabilität die Voraussetzung auch für die Stabilität im außerökonomischen Bereich. Sie sahen deshalb im Sozialprogramm der sozialistischen Linken und in der sozial-revolutionären Demagogie der faschistischen Rechten eine tödliche Bedrohung nicht nur ihrer eigenen Position, sondern auch der nationalen Existenz. Es handelte sich hierbei sowohl um eine Rationalisierung sozialer Interessen als auch um eine Grundüberzeugung.

Die wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeptionen haben den Meinungs- und Willensbildungsprozeß der gemäßigten Rechten stark beeinflußt. Lediglich die autoritär-konservative und nationalistische Minderheit ordnete wirtschaftliche und finanzielle Probleme politischen Zielsetzungen unter. Der Korporatismus erfüllte bei ihr nicht vorwiegend eine wirtschaftliche sondern eine politische Funktion, d. h. er sollte das Instrument für die Verwirklichung ihrer autoritären Staatskonzeption bilden.

Schlußbetrachtung der Strukturanalyse

Die gemäßigte Rechte bildete im Frühjahr 1934 eine ideologisch heterogene, politisch jedoch relativ homogene Gruppe, die in allen wesentlichen Fragen der französischen Innen-, Gesellschafts- und Außenpolitik übereinstimmte. Ihre relative politische Geschlossenheit beruhte auf dem gemeinsamen Interesse an der Erhaltung des bestehenden Herrschafts- und Gesellschaftssystems und dem sich daraus ergebenden Zwang, dieses gemeinsam gegen seine inneren und äußeren Feinde zu verteidigen.

Die einzig gravierende Meinungsverschiedenheit zwischen den einzelnen Richtungen der gemäßigten Rechten bestand in der Frage, mit welchen Methoden die bestehende Ordnung verteidigt werden sollte. Während die Anhänger des traditionellen Parlamentarismus weiterhin dem Systemmechanismus vertrauten, forderten die Anhänger eines reformierten Parlamentarismus eine partielle Verfassungsrevision. Dieser verfassungspolitische Gegensatz hat die Zusammenarbeit der gemäßigten Rechten ab 1934 wesentlich erschwert.

Die konservativen Liberalen und einige liberale Nationalisten wie Georges Mandel traten für eine Koalition mit den Radikalsozialisten und der linken Mitte ein, um mit den Mitteln der klassischen Parlamentspolitik die politische und soziale

Krise zu lösen. Die nationalen Konservativen, die konservativen Katholiken, die nationalen Liberalen und die konservativen Nationalisten strebten eine Sammlung aller 'nationalen', d. h. antimarxistischen und anti(radikal)-demokratischen Kräfte an, um mit autoritären Methoden die politischen und sozialen Schwierigkeiten zu überwinden.

Der verfassungs- und koalitionspolitische Gegensatz beruhte auf fundamentalen Unterschieden im ideologischen und gesellschaftlichen Bereich. Die konservativen Liberalen wollten das bestehende Herrschafts- und Gesellschaftssystem integral bewahren, weil es ihre sozialen Werte in nahezu idealer Weise verkörperte. Als Anhänger der liberalen Gleichgewichtstheorie glaubten sie, daß die Wirtschaftskrise von selbst verschwinden würde, wenn der Staat ein reibungsloses Funktionieren der Marktmechanismen garantierte. Sie lehnten deshalb sowohl Steuererhöhungen als auch eine Staatskonjunktur durch forcierte Aufrüstung ab und waren zu politischen Konzessionen an die nicht-sozialistische Linke (Verzicht auf eine Verfassungsrevision und Verbot der Ligen) bereit.

Die nationalen Konservativen und die konservativen Katholiken machten die liberalen Strukturen des Herrschafts- und Gesellschaftssystems für die politische und sozio-ökonomische Krise verantwortlich. Sie wollten deshalb nicht wie die Liberalen das bestehende System bewahren, sondern die traditionelle Ordnung, d. h. die organische Gesellschaft und den autoritären Staat restaurieren. Bis zum Wahlsieg der Volksfront glaubten sie, dieses Ziel mit demokratischen Methoden erreichen zu können. Sie versuchten daher, durch eine betont nationale und soziale Politik ihren Einfluß auf die Wählerschaft zu verstärken. Erst als der erhoffte Erfolg ausblieb und Léon Blum die erste sozialistische Koalitionsregierung bildete, wandten sie sich dem Autoritarismus zu.

Der Gegensatz zwischen der liberalen und der konservativen Rechten ähnelte in vielerlei Hinsicht dem historischen Gegensatz zwischen Liberalismus und Konservativismus des 19. Jahrhunderts. Infolge des starken Einflusses nationaler und antikommunistischer Ideen auf das Denken der gemäßigten Rechten war er jedoch nicht mit ihm identisch. In beiden Gruppen gab es Persönlichkeiten, die die Nation als obersten Wert betrachteten und ihr alle anderen Werte und Interessen unterordneten. Im liberalen Lager sagte sich Tardieu von der parlamentarischen Demokratie los und propagierte einen "reglementierten Parlamentarismus", um die Nation vor dem inneren Zerfall zu retten. Gleichzeitig vertrat er einen wirtschaftlich-technischen Modernismus, der das Gleichgewicht der "blockierten Gesellschaft" zerstören mußte. Im konservativen Lager trennte sich Henri de Kerillis von seinen politischen Freunden, weil ihm das

nationale Gesamtinteresse wichtiger erschien als das konservativ-katholische Gruppeninteresse. Er predigte einen militanten Nationalismus, der sich nicht nur gegen die Volksfront und Deutschland, sondern gleichfalls gegen die etablierte Ordnung richtete.

Aber weder Tardieu noch Kerillis änderten ihr liberales bzw. konservatives Menschenbild. Die sich daraus ergebenden Spannungen erklären die Widersprüchlichkeit ihrer Haltung. Sie wollten die nationale Unabhängigkeit gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland behaupten, lehnten jedoch gleichzeitig die politische Aktionsgemeinschaft mit ihren innenpolitischen Gegnern ab, obwohl diese das gleiche außenpolitische Ziel verfolgten. Ähnliche Widersprüche lassen sich bei fast allen Repräsentanten der gemäßigten Rechten beobachten. Trotz gemeinsamer sozialer Interessen und sozialer Wertvorstellungen verfolgten sie oft entgegengesetzte politische Ziele. Die Folge war jene geistige und politische Unsicherheit, die das Verhalten der gemäßigten Rechten in den beiden entscheidenden Jahren der Zwischenkriegszeit kennzeichnete. "L'incertitude marque notre époque" schrieb Charles de Gaulle, und Philippe Pétain beklagte sich über die Mutlosigkeit der französischen Jugend. Beide sind zu Führern und Symbolen diametral entgegengesetzter Bewegungen geworden, obwohl sie beide dem gleichen sozialen Milieu und der gleichen geistigen Tradition entstammten. Sie verdeutlichen daher besser als alle theoretischen Erörterungen den Zerfall der ideologischen und politischen Einheit der gemässigten Rechten.

FÜNFTES KAPITEL

Die außenpolitischen Ziele und Methoden der gemäßigten Rechten

Das Jahr 1934 bildete nicht nur für die französische Innen-, sondern auch für die französische Außenpolitik einen entscheidenden Wendepunkt[1]. Die beiden Säulen der Nachkriegsordnung, das französische System und die französische Präponderanz, erhielten gefährliche Risse, die zwei Jahre später das gesamte Gebäude zum Einsturz brachten. Im Januar schlossen Deutschland und Polen einen Nichtangriffspakt, der das französisch-polnische Bündnis neutralisierte, und im April trafen sich Hitler und Mussolini in Venedig, um die Möglichkeit einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit zu prüfen. Gleichzeitig scheiterten die Bemühungen der Westmächte, die deutsche Aufrüstung durch ein Rüstungsabkommen unter Kontrolle zu halten. Während die französische Armee durch den Eintritt der geburtenschwachen Jahrgänge qualitativ und quantitativ geschwächt wurde, forcierte das nationalsozialistische Regime den Aufbau seiner Wehrmacht. Dadurch verringerte sich Frankreichs militärische Überlegenheit über Deutschland, auf der seine eigene Sicherheit und die seiner Verbündeten beruhte[2].

Die gemäßigte Rechte reagierte auf die nationalsozialistische Herausforderung entsprechend den außenpolitischen Konzeptionen, die sie seit 1919 entwickelt hatte. Sie wollte durch eine integrale Verteidigung der europäischen Ordnung den Frieden erhalten, weil sie überzeugt war, daß ein neuer Krieg nicht nur das Ende der französischen Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern auch der abendländischen, d. h. in ihrem Selbstverständnis französischen Zivilisation bedeuten würde. Die Verteidigung des europäischen Friedens erschien daher der gemäßigten Rechten mit der Verteidigung der innerfranzösischen Ordnung und ihrer geistig-kulturellen Werte identisch[3].

Zwischen den beiden Zielen der französischen Außenpolitik, Verteidigung der europäischen Ordnung und Wahrung des Friedens, bestand jedoch ein logischer Widerspruch, denn die etablierte Ordnung ließ sich im Falle einer gewaltsamen Revision nur mit militärischen Mitteln verteidigen. Es kam daher innerhalb der gemäßigten Rechten zu heftigen Auseinandersetzungen über die Priorität der Ziele und über die geeignetsten Methoden zu ihrer Verwirklichung.

A) Die Repressionspolitik: Das französische System

Die nationale Rechte vertrat seit 1919 die These, daß nur eine integrale Aufrechterhaltung der europäischen Ordnung die französische Sicherheit garan-

tieren könne, weil jede wesentliche Modifizierung der Nachkriegsordnung die Grundlage der französischen Sicherheit, die militärische Überlegenheit über Deutschland, untergraben würde. Sie versuchte daher, die besiegten Nationen, besonders Deutschland, mit den Mitteln der klassischen Machtpolitik - Androhung und Anwendung von Gewalt - zur Einhaltung der Friedensverträge zu zwingen. Da die französische Machtbasis zur Durchsetzung dieser Politik zu schmal war und die Verbündeten des I. Weltkrieges, namentlich Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die französische Sicherheitskonzeption nicht unterstützten, schuf sie in den Jahren 1920-24 ein spezifisch französisches Bündnissystem, dem außer Belgien im Westen noch Polen und die Tschechoslowakei im Osten sowie indirekt Rumänien, Jugoslawien und die Balkanentente angehörten. Das französische Bündnissystem richtete sich jedoch ursprünglich nicht nur gegen den Revisionismus der besiegten Nationen, sondern gleichfalls gegen die sozialrevolutionären Bestrebungen der Sowjetunion[4)].

Die doppelte Stoßrichtung des französischen Systems ergab sich aus der geopolitischen Lage und der gesellschaftlichen Struktur seiner ostmitteleuropäischen Mitglieder. Eingekeilt zwischen Deutschland im Westen und der Sowjetunion im Osten mußten sie ständig mit der Möglichkeit einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit rechnen. Während der deutsche Revisionismus vor der nationalsozialistischen Machtergreifung lediglich ihre territoriale Integrität bedrohte, stellten die sozialrevolutionären Bestrebungen der Sowjetunion auch ihre gesellschaftliche Ordnung in Frage. Mit Ausnahme der russophilen Tschechoslowaken erschien daher den ostmitteleuropäischen Führungseliten in den zwanziger Jahren eine Anlehnung an die Sowjetunion unmöglich[5)]. Andererseits waren sie jedoch einschließlich der Tschechoslowaken nicht bereit, den Ausgleich mit den besiegten Mächten, namentlich Deutschland, durch eine großzügige Minderheitenpolitik zu suchen[6)]. Bis zur Schwenkung der sowjetischen Außenpolitik nach der nationalsozialistischen Machtergreifung blieb daher die doppelte Bedrohung aus dem Osten und Westen bestehen.

Auf Grund der Doppelfunktion des französischen Systems als Instrument Frankreichs gegen den deutschen Revisionismus und als 'cordon sanitaire' Europas gegen den Bolschewismus wurden der antideutsche Nationalismus, das konservative Status-Quo-Denken und der Antikommunismus zur ideologischen Grundlage der außenpolitischen Konzeptionen der nationalen Rechten[7)]. Der Aufbau des französischen Systems entsprach indessen nur teilweise der ihm von der nationalen Rechten zugedachten Doppelfunktion. Mit Ausnahme des französisch-polnischen Vertrages von 1921 richteten sich alle Verträge nur gegen Deutschland bzw. Österreich und Ungarn. Im Falle eines sowjetischen Angriffes auf

Polen oder Rumänien konnten diese nicht auf die militärische Hilfe der Tschechoslowakei oder Jugoslawiens rechnen. Andererseits waren Polen und Rumänien im Falle eines deutsch-tschechoslowakischen Konfliktes erst dann zum Eingreifen verpflichtet, wenn auch Frankreich in ihn verwickelt wurde[8].

Das französische System war unter diesen Umständen nur im Rahmen des Völkerbundes funktionsfähig, denn erst das Prinzip der kollektiven Sicherheit verband die einzelnen Pakte zu einer Einheit. Die nationale Rechte lehnte zwar das kollektive Organisationsprinzip des Völkerbundes ab, erkannte aber dessen instrumentalen Wert für die französische Sicherheit an und ordnete deshalb die verschiedenen bilateralen Bündnisse der Völkerbundssatzung unter. Dadurch wurde das französische Bündnissystem formal zu einem Teil der kollektiven Sicherheit, blieb jedoch infolge der hegemonialen Stellung Frankreichs auf dem Kontinent ein Instrument der französischen Außenpolitik[9].

Die französische Hegemonialstellung beruhte auf der militärischen und teilweise wirtschaftlich-finanziellen Abhängigkeit der ostmitteleuropäischen Länder von Frankreich. Die militärische Abhängigkeit resultierte aus der potentiellen Überlegenheit Deutschlands und der Sowjetunion über die ostmitteleuropäischen Staaten, die auch nach dem Aufbau eigener Nationalarmeen nicht in der Lage waren, sich gegen einen kombinierten deutsch-sowjetischen Angriff ohne französische Hilfe zu behaupten. Für die Unterhaltung ihrer Streitkräfte waren sie auf französische Waffenlieferungen angewiesen, weil sie mit Ausnahme der Tschechoslowakei über keine eigene Rüstungsindustrie verfügten und nicht genügend Devisen besaßen, um sich ihren Heeresbedarf in Drittländern zu beschaffen. Die wirtschaftlich-finanzielle Abhängigkeit ergab sich aus der Tatsache, daß Paris in den zwanziger Jahren den einzigen Ort bildete, an dem sie ihren Kapitalbedarf decken konnten. Frankreich benutzte seine finanzielle Schlüsselposition, um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Ostmitteleuropa zu festigen. Es gewährte nur einen geringen Teil seiner Kredite zum Aufbau einer bodenständigen Schwerindustrie, die als Basis einer nationalen Rüstungsindustrie hätte dienen können, sondern band den größten Teil an den Kauf französischer Waren. So wurde z. B. Polen im Handelsvertrag von 1920 gezwungen, Waffen, Luxusgüter und Weine einzuführen, während es dringend Industrieausrüstungen zur Entwicklung seiner eigenen Wirtschaft brauchte[10].

Das französische System stärkte Frankreichs Stellung auf dem Kontinent, aber es löste nicht sein Sicherheitsproblem. Die ostmitteleuropäischen Verbündeten bildeten kein zuverlässiges Gegengewicht gegen Deutschland, da sie nicht über

das gleiche Machtpotential wie das zaristische Rußland verfügten. Sie waren strategisch leicht verwundbar, innerlich nur schwach konsolidiert und verfolgten in der Außenpolitik oft entgegengesetzte Ziele. Polen war mit allen seinen Nachbarn verfeindet, Jugoslawien fürchtete vor allem Italien, Rumänien die Sowjetunion, die Tschechoslowakei Deutschland. Die kleine Entente richtete sich jedoch ausschließlich gegen den ungarischen und die Balkan-Entente gegen den bulgarischen Revisionismus.

Die Bindung der meisten Verträge an den Völkerbund und dessen Satzung war zwar unerläßlich, erwies sich indessen als Schwäche. Frankreich garantierte die europäische Ordnung, unterwarf sich aber gleichzeitig einer internationalen Institution, dem auch außereuropäische Mächte angehörten. Es setzte sich durch seine Pakte ständig der Gefahr aus, in Konflikte verwickelt zu werden, an denen es nicht unmittelbar beteiligt war, ohne eine wirksame Garantie seiner eigenen Sicherheit zu erhalten[11]. Außerdem brachte das Bündnissystem eine erhebliche Belastung für die französische Volkswirtschaft. Der massive Kapitalexport nach Ostmitteleuropa entzog der einheimischen Wirtschaft Kapitalien, die sie dringend für ihre Reorganisation und Modernisierung brauchte. Der wirtschaftliche Gewinn des Kapitalexportes war dagegen gering, denn die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und seinen ostmitteleuropäischen Verbündeten erreichten nie bedeutende Ausmaße. Deutschland blieb trotz aller französischen Anstrengungen infolge der wirtschaftlichen Struktur des ostmitteleuropäischen Raumes der wichtigste Handelspartner der ostmitteleuropäischen Staaten[12].

Das französische System wurde trotz seiner offensichtlichen Schwächen in den ersten Nachkriegsjahren von sämtlichen Gruppen der gemäßigten Rechten als Grundlage der französischen Außenpolitik akzeptiert. Ihr nationaler Flügel betrachtete es jedoch nur als einen Notbehelf, der nach den Worten Wladimir d'Ormessons "ne peut prétendre à constituer à l'est du Reich une barrière suffisamment puissante pour le tenir en respect". Vielmehr mache es den Eindruck, "je ne sais quoi d'artificiel et de n'être viable qu'autant que l'ordre actuellement établi en Europe ne subira aucune modification"[13]. Die strikte Ablehnung des Revisionismus bildete daher den Kern der Außenpolitik der nationalen Rechten in den ersten Nachkriegsjahren[14]. Poincaré ließ die Ruhr besetzen, als Deutschland mit seinen Reparationszahlungen in Verzug geriet. Er wollte dadurch nicht die deutsche Reichseinheit zerstören und das Rheinland annektieren, wie ihm von seinen Gegnern vorgeworfen wurde, sondern Deutschland durch militärischen Druck zur Erfüllung des Versailler Vertrages zwingen. Die Ruhrbesetzung war eine "offensive Verteidigungsmaßnahme", die sich aus

der inneren Logik des französischen Systems und der Beurteilung der deutschen Mentalität durch die nationale Rechte ergab[15]. Die deutsche Mentalität war nach allgemeiner Auffassung der nationalen Rechten durch den "preußischen Militarismus" und den "Pangermanismus" geprägt[16]. Sie macht Deutschland zu einer brutalen, kriegerischen Nation, die das Recht mißachtet und nur die Gewalt respektiert[17]. "Der Deutsche" blieb unabhängig von der jeweiligen Regierungsreform seines Landes immer der gleiche. Ob nun die Hohenzollern, die Sozialdemokraten oder die "Pangermanisten" Deutschland regieren, immer strebt es nach Hegemonie und Eroberung[18]. Eine Verständigung mit dem "ewigen Deutschland" ist daher unmöglich. Nur die militärische Überlegenheit und die ständige Wachsamkeit vermögen Frankreichs Sicherheit und den Frieden Europas erhalten[19].

B) Die Verständigungspolitik: Locarno

Das Scheitern der Ruhrbesetzung übte einen entscheidenden Einfluß auf das außenpolitische Denken der gemäßigten Rechten aus. Es überzeugte die nationale Rechte, daß militärische Aktionen gegen Deutschland ohne britische Duldung nutzlos wären, und es bestätigte die konservativen Liberalen in ihrer Auffassung, daß sich die "deutsche Frage" und damit das französische Sicherheitsproblem nur gemeinsam mit Großbritannien lösen ließen[20].

Die konservativen Liberalen befürworteten eine enge Allianz mit Großbritannien, weil sie in ihm nicht nur den natürlichen Verbündeten Frankreichs, sondern auch den mächtigsten Verfechter der liberalen Staats- und Gesellschaftsidee sahen. Sie unterstützten deshalb Briands Bemühungen um eine gemeinsame britisch-französische Deutschlandpolitik. Briand, der selbst nicht der gemäßigten Rechten, sondern der weiter links stehenden Gruppe der republikanischen Sozialisten (Républicains socialistes) angehörte, erklärte bereits im Oktober 1921, daß Frankreich nur eine Deutschlandpolitik treiben dürfe, die von Großbritannien gebilligt werde, weil Frankreich ohne die britische Rückendekkung auf die Dauer zu schwach sei, die europäische Ordnung zu garantieren. Frankreich und Großbritannien müßten gemeinsam einen Ausgleich mit Deutschland suchen, um dessen politische Entwicklung in friedliche Bahnen zu lenken. Ohne einen rechtzeitigen Ausgleich sei ein neuer Krieg unvermeidlich, denn das deutsche Volk werde sich mit seiner gegenwärtigen Stellung nicht abfinden. Ohne britische Hilfe werde Frankreich in diesem Krieg unterliegen, weil Deutschland in zwanzig oder fünfzig Jahren stärker als Frankreich sein wird[21].

Die konservativen Liberalen unterstützten 1922 Briands Bestreben, von Groß-

britannien eine Garantie der französischen Ostgrenze gegen Konzessionen in der Reparations- und Abrüstungsfrage zu erhalten, und sie stimmten 1925/26 für den Locarnovertrag. Sie teilten nicht den Glauben der Linken an die Existenz von 'deux Allemagnes', dem friedliebenden Deutschland von Weimar und dem militaristischen Deutschland von Potsdam, aber sie waren wie Briand überzeugt, daß nur die Eingliederung Deutschlands in die westliche Völkerfamilie Frankreich auf die Dauer Sicherheit und Unabhängigkeit garantieren könne. Die enge wirtschaftliche und politische Bindung Deutschlands an Westeuropa würde nach ihrer Meinung die potentiellen Gefahren der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit bannen und damit die Nachkriegsordnung wirksamer konsolidieren als dies jemals mit Hilfe des französischen Systems möglich wäre. Sie hofften, daß die Zeit für Frankreich arbeiten werde, wenn Deutschland die Möglichkeit für eine ungehinderte wirtschaftliche Entfaltung im Rahmen des etablierten Systems erhielt[22].

Die konservativen Liberalen übersahen ebensowenig wie Briand die Gefahren der Verständigungspolitik, aber sie glaubten, daß sich Deutschland mit der Zeit mit dem Status quo abfinden werde. Die Voraussetzung für den Erfolg der Verständigungspolitik bildete jedoch nach ihrer Meinung die Erhaltung der französischen Kontinentalsuprematie, d. h. der militärischen Überlegenheit über Deutschland und der führenden Rolle in Ostmitteleuropa. Sie wandten sich deshalb wie die nationale Rechte gegen die Abrüstungspläne der Linken und gegen eine regional begrenzte deutsch-französische Verständigung. "Frieden am Rhein hängt vom Frieden an der Weichsel ab" erklärte le Temps[23] und Stéphane Lauzanne versicherte im Matin: "Wenn mein Land um eines Fetzens Papiers willen (Locarnovertrag) je einen Zentimeter polnischen Bodens aufgäbe, würde ich für es erröten"[24].

C) Der außenpolitische Konsensus

Die nationale Rechte bekämpft zunächst erbittert die Verständigungspolitik, weil sie nicht an die Möglichkeit eines partiellen deutsch-französischen Ausgleiches glaubte[25]. Die innenpolitische Konstellation der Jahre 1926/32 zwang sie jedoch zur Zusammenarbeit mit der liberalen Mitte und damit auch zum Kompromiß in der Außenpolitik. Auf diese Weise bildete sich zwischen der nationalen Rechten und den konservativen Liberalen ein außenpolitischer Konsensus heraus, der beide Methoden der französischen Nachkriegspolitik miteinander zu vereinbaren suchte. Sowohl Pioncaré als auch Tardieu hielten an Briand als Außenminister fest und setzten die Grundlinie seiner Außenpolitik fort[26].

Der Einfluß innenpolitischer Faktoren auf den Wandel der außenpolitischen Haltung der nationalen Rechten wird am deutlichsten bei Tardieu sichtbar[27]. Tardieu hatte seine politische Karriere in den Reihen der nationalen Liberalen begonnen und war als enger Mitarbeiter Clemenceaus wesentlich am Zustandekommen der Friedensverträge beteiligt gewesen. 1920 bildete er gemeinsam mit Georges Mandel und einigen anderen Vertrauten Clemenceaus die "opposition clémenciste" gegen die Außenpolitik des "bloc national", um eine Revision der Verträge selbst in Detailfragen zu verhindern. Er forderte die integrale Konservierung der neuen Ordnung durch die Institutionalisierung der französischen Präponderanz und durch die Beibehaltung der vollen Kriegsstärke der französischen Armee bei gleichzeitiger totaler Entwaffnung Deutschlands. In unzähligen Reden, Artikeln, Vorträgen und Streitschriften bekämpfte er nicht nur den "Revisionismus" Briands, sondern auch die Außenpolitik Poincarés. Beiden Politikern warf er vor, die Früchte des "französischen Sieges" durch ihre "weiche" Politik zu verschenken.

Durch die Maßlosigkeit seiner Kritik und die offensichtliche Unsinnigkeit seiner Forderungen verfeindete er sich mit der gesamten gemäßigten Rechten und verurteilte sich selbst zur politischen Einflußlosigkeit. 1924 verlor er seinen Parlamentssitz an den Nationalisten Franklin-Bouillon, einen ehemaligen Radikalsozialisten und wurde selbst von seinen engsten Freunden gemieden. Als auch seine heftige Kampagne gegen den Locarnovertrag ihm keine neue Popularität verschaffte, entschloß er sich, den Ausgleich mit der gemäßigten Rechten zu suchen. Nach seiner Wahl in Belfort schloß er sich im Parlament der liberalen Mitte an und trat dem Kabinett Poincaré als Fachminister bei. Hier arbeitete er loyal mit Briand und Herriot zusammen, die er vorher so erbittert bekämpft hatte[28]. Als er 1929 sein erstes Kabinett bildete, hielt er an seiner gemäßigten außenpolitischen Haltung fest und stimmte selbst der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes zu[29]. Am 2. März 1930 erklärte er in Aleçon, Frankreich werde seine Bemühungen um die politische und wirtschaftliche Organisation des Friedens auf der Grundlage der Triptik "sécurité, arbitrage, désarmement" fortsetzen[30] und in Giromagny versicherte er einige Zeit später, die französische Außenpolitik "n'a rien perdu ni de son fondement moral, ni de son fondement pratique"[31].

Der taktische Charakter dieser Erklärungen wird an den Zusätzen deutlich, die Tardieu ihnen beifügte. In Aleçon betonte er Frankreichs Entschlossenheit, angesichts des deutschen Revisionismus alle Maßnahmen zu ergreifen "qu'autorise sa souveraineté et qu'exige sa protection"[32], und in Giromagny verkündete er, "nous assurons par nos moyens propres les conditions d'une sécurité,

qu'exige le respect des frontières et le respect des traités"[33]. In diesen beiden Sätzen sind bereits die Leitgedanken der Außenpolitik Barthous und der französischen Note vom 17. April 1934 enthalten. Wenn Tardieu 1930 noch am außenpolitischen Konsensus der gemäßigten Rechten festhielt, dann geschah dies vor allem aus Rücksicht auf die liberale Mitte, von der seine Regierungsmehrheit und damit der Erfolg seiner Wirtschaftspolitik abhing. Er verfolgte eine Politik des "kühlen Abwartens" in der Hoffnung, daß sich die Dynamik des deutschen Nationalismus am Widerstand Frankreichs und seiner Verbündeten brechen werde. Erst nach dem Scheitern seiner "Wohlstandspolitik" sagte er sich 1932 von der Verständigungspolitik los[34] und versuchte die Führung der nationalen Opposition gegen die Außenpolitik der Radikalsozialisten zu übernehmen[35].

Der außenpolitische Konsensus der gemäßigten Rechten wurde wesentlich durch den relativen Erfolg der Verständigungspolitik in den zwanziger Jahren erleichtert. Beide Gruppen der gemäßigten Rechten konnten bis 1930 glauben, daß sich die europäische Ordnung durch partielle Konzessionen an Deutschland ohne Gefährdung der französischen Sicherheit stabilisieren ließ. Die Polemik der nationalen Rechten gegen "l'équivoque de Locarno", den Youngplan und die vorzeitige Räumung des Rheinlandes besaß deshalb eher akademischen Charakter und beeinträchtigte nur unwesentlich die Zusammenarbeit beider Gruppen. Erst die verschärfte deutsche Revisionspolitik nach der Räumung des Rheinlandes ließ die außenpolitischen Gegensätze wieder stärker hervortreten und führte schließlich 1932 zum Zerfall des außenpolitischen Konsensus.

Bereits 1928 äußerte Wladimir d'Ormesson die Befürchtung, daß eine Fortsetzung der Revisionspolitik nach der Räumung des Rheinlandes zum Scheitern der Verständigungspolitik führen werde, weil Frankreich einer Revision der militärischen und territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht zustimmen könne[36]. Zwei Jahre später, im Juli 1930, stellte le Temps resigniert fest: "Alors que l'évacuation anticipée de la Rhénanie doit logiquement être la conclusion de toute la politique de liquidation de la guerre, elle n'est pour les Allemands qu'un commencement, qu'un point de départ, qu'un cheminement vers l'égalité des droits"[37].

Die gemäßigte Rechte war seit Locarno bzw. seit 1926 bereit gewesen, auf die zusätzlichen Sicherheitsgarantien des Versailler Vertrages als Preis für eine deutsch-französische Verständigung im Rahmen der etablierten Ordnung zu verzichten, aber sie war nicht gewillt, Deutschland die militärische Gleichberechtigung zu gewähren, weil dies de facto die Überlegenheit Deutschlands bedeutet

hätte. In dieser Einstellung zeigen sich deutlich die Grenzen der Verständigungspolitik, die durch militärische Überlegungen gezogen wurden.

Sämtliche Gruppen der gemäßigten Rechten einschließlich Briands stimmten darin überein, daß die "Organisation des Friedens" nicht von der "Sicherheit" getrennt werden könne, und daß die militärische Überlegenheit Frankreichs (und nicht nur des französischen Systems oder einer anderen Bündniskombination) über Deutschland die Grundlage der französischen Sicherheit bilde[38]. Es ist daher fraglich, ob Briands Politik zu einer echten deutsch-französischen Aussöhnung hätte führen können. Indem Frankreich am Primat der militärischen Sicherheit festhielt, nahm es sich selbst die Möglichkeit, gemeinsam mit Deutschland zu einer generellen Lösung der europäischen Probleme zu gelangen. Es war zu einer Politik des Sowohl-als-Auch verurteilt, zu einer Politik, die zwar zögernd und widerstrebend Konzessionen machte, wenn sie sich nicht länger vermeiden ließen, aber ständig mit der Gewaltanwendung für den Fall des groben Vertragsbruches drohte[39]. So mußten den nationalen Kreisen in Deutschland alle französischen Zugeständnisse als abgetrotzte Triumphe erscheinen, nicht aber als Beweis des guten Willens. Die Folge war das verhängnisvolle Anwachsen der Zahl jener Deutschen, die glaubten, nur durch eine Politik des brutalen Auftrumpfens Deutschland von den Beschränkungen des Versailler Vertrages befreien zu können. Bezeichnend für diese innerdeutsche Entwicklung war die Zunahme der national-sozialistischen Stimmen während der Septemberwahlen 1930[40].

D) Der Aufstieg des Nationalsozialismus und der Zerfall des außenpolitischen Konsensus

Der Aufstieg des Nationalsozialismus beunruhigte ab 1930 die gesamte gemäßigte Rechte, aber er erneuerte nicht die 'Union sacrée' des I. Weltkrieges. Vielmehr verschärfte er die außenpolitischen Gegensätze innerhalb der gemäßigten Rechten und trug so wesentlich zum Zerfall ihrer mühsam errungenen Aktionseinheit bei. Die Gründe für die unterschiedliche Reaktion auf den Nationalsozialismus müssen sowohl in dem jeweiligen Deutschlandbild als auch in der jeweiligen außenpolitischen Konzeption der einzelnen Gruppen gesucht werden. Das jeweilige Deutschlandbild wurde seinerseits stark von der spezifischen Ideologie der betreffenden Gruppe geprägt.

Die nationalen Konservativen und mit gewisser Nuancierung auch die nationalen Liberalen sahen im Nationalsozialismus vor allem eine militante Manifestation des "Pangermanismus", der sich gegen die internationale Ordnung und damit

gegen seinen Garanten, Frankreich, richtet[41]. Seine Gefährlichkeit liegt nicht in seinem autoritären, antiparlamentarischen und rassistischen Charakter, sondern in seinem revisionistischen Programm[42]. Mit ihm zeigt sich erneut das wahre Gesicht des "ewigen Deutschlands", das sich bisher hinter der demokratischen Fassade der Weimarer Republik zu verbergen suchte. "La poussée hitlérienne est inquiétante en tant qu'elle découvre le fond des coeurs allemands", urteilte Pertinax apodiktisch[43]. Das "neue Deutschland", auf welches die Verständigungspolitiker bauten, "n'était qu'un décor... Elle n'avait pas de substance"[44]. Die eigentliche Gefahr bildet jedoch nicht Hitler und seine randalierenden Truppen, sondern die Repräsentanten des "preußischen Militarismus" Hindenburg, Brüning, Papen und die Reichswehr, die systematisch die Revanche vorbereiten[45].

Die konservativen Liberalen erkannten im Unterschied zur nationalen Rechten ebenfalls den sozialen Protestcharakter des Nationalsozialismus[46]. Sie interpretierten ihn als eine Mischung aus Staatssozialismus, Militarismus und Chauvinismus, die aus der Revolte gegen die Versailler Ordnung und die parlamentarische Demokratie entstanden ist[47]. Der Nationalsozialismus richtete sich deshalb nach ihrer Auffassung nicht nur gegen die internationale, sondern auch gegen die innerdeutsche Ordnung, gegen die Unfähigkeit der Weimarer Republik, mit der nationalen und sozio-ökonomischen Krise fertig zu werden[48]. Trotz gewisser Ähnlichkeiten mit dem italienischen Faschismus steht er dem russischen Bolschewismus weit näher als dem traditionellen Nationalismus[49].

Die konservativen Katholiken teilten weitgehend die Ansicht der konservativen Liberalen, betonten jedoch außerdem noch den atheistischen und rassistischen Charakter des Nationalsozialismus. Sie betrachteten ihn als einen "néo-paganisme", der im Protestantismus wurzelt und Luthers Revolte gegen die katholisch-lateinische Zivilisation mit modernen Mitteln fortsetzt. Er bedient sich dabei der nationalen und chauvinistischen Demagogie, aber sein eigentliches Ziel bildet nicht die soziale und nationale Erneuerung Deutschlands, sondern die Vernichtung des christlichen Glaubens[50].

In der unterschiedlichen Beurteilung des Nationalsozialismus zeigen sich sowohl die ideologischen als auch die politischen Unterschiede der einzelnen Gruppen. Die nationale Rechte war von der Unveränderlichkeit des deutschen Volkscharakters und damit des deutsch-französischen Gegensatzes überzeugt, weil sie vorwiegend in historischen und machtpolitischen Kategorien dachte. Sie konnte daher weder an einen aufrichtigen Gesinnungswandel des deutschen Volkes noch an den guten Willen der Weimarer Führungsschicht glauben. Strese-

mann verfolgte nach ihrer Ansicht mit seinem "Finassieren" die gleichen Ziele wie vor ihm Wilhelm II. und nach ihm Hindenburg, Papen und Hitler[51].

Wenngleich die nationale Rechte aus taktischen Gründen ab 1926 Briands Politik tolerierte, so hörte sie niemals auf, Deutschland zu mißtrauen. Typisch dafür sind die häufigen Interpellationen Louis Marins im Parlament[52] und das Fragezeichen, das Wladimir d'Ormesson 1928 hinter sein Buch "La confiance en l'Allemagne?" setzte[53]. Der Aufstieg des Nationalsozialismus und sein Bündnis mit den Konservativen mußte daher der nationalen Rechten ganz natürlich als Beweis für die Richtigkeit ihres Deutschlandbildes erscheinen[54]. Nach der Wiederwahl Hindenburgs mit Hilfe der Nationalsozialisten erklärte Louis Marin seinen Parlamentskollgen: "Si Hitler et Hugenberg ont été capables de faire fléchir la volonté du Reich ... c'est qu'ils ont derrière eux une partie considérable et puissante du peuple allemand... c'est là qu'est le danger, c'est là ... que sont les grands périls prochains"[55]. Die Polemik der nationalen Rechten richtete sich jedoch weniger gegen den faschistischen Charakter des Nationalsozialismus als vielmehr gegen dessen nationalistische Komponente. Sie sollte die französische Öffentlichkeit von der Gefährlichkeit des deutschen Revisionismus überzeugen und die Verständigungspolitik diskreditieren[56].

Die nationalen Konservativen zogen als erste die Konsequenzen aus der veränderten innenpolitischen Situation in Deutschland und sagten sich von der Verständigungspolitik los. Sie forderten eine "neue Politik", die vom Primat der nationalen Verteidigung ausgeht und alle weiteren Konzessionen an Deutschland verweigert[57]. Sie begründeten ihre Absage an die Verständigungspolitik mit dem Argument, daß sie nicht zu der erhofften deutsch-französischen Aussöhnung, sondern zur Renaissance des deutschen Nationalismus geführt hat. Dieser richtet sich nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen ganz Europa, namentlich Polen und die Tschechoslowakei. Wenn Frankreich eine Revision in Ostmitteleuropa duldet, dann wird es auch nicht mehr lange Elsaß-Lothringen behaupten können. Es muß daher im Interesse des europäischen Friedens und seiner eigenen Sicherheit zur antideutschen Allianzpolitik des französischen Systems zurückkehren[58]. "Je veux passionnément la paix", erklärte Franklin-Bouillon, "mais la paix dans la clarté et dans la loyauté. Nous ne l'aurons jamais dans la duperie et dans l'illusion"[59]. Georges Scapini[60] und Louis Marin[61] stimmten ihm vorbehaltlos zu, aber auch sie forderten lediglich den Rücktritt Briands. Aus innenpolitischen Gründen waren sie in den Jahren 1930/32 nicht bereit, die Zusammenarbeit mit den Liberalen aufzugeben und in die Opposition zu gehen. Die Teilnahme an der Macht erschien ihnen wichtiger als die kompromißlose Verfechtung ihrer außenpolitischen Ideen.

Die nationalen Liberalen verhärteten ab 1930 ihre Haltung gegenüber Deutschland, aber sie gaben die Verständigungspolitik nicht völlig auf[62]. Da sie den Nationalsozialismus für eine vorübergehende Erscheinung hielten, der mit dem Abflauen der Wirtschaftskrise wieder verschwinden werde[63], unterstützten sie gemeinsam mit den konservativen Liberalen und den konservativen Katholiken Briands und Lavals Bemühungen um eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland[64]. Sie vertrauten dabei auf den 'bon sens' der herrschenden Kreise Deutschlands, die im eigenen Interesse eine Verständigung mit Frankreich suchen würden, um gemeinsam die Wirtschaftskrise und damit den Nationalsozialismus und Kommunismus zu bekämpfen. Die Liberalen waren jedoch ebensowenig wie die Konservativen bereit, Deutschland die geforderte militärische Gleichberechtigung zu gewähren, die eventuell Brüning eine Fortsetzung der Verständigungspolitik erlaubt hätte. "Rester armé, ce n'est pas une menace, mais, c'est une sauvegarde", verkündete der Temps, denn ohne ausreichende militärische Sicherheit ist auch die beste Außenpolitik zum Scheitern verurteilt[65].

Deutschlands Kampf gegen den Young-Plan und die geplante deutsch-österreichische Zollunion vernichteten auch bei den Liberalen die Hoffnung auf eine wirtschaftliche deutsch-französische Zusammenarbeit. Selbst Briand erklärte kategorisch: "L'Anschluss, c'est la guerre!"[66] Damit war der Verständigungspolitik mit der Weimarer Republik endgültig der Boden entzogen. Die Ausgleichspolitik der folgenden Jahre ähnelte ihr zwar formell, aber sie hatte inhaltlich mit ihr nichts mehr gemein.

E) Die Reaktion auf die nationalsozialistische Machtergreifung

Die nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland änderte zunächst nicht die außenpolitischen Konzeptionen der einzelnen Gruppen. Die nationale Rechte fühlte sich in ihrem traditionellen Mißtrauen gegenüber dem "ewigen Deutschland" bestätigt[67], und die konservativen Liberalen gaben ihre Hoffnung auf einen Sieg der außenpolitischen Vernunft auch bei den neuen Machthabern nicht auf[68]. Mit wenigen Ausnahmen begriffen sie nicht die volle Bedeutung der nationalsozialistischen Machtergreifung für die internationalen Beziehungen, sondern hielten Hitler lediglich für einen besonders viruelten Revisionspolitiker[69].

Die nationalen Konservativen zeigten sich sogar über den innerdeutschen Regimewechsel befriedigt, weil sie glaubten, daß er Deutschland innen- und außenpolitisch schwächen werde. Verglichen mit "la revanche méthodique" der Hin-

denburgs, Papens und Schleichers sei Hitler das geringere Übel[70]. Nur René Pinon warnte nachdrücklich vor den außenpolitischen Konsequenzen der völkischen Lebensraumtheorie[71]. Hitlers Außenpolitik werde sich nicht auf die Revision der Versailler Ordnung beschränken, sondern die Gewinnung neuen Lebensraums in Osteuropa anstreben. Aber auch René Pinon sah in der völkischen Ideologie lediglich ein Instrument des deutschen Imperialismus, nicht aber etwas qualitativ völlig Neues.

Der entscheidende Umschwung der Haltung der gemäßigten Rechten gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland erfolgte erst im Oktober 1933, als dieses die Genfer Abrüstungskonferenz verließ und aus dem Völkerbund austrat. Die große Mehrheit der gemäßigten Rechten wertete diesen Entschluß als eine offene Kampfansage an die von Frankreich garantierte Nachkriegsordnung und lehnte Hitlers gleichzeitiges Angebot einer direkten deutsch-französischen Verständigung ab. Wladimir d'Ormesson meinte, eine Annahme des deutschen Vorschlages käme einer glatten Kapitulation vor dem deutschen Imperialismus gleich und fügte hinzu, "diese Kapitulation würde sehr bald in eine konstante Erpressung, in Abhängigkeit verwandelt werden, denn das wesentliche Merkmal Deutschlands ist es, niemals zufrieden zu sein"[72]. Ormessons Argumentation zeigt, daß die nationale Rechte den deutschen Schritt als logische Fortsetzung der Revisionspolitik der Weimarer Republik und nicht als die erste Maßnahme des nationalsozialistischen Expansionsprogrammes betrachtete;[73] eine Fehlinterpretation, die sich aus der Identifizierung des Nationalsozialismus mit dem "ewigen Deutschland" ergab und schwerwiegende Folgen für die französische Deutschlandpolitik der folgenden Jahre haben sollte.

Die konservativen Liberalen teilten den Irrtum der nationalen Rechten, wenngleich aus anderen Gründen. Die Entscheidung Hitlers, den Völkerbund zu verlassen, betrachteten sie als Beweis für die endgültige Abkehr Deutschlands von der Verständigungspolitik Stresemanns. Sie lehnten Hitlers Verhandlungsangebot ab, weil sie befürchteten, daß Hitler lediglich einen Keil zwischen Frankreich und Großbritannien treiben wollte, um Frankreich im Interesse seiner Ostpolitik isolieren zu können[74], nicht aber, weil sie etwa den "totalitären", d. h. qualitativ neuen Charakter der deutschen Außenpolitik erkannten. Hätte Hitler weiterhin im Rahmen des etablierten Systems seine Außenpolitik getrieben, d. h. in diesem Falle nicht die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund verlassen, dann hätten die konservativen Liberalen wahrscheinlich positiv auf sein Angebot einer direkten deutsch-französischen Verständigung reagiert, so wie sie 1925 auf Stresemanns Angebot reagiert hatten[75].

Trotz der einheitlichen Verurteilung des deutschen Schrittes und trotz der einhelligen Ablehnung des deutschen Verhandlungsangebotes war sich die Mehrheit der gemäßigten Rechten nicht darüber einig, wie sie auf die deutsche Herausforderung antworten sollte.

Pertinax und Mandel, beides Repräsentanten des antideutschen Nationalismus, forderten die Verhängung von Sanktionen, um Deutschland zur Achtung der internationalen Verträge, d. h. zur Respektierung der europäischen Ordnung zu zwingen. Sie gingen von der Annahme aus, daß ein militärischer Konflikt mit Deutschland unvermeidlich sei und daß dieser Konflikt umso gefährlicher für Frankreich werde, je länger er hinausgezögert würde. Nur eine rasche französische Aktion könne verhindern, daß Deutschland voll aufrüstet und seine Position in Ostmitteleuropa durch die Annexion Österreichs konsolidiert[76]. Die Idee eines Präventivkrieges beruhte auf dem gleichen rein machtpolitischen Denken wie die Repressionspolitik Poincarés. Im Unterschied zu den zwanziger Jahren war die große Mehrheit der nationalen Rechten 1933 jedoch nicht bereit, militärische Gewalt gegen Deutschland anzuwenden. Tardieu, dem 1923 Poincarés Ruhrpolitik zu "weich" erschien, warnte ausdrücklich vor einer isolierten Aktion. Ohne die Hilfe seiner Verbündeten, namentlich Großbritanniens, sei Frankreich nicht in der Lage, Deutschland zum Nachgeben zu zwingen. Es müsse sich darauf beschränken, eine antideutsche Koalition zu bilden, die eine gewaltsame Änderung des territorialen Status quo verhindern könne[77].

Die Ablehnung des Präventivkrieges durch die große Mehrheit der gemäßigten Rechten beruhte teils auf der Einsicht in die Fragwürdigkeit einer isolierten militärischen Aktion, teils auf der Furcht vor den innerpolitischen Folgen einer neuen "Ruhrbesetzung". Nach der Wahlniederlage vom Mai 1932 versuchte die nationale Rechte, die Radikalsozialisten von den Sozialisten zu trennen und wie 1926 eine nationale Unionsregierung zu bilden. Die Forderung nach einer isolierten militärischen Aktion Frankreichs würde jedoch das Bündnis der Linksparteien festigen, da die Masse der französischen Wähler keinen neuen Konflikt mit Deutschland wünschte. Das innenpolitische Interesse der Rechten erforderte deshalb unabhängig von der internationalen Konstellation den Verzicht auf militärische Aktionen.

Nur eine kleine Minderheit von unentwegten Anhängern der deutsch-französischen Verständigung, unter ihr Laval, le Matin und mit erheblichen Einschränkungen auch le Jour, verlangte eine Annahme des deutschen Verhandlungsangebotes. Sie begründeten ihr Verlangen mit dem Argument, daß Frankreich nicht mehr die Macht besitze, Deutschland zur Einhaltung der Verträge zu zwingen

und daß die Politik der kollektiven Sicherheit versagt habe. Eine vertraglich fixierte deutsche Aufrüstung sei unter diesen Umständen besser als eine vertragslose, da sie Frankreich gewisse Garantien geben würde[78]. Die Rationalität dieser Argumentation ist nicht sehr einleuchtend, denn wie sollte ein Rüstungsabkommen mit einem Regime Bestand haben, das durch den Austritt aus dem Völkerbund sein Desinteresse an einer kontrollierten Abrüstung manifestierte. Wenn Frankreich nicht mehr in der Lage war, die Einhaltung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erzwingen, dann würde es erst recht nicht in der Lage sein, die Bestimmungen eines freiwillig ausgehandelten Rüstungsabkommens zu erzwingen, das die deutsche Aufrüstung legalisierte. Frankreich war dann noch mehr als bisher auf den guten Willen Berlins angewiesen.

Die Haltung der pro-deutschen Minderheit läßt sich einmal durch ihre Abneigung gegen Großbritannien und den Völkerbund, zum anderen durch ihren machtpolitischen "Realismus" erklären. Eine direkte deutsch-französische Verständigung würde nach ihrer Meinung Frankreich aus der Abhängigkeit von Großbritannien befreien und eine bessere Garantie der französischen Sicherheit bieten als die Kollektive Sicherheit. Unterschwellige Sympathien für den Nationalsozialismus dürften ferner beim Matin und le Jour eine gewisse Rolle gespielt haben. Laval und Suarez dagegen waren alte Anhänger der Verständigungspolitik und glaubten, sie trotz des innerdeutschen Regimewechsels fortsetzen zu können. Ihre Reaktion auf den Völkerbundsaustritt Deutschlands beruhte somit auf der gleichen Fehlinterpretation der deutschen Außenpolitik wie die der nationalen Rechten. Wenn es sich bei der deutschen Entscheidung lediglich um die Fortsetzung der Revisionspolitik der Weimarer Republik handelte, dann war in der Tat nicht einzusehen, weshalb man nicht auch mit Hitler verhandeln sollte, da man bereits vorher mit Stresemann, Brüning und Papen verhandelt hatte[79].

F) Die 'Union nationale' und die Rückkehr zur kontinentalen Gleichgewichtspolitik

Den außenpolitischen Kurs der nationalen Unionsregierung Doumergue bestimmten eindeutig die Vertreter der nationalen Rechten Barthou, Tardieu, Pétain und Louis Marin. Auf ihr Betreiben hin widersetzte sich Frankreich den Bemühungen Londons und Roms, mit Deutschland einen Kompromiß in der Abrüstungsfrage auszuhandeln und erklärte in seiner berühmten Note vom 17. April, daß es in Zukunft seine Sicherheit mit seinen eigenen Mitteln garantieren werde.

Die Motive für diesen folgenschweren Entschluß sind vor allem in der Furcht vor der deutschen Aufrüstung und im Mißtrauen vor den geheimen Absichten Großbritanniens zu suchen. Die nationale Rechte fürchtete mit Recht, daß eine ungehinderte Aufrüstung Deutschlands das europäische Gleichgewicht zerstören würde. Während Frankreich gezwungen war, einen Teil seiner Truppen in seinem überseeischen Imperium und in Südfrankreich gegenüber Italien zu stationieren, konnte Deutschland seine gesamte Militärmacht auf dem Kontinent einsetzen. Die numerische Überlegenheit der Truppen des französischen Systems wurde weitgehend durch die mitteleuropäische Lage Deutschlands ausgeglichen. Infolge des Fehlens einer direkten Landverbindung zwischen Frankreich und seinen ostmitteleuropäischen Verbündeten mußten beide Teile des französischen Systems getrennt operieren, während Deutschland den strategischen Vorteil der inneren Linie voll ausnutzen konnte. Die nationale Rechte hielt deshalb an ihrer alten These fest, daß eine politische Regelung der europäischen Sicherheitsfrage die Voraussetzung für eine Regelung der militärischen Probleme bilden müsse.

So erklärte Barthou vor der Kammer, eine "égalité des droits" sei nur "dans la sécurité" möglich; d. h. Deutschland könne nur die militärische Gleichberechtigung zugestanden werden, wenn Frankreich zusätzliche Sicherheitsgarantien erhält[80]. Die nationale Rechte schätzte jedoch den Wert neuer Sicherheitsgarantien gering ein, da sie befürchtete, Deutschland würde sie im Laufe der Zeit mit britischer Hilfe allmählich beseitigen, wenn es erst einmal die militärische Gleichberechtigung erlangt hat[81]. Hinter dieser Furcht steckte das alte Mißtrauen gegenüber der britischen Gleichgewichtspolitik, das bereits die psychologische Grundlage des französischen Systems bildete. Die französisch-britische Zusammenarbeit gegen Deutschland sei zwar im Interesse der Erhaltung des Friedens dringend notwendig, erklärte Franklin-Bouillon vor der Nationalversammlung, aber eine solche Zusammenarbeit sei nur möglich, wenn sich Großbritannien der französischen Deutschlandpolitik anschlösse und nicht von Frank- eine Unterstützung seiner Europapolitik verlange[82]. René Pinon forderte sogar zur Ablehnung einer französisch-britischen Allianz auf, wenn Großbritannien als Preis für sie die Revision der Verträge fordern sollte. "Wir hoffen brennend", schrieb er, "nicht zwischen England und der kontinentalen Stabilität wählen zu müssen: wenn wir gezwungen sein sollten, dies zu tun, steht unsere Wahl bereits fest"[83].

Die Option der nationalen Rechten für die Wiederaufnahme der kontinentalen Präponderanzpolitik ohne Großbritannien stützte sich auf die Hoffnung, daß es der nationalen Unionsregierung gelingen werde "à réparer rapidement les erreurs

commises par la diplomatie du Cartel"[84]. Als die schwerwiegensten Fehler der Linken betrachtete sie die französische "Resignation" in der Saarfrage und die Brüskierung der ostmitteleuropäischen Verbündeten, namentlich Polens, durch den Viererpakt.

Die nationale Rechte war 1919 für eine Annexion des Saargebietes eingetreten, hatte sich aber dann mit der Völkerbundslösung abgefunden. Sie hoffte im geheimen, daß die Zeit für Frankreich arbeiten werde und die Saarbevölkerung sich nach 15 Jahren für Frankreich entscheiden würde. Die prodeutsche Haltung der Saarbevölkerung zerstörte bald diese Illusion, aber nicht die stillen Wünsche der nationalen Rechten. Die Bildung einer antifaschistischen Front im Saarland nach der nationalsozialistischen Machtergreifung weckte bei ihr die Hoffnung, daß es Frankreich mit Hilfe der antifaschistischen Kräfte gelingen könnte, doch noch eine prodeutsche Lösung zu verhindern. Ihre innenpolitischen Gegner - Kommunisten, Sozialisten, Linkskatholiken, Juden und Freimaurer - wurden so über Nacht zu ihren außenpolitischen Verbündeten. Im Namen der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechtes und der Menschlichkeit forderte sie einen energischen Widerstand gegen den von Deutschland ins Saargebiet getragenen "pangermanistischen Terror". Frankreich, so argumentierte sie, dürfe einer Volksabstimmung erst zustimmen, wenn die volle Entscheidungsfreiheit der Saarbevölkerung garantiert sei und die Gegner des Nationalsozialismus effektive Sicherheitsgarantien für den Fall eines deutschen Abstimmungssieges erhalten hätten[85].

Lediglich einige pensionierte Militärs waren ehrlich genug zuzugeben, daß es Frankreich an der Saar weniger um die Wahrung hoher Ideale als vielmehr handfester französischer Interessen ging. Sie fürchteten mit Recht, daß ein deutscher Abstimmungssieg das deutsche Kriegspotential stärken und damit die militärische Sicherheit Frankreichs gefährden würde. Hinzu kamen strategische Überlegungen, die sich aus der geopolitischen Lage des Saarlandes ergaben[86]. Weit wichtiger als die unmittelbaren wirtschaftlichen und militärischen Nachteile einer Rückgliederung der Saar an Deutschland erschien der nationalen Rechten deren psychologische Auswirkungen auf Ostmitteleuropa. Frankreichs ostmitteleuropäische Verbündete, aber auch die neutralen Länder würden eine französische Resignation in der Saarfrage als weiteres Zeichen für den Niedergang der französischen Macht und des französischen Widerstandswillens werten und verstärkt nach einem Arrangement mit Deutschland streben. Widerstand an der Saar bedeutete unter diesen Umständen auch Widerstand an der Weichsel und an der Donau[87].

Ein erfolgreicher Widerstand gegen den "Pangermanismus" war aber nach Meinung der nationalen Rechten nur möglich, wenn das französische Bündnissystem reorganisiert und gestrafft würde. Besonders galt es, die durch den Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes erkalteten französisch-polnischen Beziehungen zu erwärmen und Polen wieder fest an das französische System zu binden.

Polen bildete in den Vorstellungen der nationalen Rechten nach wie vor den Eckstein des französischen Systems in Ostmitteleuropa. Es besaß die größte Bevölkerungszahl und die stärkste Armee unter den französischen Verbündeten, und es war mit Frankreich durch eine jahrhunderte alte Freundschaft und geistige Affinität verknüpft. Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt stellte zwar eine unerfreuliche Tatsache dar, aber er bildete keine ernsthafte Gefahr für die französisch-polnische Solidarität gegenüber dem "Pangermanismus", denn er ließ alle territorialen und ethnischen Streitfragen zwischen Deutschland und Polen ungelöst. Die Polen wüßten "au fond du coeur très bien que, très probablement, notre appui leur sera nécessaire, tôt ou tard", meinte Pertinax, "car, dans les terres de la Vistule, le pangermanisme ne désarmera pas". Im Interesse der französisch-polnischen Solidarität müßte sich jedoch Frankreich klar und eindeutig von Locarno, vom Viererpakt und den Abrüstungsvorstellungen der Linken distanzieren und Polen als völlig gleichberechtigten Partner anerkennen. Nur so könnte es das Vertrauen und die Bündnistreue der Polen zurückgewinnen[88)].

Die Reorganisation des französischen Systems erforderte nach Ansicht der nationalen Rechten gleichfalls eine Vertiefung der Beziehungen zur kleinen Entente, namentlich zu ihrem wichtigsten Mitglied, der Tschechoslowakei. Der Bündniswert der Tschechoslowakei war in ihren Augen durch die nationalsozialistische Machtergreifung bedeutend gestiegen, denn sie erschien nun als das wichtigste Bollwerk gegen den Pangermanismus[89)]. Die nationale Rechte war überzeugt, daß der "Österreicher" Hitler im Gegensatz zur "preußischen" Reichswehr nicht die Eroberung Polens, sondern die des Donauraumes als wichtigstes Ziel betrachte. Den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt werteten sie als Beweis für ihre These, denn sein Hauptzweck bestehe für Deutschland in der Neutralisierung Polens im Donauraum. Im Interesse einer geschlossenen Abwehrfront der ostmitteleuropäischen Völker forderten sie deshalb Polen auf, seine Beziehungen zu Prag zu verbessern und auf seine territorialen Forderungen zu verzichten[90)].

Die unerläßliche Voraussetzung für eine Reorganisation des französischen Systems schien der nationalen Rechten die "nationale Erneuerung" im Inneren und die Absage an die britische Ausgleichspolitik zu sein[91]. Für die "nationale Erneuerung" brauchte sie die konservativen Liberalen, denn ohne sie ließ sich keine "nationale" Regierungsmehrheit bilden. Die konservativen Liberalen bestanden jedoch nach wie vor auf einer engen Zusammenarbeit mit Großbritannien. Die nationale Rechte war daher gezwungen, auf die probritischen Gefühle ihrer Koalitionspartner Rücksicht zu nehmen. Die konservativen Liberalen waren indessen durch den Mißerfolg ihrer Außenpolitik so desorientiert, daß sie im Frühjahr 1934 der nationalen Rechten außenpolitisch keine großen Schwierigkeiten machten, sondern, wenn auch widerstrebend, ihrer Führung folgten.

SECHSTES KAPITEL

Die französisch-sowjetischen Beziehungen

A) Der Ostpaktplan

Barthou, der Außenminister der nationalen Unionsregierung, versuchte im Frühjahr 1934, die kontinentale Gleichgewichtskonzeption der nationalen Rechten zu verwirklichen. Er gehörte der älteren Generation an, die noch ganz durch die Auseinandersetzung mit dem wilhelminischen Deutschland geprägt worden war. Vor dem I. Weltkrieg hatte er gemeinsam mit den nationalen Liberalen an der Erneuerung der französischen Macht gearbeitet und 1913 gegen den Widerstand der Linken die dreijährige Dienstzeit eingeführt. 1919 kritisierte er den Versailler Vertrag, weil er die politische Einheit Deutschlands bestehen ließ und nicht das Rheinland von Deutschland trennte[1].

Die geopolitische und strategische Argumentation Barthous gegen den Versailler Vertrag zeigt, daß er wie Foch, Clemenceau und Louis Marin ausschließlich in militärischen Gleichgewichtskategorien dachte. Barthou war überzeugt, daß die Kontrolle des Rheinlandes und die Aufsplitterung Mitteleuropas die unerläßliche Grundlage der französischen Großmachtstellung bilden und daß nur die militärische Überlegenheit über Deutschland die französische Sicherheit garantieren kann. Wie Poincaré besaß er wenig Vertrauen in das 'neue Deutschland' und unterstützte deshalb die Repressionspolitik der frühen zwanziger Jahre, da er den Revisionismus für eine tödliche Gefahr hielt[2].

Die nationalsozialistische Machtergreifung bestätigte sein antideutsches Vorurteil. Sie erschien ihm als eine tödliche Bedrohung der europäischen Ordnung und damit der französischen Sicherheit, weil sie die innenpolitischen Voraussetzungen für eine erneute deutsche Expansion schuf. Im Interesse der europäischen Ordnung und der französischen Sicherheit forderte er deshalb als Antwort auf die nationalsozialistische Herausforderung den Zusammenschluß der europäischen Völker in einer "Grande Alliance". Dieser Neuauflage der Kriegskoalition sollten alle Status-quo-Mächte Europas einschließlich Großbritanniens, Italiens und der Sowjetunion angehören, da die Mitglieder des französischen Systems seiner Meinung nach allein nicht in der Lage waren, Deutschland zur Respektierung der europäischen Ordnung zu zwingen. Wie die Anhänger des französischen Systems war er jedoch ebenfalls der Ansicht, daß Frankreich diese Allianz führen müsse, um nicht das Gesetz des Handelns an Großbritannien zu verlieren. Er versuchte daher, die europäischen Mächte auf die französische Deutschlandpolitik festzulegen. Der Fehlschlag dieser

Bemühungen im Sommer 1934 überzeugten ihn, daß nur die Erneuerung der französisch-sowjetischen Allianz das bedrohte europäische Gleichgewicht, d.h. die französische Vorherrschaft erhalten könne[3].

Barthou besaß keinerlei ideologische Sympathien für die Sowjetunion, sondern teilte den Antikommunismus der nationalen Rechten. Als Justizminister im 2. Kabinett Poincaré war er 1922 scharf gegen die Kommunisten vorgegangen, und auch in den folgenden Jahren ließ seine Gegnerschaft gegen den Kommunismus nicht nach[4]. Noch während der Debatte des französisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vor der außenpolitischen Kommission des Senates griff er im März 1933 heftig die Sowjetunion an[5], und nach seiner Übernahme der Leitung des Quai d'Orsay wollte er dessen Generalsekretär, den liberalen Alexis Léger, wegen dessen pro-sowjetischer Orientierung entlassen[6]. Erst nach dem Scheitern des Reorganisationsversuches des französischen Systems änderte er im April 1934 seine Einstellung zur Sowjetunion. Da die internationale Lage nach seiner Ansicht ein Bündnis mit ihr erforderte, mußten innenpolitische und ideologische Überlegungen zurückstehen. Die Kontrolle der staatlichen Macht durch die gemäßigte Rechte schien ihm außerdem eine ausreichende Garantie gegen mögliche negative Auswirkungen eines französisch-sowjetischen Bündnisses auf die französische Innenpolitik zu sein[7].

Barthou betrachtete die französisch-sowjetische Allianz ursprünglich nicht als Alternative zum französischen System, sondern nur als seine Ergänzung. Er wollte sie deshalb mit einem multilateralen Regionalpakt in Osteuropa kombinieren, dem außer der Sowjetunion auch Polen, die Tschechoslowakei, die baltischen Staaten und Finnland angehören sollten[8]. Auf diese Weise wäre ein ausschließlich antideutsches System entstanden, in dem Frankreich und die Sowjetunion die entscheidende Rolle gespielt hätten. Die geplante Unterordnung des Ostpaktes unter den Völkerbund beeinträchtigte in keiner Weise die führende Stellung der beiden Flügelmächte, denn Barthou wollte den Völkerbund durch die Aufnahme der Sowjetunion wieder zu einem Instrument der französischen Politik machen[9].

Barthous Ostpaktplan stieß auf das Mißtrauen Großbritanniens und die offene Ablehnung Polens und Deutschlands. Großbritannien sah in ihm einen weiteren Versuch Frankreichs, es von der Regelung der europäischen, besonders der deutschen Probleme auszuschließen. Ferner befürchtete es, als Garantiemacht des Locarnovertrages indirekt in osteuropäische Streitigkeiten verwickelt zu werden, die sich aus dem multilateralen Charakter der Beistandsverpflichtungen ergeben könnten. Die britische Regierung war dennoch bereit, Barthous

Vorhaben zu unterstützen, falls Deutschland die gleichen Garantien wie die übrigen Vertragspartner erhielt und der Pakt die Grundlage für neue Abrüstungsverhandlungen bilden würde[10]. Polen lehnte den Plan ab, weil es nicht in einen deutsch-sowjetischen Konflikt verwickelt werden wollte, in dem es der Sowjetunion oder Deutschland das Durchmarschrecht gewähren müßte[11], und Deutschland verweigerte den Beitritt, weil es sich nicht in eine kollektive Sicherheitsordnung integrieren lassen wollte, an der auch die Sowjetunion teilnahm[12].

Lediglich die Kleine Entente begrüßte Barthous Initiative[13]. Am 9. Juni erkannten Rumänien und die Tschechoslowakei die Sowjetunion de jure an und am 2. Juli erklärte Benesch, der Pakt würde als Grundlage der zukünftigen freundschaftlichen Beziehungen zum größten aller slawischen Völker dienen[14]. Rumänien[15] und Jugoslawien[16] gaben trotzdem ihre antisowjetische Haltung nicht auf, da sie wie Polen die Sowjetunion weiterhin als Gefahr für ihre territoriale Integrität und ihre Gesellschaftsordnung betrachteten.

B) Der französisch-sowjetische Pakt

Barthous Versuch, die beiden wesentlichen Instrumente der französischen Nachkriegspolitik, den Völkerbund und das französische System, durch den Ostpakt mit dem geplanten französisch-sowjetischen Bündnis in Einklang zu bringen, scheiterte am Widerstand der Großmächte sowie Polens, Jugoslawiens und Rumäniens. Damit blieb von seiner Konzeption nur noch ihr Kern, die französisch-sowjetische Allianz, übrig.

Wenngleich sie formell die bisherigen französischen Bindungen bestehen ließ, so bedeutete sie dennoch eine Abkehr von den bisherigen Methoden der französischen Sicherheitspolitik. An die Stelle des französischen Systems würde de facto eine klassische Militärallianz treten, die sich wie die französisch-russische Vorkriegsallianz ausschließlich gegen Deutschland richtete. Die unmittelbare Folge wäre der Zerfall Europas in zwei rivalisierende Militärblöcke gewesen, die sich um Frankreich und die Sowjetunion auf der einen und Deutschland und möglicherweise Italien auf der anderen Seite gebildet hätten.

Im Unterschied zur Blockbildung der Vorkriegszeit hätte diese Blockbildung jedoch nicht ausschließlich auf machtpolitischen, sondern auch auf ideologischen Faktoren beruht: Deutschland und Italien waren nicht nur revisionistische, sondern auch faschistische Mächte. Sie übten deshalb nicht nur auf die revisionistischen Mächte Ostmitteleuropas, Polen und Ungarn, sondern auch auf die gesamten antikommunistischen Kräfte dieses Raumes eine starke Anziehungskraft

aus. Dem französisch-sowjetischen Block fehlte dagegen jegliche ideologische Gemeinsamkeit, solange Frankreich von der bürgerlichen Mitte regiert wurde. Erst eine kommunistisch-sozialistische Machtergreifung hätte ihm auch eine ideologische Komponente geben können. Die Bildung der Volksfront ließ eine solche Entwicklung zwar nicht als wahrscheinlich, aber doch als möglich erscheinen. Unter diesen Umständen war es fraglich, ob sich die konservative Oberschicht Großbritanniens wieder wie vor dem I. Weltkrieg der antideutschen Koalition anschließen würde. Vielmehr stand zu befürchten, daß ein französisch-sowjetischer Pakt sie in ihrem Bestreben ermuntern könnte, einen partiellen Ausgleich mit Deutschland zu suchen.

Die ideologische Problematik des französisch-sowjetischen Paktes löste innerhalb der gemäßigten Rechten eine heftige Kontroverse aus, in der es letztlich um die Frage ging, ob primär machtpolitische oder ideologisch-gesellschaftspolitische Überlegungen die französische Außenpolitik bestimmen sollten. Der Doppelcharakter der Sowjetunion als militärische Großmacht und Zentrum des Weltkommunismus nötigte die gemäßigte Rechte, die französisch-sowjetischen Beziehungen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der außenpolitischen Zweckmässigkeit, sondern auch der innenpolitischen Problematik zu sehen. Sie mußte sich fragen, ob sie sich mit einer Macht verbinden konnte, deren erklärtes Ziel der Sturz der 'kapitalistischen Ordnung' war und die in Frankreich über eine 'fünfte Kolonne' verfügte, die die gleichen Ziele verfolgte. Die Debatte des französisch-sowjetischen Paktes wurde daher weit stärker als alle bisherigen außenpolitischen Kontroversen von innenpolitischen Faktoren bestimmt.

Die gemäßigte Rechte lehnte in den zwanziger Jahren sowohl aus ideologischen als auch aus machtpolitischen Gründen ein Bündnis mit der Sowjetunion ab. Sie befürchtete negative Rückwirkungen auf die französische Innenpolitik und auf das französische Bündnissystem, besonders auf seine ostmitteleuropäischen Mitglieder. Außerdem glaubte sie nicht an den Bestand des Sowjetregimes sondern erwartete seinen baldigen Zusammenbruch. Sie befürwortete deshalb eine außenpolitische Isolierung der Sowjetunion und unterstützte die antisowjetische Eindämmungspolitik Poincarés in Osteuropa.

Zu Beginn der dreißiger Jahre änderte sie jedoch unter dem Einfluß der wachsenden deutsch-französischen Spannungen ihre Haltung. Sie betrachtete jetzt die Sowjetunion nicht mehr primär als eine sozialrevolutionäre Gefahr sondern als ein machtpolitisches Gegengewicht gegen Deutschland. Sie unterstützte deshalb die Bemühungen um eine französisch-sowjetische Annäherung: die Anhänger des französischen Systems, weil sie die deutsch-sowjetische Zusam-

menarbeit unterbinden wollten[17]; die Vertreter der Locarnokonzeption, weil sie die kollektive Sicherheit auch auf Osteuropa übertragen wollten[18]. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Motivation nahmen beide Gruppen auch eine unterschiedliche Haltung zu der Frage ein, welche Stellung Deutschland in dem neuen Paktsystem haben sollte Die Anhänger des frenzösischen Systems lehnten einen Beitritt Deutschlands zu dem geplanten Ostpakt strikt ab, weil sie dessen innere Aushöhlung befürchteten; die Verfechter der Locarnokonzeption befürworteten dagegen die Einbeziehung Deutschlands, um es noch stärker in die internationale Ordnung zu integrieren[19].

Beide Gruppen waren sich der innen- und außenpolitischen Problematik einer französisch-sowjetischen Zusammenarbeit bewußt. Angesichts des sich verschärfenden deutsch-französischen Gegensatzes stellten sie jedoch ihre Bedenken zurück. Ein Bündnis mit der Sowjetunion erschien ihnen als das kleinere Übel[20].

Lediglich eine kleine Gruppe isolierter Persönlichkeiten widersetzte sich bereits zu Beginn der dreißiger Jahre einer französisch-sowjetischen Annäherung. Sie setzte sich sowohl aus Anhängern der ursprünglichen Konzeption des französischen Systems wie z.B. Tardieu als auch aus Befürwortern eines deutsch-französischen Ausgleiches wie Laval zusammen. Die einen wollten die französische Vorherrschaft ungeschmälert erhalten, die anderen die Chance für eine Verständigung mit Deutschland nicht verlieren. Die Motive der antisowjetischen Opposition waren somit äußerst widersprüchlich. Durch sie lassen sich sehr deutlich die Korrelationen zwischen den einzelnen am außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß der gemäßigten Rechten beteiligten Faktoren erkennen. Ihre eingehende Analyse ist daher für die Klärung der Fragestellung nach dem Zusammenhang zwischen innen- und außenpolitischen Faktoren beim außenpolitischen Willensbildungsprozeß weit interessanter als die der Motive der Befürworter der französisch-sowjetischen Zusammenarbeit.

C) Die antisowjetische Opposition

Als Laval 1931 die französisch-sowjetische Annäherung einleitete, wollte er lediglich die Sowjetunion von Deutschland trennen, um Frankreichs Verhandlungsposition gegenüber Berlin zu stärken[21]. Seine Rußlandpolitik bildete somit eine reine Funktion seiner Deutschlandpolitik. Sie wurde deshalb auch nur von den Anhängern eines partiellen deutsch-französischen Ausgleiches im Rahmen des etablierten Systems, den konservativen Liberalen sowie von den national-liberalen Regierungsmitgliedern, unter ihnen Tardieu, unterstützt. Beide

Gruppen stellten jedoch die Bedingung, daß die französisch-sowjetische Annäherung nicht auf Kosten der bereits bestehenden Bündnisse und Freundschaften erfolgen dürfe[22].

Obgleich 1931 die französischen Kommunisten noch eine unbedeutende Minderheit bildeten und die Sowjetunion noch keine internationale Gefahr darstellte, lehnte die große Mehrheit der nationalen und konservativ-katholischen Rechten Verhandlungen oder gar eine französisch-sowjetische Annäherung ab. Sie befürchtete eine internationale Aufwertung der Sowjetunion und eine Stärkung des Kommunismus in Frankreich[23]. Pierre Bernus vom Journal des Débats glaubte außerdem an eine Intensivierung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit als Folge der französischen Bemühungen um die sowjetische Freundschaft[24]. Wenn man bedenkt, daß das erklärte Ziel Lavals die Trennung der Sowjetunion von Deutschland war, dann wird deutlich, daß es sich bei der Argumentation von Bernus um eine Rationalisierung seines Antikommunismus handelt. Hier zeigte sich zum ersten Male die typische Methode der integralen Antikommunisten, ihre antisowjetische Haltung mit nationalistischen Argumenten zu kaschieren.

Nach dem Wahlsieg des 'Cartel des Gauches' im Sommer 1932 bekämpfte fast die gesamte gemäßigte Rechte die Bemühungen Herriots und Paul Boncours um den Abschluß eines französisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes mit annähernd den gleichen Argumenten wie die antisowjetische Opposition des Jahres 1931[25]. Die Haltung der Anhänger des französischen Systems ist verständlich, denn ein Nichtangriffspakt würde die außenpolitische Isolierung der Sowjetunion durchbrechen und die Normalisierung ihrer Beziehungen zu den westlichen Nachbarn erleichtern. Die erfolgreichen Verhandlungen der Sowjetunion mit Polen, Finnland, Lettland und Estland über den Abschluß von Nichtangriffspakten bestätigte diese Befürchtungen. Der Widerstand der ehemaligen Anhänger der Verständigungspolitik läßt sich dagegen nur durch ihre Opposition gegen die radikal-sozialistische Regierungsmehrheit erklären, denn Herriot und Paul-Boncour setzten ja im Grunde genommen nur die Politik Lavals mit anderen Mitteln fort.

Erst unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Machtergreifung, d.h. eines außenpolitischen Ereignisses, änderte die Mehrheit der gemäßigten Rechten ihre Einstellung gegenüber der Sowjetunion. Im Mai 1933 stimmte sie für eine Resolution der Regierung Daladier, die den Abschluß des französisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes durch Herriot billigte. Lediglich 41 Abgeordnete, unter ihnen Louis Marin, Mandel, Vallat, Scapini und Flandin, enthielten sich der Stimme.

Die nationalen Konservativen begründeten ihre Stimmenthaltung mit den gleichen

Argumenten wie ihre Opposition gegen die französisch-sowjetische Annäherung in den vorangegangenen Jahren[26]. Flandin dagegen verzichtete auf eine öffentliche Erklärung. Seine Stimmenthaltung gibt gewisse Rätsel auf, denn als Mitglied von Lavals Regierung hatte er die französisch-sowjetische Annäherung unterstützt und nach dem Wahlsieg des 'Cartel des Gauches' lehnte er die Aussenpolitik Herriots und Daladiers nicht offen ab. Eine mögliche Erklärung für seine Haltung liefern lediglich parteitaktische Überlegungen. Als neugewählter Vorsitzender der Alliance Démocratique mußte Flandin auf die starken antisowjetischen und pro-britischen Gefühle in den eigenen Reihen Rücksicht nehmen. Zahlreiche Abgeordnete der Alliance Démocratique fürchteten eine Verschlechterung der französisch-britischen Beziehungen als Folge der französisch-sowjetischen Annäherung, weil sie die antisowjetischen Vorurteile der konservativen Führungsschicht Großbritanniens kannten. Eine pro-sowjetische Haltung hätte Flandins Position gegenüber seinem Rivalen Tardieu schwächen können, der eine eindeutig antisowjetische Haltung einnahm und als einziger Parlamentarier gegen den Nichtangriffspakt stimmte[27].

Tardieu betrachtete den Nichtangriffspakt als eine Gefahr für Frankreichs Stellung in Ostmitteleuropa, weil er das Vertrauen der ostmitteleuropäischen Führungsschicht in Frankreichs Zuverlässigkeit erschüttern würde. Aus Furch vor einem französisch-sowjetischen Arrangement auf Kosten Ostmitteleuropas würden sich die ostmitteleuropäischen Staaten entweder dem nationalsozialistischen Deutschland anschließen oder den Ausgleich mit der Sowjetunion suchen. In beiden Fällen würde sich das französische System auflösen oder zumindest viel von seinem Wert verlieren[28].

Als Ministerpräsident versuchte Tardieu im Frühjahr 1932 den Zerfall des französischen Systems zu verhindern, indem er nicht nur seinen antideutschen, sondern auch antisowjetischen Charakter betonte. Er unterbrach die von Laval eingeleiteten Verhandlungen mit der Sowjetunion und bestärkte die Rumänen in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem sowjetischen Angebot eines Nichtangriffspaktes[29]. Gleichzeitig intervenierte er in Warschau gegen den Abschluß eines sowjetisch-polnischen Nichtangriffspaktes, der von Pilsudski angestrebt wurde[30]. Um das französiche System sowohl militärisch als auch wirtschaftlich zu stärken, schlug er die Schaffung einer internationalen Polizeitruppe des Völkerbundes, sowie eine Wirtschaftsunion der Donaustaaten vor. Litwinow, der sowjetische Außenminister, erkannte sehr schnell, daß sich beide Pläne nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen die Sowjetunion richteten[31]. Es kam daher im Frühjahr 1932 zu einer Verschlechterung der französisch-sowjetischen Beziehungen, die durch die französische Asienpolitik noch ver-

stärkt wurde. Tardieu unterstützte durch einen Handelsvertrag sowie durch eine pro-japanische Pressekampagne Japan in der Mandschurei, um dadurch die Sowjetunion zu einer Konzentrierung ihrer Kräfte in Asien zu zwingen, was automatisch ihre Position in Europa geschwächt hätte[32].

Die antisowjetische Haltung Tardieus wurde nicht nur von außen-, sondern auch von innenpolitischen Faktoren bestimmt. Tardieu führte den Wahlkampf vom Frühjahr 1932 ganz im Zeichen des Antimarxismus, um die Radikalsozialisten von den Sozialisten zu trennen und sie wieder an die gemäßigte Rechte zu binden[33]. Er benutzte die Ermordnung von Präsident Paul Doumer am 6. Mai 1932 durch einen russischen Emigranten als Anlaß für eine heftige antisowjetische Pressekampagne, obgleich der Mörder sich als russischer Faschist bezeichnete[34]. Nach dem Wahlsieg der Linken bemühte er sich erneut, durch eine scharfe antimarixistische Polemik einen Keil zwischen die Sozialisten und Radikalsozialisten zu treiben[35]. Als ihm dies mißlang und es über die Frage der Haltung gegenüber der radikalsozialistischen Regierung zu einer Spaltung der Liberalen kam, strebte er eine Sammlung aller antimarxistischen Kräfte der Rechten an[36]. Der Antikommunismus und die Opposition gegen eine französisch-sowjetische Annäherung dienten ihm dabei als taktische Mittel.

Tardieus antisowjetische Opposition wurde 1933 vom konservativsten Flügel der gemäßigten Rechten und von den Befürwortern eines deutsch-französischen Ausgleichs unterstützt. Beide Gruppen befürchteten eine Ausweitung des Nichtangriffspaktes zu einem formellen Militärbündnis, wie sie von Paul Boncour und Herriot propagiert wurde[37]. Während für den konservativen Flügel der gemässigten Rechten der Antikommunismus, d. h. die Furcht vor den gesellschaftspolitischen Folgen eines französisch-sowjetischen Bündnisses ausschlaggebend war, wurde die Haltung der Anhänger eines deutsch-französischen Ausgleiches von außenpolitischen Überlegungen bestimmt. Sie waren überzeugt, daß ein Bündnis mit der Sowjetunion zu einem Konflikt mit Deutschland führen würde, in dem Frankreich nicht auf die Hilfe der antisowjetischen Mächte zählen könnte. Georges Suarez, der wie Laval während des II. Weltkrieges mit Deutschland kollaborierte, ohne im eigentlichen Sinne Faschist zu werden, begründete diese Annahme mit macht- und gesellschaftspolitischen Argumenten[38].

Eine französisch-sowjetische Allianz, so argumentierte er, trägt sowohl den Keim internationaler Verwicklungen als auch revolutionärer Gefahren in sich. Die Allianz mit dem zaristischen Rußland hat Frankreich Sarajewo, Tannenberg und Brest-Litowsk gebracht. Eine Allianz mit der Sowjetunion würde zu den gleichen Ergebnissen führen, denn das heutige Rußland ist im Grunde genommen

mit dem alten Rußland identisch: "On peut transformer les apparences d'un peuple; on n'en transforme pas le fond; l'espèce si nombreuse d'officiers russes qui, en 1917, déchiraient eux-mêmes leurs galons pour se concilier l'indulgence de leurs soldats en révolte ne s'est pas éteinte avec l'avènement du bolchevisme"[39]. Die Gefahr eines neuen Verrats besteht deshalb noch immer. Die sozialistische Fassade des neuen Regimes kann über seine Ähnlichkeit mit dem alten Rußland nicht hinwegtäuschen, denn Militärparaden, Wirtschaftspläne und politische Verfolgungen hat es auch schon unter dem Zaren gegeben[40].

Auf Grund dieser typisch konservativen Argumentation, die von der Existenz eines "ewigen" Rußlands und damit eines unwandelbaren russischen Nationalcharakters ausgeht, kam Suarez zu dem Schluß: "Nous ne reprochons pas à la Russie d'être demeurée asiatique dans ses moeurs politiques comme dans la psychologie docile de ses foules. Mais qu'après l'expérience d'une alliance qui a coûté si cher à notre pays dans tous les domaines, un personnage qualifié n'attende pas que l'oubli soit venu pour nous proposer de recommencer c'est un peu vif"[41].

Das entscheidende Hindernis für einen französisch-sowjetischen Pakt sah Suarez jedoch nicht in der historischen Kontinuität zwischen dem alten und dem neuen Rußland, sondern im revolutionären Charakter der sowjetischen Außenpolitik. Infolge der Identität der sowjetischen Regierung mit der Führungspitze der III. Internationalen bildete nach seiner Auffassung die Weltrevolution nach wie vor das oberste Ziel der sowjetischen Politik. Daraus ergab sich für ihn die Frage, ob Frankreich um nationaler Vorteile willen das Risiko eines Bürgerkrieges eingehen sollte. "Les communistes appartiennent à la Troisième Internationale qui a son siège à Moscou. Ils acceptent ses ordres et en reçoivent des subsides. Le gouvernement soviétique ... est en fait dirigé par le parti communiste russe qui est à la tête de cette Troisième Internationale. Donc les mêmes hommes qui sont au gouvernement ont dans leurs mains un instrument puissant de révolution mondiale"[42]. Ein Bündnis mit der Sowjetunion bedeutet deshalb ein Bündnis mit der Weltrevolution, die sich gegen die in Frankreich herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung richtet. Die Gefahren, die sich daraus für Frankreich ergeben, sind weit größer als die machtpolitischen Vorteile gegenüber Deutschland.

Ferner glaubte Suarez wie Bernus, daß ein deutsch-sowjetisches Bündnis gegen Frankreich und die von ihm garantierte europäische Ordnung keineswegs ausgeschlossen sei. Als Begründung führte er an: Deutschland und Rußland durchleben beide eine revolutionäre Krise, beide haben trotz unterschiedlicher

Ideologien ähnliche Herrschaftssysteme, beide sind an einer Revision der bestehenden Verträge interessiert und beide sind, wenn auch auf unterschiedliche Weise, antisemitisch. "Vaincues toutes les deux par la guerre, en révolte toutes les deux contre les traités, en révolution toutes les deux contre l'état social existant, Allemagne et Russie doivent logiquement se tendre la main. Mais pour les mêmes raisons, il n'est pas moins logique que nous leur refusions la nôtre tant que nous n'aurons, pour nous protéger contre les surprises possibles, que des garanties aussi fragiles que celles du pacte franco-soviétique"[43].

Als Alternative zum französisch-sowjetischen Pakt schlug Suarez wie Laval und le Matin eine deutsch-französische Annäherung vor[44]. Er begründete seinen Vorschlag mit den veränderten europäischen Machtverhältnissen seit der erfolgreichen deutschen Aufrüstung. Da heute Frankreich nicht mehr in der Lage ist, Deutschland zur Einhaltung der Verträge zu zwingen, ist ein neuer Konflikt zwischen beiden Nationen unvermeidlich, wenn sie sich nicht vorher über eine Revision der Verträge einigen. Gewiß stellt die Revision eine Gefahr dar, "mais si nous ne revisons pas les traités, d'autres les reviseront pour nous, et encore une fois, nous aurons sacrifié ce qui nous reste sans compensations"[45].

Großbritannien und Polen dürfen Frankreich nicht an einer direkten Verständigung mit Deutschland hindern, denn beide Nationen haben in der Vergangenheit selbst stets dann die direkte Verständigung mit Deutschland gesucht, wenn dies ihren nationalen Interessen entsprach. "Pourquoi sacrifions-nous les avantages d'une entrevue à deux à une solidarité éventuelle avec l'Angleterre qui n'apparait jamais. Si nous ne devons compter sur M. Macdonald que dans la faible mesure où nous l'avons vu opérer dans le passé, il vaut mieux se tourner vers les Allemands et traiter avec eux de nos affaires, sans intermédiaires"[46].

Hinzu kommt, daß sich Großbritannien vom Kontinent zurückgezogen hat und sich nur noch für die Interessen seines Imperiums interessiert. "Elle ne regarde plus de son côté (des Kontinents) que pour emêcher l'hégémonie de la France, en favorisant le redressement de l'Allemagne, quitte à jouer le jeu inverse si l'Allemagne devenait trop puissante"[47]. Für den Fall, daß Deutschland zu übermächtig würde, kann Frankreich jedoch nicht mehr auf Großbritannien zählen, denn dessen Kräfte sind seit dem letzten Weltkrieg stark erschlafft. "Son système fonctionne mal. Son outillage est arriéré, ses méthodes industrielles sont archaiques"[48]. Ohne sein Imperium wäre Großbritannien schon längst zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Die Abhängigkeit von seinem Imperium schwächt aber seinen eigenen Lebenswillen und seine internationale Autorität entscheidend. "Londres naguère était une capitale politique. Elle n'est plus

que le siège économique d'une fédération de producteurs et de consommateurs"[49].

Weder Deutschland noch Frankreich haben ein permanentes Interesse an der Begünstigung der britischen Gleichgewichtspolitik, die in Wirklichkeit eine "politique de division" ist. Deutschland bedient sich zwar heute noch der britischen Hilfe, um sich von den Fesseln des Versailler Vertrages zu befreien, aber sobald Deutschland und Großbritannien erneut auf den Weltmärkten und Weltmeeren miteinander rivalisieren, "c'est la France qui devra nécessairement être l'arbitre entre les deux pays". Weil Frankreich heute schwach ist, darf es sich nicht die Möglichkeit nehmen, später diese Schiedsrichterrole zu spielen[50].

Ein deutsch-französischer Ausgleich darf ebenfalls nicht an Polen scheitern. Erstens hat Polen wiederholt erklärt, daß es eine gerechtere Regelung der Danziger Frage anstrebt und zweitens wäre es verhängnisvoll zu glauben, Polen stelle in Osteuropa eine Garantie für die Sicherheit und den Frieden dar. "C'est le pays du désordre et de l'arbitraire à la fois. Il est resté ce qu'il était au temps du liberum veto"[51]. Frankreich kann im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes auf Polen ebensowenig zählen wie auf Großbritannien oder die Sowjetunion. Es ist daher besser, wenn es sich mit Deutschland über eine Revision der deutsch-polnischen Grenze einigt. Aber Frankreich darf sich auf keinen Fall die Schiedsrichterrolle zwischen Deutschland und Polen aus der Hand nehmen lassen, "car il ne nous reste plus d'autre élément d'échange, de compromis ou d'équilibre que la revision des traités"[52]. Mit anderen Worten, ein deutsch-französischer Ausgleich kann nur auf Kosten Polens erfolgen.

Das Ziel des deutsch-französischen Ausgleiches muß die Schaffung einer deutsch-französischen Interessengemeinschaft auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sein[53]. Suarez sagte nicht, gegen wen sich diese Interessengemeinschaft richten solle, aber aus seinen früheren Ausführungen kann man entnehmen, daß er an Großbritannien und an die Sowjetunion dachte[54]. Seine Artikel während der deutschen Besatzungszeit bestätigen diese Annahme.

Die Anhänger eines deutsch-französischen Ausgleiches wollten die Politik Briands trotz - und nicht wegen - des Nationalsozialismus fortsetzen. Sie waren daher gezwungen, den Nationalsozialismus zu verharmlosen und ihn als eine rein innerdeutsche Angelegenheit darzustellen, die keine Bedeutung für die internationalen Beziehungen hat. Suarez bezeichnete den Nationalsozialismus als eine von ehemaligen Frontkämpfern getragene nationale Erneuerungsbewegung, deren Ziel die moralische Wiedergeburt Deutschlands ist[55]. Sein Führer, Adolf Hitler, hat Deutschland wieder eine Seele gegeben: "il lui a restitué le sentiment de sa dignité dont elle avait peut-être perdu le souvenir dans les affaires de la dé-

faite. Avec lui, c'est une génération d'anciens combattants qui a pris le pouvoir. Elle a délaissé les traditions de l'Allemagne monarchiste pour refaire un peuple neuf"[56].

Suarez war wie die nationalen Konservativen überzeugt, daß der 'katholische Österreicher' Hitler weit weniger gefährlich sei als die 'protestantischen Monarchisten' Hindenburg, Hugenberg und Schleicher. Hitler wolle als ehemaliger Frontkämpfer wie die französischen 'anciens combattants' vor allem den Frieden. Wenn Frankreich sich 1922 mit Mussolini verständigt hätte, dann würde die französisch-italienische Entente seit 12 Jahren existieren. Wenn Frankreich sich früher mit dem Vatikan verständigt hätte, dann wären viele innenpolitische Schwierigkeiten vermieden worden. "Pourquoi perdre du temps avec l'Allemagne, qu'elle s'appelle Hitler, Papen, Brüning ou Müller?"[57]

Trotz der scheinbaren Kontinuität zwischen Briands Außenpolitik und der deutsch-französischen Verständigungskampagne des Jahres 1933 bestehen zwischen beiden sowohl machtpolitische als auch ideologische Unterschiede. Briand war Demokrat, der stets die Absicherung seiner Deutschlandpolitik durch den Völkerbund und die Angelsachsen suchte. Die Anhänger der deutsch-französischen Verständigung von 1933 waren antibritische und antisowjetische Nationalisten, die nicht nur den Kommunismus, sondern auch die liberale Demokratie in ihrer spezifisch französischen Form des 'régime d'assemblée' ablehnten. Lediglich Laval bildete unter ihnen eine Ausnahme, denn er bediente sich des parlamentarischen Instrumentarismus meisterhaft. Aber auch bei ihm lassen sich ab 1935 deutlich antiparlamentarische Züge entdecken, wie sich bei der Behandlung seiner Italienpolitik zeigen wird[58].

Die Gegner des französisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes übten 1933 keinen großen Einfluß auf den außenpolitischen Willensbildungsprozeß der gemäßigten Rechten aus. Die Idee eines deutsch-französischen Ausgleiches war nach der nationalsozialistischen Machtergreifung und besonders nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund höchst unpopulär, und der Antikommunismus spielte vor der Bildung der Volksfront nur eine geringe Rolle im außenpolitischen Denken der gemäßigten Rechten. Erst im Herbst 1934 gelang es Laval, beide Elemente der antisowjetischen Opposition zusammenzufassen und sie vorübergehend seiner Politik nutzbar zu machen.

D) Das europäische Sicherheitssystem

Laval begründete im Sommer 1934 seine Opposition gegen den französisch-sowjetischen Pakt mit dem bekannten Argument der Konservativen, daß die Annähe-

rung an die Sowjetunion Frankreich "die Internationale und die Rote Fahne" bringen werde[59]. Die Bedeutung dieses Argumentes darf nicht überbewertet werden, denn ideologische Überlegungen haben bei Laval stets nur eine untergeordnete Rolle gespielt; sie waren ihm Mittel und Zweck, aber niemals Antriebskräfte seines Handelns. Als er sich 1903 dem linken Flügel der sozialistischen Partei anschloß, geschah dies mehr aus jugendlichem Protest gegen die bestehenden sozialen Zustände als aus politischer Überzeugung. Er war in jener Zeit zwar militanter Sozialist, aber ihn interessierte die soziale Aktion weit mehr als die gesellschaftspolitischen Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels. Er glaubte an die Methoden des Syndikalismus, d.h. an die Möglichkeit, die bürgerliche Gesellschaft durch die Organisation der Arbeiterklasse in eine soziale Gemeinschaft umzuwandeln; aber er lehnte zur Erreichung dieses Zieles den revolutionären Klassenkampf ab[60].

Den Marxisten warf er vor, sie würden um ihrer Doktrinen willen das gegenwärtige Wohl der Arbeiterschaft einer zukünftigen Glückseligkeit opfern. Ihren grandiosen Zukunftsvisionen stellte er in Anlehnung an die Ideen Blanqui's, Fournier's und Sembat's einen sozialen Reformismus gegenüber, der durch praktische Maßnahmen die materielle Lage der unteren Volksschichten bessern wollte[61]. Als Bürgermeister von Aubervilliers, einem Ort in der Pariser Banlieue, bemühte er sich um die Verbesserung der Wohnverhältnisse, der hygienischen und sanitären Anlagen sowie um den Bau von Altersheimen, Grünanlagen usw. Seine lokale Sozialpolitik besaß viele Berührungspunkte mit dem Programm der Sozialisten, dennoch lehnte er eine Zusammenarbeit mit ihnen ab. Die Ideen Léon Blums bezeichnete er als "weltfremden Intellektualismus", der keine Beziehung zur wahren Lage der Arbeiterschaft hat: "Pour être socialiste, il faut d'abord comprendre le peuple. Le juriste Léon Blum le comprendra-t-il jamais? On lui parle prix et salaires. Il répond par des abstractions marxistes. On lui demande de parler aux ouvriers. Il s'exprime en conseiller d'Etat"[62].

Nach der Trennung von den Sozialisten 1920 blieb Laval parteilos, gehörte aber ab 1925 verschiedenen Koalitionsregierungen der bürgerlichen Mitte als Justiz- und Arbeitsminister an. 1930 führte er als Sozialminister Tardieus gegen den heftigen Widerstand des konservativen Unternehmertums die staatliche Sozialversicherung ein, die niemand recht befriedigte, da sie den einen nicht weit genug und den anderen zu weit ging. 1931 bildete er seine erste Regierung aus Vertretern des liberalen und radikalen Lagers (Tardieu, Briand, Maginot, Flandin, Reynaud, Chapedelaine) und versuchte eine vermittelnde Politik zwischen der Rechten und Linken zu treiben. Er verdankte seine Berufung seiner politi-

schen Unabhängigkeit bzw. Bindungslosigkeit, die ihn als geeigneten Kompromißkandidaten für die rechte und die linke Mitte erscheinen ließ.

Die 1928 unter der Parole "Poincaré sauveur du franc et de la France" gewählte Kammer besaß keine eindeutige Mehrheit. Nach dem Rücktritt Poincarés im Sommer 1929 gelang es weder Briand und Tardieu die linke Mitte an die rechte Mitte noch Chautemps und Steeg die rechte Mitte an die linke Mitte zu binden. Nur Laval vermochte vorübergehend beide Flügel der Mitte zu vereinen, da sein innenpolitisches Programm vage genug war, um alle Gruppen der Regierungskoalition zu befriedigen[63].

Laval war zu jener Zeit Senator des Seinedepartements und bezeichnete sich wie sein großes Vorbild Briand als 'unabhängigen Sozialisten'. Seine Sozial- und Wirtschaftspolitik unterschied sich aber in ihren Grundzügen kaum von der der gemäßigten Rechten, weshalb er neben Tardieu und Paul Reynaud zu den führenden Persönlichkeiten des konservativ-liberalen Lagers zählte. Obgleich er sich nicht lange an der Macht behaupten konnte und es ihm auch nicht gelang, sich eine eigene Hausmacht zu schaffen, spielte er 1934 in der 'Union nationale' eine bedeutende Rolle. Er verdankte sie einmal seiner Fähigkeit, zwischen den verschiedenen Richtungen geschickt zu manöverieren und ihre oft widerstreitenden Interessen miteinander zu verbinden, zum anderen seinen guten Beziehungen zur Presse und zu verschiedenen Interessenverbänden[64]. Wie kein anderer beherrschte er alle Tricks und Schliche des parlamentarischen "Kuhhandels" und verstand es meisterhaft, sich der unerschöpflichen Möglichkeiten des französischen Parlamentarismus zu bedienen. Er schloß Kompromisse dort, wo es möglich war und vermied Entscheidungen, wo er auf unüberwindlichen Widerstand stieß. Er führte niemals eine Fronde oder eine bestimmte Richtung an, sondern stellte sich erst an ihre Spitze, wenn er von ihrem Erfolg überzeugt war. So gab er sich den Anschein, die Konzeptionen der jeweiligen Mehrheit zu verwirklichen, was ihm den Vorwurf des politischen Opportunismus einbrachte. Dieser Vorwurf war jedoch in der Außenpolitik unberechtigt, denn Laval verfolgte in Wirklichkeit Zeit seines Lebens mit ständig wechselnden Methoden und Kombinationen das gleiche Ziel: den deutsch-französischen Ausgleich. Er ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß nur eine echte Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich die Sicherheit beider Länder und den Frieden Europas sichern könnte. "Nous serons toujours les voisins de l'Allemagne" äußerte er gegenüber einem engen Mitarbeiter. "Nous sommes placés dans l'aternative de nous entendre avec elle ou de nous heurter tous les vingt ans sur les champs de bataille"[65]. Wie ein roter Faden geht diese Idee durch seine ganze politische Laufbahn. Noch wenige Tage vor seiner Hinrichtung erklärte er kategorisch:

"... il faut que la France et l'Allemagne s'unissent si elles veulent vivre"[66].

Bereits während des I. Weltkrieges setzte sich Laval für einen Kompromißfrieden ein und nahm an der Zimmerwalder Konferenz sowie dem Stockholmer Friedenskongreß teil[67]. 1919 stimmte er gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrages und unterstützte in den folgenden Jahren die Verständigungspolitik Briands[68]. Gemeinsam mit ihm versuchte er 1931 als Ministerpräsident zu einer direkten Verständigung mit Deutschland innerhalb des etablierten Systems zu gelangen. Stimson gegenüber begründete er seine Bemühungen mit den prophetischen Worten: "Si les deux nations ne parviennent pas à bref délai à une entente constructive, une nouvelle catastrophe ravagera l'Europe"[69].

Laval handelte jedoch nicht aus Pazifismus, wie man aus seinen Äußerungen entnehmen könnte. Er war zwar selbst ein überzeugter Antimilitarist und hatte sich im I. Weltkrieg bewußt vor dem Militärdienst gedrückt, aber ein Pazifist war er deshalb nicht. Die eigentlichen Motive seiner "prodeutschen" Haltung müssen in seinem "bäuerlichen" Patriotismus gesucht werden[70].

Laval entstammte dem ländlichen Kleinbürgertum und hatte sich ein unmittelbares Verhältnis zum Volke bewahrt. Die Nation bildete für ihn keine mystische oder ideologische Abstraktion, sondern die historisch gewachsene Einheit ganz konkreter Landschaften, unter denen seine heimatliche Auvergne einen zentralen Platz einnahm. Er sprach deshalb auch niemals von 'la France' oder von 'la Patrie' wie die Konservativen oder integralen Nationalisten, sondern stets ganz persönlich von "mon pays", so wie es die Bauern seiner heimatlichen Auvergne taten. "Mon pays", das war für ihn "die Erde der Väter, das Dorf, die Wiegen und die Gräber, die Vergangenheit, welche die Zukunft in ihrem Schoße hält"[71]. Gewiß finden sich in Laval's Patriotismus Anklänge an den konservativen Nationalismus, aber ihm fehlte völlig dessen Ideologisierung der Nation und des nationalen Interesses[72].

Lavals außenpolitische Konzeptionen wurden daher nicht von den abstrakten Begriffen des konservativen Nationalismus wie 'gloire', 'grandeur', 'vocation nationale' oder 'âme de la France' bestimmt, sondern von den materiellen Interessen und Bedürfnissen der französischen Gesellschaft. Sie dienten in erster Linie der Erhaltung des europäischen Friedens und der französischen Sicherheit, nicht aber der Wahrung des französischen Prestiges und der französischen Großmachtstellung.

Im Interesse des europäischen Friedens war Laval bereits 1931 bereit, Deutschland die militärische Gleichberechtigung zu gewähren, falls Deutschland feierlich den territorialen Status quo anerkennen und ihn gemeinsam mit seinen Nach-

barn im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems garantieren würde[73]. Da er sich der innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten einer Regelung der Rüstungsfrage innerhalb eines Sicherheitssystems bewußt war, plante er, in Etappen vorzugehen[74]. Als erste Etappe war eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich vorgesehen, wie sie bereits Paul Reynaud zu Beginn der zwanziger Jahre vorgeschlagen hatte[75]. Sie sollte die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch bewahren und die Basis für einen politischen Interessenausgleich schaffen. Außerdem wollte Laval eine kommunistische Machtergreifung in Deutschland verhindern und Brüning gegenüber dem Nationalsozialismus stärken[76]. Er konnte dabei auf die Unterstützung französischer Wirtschaftskreise rechnen, die eine Wirtschaftsentente mit Deutschland wünschten, um die Wirtschaftskrise wirksam bekämpfen zu können[77].

Obgleich die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in Deutschland und Frankreich für Lavals Plan sprachen, scheiterte er an den ungelösten politischen Gegensätzen beider Länder. Brüning konnte aus innerpolitischen Gründen Lavals Angebot eines 500 Millionen Dollarkredites als Gegenleistung für einen feierlichen Verzicht Deutschlands auf weitere Revisionsforderungen nicht annehmen[78]. Unter diesen Umständen mußte Lavals und Briands Besuch in Berlin im September 1931 eine Geste des guten Willens bleiben, die keine der schwebenden Probleme löste[79]. Der von Laval mit den Verhandlungen über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland beauftragte neue französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, der auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit in der Wirtschaft das Vertrauen der französischen Schwerindustrie besaß, bezeichnete nach dem Krieg Lavals Plan als "etwas naiv" und "illusionistisch"[80]. Der britische Botschafter in Paris, Lord Tyrell, sah dagegen in ihm einen realistischen Versuch, das europäische Wirtschafts- und Finanzchaos zu beheben und Deutschland fest an den Westen zu binden[81].

Als zweite Etappe der deutsch-französischen Annäherung plante Laval die Regelung der Reparationsfrage. Er war von der Notwendigkeit einer Endlösung überzeugt, aber auch hier waren ihm aus innerpolitischen Gründen die Hände gebunden. Als Antwort auf Hoovers Vorschlag eines Moratoriums für 1932 bekräftigte er am 26. Juni vor dem französischen Parlament "la permanence du principe des réparations", verhandelte jedoch gleichzeitig mit den interessierten Mächten über eine Einstellung der Reparations- und Schuldenzahlungen[82]. Als Gegenleistung für den französischen Verzicht verlangte er von den USA ein Konsultativ-Abkommen für den Fall eines Bruches des Kellogg-Paktes, um

auf diese Weise die Vereinigten Staaten moralisch an die französische Europapolitik zu binden. Aber sein Besuch in Washington Ende Oktober brachte ihm auch hier eine herbe Enttäuschung.

Hoover lehnte das französische Verlangen als eine "politische Unmöglichkeit" ab und forderte stattdessen von Frankreich praktische Abrüstungsmaßnahmen[83]. Laval wies die amerikanische Forderung scharf zurück, da er wie die gesamte Rechte überzeugt war, daß die Weigerung der USA, sich nach dem I. Weltkrieg in Europa zu engagieren, Frankreich zur Verteidigung seiner militärischen Überlegenheit zwingt. "Vous avec abandonné l'Europe après nous avoir fait prendre des engagements", hielt er den Amerikanern vor. "Et quand nous nous efforçons de maintenir cet équilibre européen, basé sur vos conceptions, c'est vous qui venez nous reprocher vos responsabilités?"[84]

Ohne die amerikanische Rückendeckung war Laval gezwungen, in der Reparationsfrage auf dem traditionellen französischen Standpunkt des "respect des traités" zu beharren. Außerdem war er nicht der Mann, sich über die starken innenpolitischen Widerstände gegen eine Bereinigung der Reparationsfrage hinwegzusetzen. Aus Furcht vor der Presse, dem Parlament und der öffentlichen Meinung widersetzte er sich der deutschen Forderung nach einer Revision des Young-Plans und ließ damit die einmalige Chance ungenutzt, die dominierende finanzielle Stellung Frankreichs für einen deutsch-französischen Ausgleich auszunutzen[85].

Ohne eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage und ohne die Verwirklichung der geplanten wirtschaftlichen Verflechtung war an eine territoriale Revision in Ostmitteleuropa, die Laval als Krönung des deutsch-französischen Ausgleiches anstrebte, nicht zu denken. Er sah sich daher genötigt, ein politisches Moratorium für zehn Jahre zu fordern, während dessen "all talk of revision be temporarily abandoned"[86].

Das Scheitern seiner Deutschlandpolitik im Jahre 1931 entmutigte Laval keineswegs, sondern ließ ihn nach neuen Wegen zur deutsch-französischen Verständigung suchen. Da es Frankreich 1931 trotz seiner militärischen und finanziellen Überlegenheit nicht gelungen war, die schwache Weimarer Republik zur Annahme seiner Bedingungen zu zwingen, hielt er Barthous Politik der Stärke gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland für falsch[87]. Die direkte oder indirekte Erneuerung der französisch-russischen Allianz würde seiner Überzeugung nach zwar die französische Position gegenüber Deutschland stärken, gleichzeitig aber auch die Gefahr eines deutsch-französischen Konfliktes erhöhen: Während Frankreich ein vitales Interesse an der Erhaltung des Friedens

hat, strebt die Sowjetunion nach einer kriegerischen Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches und Gesellschaftssystems. Aus Furcht vor dem Kommunismus könnten sich die konservativen Kräfte Ostmitteleuropas Deutschland anschließen und damit die Konstellation von 1914 erneuern[88]. Allerdings ist diesmal nur mit einer begrenzten Hilfe Großbritanniens zu rechnen, da die Briten noch weniger als 1914 auf den Krieg vorbereitet sind und sich außerdem nicht für französische oder sowjetische Interessen in Ostmitteleuropa schlagen wollen. Vielmehr neigen sie in Verfolgung ihrer klassischen Gleichgewichtspolitik dazu, Deutschland auf Kosten Frankreichs und seiner Verbündeten Konzessionen zu machen. Frankreich muß daher im Falle eines französisch-sowjetischen Bündnisses ständig mit der Möglichkeit eines deutsch-britischen Arrangements rechnen[89].

Die Vorteile einer direkten deutsch-französischen Verständigung lagen dagegen für Laval auf der Hand. Sie würde Frankreich nicht nur die Sicherheit garantieren und ihm erlauben, erheblich seine Rüstungsausgaben zu verringern, sondern auch ein Bündnis mit der Sowjetunion und Großbritannien überflüssig machen[90]. Dadurch erhalte Frankreich die notwendige außenpolitische Entlastung, um seine innere Krise überwinden zu können. Die 'totalitäre' Natur des nationalsozialistischen Regimes dürfe kein Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung bilden, denn sie ändert weder die geopolitischen noch die machtpolitischen Gegebenheiten: "Les régimes se succèdent, les révolutions s'accomplissent, mais la géographie subsiste toujours. Nous seron éternellement les voisins de l'Allemagne. J'ai un idéal, la paix, et si nous ne trouvons pas les moyens d'établir des rapports de bon voisinage avec l'Allemagne, la guerre reviendra périodiquement, comme une fatalité"[91].

Der natürliche Partner Frankreichs für einen partiellen Ausgleich mit Deutschland im Rahmen des etablierten Systems wäre Großbritannien gewesen[92]. Die konservativen Liberalen plädierten deshalb auch ständig für eine enge Zusammenarbeit der beiden westlichen Demokratien. Laval glaubte dagegen, daß ein deutsch-französischer Ausgleich nur unter Ausschluß Großbritanniens möglich sei, weil nur so Berlin die Möglichkeit genommen würde, London gegen Paris ausspielen zu können[93]. Er bemühte sich daher, sowohl eine deutsch-britische Zusammenarbeit als auch ein deutsch-britisch-französisches Dreiecksverhältnis zu verhindern[94].

Laval war wie sein Vorbild Briand überzeugt, daß die machtpolitische Überlegenheit Frankreichs und seiner Verbündeten über Deutschland die Voraussetzung für einen deutsch-französischen Ausgleich bilde[95]. Da er die Entente Cordiale und das französisch-sowjetische Bündnis ablehnte, blieben ihm als potentielle

Bündnispartner nur Italien und die ostmitteleuropäischen Staaten. Im Gegensatz zu Barthou bemühte er sich deshalb intensiv um die Einbeziehung Italiens in das französische System[96]. Gleichzeitig versuchte er jedoch, Großbritannien und die Sowjetunion indirekt an das französische System zu binden, um ein deutsch-britisches oder ein deutsch-sowjetisches Gegenbündnis zu verhindern[97]. Auf diese Weise wollte er Frankreich sowohl innerhalb des erweiterten französischen Systems als auch unter den europäischen Großmächten die führende Position verschaffen, die ihn zum Herrn des diplomatischen Spiels gegenüber Deutschland gemacht hätte.

Die verschiedenen Pakte, Ententen und Freundschaften sollten zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem verbunden werden, das inhaltlich an die Europapläne Briands aus dem Jahre 1931 und in der Form an die Konzeptionen Barthous und Tardieus anknüpfte. Sowohl die osteuropäischen als auch die Donaustaaten sollten nach dem Vorbild des Locarnovertrages untereinander multilaterale Regionalpakte abschließen, die von Frankreich und der Sowjetunion bzw. Frankreich und Italien garantiert werden würden. Falls Deutschland den beiden Regionalpakten nicht beiträte, dann würde Frankreich an seinen bisherigen Bündnissen festhalten und mit deutscher Duldung neue Sicherheitsabkommen mit Großbritannien, Italien und der Sowjetunion abschließen. Diesen Sicherheitsabkommen sollte indessen durch Nichtangriffspakte zwischen Deutschland und seinen Nachbarn die antideutsche Spitze genommen werden, so wie dies der deutsch-polnische Nichtangriffspakt mit dem französisch-polnischen Pakt gemacht hatte[98].

Lavals außenpolitische Konzeption wurde im Herbst 1934 von keiner Gruppe der gemäßigten Rechten geteilt. Wie in der Innenpolitik so war Laval auch in der Außenpolitik ein Außenseiter geblieben. Aber gerade dieser Außenseiterrolle verdankte er seine Berufung zum Nachfolger Barthous nach dessen Ermordnung in Marseille. Wie 1931 erschien er den rivalisierenden Gruppen als der geeignete Kompromißkandidat, den man zu gegebener Zeit durch einen eigenen Vertrauensmann zu ersetzen hoffte. Hinzu kam, daß Laval im Verfassungsstreit eine vermittelnde Haltung zwischen Herriot und Tardieu einnahm und so beiden annehmbar erschien[99]. Außerdem soll Laval von einflußreichen Wirtschaftskreisen unterstützt worden sein. Allerdings gibt es bis heute für diese Behauptung keine konkreten Beweise[100].

Die Berufung Lavals zum Außenminister übertrug den innenpolitischen Kompromiß, auf dem die 'Union nationale' beruhte, auch auf die Außenpolitik. Laval war daher gezwungen, eine Politik zu treiben, die von allen Gruppen der Regierungskoalition toleriert werden konnte. Seine komplizierte und häufig widerspruchs-

volle Diplomatie der Jahre 1934/35 ist nur auf dem Hintergrund ihrer innenpolitischen Abhängigkeit zu verstehen. Sie war dazu bestimmt, ihm durch die Kombination der verschiedenen Sicherheitsmethoden und Allianzen die Unterstützung des Kabinetts, der Regierungsmehrheit und der öffentlichen Meinung für sein Fernziel, den deutsch-französischen Ausgleich, zu sichern und ihm dadurch gleichzeitig den Weg zur Ministerpräsidentschaft zu ebnen[101].

Laval versuchte, sowohl die Unterstützung der Befürworter als auch der Gegner der französisch-sowjetischen Annäherung zu gewinnen, indem er auf die ursprüngliche Idee des Ostpaktes zurückgriff. Ein kollektiver Sicherheitspakt in Osteuropa mußte sowohl die Anhänger des französischen Systems als auch die der Locarnokonzeption befriedigen, wenn er Deutschland jede Möglichkeit einer gewaltsamen Änderung des territorialen Status quo nahm.

Die innenpolitische Situation im Spätherbst 1934 erleichterte Laval wesentlich seine Aufgabe. Durch den erzwungen Rücktritt Doumergues am 8. November verloren die Verfechter der antideutschen Allianzpolitik den dominierenden Einfluß auf die französische Politik[102]. Flandin, Doumergues Nachfolger, war ein überzeugter Anhänger der Entente Cordiale, d.h. der engen Solidarität mit Großbritannien und der angelsächsischen Welt. Er sah in ihr die beste Garantie nicht nur der Sicherheit Frankreichs, sondern auch seiner liberalen Staats- und Gesellschaftsordnung. Großbritannien und Frankreich waren nach seiner Auffassung natürliche Bundesgenossen, weil sie gemeinsam die Nachkriegsordnung geschaffen hatten und es keine Interessengegensätze mehr zwischen ihnen gab: "Comme aucune rivalité d'intérêts ne les séparait plus depuis longtemps... rien ne semblait devoir ni pouvoir les diviser dans l'oeuvre magnifique que le Destin leur assignait"[103]. Ihr gemeinsamer Sieg im Weltkrieg verpflichtete sie zur gemeinsamen Wahrung der Freiheit und des Friedens in der Welt. Aber in Verkennung der wahren Probleme und in Verfolgung seiner egoistischen Sonderinteressen begünstigte Großbritannien in den zwanziger Jahren den Wiederaufstieg Deutschlands und ermöglichte so die Erneuerung der deutschen Militärmacht. Die daraus resultierende Bedrohung des Weltfriedens und der Demokratie, folgerte Flandin, verpflichtet beide Nationen, eine gemeinsame Front zu bilden[104].

Flandin, Präsident der 'Alliance Démocratique' und Fraktionsführer der 'Républicains de Gauche', stützte sich vor allem auf die liberale Mitte. Obgleich sich sein Kabinett fast aus den gleichen Politikern zusammensetzte wie das seines Vorgängers, besaß es auf Grund seiner parlamentarischen Mehrheit mehr den Charakter einer 'Concentration Républicaine', d.h. einer Koalition der

rechten und linken Mitte als einer 'Union nationale', d.h. einer Regierung der nationalen Rechten mit liberaler und radikalsozialistischer Beteiligung[105]. Es wurde deshalb auch von den Radikalsozialisten und der liberalen Presse enthusiastisch begrüßt[106], von der nationalen Rechten dagegen trotz der Beteiligung von Georges Mandel und L. Marin scharf kritisiert[107]. Die scharfe Kritik der nationalen Rechten veranlaßte Flandin, sich gemeinsam mit dem Chefredakteur der sozialpolitisch konservativ eingestellten radikalsozialistischen Tageszeitung La République, Emile Roche, um die Bildung einer "dritten Partei" aus christlichen Demokraten, konservativen Liberalen, Radikalsozialisten, Neosozialisten und konservativ-nationalen Anciens Combattants zu bemühen. Er wollte auf diese Weise alle "sozialen und nationalen" Kräfte Frankreichs in einer breiten Zentrumskoalition sammeln, um einen Zerfall seiner parlamentarischen Mehrheit zu verhindern[108].

Trotz gewisser Erfolge scheiterten Flandins Bemühungen an der alten Unmöglichkeit, dem "Centre" eine organisatorische und elektorale Basis zu verschaffen[109]. Während sich die Regierung weiterhin auf eine heterogene parlamentarische Mehrheit stützte, polarisierten sich die außerparlamentarischen Kräfte im wachsenden Maße auf der Rechten und der Linken. Flandin war daher während seiner Regierungszeit noch weit mehr als sein Vorgänger Doumergue zum Kompromiß mit den widerstreitenden Fraktionen seiner Mehrheit gezwungen und mußte seinem eigenwilligen Außenminister Laval weitgehend die Gestaltung der Außenpolitik überlassen[110].

Laval sicherte sich im November 1934 die Unterstützung der Regierungsmehrheit, indem er vor dem Parlament versprach, die Politik seines Vorgängers fortzusetzen. Er beteuerte seine Treue zum Völkerbund, zum Prinzip der kollektiven Sicherheit, zum französischen System und zum Ostpaktplan. Gleichzeitig versicherte er, es sei nicht beabsichtigt, die Methode der internationalen Zusammenarbeit durch die der bilateralen Beziehungen zu ersetzen, wie sie von Deutschland gefordert wurde. Er beeilte sich jedoch hinzuzufügen, daß sich die französische Politik nicht gegen Deutschland richte und daß Deutschland jederzeit an den geplanten Pakten teilnehmen könne: "L'Allemagne a été invitée et le sera de nouveau, dans les mêmes conditions que les autres pays et au même titre, à participer à ce pacte d'assistance mutuelle où elle est assurée d'obtenir les mêmes garanties que celles qu'elle accordera aux autres pays associés"[111].

Sämtliche Gruppen der gemäßigten Rechten einschließlich der antideutschen Nationalisten waren mit Lavals Grundsatzerklärung einverstanden und sagten ihm

ihre Unterstützung zu[112]. Laval war jedoch bereits fest entschlossen, im Schutze behaupteter Kontinuität den Kurs der französischen Außenpolitik um 180 Grad zu ändern und eine direkte deutsch-französische Verständigung anzustreben.

E) Der Versuch einer deutsch-französischen Verständigung

Die Gelegenheit für einen deutsch-französischen Ausgleich schien günstig, denn Hitler hatte im Oktober und November 1934 wiederholt seine Verständigungsbereitschaft erklärt, und außer den bekannten Forderungen nach Rückkehr des Saarlandes und der Zuerkennung der militärischen Gleichberechtigung keine weiteren Bedingungen gestellt[113]. Laval war bereit, den deutschen Wünschen in der Saarfrage entgegenzukommen, um ein günstiges Klima für deutsch-französische Verhandlungen zu schaffen[114]. Als Bewies seines guten Willens verzichtete er auf alle politischen Vorbedingungen Barthous und konzentrierte sich auf die Wahrung der finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen Frankreichs im Saargebiet[115]. Im Dezember schloß er mit Deutschland ein Wirtschaftsabkommen, das die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder im Saarland nach dessen Rückgliederung an Deutschland regelte[116], und im Januar und Februar, d.h. nach dem deutschen Abstimmungssieg, setzte er sich energisch für eine totale Demilitarisierung des Saargebietes ein[117]. Beides tat er nicht, um auch nach der Rückgliederung der Saar den französischen Einfluß dort noch zu behaupten, sondern um die wirtschaftlichen und militärischen Forderungen der Regierungsparteien zu befriedigen und damit seine innenpolitische Position für die angestrebten deutsch-französischen Rüstungsverhandlungen zu stärken.

Im Gegensatz zur nationalen Rechten hatte sich Laval bereits mit der deutschen Aufrüstung abgefunden. Er wollte sie jedoch wie die konservativen Liberalen (und die Briten) durch internationale Abmachungen unter Kontrolle halten. Er war nur bereit, Deutschland die militärische Gleichberechtigung zuzuerkennen, wenn es sich in ein europäisches Sicherheitssystem integrieren ließ[118]. Er betonte deshalb stets, daß die Verhandlungen über die Annullierung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages nur gleichzeitig mit Verhandlungen über Deutschlands Beitritt zum Ost- und Donaupakt erfolgen könnten[119]. Gleichzeitig ließ er jedoch Berlin wissen, daß er bereit sei, auf den französisch-sowjetischen Pakt zu verzichten, falls Deutschland dem Ostpakt beitreten würde[120].

Aus der Koppelung von Rüstungs- und Sicherheitsfrage wird deutlich, daß Laval nur in der Integration Deutschlands in ein gesamteuropäisches Sicherheits-

system eine ausreichende Garantie des europäischen Friedens sah. Angesichts eines Nachbarn, dessen außen- und militärpolitische Konzeptionen sich ebenso wie seine interne Machtstruktur von einem Tag zum andern ändern konnten, waren nicht papierene Verträge, sondern allein die harten Realitäten der Macht ausschlaggebend. Deutschland würde nur dann die bestehende Ordnung respektieren und seine vertraglichen Verpflichtung einhalten, wenn es dazu durch die realen Machtverhältnisse gezwungen würde.

Militärische Gleichberechtigung bedeutete für Laval keine Abdankung Frankreichs als führende Kontinentalmacht, keine Akzeptierung der deutschen Hegemonie über Ostmitteleuropa, sondern lediglich den Verzicht auf die künstliche Konservierung eines Zustandes, den Frankreich aus eigener Kraft nicht mehr aufrechterhalten konnte. Diese These wird durch seine Bemühungen um die Unterstützung seiner Deutschlandpolitik durch Italien und Großbritannien bestätigt[121)].

Als Deutschland am 16. März die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte, schloß er sich in Stresa mit Großbritannien und Italien zu einer gemeinsamen Front zusammen und versuchte, Deutschland durch eine Demonstration der westlichen Solidarität zum Einlenken zu zwingen[122)]. Laval war im Frühjahr 1934 jedoch nicht bereit, auf seine außenpolitische Konzeption zu verzichten. Am 22. März erklärte er vor der französischen Nationalversammlung, er hoffe, die deutsche Entscheidung habe die deutsch-französische Verständigung nur hinausgezögert, aber nicht endgültig verhindert. "Sie wissen in Deutschland" beteuerte er, "daß niemand mehr als ich entschlossen ist, die notwendige Annäherung zwischen unseren beiden Völkern zu verwirklichen"[123)]. Erst unter dem Druck der Koalitionsparteien entschloß er sich im Mai 1935 zur Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Paktes, der zwei Wochen später durch einen tschechoslowakisch-sowjetischen Pakt ergänzt wurde[124)].

Da es der französischen Diplomatie nicht gelang, daß Mißtrauen der ostmitteleuropäischen Führungseliten gegenüber der Sowjetunion zu zerstreuen, bildeten die neuen Pakte mit den alten Allianzen keine politische Einheit, wie sie Barthou angestrebt hatte. Vielmehr bestanden nun in Ostmitteleuropa zwei "französische Systeme", die miteinander nur indirekt durch Frankreich bzw. die Tschechoslowakei und den Völkerbund verbunden waren.

Die antideutsche Koalition des Frühjahres 1935 war das Produkt der klassischen Gleichgewichtspolitik. Sie entstand als Reaktion auf die deutsche Aufrüstung und verfolgte das Ziel, das gestörte Gleichgewicht zu erneuern. Angesichts der Bedrohung der Nachkriegsordnung durch Deutschland erschien der großen Mehr-

heit der gemäßigten Rechten die Rückkehr zur traditionellen Allianzpolitik logisch und legitim. Beide, sowohl Barthou als auch Laval, haben nach dem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen versucht, die Sowjetunion in das französische Bündnissystem einzubeziehen. Während Barthou jedoch zielstrebig die Bildung einer großen antideutschen Kontinentalkoalition anstrebte, um Deutschland zur Respektierung des Status quo zu zwingen, wollte Laval Deutschland in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem integrieren, dessen Kern nicht der französisch-sowjetische Pakt, sondern die deutsch-französische Verständigung bilden sollte.

Entsprechend diesen unterschiedlichen Fernzielen erhielt der französisch-sowjetische Pakt jeweils eine andere Funktion zugewiesen. In Barthous Konzeption sollte er die Klammer zwischen den antideutschen Allianzen West- und Osteuropas bilden, bei Laval dagegen in erster Linie als diplomatische Waffe gegen die deutsche Ostpolitik dienen. Erst in zweiter Linie betrachtete ihn Laval als eine Rückversicherung für den Fall, daß seine Verständigungsbemühungen mit Deutschland fehlschlügen. Bei den französisch-sowjetischen Bündnisverhandlungen widersetzte er sich deshalb dem sowjetischen Streben nach einer automatischen Beistandspflicht, die Frankreich wider seinen Willen in einen deutsch-sowjetischen Konflikt hätte verwickeln können. Stattdessen suchte er nach einer Vertragsform, die Frankreich die volle sowjetische Unterstützung gegen Deutschland sicherte, aber Frankreichs Beistandspflicht von der vorherigen Zustimmung der Garantiemächte des Locarnovertrages, d. h. Großbritanniens und Italiens, abhängig machte. Außerdem lehnte er das sowjetische Verlangen nach konkreten militärischen Abmachungen ab, die auf Umwegen wieder den Bündnisautomatismus eingeführt hätten[125)].

Der fundamentale Unterschied zwischen Barthous und Lavals Ostpolitik wird ferner in Lavals Bemühungen sichtbar, die polnischen und deutschen Befürchtungen über die aggressive Natur des französisch-sowjetischen Paktes zu zerstreuen. Den Polen erklärte er, der Pakt stünde nicht im Widerspruch zur französisch-sowjetischen Allianz von 1921 und er selbst empfinde nicht die geringsten Sympathien für die Sowjets[126)]. Göring versicherte er, der Pakt richte sich nicht gegen Deutschland sondern diene lediglich der Stabilisierung Osteuropas. Deutschland könne ihm jederzeit beitreten und so seine Friedensliebe praktisch unter Beweis stellen. Falls sich Deutschland aber nicht zum Beitritt entschließen könne, schlage er den Abschluß eines Konsultations- und Nichtangriffspaktes zwischen Frankreich und Deutschland innerhalb eines zu schaffenden europäischen Sicherheitssystems vor[127)].

Laval lehnte jedoch ein bilaterales Arrangement auf Kosten Ostmitteleuropas ab, weil er wie die gesamte gemäßigte Rechte überzeugt war, daß nach einem neuen Sadowa ein neues Sedan folgen werde. "Puisque nous voulons la paix" sagte er Göring, "nous ne pouvons pas la vouloir avec vous seuls; il faut que vous la vouliez aussi avec les autres"[128]. In diesen Worten zeigt sich deutlich der Unterschied zwischen Lavals Verständigungspolitik und der Appeasementpolitik der folgenden Jahre. Laval war 1935 nicht bereit, die Unabhängigkeit Ostmitteleuropas als Preis für eine deutsch-französische Verständigung zu zahlen. Außerdem hätte er dies auch nicht gekonnt, selbst wenn er gewollt hätte, da ihm die große Mehrheit der gemäßigten Rechten und vor allem die Radikalsozialisten nicht gefolgt wären, von denen er innenpolitisch abhing. Trotz der Heterogenität der Regierungsmehrheit und seiner großen Geschicklichkeit, die internen Gegensätze der Koalitionspartner gegeneinander auszuspielen, waren auch ihm in der Außenpolitik Schranken gesetzt. Er konnte zwar durch eine geschickte Taktik seinen außenpolitischen Handlungsspielraum erweitern, aber er vermochte nicht gegen die Grundüberzeugungen der ihn tragenden bzw. tolerierenden Gruppen handeln.

Die Außenpolitik Lavals wurde bis zum Frühjahr 1935 von den Gegnern des französisch-sowjetischen Paktes, der 'Union Nationale des Anciens Combattants' und den konservativen Liberalen unterstützt. Le Jour und le Matin veröffentlichten im Rahmen ihrer antisowjetischen Kampagne Interviews bzw. Erklärungen führender NS-Politiker, in denen diese ihre Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft beteuerten[129]. Jean Goy, der Vorsitzende der UNC, nahm Kontakte zum NS-Kriegsopferversorgungsbund auf und besuchte Hitler in Berlin[130]. Im Petit Journal appellierte er an die Solidarität und den Friedenswillen der ehemaligen Frontkämpfer beider Länder. Er versicherte, die Franzosen seien zwar jederzeit wieder bereit, ihr Vaterland zu verteidigen, aber sie wollten sich nicht in die Streitigkeiten ihrer Nachbarn einmischen[131]. Das hieß mit anderen Worten, daß sich Frankreich in Ostmitteleuropa neutral verhalten werde, solange es nicht selbst unmittelbar angegriffen wird. Der Grund für diese Haltung lag nicht in etwaigen pro-faschistischen Sympathien, sondern in der weitverbreiteten Furcht vor einem neuen deutsch-französischen Konflikt. Viele ehemalige Frontsoldaten glaubten wie Goy, ihn durch eine strikte Neutralität in Osteuropa vermeiden zu können.

Die Gegner des französich-sowjetischen Paktes und die UNC beeinflußten den außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß der gemäßigten Rechten stark, aber ihr direkter Einfluß auf die Regierung Flandin war gering. Laval war daher zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Konzeptionen im Kabinett

fast völlig auf die Schützenhilfe der konservativen Liberalen angewiesen. Diese wünschte im Interesse der wirtschaftlichen Krisenbewältigung einen Modus Vivendi mit Deutschland im Rahmen des etablierten Systems und unterstützten deshalb Lavals Bemühungen um einen partiellen deutsch-französischen Interessenausgleich.

Flandin billigte Lavals Haltung in der Saarfrage, bestand jedoch auf einem wirksamen Schutz der politischen und religiösen Minderheiten im Falle eines deutschen Abstimmungssieges. Im Gegensatz zu Laval betrachtete er die Behandlung der antifaschistischen bzw. pro-französischen Gruppen durch Deutschland als Prüfstein für die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung[132]. An diesem Detail wird der fundamentale Unterschied zwischen der Deutschlandpolitik Flandins und Lavals sichtbar: Flandin war zu einem deutsch-französischen Ausgleich nur bereit, wenn gewisse liberale Prinzipien gewahrt blieben, auf denen die internationale Ordnung beruhte. Laval dagegen wünschte den deutsch-französischen Ausgleich um jeden Preis, weil es ihm nicht um Prinzipien sondern lediglich um das rein machtpoltisch verstandene französische Nationalinteresse ging.

Der prinzipielle Unterschied zwischen Laval und Flandin, zwischen den 'nationalen Realpolitikern' und den konservativen Liberalen, zeigt sich auch in der Abrüstungsfrage. Beide strebten eine vertragliche Regelung der deutschen Aufrüstung an: Laval, weil er in ihr die einzige Möglichkeit sah, das militärische Gleichgewicht in Europa auf einer neuen Ebene zu wahren; Flandin, weil er ein ruinöses und gefährliches Wettrüsten vermeiden wollte. Beide verlangten jedoch als deutsche Gegenleistung für Zugeständnisse in der Rüstungsfrage materielle Garantien für die europäische Sicherheit: Laval den Beitritt Deutschlands zu den geplanten Regionalpakten im Donauraum und in Osteuropa; Flandin die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, den Verzicht auf die gewaltsame Revision des territorialen Status quo und die Bindung Großbritanniens an die neue Ordnung[133].

F) Die Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Pakts

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland machte die Bemühungen um ein generelles Rüstungsabkommen gegenstandslos und versetzte dadurch den Hoffnungen auf einen deutsch-französischen Interessenausgleich einen harten Schlag. Die konservativen Liberalen, die zwar prinzipiell stets eine französisch-sowjetische Zusammenarbeit befürwortet hatten, aber dem Abschluß eines französisch-sowjetischen Paktes reserviert gegenüberstanden, um

ein Arrangement mit Deutschland nicht unmöglich zu machen, befürworteten nun eine rasche Unterzeichnung des Bündnisses[134]. Auch notorische Gegner der Sowjetunion wie Louis Marin und Pierre Bernus forderten jetzt die französisch-sowjetische Allianz gegen den 'Pangermanismus'[135].

Die Befürworter des französisch-sowjetischen Paktes waren überzeugt, daß die Sowjetunion in einem militärischen Konflikt zwischen den Westmächten und Deutschland eine kriegsentscheidende Rolle spielen würde: Die Konservativen, weil die Rote Armee sie beeindruckt[136]; die Liberalen, weil sie das sowjetische Wirtschaftspotential hoch einschätzten[137]. Beide Gruppen wollten jedoch 1935 nicht die französisch-russische Vorkriegsallianz erneuern, sondern lediglich die Sowjetunion endgültig von Deutschland trennen[138]. Sie glaubten, daß Frankreich und seine Verbündeten in der Lage seien, Deutschland zur Einhaltung des Status quo zu zwingen, wenn es nicht von der Sowjetunion unterstützt würde[139]. Sie wandten sich daher scharf gegen die Verfechter der ursprünglichen Konzeption des französischen Systems, die wie Tardieu die europäische Ordnung sowohl gegen Deutschland als auch gegen die Sowjetunion verteidigen wollten: "Je m'explique à la rigueur le raisonnement des partisans de l'entente avec l'Allemagne au prix de tout ce qu'elle convoite" schrieb Henri de Kerillis. "Mais je reste effaré devant ceux qui envisagent la possibilité de résister à la fois à l'Allemagne et à la Russie géants de l'Europe moderne, d'être brouillés avec l'une et l'autre, devant le danger que l'une et l'autre se coalisent un jour contre nous"[140].

Die Einsicht in die machtpolitischen Notwendigkeiten des internationalen Systems veranlaßte im Mai 1935 die große Mehrheit der gemäßigten Rechten, ihr traditionelles Vorurteil gegen die Sowjetunion aufzugeben und sich mit ihr gegen Deutschland zu verbünden. Sie mußte dabei ihre innenpolitischen Überzeugungen, namentlich den Antikommunismus strikt von ihren außenpolitischen Konzeptionen trennen, denn beide ließen sich nicht mehr miteinander vereinbaren. Die Erklärung Stalins, daß er Frankreichs Verteidigungspolitik billige[141], erleichterte ihr die Zustimmung wesentlich, denn sie zwang die französischen Kommunisten, ihre bisherige Feindschaft gegen die französische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik aufzugeben[142]. Gleichzeitig nahm sie jedoch der gemäßigten Rechten eine ihrer wertvollsten Propagandawaffen, denn von nun an wurde es wesentlich schwieriger, die Kommunisten als die Inkarnation des "Anti-France" zu verketzern[143].

Eine unbeugsame Minderheit von integralen Antikommunisten verweigerte daher ihre Zustimmung zum französisch-sowjetischen Pakt. Angesichts der "kommunistischen Bedrohung" im Inneren zog sie eine Verständigung mit Deutschland einem

antideutschen Bündnis mit der Sowjetunion vor. "L'Allemagne n'est pas ce peuple de brutes sanguinaires que l'on dit", verkündete Louis Bertrand, ein konservatives Mitglied der Académie française. "Au milieu de l'hypocrisie générale, sa franchise surprend et scandalise... Ah! plutôt Allemand que Russe, plutôt Hitlérien que Bolcheviste! Je le dis tout haut, je suis Hitlérien"[144].

Was Bertrand offen aussprach, dachten viele Antikommunisten heimlich. Der Matin entfaltete im Sommer 1935 eine heftige Polemik gegen die Sowjetunion, den Weltbolschewismus und die Volksfront[145]. Der Jour, der zunächst die Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Paktes aus Protest gegen die deutsche Aufrüstung begrüßte, schloß sich dem antikommunistischen Kreuzzug des Matin an, als am 14. Juli 1935 Kommunisten, Sozialisten und Radikalsozialisten in den Straßen von Paris gemeinsam demonstrierten und damit die Hoffnung auf eine breite Front aller 'nationalen', d.h. antikommunistischen Kräfte zerstörten[146].

Auf diese Weise entstand im Sommer 1935 eine antikommunistisch-nationalistische Rechte, die im Inneren eine autoritäre Verfassungsreform und in der internationalen Politik eine Erneuerung des Viererpaktes der antikommunistischen Mächte forderte. Da sie die gleiche soziale Basis wie die gemäßigte Rechte besaß, aus der sie hervorging, und da sie mit dieser weiterhin informell verflochten blieb, muß sie bis 1936 noch mit zur gemäßigten Rechten gezählt werden.

Die Hinwendung der gemäßigten Rechten zur Sowjetunion beruhte auf einer Reihe von Faktoren, von denen die wichtigsten die äußere Bedrohung durch Deutschland und die Machtausübung im Inneren waren. Angesichts der Herausforderung durch das nationalsozialistische Deutschland reagierte die große Mehrheit der gemäßigten Rechten mit dem Reflex des klassischen Nationalismus, d.h. dem Verlangen nach zusätzlichen militärischen Sicherheitsgarantien. Sie akzeptierte das sowjetische Bündnis, weil sie glaubte, mit Hilfe der Radikalsozialisten eventuelle negative Rückwirkungen auf die französische Innenpolitik neutralisieren zu können.

Als im Mai 1935 das Bündnis mit den Radikalsozialisten über finanzpolitische Probleme zerbrach, änderte auch ein großer Teil der gemäßigten Rechten seine Einstellung zum französisch-sowjetischen Pakt. Je enger sich die Radikalsozialisten mit der sozialistisch-kommunistischen Linken zusammenschlossen, umso stärker wurden innerhalb der gemäßigten Rechten die Bedenken gegenüber einer französisch-sowjetischen Zusammenarbeit. Solange die innerpolitische Entscheidung noch nicht gefallen war, blieben die Dinge in der Schwebe. Erst

nach dem Sieg der Volksfront, der Streikwelle des Sommers 1936 und dem Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges wendete sich die Mehrheit der gemässigten Rechten innerlich von der Sowjetunion ab und suchte einen Modus Vivendi mit Deutschland.

Die Korrelation zwischen Antikommunismus, innenpolitischer Lage und außenpolitischer Haltung ist somit nicht zu leugnen. Eine eindeutige Kausalität läßt sich jedoch nicht aus ihr ableiten, da andere Faktoren ebenfalls zum außenpolitischen Revirement eines großen Teils der gemäßigten Rechten beitrugen. Wohl der wichtigste unter ihnen war der Äthiopienkonflikt und seine Auswirkungen auf die internationale Stellung Frankreichs.

SIEBENTES KAPITEL

Die Westorientierung

Parallel zur Annäherung an die Sowjetunion bemühte sich Frankreich in den Jahren 1934/36 um eine Annäherung an Italien und an Großbritannien. Beide Mächte waren durch die Friedensverträge und ihre Mitgliedschaft im Völkerbund rechtlich und moralisch zur Wahrung der europäischen Ordnung verpflichtet, und beide Mächte hatten im Locarnovertrag die Garantie des territorialen Status quo in Westeuropa einschließlich der entmilitarisierten Rheinlandzone übernommen. Beide hatten sich jedoch, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, nach 1919 nicht dem französischen System angeschlossen, sondern verfolgten ihre eigene Deutschland- und Europapolitik. Erst die forcierte Revisionspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands änderte ihre Einstellung zum europäischen Sicherheitsproblem und damit zum französischen System.

A) Die französisch-italienischen Beziehungen

Seit dem italienischen Auszug aus der Versailler Friedenskonferenz[1] waren die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien gespannt. Dies lag einmal an den territorialen Revisionsforderungen Italiens in Südosteuropa und im Mittelmeerraum zum anderen am ideologischen Gegensatz zwischen dem Faschismus und der französischen Demokratie. Die Ansprüche Italiens auf Dalmatien, die adriatischen Inseln und Tunesien, seine Unterstützung des ungarischen Revisionismus und kroatischen Separatismus sowie seine Festsetzung in Albanien machten eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Italien unmöglich[2]. Mussolinis Ablehnung des Völkerbundes, der Kollektiven Sicherheit sowie der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, seine verbalen Angriffe auf die Nachkriegsordnung und sein Antiliberalismus verstärkten noch die machtpolitischen Gegensätze beider Länder[3].

Der italienisch-französische Gegensatz verschärfte sich zu Beginn der dreißiger Jahre, als sich Mussolini offen zum Revisionismus bekannte und die universale Mission des Faschismus verkündete[4]. Als Garant der europäischen Ordnung und Protektor der Kleinen Entente konnte das demokratische Frankreich sich nicht mit dem faschistischen Italien verbünden, wenn es nicht seinen politischen und moralischen Einfluß in Ostmitteleuropa und im Mittelmeerraum einbüßen wollte.

Auf Grund seiner geographischen Position, seinem Militärpotential und seiner ideologischen Anziehungskraft bildete Italien einen wichtigen Faktor der euro-

päischen Politik. Zwischen 1933 und 1936, d.h. in den entscheidenden Jahren der Zwischenkriegszeit, nahm es infolge der Verlagerung der europäischen Machtverhältnisse eine diplomatische Schlüsselstellung ein, die völlig disproportioniert mit seiner realen Macht war. In diesem Zeitraum hing es zu einem erheblichen Teil von der italienischen Haltung ab, zu wessen Gunsten sich das europäische Kräfteverhältnis verschieben würde. Nur Italien war in dieser Zeit aus geographischen und militärischen Gründen in der Lage, die Unabhängigkeit Österreichs zu garantieren, und nur Italien konnte Frankreich im Falle einer Remilitarisierung des Rheinlandes militärisch wirksam unterstützen.

a) Der Viererpakt

Mussolini versuchte 1933, die italienische Schlüsselstellung durch einen 'Viererpakt' der europäischen Großmächte zu institutionalisieren. Sein Plan zielte auf die Bildung eines Direktoriums der nichtkommunistischen Großmächte Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien ab, das unabhängig vom Völkerbund die europäische Ordnung garantieren und wenn nötig im Interesse des Friedens revidieren sollte[5].

Eine Annahme des italienischen Plans hätte nicht nur der Kollektiven Sicherheit einen schweren Schlag versetzt, sondern auch die Grundlagen des französischen Systems zerstört, da die von Mussolini befürworteten Grenzrevisionen nur auf Kosten der ostmitteleuropäischen Verbündeten Frankreichs erfolgen konnten. Der Viererpakt bedrohte daher direkt den französischen Einfluß im Völkerbund, im Donauraum und auf dem Balkan und indirekt im Mittelmeer, im Nahen Osten und in Nordafrika. Außerdem verletzte er die Prinzipien, auf denen die Nachkriegsordnung beruhte. Er wurde deshalb fast von der gesamten gemäßigten Rechten abgelehnt.

Paul Reynaud bezeichnete ihn als eine Gefahr für die französische Sicherheit[6] und Franklin-Bouillon als einen Anschlag auf Frankreichs Verbündete[7]. Ybarnégaray äußerte die Befürchtung, daß der vorgeschlagene Pakt die ostmitteleuropäischen Staaten in die Arme Deutschlands treiben würde und warnte vor den Folgen für die europäische Ordnung: "Prenez garde que ces peuples ne s'éloignent de nous... Prenez garde que vous ne facilitez les manoeuvres de ceux qui nous guettent et qui ne guettent que cette minute pour les éloigner de nous et pour nous isoler... Je crois néfastes tous ces pactes troubles, ces essais de règlements d'avance qui ne règlent rien"[8].

Die Vertreter der britischen Ausgleichspolitik wie Flandin und die konservativen Liberalen kritisierten gleichfalls den italienischen Paktvorschlag, forder-

ten jedoch mit Rücksicht auf Großbritannien ernsthafte Verhandlungen mit den Großmächten, um seinen eventuellen Wert für die Festigung der europäischen Ordnung zu prüfen[9]. Sie wollten dem Pakt durch seine Anpassung an die bestehenden Verträge und Bündnisse seine Gefährlichkeit nehmen und ihn zu einem Instrument des europäischen Ausgleiches machen[10].

Lediglich die Verfechter einer französisch-italienischen Allianz wie de Monzie und de Jouvenel sowie die Anhänger einer direkten deutsch-französischen Verständigung, wie Pierre Laval, begrüßten den italienischen Plan als einen konkreten Vorschlag zur Reorganisation der europäischen Sicherheit[11]. Georges Suarez bezeichnete ihn als "un élément de transaction, et par conséquent, de détente" mit Deutschland, der Frankreich aus der einseitigen Abhängigkeit von Großbritannien befreien und ihm dadurch die Möglichkeit für eine selbständige Deutschlandpolitik geben könnte[12].

b) Die französisch-italienische Annäherung

Die Verwässerung des Viererpaktes durch die französische Diplomatie veranlaßte Mussolini im Frühjahr 1934, sich Deutschland direkt zu näheren, um das französische System unter Druck zu setzen. Der nationalsozialistische Putschversuch in Österreich durchkreuzte indessen seine Pläne und zwang ihn vorzeitig zur Verteidigung des Status quo an der Donau. Eine Handvoll österreichischer Putschisten hatte genügt, um aller Welt die Schwäche der italienischen Position zu demonstrieren.

Die Ereignisse in Österreich weckten in der gemäßigten Rechten die Hoffnung, Italien an die französische Sicherheitspolitik binden zu können. Bereits im Mai hatte Barthou von der Möglichkeit gesprochen, daß auch Frankreich und Italien in einer "herzlichen, loyalen und endgültigen Entente" zusammenarbeiten könnten[13]. Durch direkte Verhandlungen mit Mussolini wollte er die französisch-italienischen Meinungsverschiedenheiten ausräumen und Italien vertraglich an seine geplante antideutsche Allianz anschließen. Er war jedoch nicht bereit, die italienische Unterstützung durch substanzielle Konzessionen im Mittelmeer oder in Europa zu erkaufen, denn er besaß nur geringes Vertrauen in die militärische Leistungsfähigkeit und politische Zuverlässigkeit Italiens[14]. Zu keiner Zeit dachte er daran, Italien an Stelle der Sowjetunion zum Hauptverbündeten Frankreichs zu machen und ordnete deshalb seine Italienpolitik konsequent seiner Kontinentalpolitik unter[15].

Die Annäherung an Italien löste innerhalb der gemäßigten Rechten eine lebhafte Diskussion aus, die in vielerlei Hinsicht der Debatte des französisch-sowjeti-

schen Paktes glich. Auch in ihr spielten neben rein machtpolitischen Überlegungen ideologische, sozio-ökonomische und innenpolitische Faktoren eine große Rolle, denn der Faschismus bildete wie der Kommunismus auch ein innerfranzösisches Problem. Die Stellungnahme für oder gegen das faschistische Italien war eng mit der Haltung zum Faschismus bzw. zum Kommunismus verbunden. Ideologie und politisches Interesse traten hierdurch in einen echten Interessenkonflikt, der von den einzelnen Gruppen auf sehr unterschiedliche Weise gelöst wurde. Dabei spielte das Italienbild, das sich die einzelnen Gruppen machten, eine entscheidende Rolle.

c) Das Italienbild

Die nationale und katholische Rechte betonte im allgemeinen den 'lateinischen', d.h. romanischen und katholischen Charakter Italiens und wies auf die enge kulturelle und religiöse Verbundenheit beider Nationen hin. In der Beurteilung des faschistischen Regimes, seiner Ideologie und seiner politischen Praxis, gingen die Meinungen jedoch weit auseinander.

Die nationalen Konservativen betrachteten den Faschismus als ein typisches Produkt des "lateinischen Genies", der auf den altrömischen Tugenden des Glaubens, der Treue und des Gehorsams beruht. Er ist weder antisemitisch noch antichristlich wie der Nationalsozialismus noch kollektivistisch wie der Bolschewismus. Als Erbe des römischen und päpstlichen Philosemitismus beschützt er die Juden und räumt ihnen die gleichen Rechte ein wie den christlichen Staatsbürgern[16]. Seine Verherrlichung der lateinischen Rasse hat nichts mit dem deutschen Rasismus zu tun, da der faschistische Rasse- und Nationalbegriff rein politisch-kultureller Art ist.

Die assimilierten Juden gehören ebensogut zur lateinischen Rasse wie alle anderen assimilierten Volks- und Religionsgruppen, die sich im Laufe der Jahrtausende auf der italienischen Halbinsel angesiedelt haben. Entscheidend für die Zugehörigkeit zur italienischen Nation ist nicht die ethnische Herkunft sondern das Bekenntnis zu den faschistischen Idealen der Disziplin, der Ordnung, des Gehorsams, des Glaubens, der Pflichterfüllung und der sozialen Verantwortung[17].

Das nationalkonservative Bürgertum zeigte sich besonders von der faschistischen Jugenderziehung beeindruckt. Blandine Ollivier berichtete nach einer Informationsreise durch Italien begeistert von den Methoden und Erfolgen der faschistischen Erziehung und empfahl ihre Übernahme durch Frankreich. "Une race belle et forte grandit dans le culte aristocratique des corps et du soleil",

schrieb sie im Echo de Paris, "dans l'exaltation physique de l'instinct et du jeu, ces forces vives qui produisent des hommes"[18]. Das Ziel der faschistischen Jugenderziehung ist eine "schöne und robuste Rasse", die zum Träger der erneuerten lateinischen Zivilisation wird. Der Sport dient dem Regime dabei als wichtigstes Erziehungsmittel: "Le sport est une introduction à la vie intégrale du fascisme, la génération qui se lève trouve dans cette hygiène, dans cette gymnastique son idéal de vie. Elle se jette avec bonheur dans l'action. Les affaires, l'argent, ne sont plus au point culminant de ses préoccupations. Elle se détache des joies incertaines de la liberté, des critique stériles et des facilités démodées de la démocratie"[19].

François Mauriac verglich die "Vitalität" der italienischen Jugend mit der "Trostlosigkeit" der französischen Jugend und forderte eine "nationale" und "sportliche" Erziehung[20]. Seine Forderung wurde nicht nur von den nationalen Konservativen sondern auch von den nationalen Liberalen wie z.B. Paul Reynaud unterstützt[21].

Die nationalen Konservativen bewunderten Mussolini und sein "nationales Aufbauwerk", kritisierten jedoch seine Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Henri de Kerillis, wohl der größte Bewunderer Mussolinis jener Zeit, verherrlichte den italienischen Diktator als den "größten Staatsmann der Gegenwart", der durch seinen Charme, seine Intelligenz und "la sensation d'un pouvoir fluidique impossible à définir" besticht. Er hat Italien vor dem Kommunismus und der Anarchie gerettet und das italienische Volk moralisch erneuert[22].

Dabei mußte er allerdings zweifelhafte Methoden anwenden, die eine schwere Hypothek für die Zukunft darstellen: Sein Appell an das italienische Nationalgefühl ist notwendig, um die nationale Einheit zu festigen, aber es kann auch gefährlich für den Frieden Europas werden, da es unkontrollierbare Gefühle weckt. Um den Kommunismus zu schlagen, mußte Mussolini die bürgerlichen Freiheiten abschaffen und eine aktive Sozialpolitik treiben. Die unvermeidlichen Folgen sind die Allmacht des Staates und der Staatskorporatismus: Die Allmacht des Staates erstickt die freie Entfaltung des Geistes und des Individuums; der Staatskorporatismus vernichtet das freie Unternehmertum und führt früher oder später zum Sozialismus. "Au bout du fascisme, on peut craindre que n'apparaisse la dictature ouvrière. D'ailleurs, quand le patronat aura disparu - et il disparait - Mussolini ou son successeur ne se trouvera-t-il pas, devant leurs syndicats, exactement dans la position de Staline devant ses Soviets?"[23]

Die nationalen Konservativen lobten trotz ihrer Kritik der faschistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik die materiellen Erfolge des Regimes und berichteten

in ihrer Presse ausführlich darüber[24]. Die Einweihung einer Autobahn, eines Elektrizitätswerkes, eines Tunnels oder einer Brücke waren keine banalen Ereignisse des wirtschaftlichen Lebens sondern Siege des faschistischen Leistungswillens über die widerstrebende Natur. Dadurch sollte sowohl die Überlegenheit des Faschismus über die parlamentarische Demokratie als auch die Leistungsfähigkeit des modernen Italiens bewiesen werden. Denn nur wenn es gelang, die französische Öffentlichkeit von der Kraft und Stärke des faschistischen Italiens zu überzeugen, konnte sie für eine französisch-italienische Allianz gewonnen werden[25].

Die konservativen Katholiken teilten nicht die Bewunderung der nationalen Konservativen für den Faschismus sondern kritisierten seine "heidnische" und "materialistische" Grundlage und seine antireligiöse Praxis. Sie sahen im Faschismus eine Synthese der Lehren von Hegel, Nietzsche, Sorel und Marx, die sich wie der Nationalsozialismus gegen das Christentum richtet. Dies zeigte sich ihrer Meinung nach deutlich in der staatlichen Jugenderziehung, die systematisch den religiösen Einfluß bekämpfte. Wenngleich die Lateranverträge von 1929 den Religionsunterricht auch in den höheren Schulen einführten, so bleibt doch die politische und sportliche Erziehung ganz der faschistischen "Balilla" vorbehalten. Das staatliche Erziehungsmonopol schränkte nach katholischer Auffassung in unzulässiger Weise die Religionsfreiheit ein und gefährdete die christliche Erziehung der italienischen Jugend. Die konservativen Katholiken unterstützten deshalb die Forderung ihrer italienischen Brüder nach 'freien', d.h. katholischen Privatschulen und Jugendverbänden[26].

Die konservativen Katholiken bewunderten trotz ihrer religiösen Vorbehalte wie die nationalen Konservativen das 'nationale' Aufbauwerk Mussolinis. Er hatte nach ihrer Meinung Italien vor dem moralischen Zerfall gerettet und ihm eine "neue Seele" gegeben. Wenn heute das italienische Volk voller Zuvertrauen in die Zukunft blicke, so sei dies das Verdienst Mussolinis. Die von ihm angewandten autoritären Methoden seien jedoch zu verurteilen, denn sie ersticken die menschliche Freiheit und verletzen die Menschenwürde. "Wenn man einigen Errungenschaften des Faschismus seine Zustimmung nicht versagen kann", meinte Gignoux kritisch, "so muß man dennoch dem Prinzip der Diktatur mit den allergrößten Reserven gegenüberstehen"[27]. Dieser Vorbehalt richtete sich allerdings weit stärker gegen die französischen Imitatoren des italienischen Faschismus als gegen das italienische Regime selbst. Auch hierin zeigt sich die ideologisch-innenpolitische Bedingtheit des Italienbildes der konservativen Katholiken bzw. der gesamten gemäßigten Rechten.

Die Ursache für die differenzierende Beurteilung des italienischen Faschismus durch die konservativen Katholiken lag in der eigenartigen Mischung von christlichem Humanismus und konservativem Antikommunismus bzw. Antiliberalismus, der ihr politisches Denken kennzeichnete. Als christliche Humanisten mißbilligten sie die unchristlichen und unmenschlichen Aspekte des Faschismus, als konservative Gegner des Liberalismus und Kommunismus bewunderten sie die antiliberale und antikommunistische Praxis des Regimes. Sie warnten deshalb einerseits vor einer Imitation des Faschismus in Frankreich, andererseits empfahlen sie, "von Mussolini zu lernen" wie man den Kommunismus vernichten kann[28]. In der Auseinandersetzung mit der Volksfront erschien ihnen auf alle Fälle der Faschismus als nützlicher, wenn auch unangenehmer und gefährlicher Verbündeter. Außerdem waren sie gezwungen, auf die Interessen des Vatikans Rücksicht zu nehmen, der seit dem Abschluß der Lateranverträge dem faschistischen Regime gegenüber zur Loyalität verpflichtet war[29].

Sowohl die Bewunderung als auch die Kritik des Faschismus durch die konservative Rechte spiegelt deren typische Vorurteile, Wertvorstellungen, Befürchtungen und geheimen Hoffnungen wider. Die konservative Rechte wünschte sich einen "starken Mann" zum Schutze der etablierten Ordnung, aber sie fürchtete sich vor den sozialen und außenpolitischen Ambitionen eines neuen Bonaparte. Kennzeichnend für dieses ziespältige Verhältnis der konservativen Rechten zum faschistischen Italien ist die Bemerkung Léon Bailbys, der Faschismus sei auf Frankreich nicht übertragbar, aber er könnte als Beispiel für die angestrebte Strukturreform des politischen Systems dienen. "Notre politique actuelle, avec son régime parlementaire de clans, d'influence, de marchandages, avec ses puissances occultes, comme elle est loin de la méthode italienne, pure, simple et directe"[30]. Und Henri de Kerillis bekannte, "si Mussolini fondait son système sur la liberté et le pluralisme, je deviendrai peut-être fasciste. Pour le moment, je songe avec mélancolie que la France cherche et ne trouve pas un homme de cette taille... avec d'autres conceptions"[31].

Weder Léon Bailby noch Henri de Kerillis hatten konkrete Vorstellungen darüber, wie ein "faschistisches" System aussehen sollte, das auf der Freiheit und dem Pluralismus beruht. Im Grunde genommen wollten sie lediglich die Krise des französischen Parlamentarismus mit autoritären Mitteln lösen und wählten Italien als Vorbild, weil sie es propagandistisch für zugkräftig hielten. Sie waren jedoch keine "Kryptofaschistischen" wie ihnen ihre Gegner vorwarfen.

Das Italienbild der Liberalen wurde stark von ihren verfassungs- und wirts-

schaftspolitischen Vorstellungen beeinflußt. Die Vertreter des liberalen Parlamentarismus wie Paul Reynaud betrachteten den Faschismus vor allem als einen autoritären Nationalismus, der im Interesse der äußeren Machtentfaltung die inneren Freiheiten unterdrückt[32]. Die Anhänger einer autoritären Staatsreform bewunderten dagegen entweder offen oder heimlich das faschistische Regime. Gentizon rechtfertigte dessen autoritäre Methoden mit dem Argument, daß Mussolini nur mit ihrer Hilfe den Klassenkampf habe überwinden und die wirtschaftliche Rückständigkeit Italiens beseitigen können. Er lehnte außerdem eine Gleichsetzung des faschistischen "régime d'autorité" mit der nationalsozialistischen oder bolschewistischen Gewaltherrschaft mit dem Argument ab, daß Mussolini ohne Säuberungen "à la russe" und ohne Konzentrationslager "à l'allemande" regiere. Sein Regime beruhe auf der Zustimmung der großen Mehrheit des italienischen Volkes und sei deshalb wahrhaft demokratisch[33], was heißen sollte, demokratischer als das "régime d'assemblée" in Frankreich.

Beide Gruppen des liberalen Lagers kritisierten jedoch den staatlichen Wirtschaftsdirigismus und den faschistischen Korporatismus mit den üblichen liberalen Argumenten: Der Dirigismus unterdrückt die freie Entfaltung der Privatinitiative und bereitet dem Staatssozialismus den Weg. Der Korporatismus überwindet nur scheinbar die sozialen Gegensätze, da er die sozialen Konflikte unterdrückt aber nicht löst. Die angestrebte soziale Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist illusorisch, "parce qu'une réalité politique réside, non pas dans le principe corporatif, mais dans la dictature d'un parti, et les corporations sont des institutions d'Etat gérées par des fonctionnaires, sous le contrôle politique du parti dictatorial"[34].

Der Einfluß außenpolitischer Faktoren auf das Italienbild der gemäßigten Rechten zeigt sich in der unterschiedlichen Beurteilung des Faschismus durch die Anhänger bzw. Gegner eines italienisch-französischen Sonderbündnisses beider Lager. Während im konservativen Lager Henri de Kerillis das faschistische Italien verherrlichte, weil er ein Sonderbündnis befürwortete, kritisierte es Raymond Recouly, der ein Sonderbündnis ablehnte. Anläßlich des zehnten Jahrestages der faschistischen Machtergreifung bezeichnete Recouly den Faschismus als "arrogant...nationalistisch, ruhmsüchtig und aggressiv", der das italienische Volk militarisiere und aufputsche, um es psychologisch auf einen Krieg gegen Frankreich und die europäische Ordnung vorzubereiten[35].

Die Gefahr außenpolitischer Abenteuer werde durch die unheilvolle Wirtschafts- und Sozialpolitik des Regimes erhöht, schrieb er zwei Jahre später. Mussolinis überspannte Rüstung ruiniere die italienische Wirtschaft und erzeugte inner-

politische Spannungen, die nur durch äußere Aggressivität überdeckt werden könnten. Das italienische Volk sei zum Schweigen verurteilt, denn das Regime unterdrücke jede freie Meinungsäußerung: "Personne ne se plaint. Personne ne proteste, sachant que les protestations n'auraient aucuns résultats sauf ceux de créer à leur auteur de sérieuses difficultés"[36].

Im liberalen Lager attackierte Paul Reynaud bereits 1927 das faschistische Regime wegen seiner aggressiven Außenpolitik[37]. "Le but unique de Mussolini" verkündete er, "c'est la grandeur de l'Italie, l'image de la Rome antique dominant le monde, la louve, la dure louve nourrissant ses petits". Frankreich ist daher als Garantiemacht der europäischen Ordnung der natürliche Gegner Italiens, unabhängig von seinen Sympathien oder Antipathien für Mussolini und sein Regime[38].

d) Die Italienpolitik

Sämtliche Gruppen der gemäßigten Rechten begrüßten zunächst unabhängig von ihrem Italienbild bzw. von ihrer Einstellung zum Faschismus die französisch-italienische Annäherung als eine außenpolitische Notwendigkeit. Allerdings zeigten sich schon zu diesem Zeitpunkt erhebliche Gegensätze zwischen den Anhängern und Gegner des französisch-sowjetischen Paktes über den Sinn und Zweck einer französisch-italienischen Entente.

Die Anhänger des französisch-sowjetischen Paktes sahen in einer französisch-italienischen Annäherung lediglich eine Ergänzung des bereits bestehenden französischen Sicherheitssystems. Sie befürworteten deshalb eine Zusammenarbeit mit Italien nur im Rahmen der von Barthou angestrebten kollektiven Kontinentalallianz und lehnten ein französisch-italienisches Sonderbündnis als Ersatz für den französisch-sowjetischen Pakt kategorisch ab[39]. Ihre Haltung wurde durch die Überzeugung bestimmt, daß allein die Sowjetunion auf Grund ihres Kriegs- und Wirtschaftspotentials ein wirksames Gegengewicht gegen Deutschland in Osteuropa bilden könne. Italien besaß dagegen nach ihrer Meinung weder die Mittel noch den Willen, eine deutsche Ostexpansion zu verhindern. Die Unabhängigkeit Österreichs würde es jedoch aus eigenem Interesse auch ohne formelles Bündnis verteidigen[40].

Die antideutschen Gegner des französisch-sowjetischen Paktes sahen in Italien den idealen Bündnispartner sowohl gegen Deutschland als auch gegen den Kommunismus. Italien wurde nach ihrer Meinung genau wie Frankreich vom "Pangermanismus" bedroht, da Hitler nach der Annexion Österreichs, Südtirols und Istriens strebt. Es besitzt deshalb wie Frankreich ein vitales Interesse an der

Erhaltung der europäischen Ordnung. Die Geschichte hat gezeigt, daß zwischen den beiden Stoßrichtungen des "Pangermanismus" - Donau und Rhein - ein enger Zusammenhang besteht. Die französische Niederlage von Sedan war eine direkte Folge des preußischen Sieges von Sadowa und die italienische Niederlage von Caporetto eine direkte Folge der deutschen Erfolge an der Westfront.

Die Niederlage Österreichs hätte verhindert werden können, wenn Frankreich Preußen rechtzeitig angegriffen hätte und Italien ist nach Caporetto nur durch französische Hilfe gerettet worden. Einem neuen Sadowa wird unausweichlich ein neues Sedan folgen und einem neuen Sedan ein neues Caporetto. Die Unabhängigkeit beider "lateinischer Nationen" muß deshalb gleichzeitig an Rhein und Donau verteidigt werden. Wenn der "Pangermanismus" erst einmal an einer Stelle erfolgreich ist, dann läßt er sich nicht mehr aufhalten. Die gemeinsame Bedrohung macht beide "lateinischen Schwestern" zu natürlichen Verbündeten[41]. Seit der nationalsozialistischen Machtergreifung, schrieb Henri de Kerillis, "la France et l'Italie se retrouvent l'une auprès de l'autre, comme au temps critique, l'une derrière le Rhin, l'autre derrière le Danube, contenant le flot barbare"[42].

Die Interessengemeinschaft beider Nationen besteht jedoch nicht nur gegenüber dem "Pangermanismus" sondern auch gegenüber dem Kommunismus. Obgleich Mussolini den Kommunismus in Italien besiegt hat, bedroht die III. Internationale nach wie vor seine Herrschaft. Sie versucht heute, in Frankreich und in Nordafrika Fuß zu fassen, um den Faschismus von Norden und Süden zu umklammern. Der Kampf gegen den Faschismus dient den Kommunisten jedoch nur als Vorwand. In Wirklichkeit geht es ihnen um die Verwirklichung ihrer weltrevolutionären Ziele, d.h. um die Vernichtung der abendländischen Zivilisation, die von Frankreich und Italien verkörpert wird. Beide Nationen müssen sich daher gemeinsam gegen den kommunistischen Ansturm verteidigen[43].

Aus der vermuteten doppelten Interessengemeinschaft beider Staaten gegenüber Deutschland und dem Kommunismus leiteten die Anhänger eines französisch-italienischen Sonderbündnisses die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik ab. Frankreich und Italien mußten nach ihrer Meinung ihre Bündnissysteme durch eine bilaterale Militärallianz ineinander verzahnen und die noch bestehenden Gegensätze zwischen ihren Bündnispartnern in Südosteuropa ausräumen. Auf diese Weise wollten die Verfechter der französisch-italienischen Entente ein "kleineuropäisches" Sicherheitssystem schaffen, das wie das französische System der zwanziger Jahre den europäischen Status quo ohne britische oder sowjetische Hilfe wahren konnte[44].

Die Befürworter eines partiellen deutsch-französischen Ausgleichs traten ebenfalls für ein französisch-italienisches Sonderbündnis ein. Allerdings sahen sie in ihm nicht den Kern eines antideutschen Allianzsystems sondern die Basis für einen eindeutig antikommunistischen Viererpakt der europäischen Großmächte. Sie betonten daher in ihrer pro-italienischen Propaganda weniger die "lateinische Solidarität" gegen den 'Pangermanismus' als vielmehr den gemeinsamen Antikommunismus beider Nationen[45].

Aus taktischen Gründen unterstützten sie jedoch vor Ausbruch des Äthiopienkrieges die antideutschen Anhänger eines französisch-italienischen Sonderbündnisses in ihrem Kampf gegen den französisch-sowjetischen Pakt und die Bemühungen Flandins, eine "Concentration républicaine" der Mittelparteien zu bilden. Die innenpolitische Solidarität, die gemeinsame Gegnerschaft gegen den französisch-sowjetischen Pakt und das gemeinsame Engagement für ein französisch-italienisches Sonderbündnis verdeckte daher eine Zeit lang die fundamentalen Gegensätze zwischen den Anhängern eines antideutschen 'kleineuropäischen' Sicherheitssystems und eines antikommunistischen Viererpaktes.

Die außenpolitischen Gruppenbildungen erfolgten im Sommer 1934 fast völlig unabhängig von den innenpolitischen Bindungen. So vertraten zum Beispiel im national-konservativen Lager Henri de Kerillis und Pertinax in der gleichen Zeitung, dem Echo de Paris, trotz gleicher innenpolitischer Auffassungen und Loyalitäten genau entgegengesetzte Positionen. Während Pertinax für eine französisch-sowjetische Allianz und gegen ein französisch-italienisches Sonderbündnis eintrat, verfocht de Kerillis das genaue Gegenteil. Der gleiche Gegensatz existierte im national-liberalen Lager: Hier trat Paul Reynaud für das sowjetische und gegen das italienische Sonderbündnis ein, während Tardieu für Italien und gegen die Sowjetunion optierte. Lediglich die konservativen Liberalen stimmten in den großen Linien der französischen Außenpolitik überein. Sie betrachteten die französisch-britische Entente als die Grundlage der französischen Sicherheit und wünschten eine Bindung Italiens und der Sowjetunion an die französische Sicherheitspolitik.

Alle Versuche, die außenpolitischen Gegensätze der einzelnen Gruppen zu überwinden, scheiterten. So gelang es z. B. dem Oberbefehlshaber der französischen Armee, General Georges, nicht, Paul Reynaud von dem militärischen Wert der italienischen Armee und damit einer französisch-italienischen Allianz zu überzeugen[46]. Allerdings zerstörten die außenpolitischen Gegensätze im Sommer 1934 noch nicht die innenpolitischen Bindungen und Loyalitäten. Tardieu und Reynaud gehörten weiterhin dem 'Centre républicain' an und Pertinax schrieb

weiterhin in der gleichen Zeitung wie Henri de Kerillis. Erst nach dem Scheitern der 'Union nationale', des demokratischen Reformismus und nach dem Ausbruch des Äthiopienkonfliktes zerbrachen die bestehenden Gruppen und wurden durch neue Gruppierungen ersetzt, die sich primär nach außenpolitischen Gesichtspunkten formierten. Allerdings spiegelten die außenpolitischen Optionen in den meisten Fällen innen- und gesellschaftspolitische Interessen bzw. Überzeugungen wider.

Das größte Hindernis für eine französisch-italienische Entente bildete 1934 noch immer die Differenzen zwischen der Kleinen Entente, namentlich Jugoslawien und Italien. Als Verbündeter der Kleinen Entente war Frankreich gezwungen, auf deren anti-italienische Einstellung Rücksicht zu nehmen. Eine Einbeziehung Italiens in ein antideutsches Sicherheitssystem war daher nur möglich, wenn es gelang, die jugoslawisch-italienischen Differenzen auszuräumen.

Im Interesse der europäischen Stabilität befürworteten sowohl die Anhänger des 'großeuropäischen' als auch des 'kleineuropäischen' Sicherheitssystems einen jugoslawisch-italienischen Ausgleich und unterstützten Barthous Bemühungen, Jugoslawien von der Notwendigkeit eines solchen Ausgleichs zu überzeugen. Die Ermordung des jugoslawischen Königs Alexander und Barthous in Marseille am 9. Oktober durch kroatische Terroristen verhinderten jedoch den geplanten Ausgleich[47)].

Die Anhänger eines 'großeuropäischen' Systems machten den italienischen Geheimdienst für den Doppelmord verantwortlich und sprachen sich gegen die Fortsetzung der französisch-italienischen Bündnissondierungen aus[48)]. Sie waren überzeugt, daß eine französisch-italienische Entente unter den gegenwärtigen Umständen zu einem Ausscheiden Jugoslawiens aus der antideutschen Front und damit zum Zerfall der Kleinen Entente führen würde[49)]. Die Kohäsion der Kleinen Entente erschien ihnen jedoch weit wichtiger als die problematische Freundschaft Mussolinis, weil sie eine deutsch-italienische Zusammenarbeit gegen das französische System für weit wahrscheinlicher hielten als eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Jugoslawien[50)].

Die Verfechter eines 'kleineuropäischen' Systems plädierten für eine Fortsetzung der französisch-italienischen Annäherung unabhängig von der jugoslawischen Reaktion[51)]. Sie waren bereit, einen Bruch mit Jugoslawien zu riskieren, weil sich ihre außenpolitische Konzeption nur mit italienischer Hilfe verwirklichen ließ. Ein Verzicht auf das italienische Bündnis hätte einen Verzicht auf das 'kleineuropäische' System bedeutet. Der Verlust Jugoslawiens dagegen er-

schien ihnen zwar bedauerlich, aber nicht katastrophal.

e) Die französisch-italienische Entente

Laval übernahm im Herbst 1934 als Nachfolger Barthous die 'kleineuropäische' Konzeption, versuchte sie jedoch seinen eigenen Vorstellungen anzupassen. Er strebte ohne Rücksicht auf Jugoslawien eine französisch-italienische Allianz an, wollte jedoch unter allen Umständen einen Bruch mit Großbritannien, dem Völkerbund und der Kleinen Entente vermeiden. Ein französisch-italienisches Sonderbündnis durfte seiner Meinung nach nicht zu einem deutsch-britischen Gegenbündnis führen, weil dies einer französisch-deutschen Verständigung den Boden entzogen hätte. Er betrachtete deshalb eine französisch-italienische Entente nicht als Kern einer antideutschen Koalition sondern als Basis eines zu erneuernden Viererpaktes[52].

Der fundamentale Unterschied zwischen Lavals Vorstellungen und der 'kleineuropäischen' Konzeption wird noch deutlicher im Donauraum sichtbar. Laval strebte hier nicht nur eine französisch-italienische Garantie der österreichischen Unabhängigkeit an, sondern plante einen kollektiven Regionalpakt aller Donaustaaten einschließlich Deutschlands[53]. Außerdem wollte er ihn durch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der beteiligten Staaten absichern[54]. Dadurch wäre Deutschland nicht nur vertraglich sondern auch wirtschaftlich an den Status quo gebunden worden und hätte gleichzeitig ein vielversprechendes Betätigungsfeld für seine Wirtschaft gefunden. Laval scheint sich wie die konservativen Liberalen von der Tolerierung der deutschen Wirtschaftsinteressen im Donauraum eine Neutralisierung des politischen Expansionsdranges des III. Reiches erhofft zu haben[55].

Laval hoffte, sein Nahziel, die französisch-italienische Entente, durch eine begrenzte Unterstützung der italienischen Kolonialpolitik verwirklichen zu können. Die Belastungen, die sich daraus für das französisch-britische Verhältnis ergeben konnten, schätzte er geringer ein als die erhofften diplomatischen und militärischen Vorteile: die Bindung Italiens an das französische System und die Stärkung der französischen Verhandlungsposition sowohl gegenüber Deutschland als auch gegenüber Großbritannien.

Laval scheint geglaubt zu haben, daß ein nichtmilitärischer Konflikt zwischen Großbritannien und Italien im Mittelmeerraum Frankreich zur Führungsmacht der Westmächte gegenüber Deutschland machen würde, weil die beiden Garantiemächte des Locarnovertrages auf seine Vermittlungsdienste angewiesen wären[56]. Er übersah dabei völlig, daß Italien und Großbritannien aus geopoliti-

schen Gründen einen weit größeren diplomatischen Spielraum gegenüber Deutschland besaßen als Frankreich. Gewiß stellte die französische Flotte und das französische Kolonialreich einen erheblichen Machtfaktor dar, aber solange die europäische Sicherheitsfrage nicht gelöst war, konnte sie Frankreich nur in sehr behutsamer Weise als diplomatische Waffe gegen Italien und Großbritannien verwenden. Die Lösung des europäischen Sicherheitsproblems bildete die Voraussetzung einer eventuellen Schiedsrichterrolle Frankreichs im Mittelmeer und nicht umgekehrt, wie Laval anscheinend annahm. Ohne Großbritannien ließ sich jedoch das europäische Sicherheitsproblem 1934/35 nicht mehr lösen. Die angestrebte französisch-italiennische Entente war deshalb nur sinnvoll, wenn auch Großbritannien an ihr teilnahm.

Gegen erhebliche Widerstände innerhalb und außerhalb des Kabinetts[57] schloß Laval am 7. Januar 1935 mit Mussolini in Rom mehrere Abkommen, die die französisch-italienischen Beziehungen sowohl in Europa als auch in Afrika neu regelten[58]. In einer gemeinsamen Erklärung bekundeten beide Länder ihre Entschlossenheit, freundschaftlich zusammenzuarbeiten und sich besonders im Falle der Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit und einer Verletzung von vertraglich festgesetzten Rüstungsbeschränkungen (durch Deutschland) zu konsultieren. Ferner empfahlen beide Länder den Abschluß eines Nichtangriffsabkommens für Mitteleuropa und sprachen sich gegen jede unilaterale Modifizierung von vertraglichen Rüstungsbestimmungen aus. Außerdem vereinbarten beide Staatsmänner die Aufnahme von Generalstabsbesprechungen, um eine militärische Zusammenarbeit beider Länder gegen Deutschland im Falle eines europäischen Konflikts zu ermöglichen[59]. Ein getrenntes Abkommen revidierte geringfügig die Grenzen zwischen den französischen und italienischen Kolonien in Afrika zugunsten Italiens und modifizierte den Status der in Tunesien ansässigen Italiener[60].

Die römischen Abkommen schufen durch geringfügige französische Konzessionen in Afrika eine französisch-italienische Entente, die auf dem gemeinsamen Interesse Frankreichs und Italiens an der Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit und der Wahrung des Status quo in Mitteleuropa beruhte. Sie hätte die solide Grundlage einer dauerhaften französisch-italienischen Zusammenarbeit bilden können, wenn Italien sich mit dem europäischen und afrikanischen Status quo abgefunden hätte. Aber Mussolini sah in den römischen Abkommen nicht wie Laval die Basis für eine europäische Friedensordnung, sondern ein Instrument seiner imperialen Politik[61]. Seine Weigerung, die territoriale Integrität Jugoslawiens zu garantieren und Lavals "désistement" an Äthiopien bargen bereits den Keim

künftiger Konflikte in sich, an denen die französisch-italienische Entente zerbrach.

Mussolinis Weigerung, die Integrität Jugoslawiens zu garantieren, war zu erwarten gewesen, und Laval hat bewußt die möglichen Folgen dieser Weigerung für das französisch-jugoslawische Verhältnis in Kauf genommen. Die genaue Natur seines "désistement" an Äthiopien blieb jedoch unklar, und Laval war sich anscheinend der vollen Tragweite seiner Konzession nicht bewußt. Es ist oft behauptet worden, Laval habe Mussolini eine freie Hand in Äthiopien versprochen, um ihn an das französische System in Europa binden zu können[62]. Für diese Behauptung spricht einiges, denn Laval ging es wie den Vertretern des 'kleineuropäischen' Systems in erster Linie um die Wahrung der europäischen Ordnung, nicht aber um die Aufrechterhaltung der äthiopischen Unabhängigkeit oder der universalen Gültigkeit der Völkerbundsprinzipien[63].

Laval hat jedoch dieser Behauptung stets entschieden widersprochen. "J'aurais été imprudent ou coupable", erklärte er vor der Nationalversammlung, "de faciliter ou de provoquer je ne sais quelle entreprise militaire en Ethiopie, précisément parce qu'elle nous priverait de la présence et du concours de l'Italie en Europe"[64]. Lavals Protest erscheint glaubhaft, denn er konnte kein Interesse an einem militärischen Engagement Italiens in Afrika haben, das die antideutsche Front in Europa schwächen würde. Seine Konzeption einer europäischen Friedensordnung ohne die Sowjetunion aber mit Deutschland stieg und fiel mit der italienischen Präsenz am Brenner. Ein schwaches Italien bildete weder ein Gegengewicht gegen Deutschland an der Donau noch gegen Großbritannien im Mittelmeerraum sondern nur eine weitere Belastung für Frankreich.

Der eigentliche Fehler Lavals lag somit nicht in seinen wirtschaftlichen Konzessionen sondern in seiner Fehleinschätzung der italienischen Außenpolitik. Wie fast die gesamte konservative und nationale Rechte nahm er Mussolinis verbalen Imperialismus nicht ernst sondern glaubte, Italien könnte durch einige geringfügige Konzessionen in Afrika dauerhaft an die europäische Ordnung gebunden werden. Er verkannte völlig die imperialistische Natur des Faschismus, die Italien zwangsläufig zur militärischen Expansion trieb. Anderenfalls hätte er nicht versucht, Italien durch wirtschaftliche Zugeständnisse auf Kosten Dritter in seine Europakonzeption einzufügen[65].

Lavals Irrtum wurde von den Anhängern der 'kleineuropäischen' Konzeption geteilt, denn auch sie waren in dem rein machtpolitischen Denken des konservativen Nationalismus befangen. Sie begrüßten das römische Abkommen als einen wichtigen Beitrag zur Festigung des europäischen Friedens und glaubten, even-

tuelle Komplikationen im Mittelmeer durch die Präsenz der französischen Flotte und durch den französischen Einfluß in London und Rom vermeiden bzw. rechtzeitig neutralisieren zu können. Lediglich in der ideologischen Rechtfertigung der neuen Entente lassen sich gewisse Unterschiede zwischen den nationalen Konservativen und den konservativen Katholiken feststellen.

Die nationalen Konservativen des kleineuropäischen Lagers feierten die französisch-italienische Entente als ein Symbol der lateinischen Solidarität gegenüber dem 'Pangermanismus'. "La France a réconquis sa place sur le Rhin, l'Italie a atteint la frontière du Brenner" verkündete pathetisch Louis Madelin. "Les légions latines montent à nouveau, comme au temps de Césars, la garde à Strasbourg et sur la crête des Alpes; elles font face à l'est et au sud à la Germanie. Elles ont intérêt que cette Germanie n'augmente ni ses forces ni sa puissance"[66].

Lediglich Louis Marin stimmte nicht in den allgemeinen Jubel der nationalen Konservativen ein, sondern kritisierte die französischen Konzessionen in Afrika. Jede Verringerung des französischen Einflusses in Afrika schwächte nach seiner Meinung Frankreichs kontinentale Stellung und bedrohte damit indirekt seine Sicherheit[67]. Da Louis Marin als Gegner des französisch-sowjetischen Paktes die pro-italienischen Sympathien der 'Kleineuropäer' teilte, läßt sich seine Reaktion nur durch seinen traditionellen Nationalismus erklären. Italien, faschistisch oder nicht, war ihm als Garant des Status quo an Rhein und Donau willkommen. In Afrika und im Mittelmeer blieb es dagegen weiterhin ein potentieller Gegner, weshalb man ihm keine Konzessionen machen durfte. In der Haltung Marins wird die ganze Engstirnigkeit aber auch die Illusionen der traditionellen Nationalisten sichtbar. Einerseits glaubten sie, noch mit Hilfe Italiens die europäische Ordnung sowohl gegen Deutschland als auch gegen die Sowjetunion verteidigen zu können, andererseits waren sie jedoch nicht bereit, als Preis für die italienische Hilfe Konzessionen in Afrika zu machen. Diese Haltung entsprach ganz ihrem innenpolitischen Verhalten. Auch hier waren sie nicht gewillt, soziale und wirtschaftliche Reformen durchzuführen bzw. zuzulassen, um das Wesentliche der etablierten Ordnung zu retten.

Die konservativen Katholiken bejahten wie die nationalen Konservativen das römische Abkommen und feierten es gleichfalls als ein Symbol der wiedergewonnenen Einheit der lateinischen Nationen. Die Billigung der französisch-italienischen Entente durch den Papst ermöglichte es ihnen, trotz ihrer ideologischen Vorbehalte gegenüber dem Faschismus Mussolini als Beschützer des "katholischen Österreichs" zu preisen. "Gott sei gelobt" rief Vanneufville erleichtert aus, "daß er unsere Interessen mit unseren moralischen Pflichten so gut harmonisiert hat"[68].

Die Reaktion der Anhänger des antideutschen Kontinentalsystems und die der Anhänger der Locarnokonzeption auf die römischen Abkommen ähnelte ihrer Reaktion auf die Ermordung Barthous. Beide Gruppen betrachteten die französisch-italienische Entente im Interesse der mitteleuropäischen Stabilität unabhängig von ihrer Einstellung zum Faschismus als wünschenswert, aber sie lehnten beide eine "globale und permanente Allianz", d.h. ein Sonderbündnis ab, an dem nicht auch Großbritannien teilnahm[69].

Die Haltung der Anhänger der Locarnokonzeption war erklärlich, denn ein französisch-italienisches Sonderbündnis belastete wegen der britisch-italienischen Mittelmeerrivalität die französisch-britischen Beziehungen. Die Rücksichtnahme der Anhänger des antideutschen Kontinentalsystems auf Großbritannie war dagegen erstaunlich, denn die antideutsche Kontinentalkonzeption war wie das französische System der zwanziger Jahre entwickelt worden, um die europäische Ordnung unabhängig von Großbritannien zu garantieren. Sie läßt sich nur aus der Beunruhigung der Anhänger des antideutschen Kontinentalsystems über die italienische Flottenrüstung erklären. Da Deutschland keine vitalen Interessen im Mittelmeerraum besaß und deshalb auch keine Mittelmeerflotte unterhielt, konnte sie sich nur gegen die beiden größten europäischen Kolonialmächte, Großbritannien und Frankreich, richten.

Die Anhänger der antideutschen Kontinentalkonzeption sahen in der italienischen Flottenrüstung eine direkte Bedrohung der imperialen Verbindungswege Frankreichs, die sie als lebenswichtig für die französische Sicherheit betrachteten. Ohne die massive Hilfe des Kolonialimperiums konnte Frankreich ihrer Meinung nach einen zweiten Abnutzungskrieg gegen Deutschland nicht siegreich überstehen. Der Schutz der imperialen Verbindungswege erschien ihnen deshalb von großer strategischer Bedeutung[70].

Theoretisch hätte Frankreich die italienische Flottenrüstung durch den Ausbau seiner eigenen Mittelmeerflotte kompensieren können, wie dies der Chef des maritimen Rüstungsamts, Darlan, forderte[71]. Die Anhänger der antideutschen Kontinentalkonzeption waren sich jedoch darüber einig, daß ein gleichzeitiges Wettrüsten zu Wasser und zu Lande mit Italien und Deutschland die französische Wirtschaftskraft überfordern würde. Wie die Vertreter der Locarnokonzeption fürchteten sie, daß ein übersteigertes Wettrüsten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs vergrößern und damit die sozialen Spannungen erhöhen würden: Eine Aussicht, die sie angesichts der innerpolitischen Entwicklung schreckte[72].

Die innenpolitischen Motive der antiitalienischen Opposition resultierten aus

den Bemühungen der konservativen Liberalen, gemeinsam mit den Radikalsozialisten und den christlichen Demokraten eine "Zentrumskoalition" (Concentration républicaine) als Alternative zur Volksfront und zur nationalen Front zu bilden. Sie waren daher gezwungen, auf die starken antifaschistischen Gefühle und pro-britischen Sympathien der linken Mitte Rücksicht zu nehmen. Besonders Herriot, der Führer der Radikalsozialisten, machte seine Mitarbeit von einem eindeutigen Bekenntnis der konservativen Liberalen zur Kollektiven Sicherheit, d. h. zum Völkerbund, zu Großbritannien und zur Sowjetunion abhängig. Aus dieser Sicht gesehen erscheinen die Reserven der konservativen Liberalen und einiger Vertreter der nationalen Rechten gegenüber einer exklusiven französisch-italienischen Entente als die Folge ihrer Furcht vor einem Zerfall der "republikanischen Synthese", auf der die "blockierte Gesellschaft" politisch beruhte.

B) Die französisch-britischen Beziehungen

Die französisch-italienische Entente festigte Lavals Stellung im Kabinett, aber sie verschaffte ihm keine ausreichende parlamentarische Hausmacht für seine geplante Verständigungspolitik. Weder die national-konservativen noch die katholischen Anhänger der kleineuropäischen Konzeption waren 1935 zu einem deutsch-französischen Ausgleich bereit, denn sie waren nach wie vor von der Unvereinbarkeit der französischen Sicherheitsinteressen mit den außenpolitischen Zielen Hitlers überzeugt. Lediglich die konservativen Liberalen wünschten einen partiellen Ausgleich mit Deutschland, um eine außenpolitische Atempause im Interesse der inneren Krisenbewältigung zu gewinnen. Allerdings bestanden sie auf der Hinzuziehung Großbritanniens, weil sie eine direkte Konfrontation mit Deutschland vermeiden wollten.

a) Der Luftpakt

Laval hielt auf Grund seiner früheren Erfahrungen als Ministerpräsident eine zu enge Bindung an Großbritannien für schädlich. Da er jedoch auf die konservativen Liberalen im Kabinett und im Parlament angewiesen war, unterstützte er Flandins Bemühungen um die Einbeziehung Großbritanniens in die französisch-italienische Front. Außerdem fühlte er sich jetzt stark genug, eventuelle britische Störmanöver abwehren zu können.

Die Aussichten für eine engere Bindung Großbritanniens an den Kontinent schienen günstig, denn im Sommer 1934 hatte der britische Premierminister Baldwin erklärt, daß der Rhein Englands strategische Grenze bilde[73]. Die konservati-

ven Liberalen und einige Vertreter des nationalen Lagers wie Paul Reynaud und Pertinax interpretierten diese Erklärung als eine Bekräftigung der britischen Locarnogarantie, die in ihren Augen durch die britische Europapolitik stark an Glaubwürdigkeit verloren hatte[74]. Die Mehrheit der nationalen Rechten begegnete der britischen Deutschlandpolitik jedoch weiterhin mit Mißtrauen und nötigte Laval und Flandin, das Streben nach zusätzlichen Sicherheitsgarantien in den Vordergrund ihrer Außenpolitik zu stellen[75].

Während ihres Besuches in London Anfang Februar verzichteten sie zwar auf Barthous These, daß einer Revision der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages eine Regelung der Sicherheitsfrage vorausgehen müsse, aber sie verlangten als Gegenleistung den Abschluß eines Luftpaktes, der Frankreich die britische Luftunterstützung im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes sichern würde[76].

Die Briten griffen den französischen Vorschlag auf, dehnten ihn jedoch auf sämtliche Signatarmächte des Locarnovertrages aus und nahmen ihm dadurch seinen antideutschen Charakter. Laval war mit dieser Änderung einverstanden, denn sie paßte in sein außenpolitisches Konzept. Flandin widersetzte sich zunächst dem britischen Verlangen, weil er über einen bilateralen Luftpakt die seit 1919 angestrebte britische Sicherheitsgarantie erhalten wollte. Er akzeptierte aber schließlich die multilaterale Version des Luftpaktes, um überhaupt eine Kompensation für die Aufgabe der französischen Sicherheitsthese zu erhalten. Er rechtfertigte seine Haltung mit dem Argument, daß Deutschland sich durch seine geheime Aufrüstung de facto bereits von den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages befreit habe und es daher unrealistisch wäre, sich an juristische Fiktionen zu klammern. Die Lösung der europäischen Sicherheitsfrage läge nicht im Wettrüsten sondern in der Verstärkung der Sicherheitsgarantien, in einer wirksamen Rüstungskontrolle und in der Schaffung einer internationalen Polizeitruppe. Ein Ausgleich mit Deutschland sei jedoch nur möglich, wenn Deutschland in den Völkerbund zurückkehre und die Abrüstungsverhandlungen wieder aufnähme[77].

Flandin begründete die Ablehnung des Wettrüstens mit politischen und moralischen Argumenten. Die ihm nahestehenden Wirtschaftskreise erklärten dagegen unumwunden, daß sie ein erneutes Wettrüsten wirtschaftlich für schädlich hielten, weil es den Kapitalmangel erhöhen und damit die Wirtschaftskrise verschärfen würde[78]. Diese volkswirtschaftlichen Überlegungen bildeten einen der wesentlichen Gründe für die Verständigungsbereitschaft der konservativen Liberalen und für ihre Bemühungen um eine europäische Friedensordnung.

Die Vereinbarungen mit Italien und Großbritannien erschienen Laval als ausreichende Rückendeckung für die seit langem geplante deutsch-französische Verständigung. Am 5. Februar 1935 teilte der erste Sekretär der französischen Botschaft in London, Roland de Margerie, seinem deutschen Kollegen im Auftrag Lavals mit, daß Frankreich auch ohne vorherige Einigung in der Sicherheits- und Rüstungsfrage zum Abschluß eines Luftpaktes bereit sei, der die Grundlage für einen erweiterten Viererpakt bilden könnte[79].

Obgleich es sich hierbei nur um einen Versuchsballon handelte, zeigt Lavals Vorschlag doch deutlich, wie weit er sich bereits von den Auffassungen sämtlicher Gruppen der gemäßigten Rechten entfernt hatte. Seine politische Abhängigkeit von der gemäßigten Rechten und den Radikalsozialisten zwang ihn bereits am 12. Februar, wieder die alte französische These zu vertreten, wonach die Sicherheitsfrage gemeinsam mit der Rüstungsfrage geregelt werden müßte[80]. Im Interesse der Erhaltung der britisch-französischen Solidarität und damit der Kohäsion der Regierungsmehrheit bestand er deshalb in den weiteren Verhandlungen mit Deutschland auf dem Junktim zwischen Luftpakt, Sicherheitsabkommen und militärischer Gleichberechtigung[81].

Das rasche Scheitern von Lavals Versuch, eine günstige internationale Konstellation für die Verwirklichung eines außenpolitischen Zieles zu benutzen, das von der großen Mehrheit der politischen Führungsschicht nicht gebilligt wurde, zeigt in aller Deutlichkeit die Abhängigkeit der französischen Außenpolitik dieses Zeitraums von der französischen Innenpolitik. Laval besaß daher keine andere Wahl als seine außenpolitischen Konzeptionen zumindest in der Form den Vorstellungen der ihn tragenden Kräfte anzupassen.

b) Die deutsche Remilitarisierung

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland nahm Frankreich die Möglichkeit, durch Konzessionen auf militärischem Gebiet von Deutschland Konzessionen auf politischem Gebiet zu erhalten. Sie bedrohte außerdem das machtpolitische Fundament der Nachkriegsordnung, die militärische Überlegenheit Frankreichs über Deutschland. Eine militärische Reaktion analog der Ruhrbesetzung von 1923 hätte unter diesen Umständen der Logik des französischen Systems entsprochen. Der Verzicht auf militärische Aktionen versetzte dem französischen System einen vernichtenden Schlag, von dem es sich nicht mehr erholt hat. Von nun an war die gemäßigte Rechte gezwungen, Alternativkonzeptionen zum französischen System zu entwickeln, die nicht nur das bestehende Bündnissystem modifizierten, sondern es grundlegend änderten.

Die konservativen Liberalen befürworteten die Bildung eines 'Westblocks', dem außer Frankreich, Großbritannien und Italien auch Belgien, Holland, Luxemburg und die Schweiz angehören sollten. Ein solcher 'Westblock' unter französisch-britischer Führung würde nicht nur den Status quo in Westeuropa garantieren, sondern auch die Basis für eine generelle Friedensordnung bilden, weil er im Gegensatz zum französischen System nicht offensiver sondern defensiver Natur sein würde[82].

Wie das Locarnoabkommen und der Viererpakt bot die 'Westblockkonzeption' keine ausreichenden Garantien für die Wahrung des Status quo in Ostmitteleuropa. Flandin kombinierte sie daher mit der Kollektiven Sicherheit und dem französisch-sowjetischen Pakt, wodurch er sich die Unterstützung sowohl der Radikalsozialisten als auch der nationalen Konservativen sicherte[83]. Selbst Laval stimmte Flandin zu, betonte jedoch die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit Italien, da nur Mussolini zur Zeit entschlossen sei, gegen Deutschland notfalls mit Gewalt vorzugehen[84]. Hinter diesem Argument verbarg sich die national-konservative Ansicht, daß in Krisenzeiten autoritäre Regime handlungsfähiger und handlungswilliger als parlamentarische Demokratien sind[85].

Diese These wurde in den Augen der traditionellen Gegner der britischen Deutschlandpolitik durch die Entscheidung Großbritanniens bestätigt, trotz der offenen deutschen Remilitarisierung an dem bereits vorher geplanten Berlinbesuch des britischen Außenministers Simon festzuhalten. Stéphane Lauzanne beschuldigte Großbritannien, einen Ausgleich mit Deutschland auf Kosten Frankreichs und der kleinen Nationen zu suchen. Großbritannien trage die volle Verantwortung für die gegenwärtige Lage, weil es Frankreich seit 1919 ständig gezwungen habe, Deutschland eine Konzession nach der anderen zu machen. Es sei jedoch nicht bereit, die französische Sicherheit zu garantieren. Eine weitere Zusammenarbeit mit Großbritannien verstoße deshalb gegen die französischen Interessen[86]. Aber auch traditionelle Befürworter einer französisch-britischen Zusammenarbeit kritisierten die britische Haltung. Le Temps meinte, Europa hätte geschlossen auf die deutsche Herausforderung reagieren müssen. Die verbale Verurteilung der offenen Remilitarisierung bilde nur eine schwache Antwort auf den zynischen Vertragsbruch, die Berlinreise Simons dagegen eine indirekte Billigung"[87].

c) Die Stresefront

Die Stresafront ermöglichte vorübergehend die Zusammenarbeit der pro-italienischen und der pro-britischen Gruppe, da sie die französisch-italienische Entente mit der französisch-britischen Entente kombinierte. Wenngleich die Stre-

safront auf keiner soliden Grundlage beruhte und rasch wieder zerfiel, so übte sie dennoch einen entscheidenden Einfluß auf das außenpolitische Denken der gemäßigten Rechten aus. Sie schuf in weiten Kreisen die Illusion, daß es trotz der veränderten internationalen Machtverhältnisse möglich sei, die traditionelle französische Europapolitik mit britischer und italienischer Hilfe fortzuführen. Diese Illusion beruhte auf dem Glauben, daß die beiden Garantiemächte des Locarnovertrags angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung der europäischen Ordnung ihre nationalen Sonderinteressen dem gesamteuropäischen Interesse unterordnen würden.

Der Abschluß des deutsch-britischen Flottenabkommens und der italienische Angriff auf Äthiopien zerstörten die Stresafront innerhalb weniger Monate. Dennoch hielt ein großer Teil der gemäßigten Rechten auch weiterhin an ihr als aussenpolitisches Leitbild fest. Diese Zählebigkeit der Stresakonzeption beruhte außenpolitisch auf der Kombination der verschiedenen außenpolitischen Konzeptionen und Methoden der gemäßigten Rechten[88], innenpolitisch auf der Notwendigkeit für die gemäßigte Rechte, trotz tiefer innerer Gegensätze an der Koalition mit den Radikalsozialisten festzuhalten.

Nach dem überraschenden Erfolg der Linksparteien in den Gemeinderatswahlen vom Mai 1935 war die konservativ-nationale Rechte nicht länger bereit, die Konzentrationspolitik Flandins zu unterstützen, die ihrer Meinung nach die Sammlung aller 'nationalen', d.h. antimarxistischen Kräfte verhinderte und dadurch die Volksfront begünstigte. Besonders Henri de Kerillis richtete heftige Angriffe gegen Flandin und machte ihn für den Zusammenschluß der Linksparteien verantwortlich: "Pour la première fois depuis la guerre, nous avons vu l'écrasante majorité des radicaux, les socialistes, les communistes, étroitement unis dans le front rouge. Voilà où nous a conduit la politique insensée de M. P.-E. Flandin, refusant de réaliser la réforme électorale réclamée par les nationaux et par M. Doumergue, négligeant de grouper et d'entraîner sa majorité, et même s'acharnant à disloquer le Front national sous prétexte de politique de concentration et de danger fasciste. On l'accusait de ne rien tenter, de ne rien réussir. Eh bien si! Il a enfin réussi quelque chose: le Cartel intégral"[89].

Die heftige Polemik von Henri de Kerillis gegen die Konzentrationspolitik Flandins zeigt die tiefen Gegensätze, die zwischen der konservativ-nationalen und konservativ-liberalen Rechten im Frühjahr 1935 bestanden. Während die nationalen Konservativen einen Sieg der Volksfront durch einen harten und kompromißlosen Wahlkampf gegen die gesamte Linke verhindern wollten, vertrauten die

konservativen Liberalen weiterhin auf die Mechanismen der klassischen Parlamentspolitik und hielten deshalb am Regierungsbündnis mit den Radikalsozialisten fest. Im Falle eines Wahlerfolges der demokratischen Mittelparteien würden die nationalen Konservativen fast jeglichen Einfluß auf die Staatspolitik verlieren, da sie einer Konzentrationsregierung höchstens als geduldete Juniorpartner angehören konnten. Die konservativen Liberalen würden jedoch ihren vollen Einfluß bewahren, denn ihre Stimmen waren für die Regierungsbildung unerläßlich. Außerdem ermöglichte ihnen ihre starke Verflechtung mit der Wirtschaft auch dann die Staatspolitik zu beeinflussen, wenn sie nicht mehr im Kabinett vertreten waren. Die nationalen Konservativen waren dagegen infolge ihrer schwächeren gesellschaftlichen Basis auf die direkte Teilnahme an der Macht angewiesen, um ihre Interessen zu wahren. Ihre Ablehnung der Konzentrationspolitik beruhte somit nicht nur auf einer ideologisch bedingten unterschiedlichen Mentalität sondern auf konkreten unterschiedlichen Interessen und Strukturen.

Die parlamentarischen Machtverhältnisse ließen nach dem Sturz Flandins am 31. Mai lediglich eine modifizierte Erneuerung der "Concentration républicaine" unter Laval zu[90]. Da der neue Regierungschef über keine eigene Hausmacht verfügte, mußte er sich noch weit mehr als sein Vorgänger bemühen, offene Konflikte zwischen den Koalitionspartnern zu vermeiden. Die Stresakonzeption bot sich ihm als idealer Formelkompromiß an, mit dem sich die außenpolitischen Gegensätze innerhalb der Regierungsmehrheit überdecken ließen. Sie erfüllte somit wie die Deflation in der Finanzpolitik die gleiche Funktion, die bis 1932 der Nationalismus, der Republikanismus und mit Ausnahme der Jahre 1919-1924 der Antiklerikalismus ausgeübt hatten: die Neutralisierung der internen Gegensätze der bürgerlichen Parteien im Interesse der Wahrung der "republikanischen Synthese".

Die 'gemäßigte' Regierungsmehrheit erhoffte sich von der Verringerung der internationalen Spannungen eine automatische Stabilisierung der europäischen Verhältnisse so wie sie von der Reduzierung der Staatsausgaben eine automatische Wiederbelebung der Wirtschaft erwartete, ohne in beiden Fällen eine aktive Politik treiben zu müssen. Jede dynamische Politik, sei es nun in der Wirtschaft oder in der Welt, würde nach ihrer Ansicht die innen- und außenpolitischen Spannungen erhöhen und damit eine Lösung der anstehenden Probleme erschweren wenn nicht gar unmöglich machen. Sie klammerte sich deshalb in der Außenpolitik an die Stresakonzeption so wie sie sich in der Innenpolitik auf die Deflation versteifte.

Eine Aufgabe der Stresapolitik hätte nicht nur das Ende ihrer außenpolitischen Illusionen sondern auch ihrer innenpolitischen Zusammenarbeit bedeutet. Angesichts des Zusammenschlusses der Linken in der Volksfront konnte sich die gemäßigte Rechte jedoch keine inneren Streitigkeiten mehr erlauben, wenn sie sich an der Macht behaupten wollte. Sie hielt daher auch aus innerpolitischen Gründen auch dann noch an der Stresakonzeption fest, als deren internationale Grundlagen längst zerstört waren.

C) Der Äthiopienkonflikt

Die britische Reaktion auf die italienische Äthiopienpolitik brachte Frankreich in eine schwierige Lage, denn sie nötigte es zur Wahl zwischen der italienischen und der britischen Freundschaft. Als Mitglied des Völkerbundes war Frankreich rechtlich und moralisch verpflichtet, das bedrohte bzw. angegriffene Äthiopien zu unterstützen. Nur wenn es rasch und vorbehaltlos seinen Verpflichtungen nachkam, konnte es hoffen, daß die Kollektive Sicherheit im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes zu seinen Gunsten wirksam werden würde, denn auf Grund der Bindung der einzelnen französischen Beistands- und Garantiepakte an die Völkerbundssatzung hing die Wirksamkeit des Locarnovertrages und des französischen Systems vom Verhalten des Völkerbundes ab. Andererseits drohte eine Unterstützung des Völkerbundes zu einem Bruch mit Italien und damit zum Ende der erst jungen französisch-italienischen Entente zu führen. Da Großbritannien sich stark für Äthiopien und den Völkerbund engagierte, sah sich Frankreich auf diese Weise vor die Wahl zwischen London und Rom gestellt.

a) Die Vermittlungspolitik

Die Anhänger der Stresafront versuchten, diese Wahl zu vermeiden, indem sie sich für eine Kompromißlösung einsetzten. Sie gingen dabei von der Überlegung aus, daß Frankreich unter den gegebenen Umständen sowohl Italien als auch Großbritannien zur Wahrung seiner Sicherheit brauche und daher unter allen Umständen die Stresafront erhalten müsse[91]. "Il faut coûte que coûte maintenir le front de Stresa à travers la guerre africaine..." forderte Fabre-Luce. "Entre deux nations qui se bluffent notre situation si délicate qu'elle soit, peut devenir avantageuse. A nous de trouver un moyen bien genèvois de leur sauver la face"[92]. Flandin schlug die Anwendung von Artikel 15 statt Artikel 16 der Völkerbundssatzung vor, um die Verhängung von Sanktionen gegen Italien zu vermeiden. Er begründete seinen Vorschlag mit dem Argument, daß Artikel 16 seine volle Wirksamkeit für den Fall eines deutsch-französischen Konfliktes bewahren

müsse. Wenn Frankreich heute der Anwendung von Artikel 16 zustimme, dann müsse es sich auch allen eventuellen Sanktionen einschließlich militärischer gegen Italien anschließen, wolle es nicht jeglichen moralischen Kredit bei den Völkerbundsmitgliedern verlieren. Es riskiere dann jedoch einen offenen Konflikt mit Italien. Sollte es versuchen, diesen Konflikt durch juristische Vorbehalte oder zweifelhafte Manöver zu vermeiden, dann würde es erstens seine eigene Stellung für den Fall schwächen, daß es selbst die Hilfe des Völkerbundes brauche und zweitens die französisch-britische Entente gefährden. Die Anwendung von Artikel 15 könnte beide Risiken vermeiden und Frankreich aus der Zwangslage befreien, in die es durch die britische Reaktion auf die italienische Äthiopienpolitik geraten sei[93].

Laval akeptierte nicht Flandins Vorschlag, sondern bemühte sich in Genf, Rom und London um eine direkte Verständigung der Kontrahenten. In Genf bekannte er sich wiederholt zu den Prinzipien der Kollektiven Sicherheit und betonte Frankreichs Entschlossenheit, seine Pflichten als Völkerbundsmitglied zu erfüllen: "Nous avons tous le souci de respecter les obligations du Pacte", rief er vor dem Sicherheitsrat aus. "Nous avons tous la volonté de servir la paix"[94]. Lavals Bekenntnis zum Völkerbund entsprang keiner plötzlichen Bekehrung zur Kollektiven Sicherheit, sondern der Überzeugung, daß eine Zusammenarbeit der Stresamächte und der ostmitteleuropäischen Staaten nur im Rahmen der Genfer Institution möglich sei[95].

Gleichzeitig versuchte er jedoch durch bilaterale Verhandlungen mit Rom und London eine Kompromißlösung auszuhandeln. Vor Beginn der Kampfhandlungen in Äthiopien versprach der den Italienern die volle Unterstützung ihrer Forderungen "dans tout ce qu'elles auront de compatible avec le respect du Pacte", falls sie auf militärische Gewaltanwendung verzichten und sich zu Verhandlungen bereit finden würden. Er warnte sie aber auch vor den Folgen einer unnachgiebigen Haltung: "Par le rejet pur et simple de la proposition des Cinq, ou par son refus de nègocier, M. Mussolini justifierait le soupçon déjà trop répandu d'une opposition systèmatique à tout règlement pacifique du conflit". Er würde dadurch die internationale Meinung gegen sich aufbringen und damit die Stellung Italiens in gefährlicher Weise schwächen. "J'ai trop le souci de ne point voir se disloquer le front de Stresa pour ne pas redouter pareille éventualité", fügte er erklärend hinzu[96].

An diesem Satz wird deutlich, daß Laval durch seine Vermittlungsbemühungen vor allem eine Schwächung Italiens vermeiden wollte, denn dessen militärische und politische Stärke bildete die Voraussetzung seiner eigenen Außenpolitik.

Wenn Italien durch den Äthiopienkonflikt seinen Großmachtsstatus verlor, dann blieb Frankreich nach Meinung Lavals nur noch die Wahl zwischen einer engen Anlehnung an die Sowjetunion oder Großbritannien. Beide Alternativen aber waren Laval gleichermaßen zuwider, denn in beiden Fällen schien ihm ein direkter deutsch-französischer Ausgleich unmöglich. Er setzte deshalb auch nach Ausbruch der Feindseligkeiten seine Bemühungen um eine Kompromißlösung fort. Infolge des britischen Engagements für Äthiopien und der Verurteilung Italiens durch den Völkerbund verlagerte er indessen seine Anstrengungen von Rom nach London.

Obgleich Laval der Auffassung war, daß Großbritannien keine nennenswerte militärische Macht mehr besaß[97)], führte er mit London einen ausgedehnten Notenwechsel über das Problem der Kollektiven Sicherheit. Er wollte von Großbritannien die Zusicherung erhalten, daß es seine Verpflichtungen als Völkerbundsmitglied erfüllen würde, falls Deutschland den Äthiopienkonflikt zu einer Änderung des europäischen Status quo benutzen sollte[98)]. Die britische Unterscheidung zwischen einer "unprovozierten Aggression", sprich italienischen Angriff auf Äthiopien und einer "bloßen Nichtbeachtung der Verträge", d.h.[99)] einer nichtmilitärischen Revision des Versailler Vertrages durch Deutschland betrachtete Laval als glatte Ablehnung seines Garantieersuchens. Er widersetzte sich daher der Verhängung militärischer Sanktionen gegen Italien und machte gemeinsame britisch-französische Aktionen von vorherigen Konsultationen abhängig[100)]. Mit Hilfe des Konsultationsmechanismus hoffte er eine französische Verwicklung in militärische Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und Italien verhindern zu können.

Auch nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen in Äthiopien und der Verurteilung Italiens durch den Völkerbund setzte Laval seine Schaukelpolitik fort. Er stimmte zwar der Verhängung von wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen zu, protestierte jedoch gleichzeitig in London gegen die britische Flottenkonzentration im Mittelmeer. Falls Großbritannien seine Flotte nicht zurückziehen werde, drohte er, betrachte Frankreich einen italienischen Angriff auf die britische Mittelmeerflotte nicht als unprovozierte Aggression im Sinne von Artikel 16 der Völkerbundssatzung und werde infolgedessen auch keinen militärischen Beistand leisten[101)]. Als die britische Regierung daraufhin drohte, bei einer eventuellen Verletzung des Locarnovertrages durch Deutschland seine Garantieverpflichtungen nicht automatisch zu erfüllen[102)], beteuerte Laval am 18. Oktober Frankreichs "solidarité illimité d'action" mit Großbritannien[103)]. Als Beweis seines guten Willens stimmte er der Aufnahme von Generalstabsbesprechungen über eine Zusammenarbeit beider Seestreitkräfte im Mittelmeer zu[104)]. Gleichzeitig

versicherte er jedoch Mussolini, daß er nach wie vor alles unternehmen werde, um Großbritannien von militärischen Maßnahmen abzuhalten. Das oberste Ziel seiner Politik bleibe eine Kompromißlösung des Konfliktes, die eine Erneuerung der Stresafront erlaube[105].

Lavals Vermittlungspolitik wurde sowohl von den pro-britischen als auch von den pro-italienischen Anhängern der Stresafront unterstützt. Le Temps lobte vor Ausbruch des bewaffneten Konflikts Lavals "esprit de mesure"[106] und forderte ihn nach Ausbruch der Feindseligkeiten zur strikten Neutralität auf[107]. René Pinon aus dem pro-italienischen Lager kritisierte zwar heftig die "verlogene, egoistische und heuchlerische" Haltung Großbritanniens, stimmte aber der Beteiligung an finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen zu, um die Kollektive Sicherheit und die britische Entente zu bewahren[108]. Die Anhänger der Stresafront handelten dabei in dem Bewußtsein, daß Frankreich die Unterstützung beider Garantiemächte des Locarnovertrags für die Wahrung der europäischen Ordnung brauche[109], daß aber eine Entente mit Großbritannien unter den gegenwärtigen Umständen nur im Rahmen des Völkerbundes möglich war[110].

Beide Gruppen der Stresafront bekämpften heftig alle Maßnahmen, die zu einem militärischen Konflikt zu führen drohten[111]. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Italien würde nach ihrer festen Überzeugung nicht nur das Ende der Stresafront sondern auch der französischen Präponderanz bedeuten, weil Frankreich im Interesse seiner 'Mindestsicherheit' zur Intervention an der Seite Großbritanniens gezwungen wäre und dies wahrscheinlich ein deutsch-italienisches Bündnis provoziert hätte. Das Hauptziel der 'kleineuropäischen' und der Locarnokonzeption bestand aber gerade in der Isolierung Deutschlands und der Bindung der Westmächte an die französische Deutschlandpolitik.

Das starke Engagement der Vertreter der Stresakonzeption für den europäischen Frieden erfolgte nicht nur aus machtpolitischen und humanistischen Motiven, wie man aus ihrer offiziellen Argumentation gegen militärische Sanktionen schließen könnte, sondern gleichfalls auf Grund der Überzeugung, daß ein europäischer Krieg "serait pour la France la ruine de ses institutions, la décadence irrémédiable de sa civilisation"[112]. Die Sorge um den Bestand der etablierten Staats- und Gesellschaftsordnung veranlaßte die große Mehrheit der gemäßigten Rechten, ihre Haltung im Äthiopienkonflikt konsequent ihrem politischen und gesellschaftlichen Interesse unterzuordnen. Im Interesse der Bewahrung ihrer politischen und gesellschaftlichen Basis opferten sie daher das Prinzip der Kollektiven Sicherheit und die nationale Unabhängigkeit eines afrikanischen Staates,

die Frankreich als Mitglied des Völkerbundes und als Vorkämpfer des nationalstaatlichen Prinzips hätte verteidigen müssen.

An der Unterordnung der Außenpolitik unter die Staats- und Gesellschaftspolitik im Äthiopienkonflikt wird die Korrelation zwischen den Strukturelementen und den außenpolitischen Konzeptionen der gemäßigten Rechten deutlich. Die Anhänger von Lavals Vermittlungs- und Neutralitätspolitik setzten sich fast ausschließlich aus konservativen Liberalen und nationalen Konservativen sowie konservativen Katholiken zusammen, die an der Substanz des parlamentarischen Regimes, der "blockierten Gesellschaft" und des republikanischen Nationalismus festhielten. Dem demokratischen Reformismus, dem wirtschaftlichen Liberalismus und dem antideutschen Nationalismus entsprach die Weigerung, in einem außereuropäischen Konflikt Partei zu ergreifen, der ihrer Meinung nach nicht direkt die französischen Interessen in Europa berührte. Charakteristisch für diese Beziehung zwischen den Strukturelementen und der Außenpolitik ist die Bemerkung von St. Brice: "Aussi important que puissent être les résultats qu'on peut attendre d'un précédent, dans des cirsonstances complétement différentes, il est beaucoup plus important de prévoir les complications qui puissent naître du conflit éthiopien"[113].

b) Die Opposition gegen die Vermittlungspolitik

Lavals Vermittlungspolitik wurde sowohl von einer kleinen pro-italienischen als auch von einer kleinen pro-britischen Minderheit der gemäßigten Rechten abgelehnt. Beide Minderheiten verwarfen eine französische Neutralitätspolitik im Äthiopienkonflikt als unvereinbar mit den französischen Sicherheitsinteressen und verlangten eine eindeutige Option für Italien bzw. Großbritannien. Sie waren beide entschiedene Gegner eines deutsch-französischen Ausgleiches und wollten beide die antideutsche Status-quo-Politik des französischen Systems fortführen. Der entscheidende Unterschied zwischen ihnen lag somit nicht in der Zielsetzung sondern in der Wahl des geeigneten Bündnispartners für die Durchsetzung des gesteckten Ziels.

c) Die pro-italienische Minderheit

Die pro-italienische Minderheit optierte für Italien, weil sie in ihm den sichersten Garanten der territorialen und sozialen Ordnung Europas erblickte. Italien erschien ihr nicht nur als ein zuverlässiger Bündnispartner gegen Deutschland sondern auch als Bollwerk gegen den Kommunismus. Diese Meinung stützte sich auf ein positives Italienbild, das entscheidend vom eigenen Antikommunismus und

autoritären Nationalismus geprägt wurde. Kennzeichnend für dieses Italienbild war die Verherrlichung des "nationalen" und "sozialen" Aufbauwerks des Faschismus und die Überschätzung der militärischen Leistungsfähigkeit des italienischen Volkes. Mussolini habe einen neuen Menschentyp erzogen, "qui a retrouvé la fierté de son sang, de sa race et qui se préoccupe de la grandeur de son pays et qui a la volonté d'élever l'Italie au niveau des nations les plus développées. A cet égard le fascisme a vraiment changé l'ancienne mentalité de la péninsule[114)].

Die Parteigänger Italiens betonten in ihrer Propaganda absichtlich die nach ihrer Auffassung positiven Seiten des faschistischen Regimes, um Italien in den Augen der französischen Öffentlichkeit aufzuwerten. Angesichts der politischen und sozialen Spannungen in Frankreich sollte das faschistische Italien dem französischen Volk als das gelobte Land des sozialen Friedens und der politischen Stabilität erscheinen. Die Rechtfertigung des italienischen Angriffes auf Äthiopien, die Verurteilung der britischen Reaktion und der Völkerbundsanhänger dienten dem gleichen Zweck. Auch sie waren dazu bestimmt, Italien auf- und Großbritannien sowie den Völkerbund abzuwerten.

Im einzelnen argumentierten sie folgendermaßen: Italien führt in Äthiopien einen Kolonialkrieg, der der Zivilisation und dem menschlichen Fortschritt dient. Großbritannien dagegen verfolgt lediglich seine egoistischen Sonderinteressen. Seine moralische Verurteilung Italiens ist reine Heuchelei, denn es hat vorher tausendmal das gleiche getan. Warum soll Italien verboten sein, was anderen europäischen Mächten in der Vergangenheit erlaubt war[115)]? Äthiopien kann nicht die Rechte eines europäischen Völkerbundsmitgliedes beanspruchen, denn es ist kein zivilisierter Staat sondern ein feudales Imperium. Im übrigen ist es nicht die Aufgabe des Völkerbundes, die äthiopische Sklaverei zu verteidigen, sondern den europäischen Frieden zu sichern[116)].

Diese pro-italienische bzw. anti-britische Polemik richtete sich nicht nur gegen Großbritannien sondern vor allem auch gegen seine französischen Parteigänger. Die pro-italienische Gruppe warf ihnen nationalen Verrat, "bellicisme" und Moskauhörigkeit vor. "Nous voulons la paix", verkündete C. J. Gignoux, Lavals Verbindungsmann zur Wirtschaft, "nous ne sommes pas aux ordres du communisme prêcheur de guerre"[117)]. Henri de Kerillis forderte die Regierung auf, durch diplomatischen Druck auf Moskau den kommunistischen Einfluß auf die französische Politik zu unterbinden. "Le gouvernement actuel est le premier à agir. Un ultimatum à Moscou! Et, au besoin, une menace... qui sera comprise"[118)]!

Durch ihre antibritische und antikommunistische Pressekampagne wollten die Parteigänger Italiens den pro-italienischen Kräften der Regierungsmehrheit den Rücken stärken und eine französische Beteiligung an den Völkerbundssanktionen verhindern[119]. Sie fürchteten, durch die Sanktionen in einen britisch-italienischen Krieg verwickelt zu werden, der die Solidarität "lateinischer" Nationen gegenüber dem Pangermanismus und Kommunismus zerstören würde[120].

Die Beschwörung der "lateinischen Solidarität" durch die Parteigänger Italiens war mehr als ein billiger Propagandatrick oder eine sentimentale Regung. In ihr manifestierte sich die alte Sehnsucht der nationalen Konservativen und konservativen Nationalisten nach einer Einheitsfront der "lateinischen" und "katholischen" Nationen gegenüber den "protestantischen" und "materialistischen" Angelsachsen und den "barbarischen" Germanen, d.h. Deutschen und ihnen verwandten Völkern.

Der Latinismus ist so alte wie die Anglophobie. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts spielte er im Denken der Konservativen eine bedeutende Rolle. Obgleich der französische Nationalismus seit 1871 hauptsächlich gegen Deutschland gerichtet war, so blieb doch in seiner konservativen Spielart die alte Abneigung gegen das "perfide Albinon" erhalten. Die machtvolle Position der Angelsachsen und der Deutschen vor dem I. Weltkrieg wurde von den konservativen Nationalisten als demütigend empfunden. Der Sieg im I. Weltkrieg hat dieses Minderwertigkeitsgefühl nicht beseitigt, denn Frankreich war nur durch die Angelsachsen vor der Niederlage gerettet worden. Zwar versuchte die nationale Rechte sich einzureden, Frankreich habe den Krieg aus eigener Kraft gewonnen, aber im Grunde genommen wußte sie genau, wem sie den Sieg zu verdanken hatte. Wilsons Eintreten für einen "gerechten Frieden", seine Idee eines universalen Völkerbundes und die Bemühungen Großbritanniens um einen europäischen Ausgleich bestärkte die nationale Rechte, besonders aber ihren konservativen Flügel, in ihrer Anglophobie, die sich jetzt nicht nur gegen Großbritannien sondern auch gegen die Vereinigten Staaten und ihr verstoßenes Kind, den Völkerbund, richtete.

Die enge Verbindung von Konservativismus, Nationalismus, Katholizismus, Anglophobie, Antikommunismus und Latinität machte die "lateinische Solidarität" in den Händen der Parteigänger Italiens zu einem Kampfinstrument gegen den "britischen Imperialismus", den "deutschen Pangermanismus" und den "Weltbolschewismus". In der Außenpolitik diente sie zur ideologischen Rechtfertigung der französisch-italienischen Allianz und in der Innenpolitik als Propagandawaffe gegen die Volksfront.

Die Ideologie der "lateinischen Solidarität" verband die Parteigänger Italiens mit dem "kleineuropäischen" Flügel der Kompromißmehrheit. Beide Gruppen wollten mit italienischer Hilfe die antideutsche und antisowjetische Politik des französischen Systems fortsetzen, und beide Gruppen zählten zu den erbittertsten Gegnern der Volksfront. Sie unterschieden sich daher weder in ihren Zielen noch in ihren Motiven, sondern lediglich in der Einschätzung des Bündniswertes Großbritanniens.

Die "kleineuropäischen" Anhänger der Kompromißmehrheit wollten trotz ihrer pro-italienischen Sympathien nicht mit Großbritannien brechen, weil sie dessen diplomatische und materielle Unterstützung gegenüber Deutschland für unerläßlich hielten. Die Parteigänger Italiens scheuten vor einem Bruch mit Großbritannien nicht zurück, weil die britische Demokratie nach ihrer Meinung genau so wenig wie die französische Demokratie in der Lage war, die Volksmassen für den Kampf gegen Kommunismus und "Pangermanismus" zu mobilisieren. Sie erwarteten deshalb von Großbritannien wenig Hilfe im Falle eines größeren europäischen Konflikts. Sie nahmen jedoch an, daß Italien in der Lage sei, Frankreich auf Grund der inneren Struktur seines Regimes jederzeit wirksam militärisch unterstützen zu können. Diese Annahme stützte sich einmal auf eine Verklärung des Faschismus, zum anderen auf einer Fehleinschätzung der militärischen Leistungen Italiens in Äthiopien.

Die pro-italienische bzw. anti-britische Einstellung der Parteigänger Italiens beruhte weder auf einer objektiven Analyse der außenpolitischen Interessen Frankreichs noch des italienischen bzw. britischen Potentials sondern auf ideologischen Vorstellungen über die militärische Leistungsfähigkeit von parlamentarischen Demokratien und nationalistischen Diktaturen. Diese Vorstellungen resultierten aus dem autoritären Nationalismus und Antiparlamentarismus der nationalen Rechten. Nicht zufällig zählten Tardieu und Henri de Kerillis zu den führenden Persönlichkeiten des pro-italienischen Lagers. Sie übertrugen ihre innerpolitischen Vorstellungen auf die Außenpolitik und machten Italien zum Vorkämpfer ihrer Ideale.

Ein italienischer Sieg über Äthiopien und den Völkerbund erschien ihnen nicht nur als Sieg einer europäischen Nation über einen afrikanischen Staat sondern als der Sieg des autoritären Nationalismus über die internationalistische Ideologie der Linken. Die Beziehungen zwischen sozialen Wertvorstellungen und aussenpolitischen Konzeptionen liegen somit auch bei der pro-italienischen Gruppe auf der Hand. Dem autoritären Nationalismus und dem antiparlamentarischen Reformismus entsprach die Option für Italien im Äthiopienkonflikt. Die Gegner-

schaft gegen die Volksfront und gegen die liberale Konzentrationspolitik entsprach der Gegnerschaft gegen Großbritannien und den Völkerbund.

d) Die pro-britische Minderheit

Die Parteigänger Großbritanniens bildeten innerhalb der gemäßigten Rechten eine zwar zahlenmäßig schwache, politisch aber sehr aktive Gruppe, die im Laufe des Konflikts einen starken Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübte. Sie rekrutierten sich meistens aus ehemaligen Anhängern des französischen Systems und der kontinentalen Allianzpolitik Barthous wie Paul Reynaud, Pertinax und Emile Buré sowie einigen Vertretern der Westorientierung. Ihr erklärtes Ziel war es, die französisch-britische Entente durch eine rasche und vorbehaltlose Unterstützung des Völkerbundes zu stärken.

Sie forderten deshalb nicht nur die Verhängung wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen gegen Italien sondern auch eine enge politische und notfalls militärische Zusammenarbeit mit London. Das britische Engagement für Äthiopien und die Kollektive Sicherheit interpretierten sie nicht wie die Gegner Großbritanniens als ein diplomatisches Manöver sondern als den Ausdruck eines echten Gesinnungswandels der britischen Führungselite: Die fortgesetzten Verstöße der totalitären Diktaturen gegen die internationale Ordnung hätte die englischen Politiker von der Notwendigkeit eines entschlossenen Widerstandes überzeugt[121]. Frankreich müsse diesen Gesinnungswandel entschlossen für die Stärkung seiner kontinentalen Position ausnutzen. Eine Ablehnung der Sanktionen würde Großbritannien erneut in die Isolation drängen und damit Frankreichs Stellung gegenüber Deutschland schwächen[122].

Das Engagement ehemaliger Anhänger des französischen Systems und der kontinentalen Bündnispolitik Barthous für Großbritannien und den Völkerbund überraschte die französische Öffentlichkeit, denn es stand im völligen Widerspruch zur bisherigen Haltung der nationalen Rechten. Die Erklärung für diesen scheinbaren Gesinnungswandel ist in der veränderten Einschätzung der internationalen Lage und der machtpolitischen Möglichkeiten Frankreichs zu suchen.

Die Parteigänger Großbritanniens erkannten, daß Frankreich nicht mehr in der Lage war, die europäische Ordnung aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten. Da sie einen partiellen Ausgleich mit Deutschland für unvereinbar mit dem französischen Sicherheitsinteresse hielten, wollten sie mit Hilfe Großbritanniens und der Sowjetunion die Status-quo-Politik des französischen Systems fortsetzen. Die britische Weigerung, bilaterale Verpflichtungen auf dem Kontinent einzugehen, zwang sie, die französisch-britische Allianz innerhalb des Völkerbun-

des zu suchen. "S'il est vrai que l'Angleterre a finalement décidé d'appliquer le traité de Genève, de faire sienne la formule 'tous pour un', la France doit se tourner vers la Société des Nations qui a pendant si longtemps travaillé contre ses intérêts", erklärte Emile Buré. "Hier, quand ses troupes occupaient encore la rive gauche du Rhin, quand l'Allemagne n'avait pas encore réarmé, notre pays avait les moyens d'assurer sa sécurité; aujourd'hui il est obligé de la chercher à Genève[123)].

Die Parteigänger Großbritanniens sahen im Äthiopienkonflikt eine einmalige Gelegenheit, den Völkerbund in ein wirksames Instrument der französischen Sicherheitspolitik zu verwandeln. Durch den Austritt Deutschlands und die Schwenkung der britischen Außenpolitik hatte der Völkerbund nach ihrer Meinung seine gefährliche Funktion als Vermittlungsorgan zwischen Anhängern und Gegnern des europäischen Status quo verloren und ließ sich nun als völkerrechtlicher Rahmen für die Integration der verschiedenen Beistandspakte und Sicherheitsgarantien verwenden. "La Société des Nations n'est désormais plus qu'une foire où se recrutent les alliances", verkündete Pertinax[124)] und Reynaud meinte, mit Hilfe des Völkerbundes könnte Frankreich die friedliebenden Nationen Europas gegen Deutschland mobilisieren[125)].

Die Parteigänger Großbritanniens wurden während des Äthiopienkonfliktes durch ihre Stellungnahme für die Kollektive Sicherheit zu außenpolitischen Verbündeten der Linken, die sie innenpolitisch noch immer gemeinsam mit der gesamten Rechten bekämpften. Ihren sichtbaren Ausdruck fand dieses außenpolitische Bündnis in den gemeinsamen Attacken beider Parteien gegen Lavals Außenpolitik.

Im Unterschied zur Linken bedienten sich die (rechten) Parteigänger Großbritanniens jedoch nicht humanistischer und antifaschistischer sondern machtpolitischer Argumente. Das Schicksal Äthiopiens war ihnen im Grunde genommen völlig gleichgültig, nicht aber das Schicksal Europas. Sie warfen den Parteigängern Italiens deshalb nicht Verrat an der internationalen Moral sondern an den französischen Interessen vor. "Notre pays n'a des yeux que pour Mussolini", empörte sich Emile Buré. "Je ne crains pas de dire que le nationalisme française n'a cessé de desservir la nation française depuis que le conflit italo-éthiopien est à l'ordre du jour", denn durch ihre Angriffe gegen Großbritannien und den Völkerbund zerstören die französischen Nationalisten die letzten Schutzwälle gegen eine neue deutsche Aggression[126)].

Pertinax ging noch einen Schritt weiter und warf den proitalienischen Nationalisten offenen Verrat an Frankreich vor: "Les zélateurs les plus chauds de l'amitié franco-italienne représentée comme le rempart qui tiendra l'Allemagne

en respect sont ceux qui s'emploient de leur mieux à ouvrir le chemin de M. Ribbentrop et à lui semer des fleurs"[127].

Der Vorwurf des nationalen Verrates bildete lediglich die Replik auf den Vorwurf der Moskauhörigkeit, den die Parteigänger Mussolinis den Parteigängern Großbritanniens machten. Aber er vertiefte wesentlich den Graben, der beide Gruppen trennte und beschleunigte damit die Umgruppierung innerhalb der gemäßigten Rechten. Während die Parteigänger Italiens bis auf wenige Ausnahmen zum festen Kern der Kollaboration wurden, schloß sich die Mehrzahl der Parteigänger Großbritanniens der Résistance an. Auf die innenpolitische Entwicklung Frankreichs hat diese Umgruppierung jedoch wegen der bevorstehenden Wahlen im Frühjahr 1936 zunächst keinen wesentlichen Einfluß gehabt.

Im November 1935 unternahm Laval gemeinsam mit dem britischen Außenminister Sir Samuel Hoare einen letzten Versuch, die Stresafront durch eine Kompromißlösung des Äthiopienkonflikts auf Kosten Äthiopiens zu retten. Als der Laval-Hoare Plan durch eine gezielte Indiskretion Anfang Dezember der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, zwang die Reaktion der öffentlichen Meinung Laval zum Verzicht auf jede weitere Eigeninitiative.

Damit war die letzte Chance vertan, die Einheit der Westmächte gegenüber Deutschland zu erhalten. Von nun an war das internationale System und das innerfranzösische System auf eine Weise festgelegt, die es dem Nachfolger Lavals, Flandin im März 1936 unmöglich machte, die Remilitarisierung des Rheinlandes und damit de facto das Ende der Nachkriegsordnung durch militärische Gewaltanwendung gegen ein noch relativ schwaches Deutschland zu verhindern[128]. Die eigentliche außenpolitische Entscheidung fiel jedoch nicht erst im März 1936, sondern bereits während des Äthiopienkonflikts. Die Weigerung der großen Mehrheit der gemäßigten Rechten, eindeutig für die Kollektive Sicherheit und damit für Großbritannien und den Status quo Partei zu ergreifen, beschränkte wesentlich ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit gegenüber Deutschland während der Rheinlandkrise. Ohne aktive britische Rückendeckung war Frankreich nicht mehr in der Lage, die europäische Ordnung zu verteidigen.

Zusammenfassung: Die Determinanten des außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses der gemäßigten Rechten in den Jahren 1934 - 36.

Auf den außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß der gemäßigten Rechten wirkten sowohl externe als auch interne Faktoren ein. Die wichtigsten von ihnen waren die Weltwirtschaftskrise, der internationale Sachzwang, das manifeste Verhalten der Mächte, die Krise der französischen Gesellschaft, die Interessen, Ideen und Ziele der sozialen Klassen, politischen Gruppen und handelnden Politiker sowie die innenpolitischen Ereignisse, Entwicklungen und Zufälle. Zwischen beiden Faktorenkategorien fanden ständig Wechselbeziehungen statt, so daß sie nur aus analytischen Gründen getrennt werden können. Z. B. löste der externe Faktor Weltwirtschaftskrise in Frankreich eine interne Wirtschaftskrise aus, die über das Verhalten der französischen Wirtschaftssubjekte auf das Weltwirtschaftssystem zurückwirkte und dadurch den weiteren Verlauf der Weltwirtschaftskrise beeinflußte.

Jeder einzelne Faktor, gleichgültig ob extern oder intern, trat zweimal in Erscheinung: Einmal als Teil der objektiven Umwelt und einmal als Teil der subjektiven Vorstellungs- und Gefühlswelt der Akteure. Als Teil der objektiven Umwelt steckte er den Rahmen ab, innerhalb dessen sich die Akteure entscheiden konnten, als Teil der subjektiven Vorstellungs- und Gefühlswelt bestimmte er die Art und Weise, wie die Akteure auf die Bedingungen der objektiven Umwelt reagierten. Diese Reaktion beeinflußte ihrerseits die objektive Umwelt und veränderte dadurch den materiellen Entscheidungsrahmen der Akteure. Die beiden Erscheinungsformen der einzelnen Faktoren beeinflußten sich somit ebenfalls gegenseitig, und können deshalb ebenfalls nur aus analytischen Gründen unterschieden werden.

Das dialektische Verhältnis zwischen den beiden Erscheinungsformen der Faktoren läßt sich besonders deutlich am National-Sozialismus erkennen. Seine Machtergreifung in Deutschland änderte objektiv die Qualität der deutschen Außenpolitik (Expansion statt Revision) und bedrohte dadurch das europäische Gleichgewicht, auf dem seit 1919 die französische Sicherheit beruhte. Die gemäßigte Rechte erkannte zwar nicht den totalitären Charakter des National-Sozialismus, aber sie machte sich keine Illusionen über seine außenpolitischen Absichten. Sie war daher fest überzeugt,

daß das national-sozialistische Deutschland nicht nur die Revision des Versailler Vertrages wie die Weimarer Republik sondern die Hegemonie über Europa anstrebte. Sie bemühte sich deshalb um die Stabilisierung des bedrohten europäischen Gleichgewichtes. Ihre Bemühungen beeinflußten das internationale System (Abschluß des französisch-sowjetischen Paktes, Stresafront) und wirkten dadurch auf die deutsche Außenpolitik ein (Anpassung des Expansionsprogrammes an die veränderten Machtverhältnisse).

Die Vermittlung zwischen der objektiven Umwelt und der subjektiven Vorstellungs- und Gefühlswelt der Akteure erfolgte durch ihr Selbstverständnis, d.h. durch ihr Wert- und Normensystem, ihre Ideen, Ideale und Ideologien. Aufgrund ihres Selbstverständnisses fühlte sich die gemäßigte Rechte innenpolitisch von der Volksfront und außenpolitisch von Deutschland bedroht. Im Interesse ihrer Machtbehauptung strebte sie deshalb innenpolitisch die Sammlung aller antikommunistischen Kräfte und außenpolitisch die Bildung einer antideutschen Koalition an.

Die Sammlung aller antikommunistischen Kräfte in einer Einheitsfront scheiterte an den starken Gegensätzen zwischen der nationalistischen Rechten und der gemäßigten Linken. Die gemäßigte Rechte mußte daher zwischen beiden Gruppen wählen. Eine Option für die nationalistische Rechte erforderte innenpolitisch die Zustimmung zu einer autoritären Verfassungsreform und einer Militarisierung der französischen Gesellschaft, außenpolitisch die Ablehnung einer französisch-sowjetischen Allianz. Eine Option für die gemäßigte Linke verlangte dagegen innenpolitisch den Verzicht auf eine Verfassungsreform und eine "nationale Erneuerung", außenpolitisch die Zustimmung zum französisch-sowjetischen Pakt.

Die Bildung einer antideutschen Koalition scheiterte am manifesten Verhalten der europäischen Mächte. Großbritannien und Italien, die wichtigsten potentiellen Verbündeten in Westeuropa, besaßen zwar wie Frankreich ein vitales Interesse an der Erhaltung der Nachkriegsordnung, waren jedoch nicht bereit, die französische Deutschlandpolitik zu unterstützen und lehnten deshalb eine antideutsche Koalition ab. Die Sowjetunion befürwortete dagegen seit der national-sozialistischen Machtergreifung die integrale Verteidigung der Nachkriegsordnung und war deshalb auch bereit, einer antideutschen Koalition beizutreten, sie verzichtete jedoch nicht auf ihre revo-

lutionäre Zielsetzung. Die konservative Führungsschicht Ostmitteleuropas, besonders Polens mißtraute deshalb weiterhin ihren außenpolitischen Absichten und widersetzte sich ihrer Einbeziehung in das französische Sicherheitssystem.
Die Haltung der europäischen Mächte nötigte Frankreich zwischen einer losen Zusammenarbeit mit Großbritannien und Italien und einer antideutschen Allianz mit der Sowjetunion zu wählen. Eine lose Zusammenarbeit mit den Westmächten erforderte einen Verzicht auf die integrale Verteidigung der Nachkriegsordnung und damit auf die machtpolitische Überlegenheit über Deutschland, ermöglichte jedoch die Erhaltung des französischen Systems. Eine antideutsche Allianz mit der Sowjetunion drohte dagegen zum Verlust des französischen Systems zu führen, erlaubte indessen eine integrale Verteidigung der Nachkriegsordnung gegen Deutschland.

Die gemäßigte Rechte wollte jedoch eine Wahl zwischen den Westmächten und der Sowjetunion bzw. zwischen der nationalistischen Rechten und der gemäßigten Linken vermeiden, um nicht ihre innen- und außenpolitische Handlungsfreiheit zu verlieren. Sie verbündete sich deshalb einerseits mit der gemäßigten Linken im Parlament (Union nationale unter Doumergue) und strebte eine Integration der Sowjetunion in das französische System mit Hilfe eines kollektiven Sicherheitsabkommens, dem sogenannten Ostpakt an, arbeitete jedoch andererseits außerhalb des Parlaments weiterhin eng mit der nationalistischen Rechten zusammen und bemühte sich um eine Intensivierung der Beziehungen zu Großbritannien und Italien. Ihre "Doppelstrategie" scheiterte indessen aufgrund ihrer inneren Widersprüche bereits nach einigen Monaten. Die gemäßigte Linke, vor allem die Radikal-Sozialisten verlangten eine klare Abgrenzung von der nationalistischen Rechten und lehnten eine Verfassungsreform strikt ab; die ostmitteleuropäischen Verbündeten, vor allem Polen widersetzten sich einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion innerhalb eines kollektiven Sicherheitssystems und die Westmächte verhielten sich zurückhaltend gegenüber den französischen Bündnisbemühungen. Damit war für die gemäßigte Rechte eine klare innen- und außenpolitische Entscheidung unvermeidlich geworden.

Die Mehrheit der gemäßigten Rechten entschied sich für eine Koalition mit der gemäßigten Linken (Concentration Républicaine unter Flandin und Laval) und für ein Bündnis mit der Sowjetunion, weil sie beide Akteure für die

wichtigsten innen- bzw. außenpolitischen Verbündeten hielt. Die gemäßigte Linke verfügte im Parlament über rund ein Drittel der Sitze und in der Wählerschaft über etwa ein Drittel der Stimmen. Wenn sie sich mit der gemäßigten Rechten verbündete, dann ließ sich die innerfranzösische Krise mit systemkonformen, d.h. parlamentarisch-demokratischen Methoden überwinden. Wenn sie sich dagegen der Volksfront anschloß, dann war eine systemkonforme Überwindung der Krise im Sinne der gemäßigten Rechten nicht möglich. Ein Bündnis mit ihr war somit eine innenpolitische Notwendigkeit.

Die Sowjetunion nahm in den Augen der Mehrheit im internationalen System eine ähnliche Schlüsselstellung ein wie die gemäßigte Linke im innerfranzösischen System. Sie war die stärkste Macht Osteuropas und damit weit wichtiger als die ostmitteleuropäischen Verbündeten. Wenn sie sich mit Frankreich verbündete, dann ließ sich die Nachkriegsordnung integral verteidigen. Wenn sie dagegen mit Deutschland zusammenarbeitete, dann war die Nachkriegsordnung und damit die französische Sicherheit unmittelbar bedroht. Also mußte sich Frankreich mit ihr verbünden.

Die Minderheit der gemäßigten Rechten lehnte dagegen ein Bündnis mit der gemäßigten Linken und mit der Sowjetunion ab. Sie fürchtete, daß ein Bündnis mit der gemäßigten Linken eine "nationale Erneuerung" unmöglich machen würde, weil die gemäßigte Linke gegen eine autoritäre Staatsreform und eine Militarisierung der Gesellschaft war und daß ein Bündnis mit der Sowjetunion den europäischen Frieden gefährden würde, weil die Sowjetunion nach wie vor die Weltrevolution anstrebe. Ohne "nationale Erneuerung" aber ließ sich ihrer Meinung nach nicht die innere Krise überwinden und ohne Frieden nicht die internationale Ordnung bewahren. Daher war für sie ein Bündnis mit der gemäßigten Linken und der Sowjetunion nicht möglich.

Die Spaltung der gemäßigten Rechten in eine "linke" Mehrheit und eine "rechte" Minderheit erfolgte vorwiegend aufgrund einer sozio-psychologisch bedingten unterschiedlichen Einschätzung der innerfranzösischen und internationalen Lage. Die "linke" Mehrheit hielt die innerfranzösische Krise für eine vorübergehende Erscheinung und die internationalen Spannungen für eine Folge der nationalen Interessengegensätze. Sie glaubte daher beide

mit den traditionellen Methoden der französischen Politik überwinden zu können. Die "rechte" Minderheit sah dagegen in der innerfranzösischen Krise und in den internationalen Spannungen eine tötliche Bedrohung Frankreichs, die sich qualitativ von früheren Bedrohungen unterschied. Sie glaubte daher nicht an die Möglichkeit, sie mit den traditionellen Methoden und Mitteln der französischen Politik überwinden zu können sondern hielt neue Methoden und Mittel für unbedingt erforderlich.

"Das große Schisma" wie René Rémond treffend die außenpolitische Spaltung der gemäßigten Rechten in den dreißiger Jahren genannt hat, zeigt, daß eine politische Gruppierung trotz gemeinsamen Selbstverständnisses und gemeinsamer Herrschaftsinteressen keineswegs die gleichen Konzeptionen und Bündnisstrategien entwickeln muß sondern sehr unterschiedliche Auffassungen über die geeignete Wahrnehmung ihrer Interessen und die beste Verwirklichung des Gemeinwohls haben kann. Es ist daher nicht möglich, außenpolitische Konzeptionen und Strategien lediglich als Produkt von Interessen und Ideologien anzusehen. Vielmehr muß der Einfluß sozio-psychologischer Faktoren auf ihre Entstehung ebenfalls berücksichtigt werden.

Die unterschiedliche Einschätzung der innterfranzösischen und internationalen Lage durch die Mehrheit und Minderheit der gemäßigten Rechten zerstörte 1935 jedoch noch nicht ihren außenpolitischen Grundkonsensus. Beide Gruppen lehnten sowohl eine Verständigung mit Deutschland als auch eine Militärallianz mit der Sowjetunion ab und befürworteten stattdessen eine engere Zusammenarbeit mit Großbritannien und Italien. Eine Verständigung mit Deutschland gefährdete ihrer Meinung nach die französische Sicherheit, weil sie nur durch eine partielle Revision der Nachkriegsordnung zu erreichen war und eine militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gegen Deutschland gefährdete den Frieden, weil sie die außenpolitische Handlungsfähigkeit Frankreichs eingeschränkt hätte. Eine engere Zusammenarbeit mit den Westmächten stärkte dagegen die französische Sicherheit und den europäischen Frieden, denn sie würde Deutschland von einer gewaltsamen Revision der Nachkriegsordnung abschrecken.

Trotz ihres außenpolitischen Konsensus vermochten sich die beiden Lager der gemäßigten Rechten nicht auf eine gemeinsame Politik gegenüber den Westmächten zu einigen. Die "linke" Mehrheit strebte eine engere Zusam-

menarbeit vor allem mit Großbritannien an, weil sie seinen Bündniswert weit höher einschätzte als den Italiens. Dank der unerschöpflichen Ressourcen seines Empire's und der Macht seiner Flotte sei es im Konfliktfall in der Lage, Frankreich wirkungsvoll zu unterstützen und seine überseeischen Verbindungen zu schützen. Italien könne dagegen nur geringe Hilfe leisten, da ihm die wirtschaftliche Basis einer echten Großmacht fehle. Es bilde eher eine Belastung als einen Gewinn, wie der I. Weltkrieg gezeigt habe. Die "rechte" Minderheit wünschte dagegen eine engere Zusammenarbeit vor allem mit Italien, weil es aufgrund seiner geopolitischen Lage und seiner Rüstung in der Lage sei, die österreichische Unabhängigkeit zu verteidigen und Frankreich wirkungsvoll bei der Verteidigung der Rheinlinie zu unterstützen. Während die britische Hilfe infolge der Schwäche der britischen Armee erst nach einer Weile wirksam werden würde, könne Italien dank seiner militärischen Bereitschaft sofort helfen. Wie der I. Weltkrieg gezeigt habe, brauche aber Frankreich gerade unmittelbar zu Beginn eines militärischen Konfliktes wirksame Hilfe, um den deutschen Angriff abwehren zu können, da es Deutschland potentiell unterlegen sei.

Infolge ihrer internen Meinungsverschiedenheiten war die gemäßigte Rechte nicht in der Lage, eine zielstrebige Politik gegenüber den Westmächten zu verfolgen. Sie bemühte sich sowohl um eine engere Zusammenarbeit mit Italien (Römische Abkommen vom Januar 1935) als auch mit Großbritannien (Londoner Abmachungen vom Februar 1935), war jedoch nicht bereit, für eine der beiden Mächte zu optieren, als deren Gegensätze während des Äthiopienkrieges offensichtlich wurden. Anstatt eine klare Entscheidung zu treffen, wie es die internationale Situation erforderte, bemühte sie sich um eine friedliche Beilegung des Konflikts auf Kosten Äthiopiens. Sie hoffte dadurch die Einheit der Westmächte gegenüber Deutschland erhalten zu können.
Diese Einheit war jedoch eine Fiktion. Zwar hatten die drei Westmächte im Frühjahr 1935 in Stresa gemeinsam gegen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Deutschland protestiert, weil diese die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages verletzte, aber sie hatten sich nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen können. Während Frankreich Sanktionen gegen Deutschland verlangt, lehnten dies Großbritannien und Italien entschieden ab. Die Stresafront war daher handlungsunfähig.

Trotzdem betrachtete sie die gemäßigte Rechte als wichtigste Sicherheitsgarantie. Dies hatte sowohl außen- als auch innenpolitische Gründe. Beide Gruppierungen der gemäßigten Rechten waren trotz ihrer unterschiedlichen Einschätzungen des Bündniswertes von Großbritannien und Italien fest überzeugt, daß Frankreich die Unterstützung beider Mächte brauche, um sich gegenüber Deutschland behaupten zu können. Sie wollten daher mit keiner von beiden brechen. Sie fürchteten jedoch ebenfalls, daß eine Option für eine der beiden Mächte ihre innenpolitische Zusammenarbeit erschweren wenn nicht sogar unmöglich machen würde. Da von einer Spaltung der gemäßigten Rechten allein die Volksfront profitieren würde, lehnten sie eine Option ebenfalls aus innenpolitischen Gründen ab und klammerten sich statt dessen an die Stresakonzeption, in der Hoffnung, daß diese ihre innen- und außenpolitische Einheit erhalten würde.
Dieses Klammern an die Stresakonzeption zeigt deutlich, daß der außenpolitische Meinungs- und Willensbildungsprozeß der gemäßigten Rechten nicht primär von objektiven Gegebenheiten des internationalen Systems sondern von subjektiven, d. h. gruppenspezifischen Faktoren bestimmt wurde, nämlich der Einschätzung des Bündniswertes potentieller Verbündeter und der innenpolitischen Auswirkungen außenpolitischer Optionen. Von einem objektiven Primat der Außenpolitik im Denken und Handeln der gemäßigten Rechten kann somit nicht die Rede sein.

Die Weigerung der gemäßigten Rechten, während des Äthiopienkonfliktes zwischen Italien und Großbritannien zu wählen, schwächte Frankreichs Position in Westeuropa beträchtlich. Sowohl Großbritannien als auch Italien fühlten sich von Frankreich im Stich gelassen und waren deshalb nicht bereit, es militärisch zu unterstützen, als Deutschland im März 1936 das entmilitarisierte Rheinland besetzte. Ihre negative Haltung machte eine kollektive Aktion des Völkerbundes oder der Stresamächte unmöglich, wie sie die Völkerbundssatzung bzw. der Locarnovertrag für diesen Fall vorsah. Frankreich stand daher wie bereits im April 1935 nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Deutschland abermals vor der Wahl zwischen einem militärischen Alleingang und einer Hinnahme der deutschen Vertragsverletzung. Die gemäßigte Rechte entschied sich abermals gegen eine militärischen Alleingang, obwohl sie sich der Folgen dieses Schrittes voll bewußt war, da sie seine innen- und außenpolitischen Auswirkungen fürchtete. Sie war überzeugt, daß ein militärischer Alleingang die innerfranzösische Krise verschärfen und damit die Bedrohung der inneren Ordnung verstärken würde, ohne Deutschland zum Rückzug aus dem Rheinland zwingen zu können. Dank seiner militärischen Überlegenheit könnte zwar Frankreich das Rheinland besetzen, aber es würde sich dort ohne britische

und italienische Hilfe ebensowenig behaupten können wie 1923. Früher oder später müßte es sich abermals zurückziehen, ohne jedoch diesmal ein neues Sicherheitsabkommen wie 1925 aushandeln zu können. Es müßte sogar mit einem deutschen Gegenangriff rechnen, den es infolge des veränderten deutsch-französischen Kräfteverhältnisses allein nicht abwehren könnte. Ein militärischer Alleingang wäre somit außenpolitisch nicht nur nutzlos sondern ebenfalls gefährlich. Er würde die Sicherheit und Unabhängigkeit Frankreichs bedrohen, ohne die internationale Konstellation verändern zu können.

Die gemäßigte Rechte begründete ihre "pazifistische" bzw. "defätistische" Haltung 1936 ebenso wie 1934 und 1935 mit machtpolitischen Argumenten. Diese bildeten jedoch weitgehend eine Rationalisierung innenpolitischer Motive. Gewiß war Frankreich 1936 allein nicht mehr in der Lage Deutschland durch militärische Gewalt zur integralen Respektierung der Nachkriegsordnung zu zwingen. Es hätte jedoch durch eine entschlossene Haltung Hitler zum Rückzug seiner Truppen aus dem Rheinland veranlassen können. Dadurch hätte es einen entscheidenden Einfluß auf die innerdeutsche und internationale Entwicklung der kommenden Jahre ausgeübt. Durch seinen Verzicht auf militärische Maßnahmen nahm es sich jedoch selbst diese Möglichkeit und geriet dadurch in die außenpolitische Abhängigkeit von Großbritannien. Die Kapitulation von München und die Katastrophe von 1940 waren die Folgen dieses Verzichtes. Beide hätten vermieden werden können, wenn sich die gemäßigte Rechte und damit Frankreich in den Jahren 1934/36 entschlossen der national-sozialistischen Revisions- und Expansionspolitik widersetzt hätte, denn zu jener Zeit war die internationale Situation noch offen, d. h. sie barg noch mehrere Entwicklungsmöglichkeiten in sich. Erst nach der erfolgreichen Remilitarisierung des Rheinlandes erhielt sie ihre Zwangsläufigkeit, die in den II. Weltkrieg und damit in die Niederlage von 1940 führte.

Die innenpolitischen Motive des "Pazifismus" bzw. "Defätismus" der gemäßigten Rechten lassen sich in zwei Gruppen einteilen: in wahltaktische und in sozio-ökonomische. Beide hängen selbstverständlich eng miteinander zusammen, denn vom Ausgang der Wahl hing die Zukunft des sozio-ökonomischen Systems und von dieser der Ausgang der Wahlen ab. Ein militärischer Konflikt hätte Frankreich zur Forcierung seiner Rüstung und

zur Mobilisierung seiner Bevölkerung gezwungen. Die Forcierung der Rüstung hätte über die Erhöhung der Staatsausgaben und der unproduktiven Investitionen die Inflation angeheizt und dadurch die gerade einsetzende Erholung der Wirtschaft gefährdet. Die Mobilisierung der Bevölkerung hätte die sozialen Bindungen gelockert, welche die kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen noch an das System banden und die Gegnerschaft des Proletariats gegen das herrschende System verstärkt. Dadurch hätten sich die sozialen Spannungen erhöht. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und die Erhöhung der sozialen Spannungen aber hätten die innerfranzösische Krise verschärft, welche die "blockierte Gesellschaft" seit dem Beginn der dreißiger Jahre erschütterte. Davon hätte die Volksfront profitiert, denn sie war eine Reaktion der unteren Volksschichten auf die Krise der französischen Gesellschaft. Ein Wahlsieg der Volksfront aber bildete in den Augen der gemäßigten Rechten, besonders ihres konservativen Flügels eine ernste Gefahr für die etablierte Ordnung. Sie mußte deshalb unbedingt verhindert werden. Dies war aber nach Lage der Dinge nur durch eine soziale Befriedigung möglich. Da die gemäßigte Rechte diese nicht durch soziale Strukturreformen erreichen wollte bzw. konnte, strebte sie sie durch eine außenpolitische Entlastung an. Diese sollte einen neuen Krieg und damit eine Forcierung der Rüstung sowie eine Mobilisierung der Bevölkerung verhindern und auf diese Weise eine systemimmanente Überwindung der Krise ermöglichen. Sie war somit ein Mittel der sozialen Stabilisierung bzw. Krisenbewältigung.

Das Gewicht der einzelnen Faktoren für den außenpolitischen Willensbildungsprozeß beruhte auf der Bedeutung, die ihnen die gemäßigte Rechte für die Realisierung ihres Primärzieles, der integralen Verteidigung der gesellschaftlichen Machtstruktur beimaß. Diese Bedeutung hing ihrerseits stark von der jeweiligen innen- und außenpolitischen Konstellation ab. Da die französische Gesellschaft in den Jahren 1934-36 primär von internen Kräften - der Volksfront - bedroht wurde, dominierten innenpolitische Überlegungen das außenpolitische Verhalten der gemäßigten Rechten. Daraus kann jedoch nicht generell auf einen Primat der Innenpolitik geschlossen werden, denn die gemäßigte Rechte änderte ihr außenpolitisches Verhalten, als sich im Herbst 1939 die innen- und außenpolitische Konstellation änderte. Jetzt entschloß sie sich zum Krieg, weil in ihren Augen der deutsche Angriff auf Polen im Gegensatz zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht oder zur Remilitarisierung des Rheinlandes unmittelbar die Nachkriegsordnung und

damit die französische Sicherheit bedrohte. Ein neuer Krieg gefährdete zwar auch jetzt noch die Machtstruktur der französischen Gesellschaft, aber er bildete in ihren Augen die einzige Möglichkeit, eine deutsche Hegemonie über Europa und damit den Verlust der nationalen Unabhängigkeit zu verhindern. Da die Behauptung der nationalen Unabhängigkeit unerläßlich für die Erhaltung der gesellschaftlichen Machtstuktur war, mußte der Krieg gewagt werden.

Aufgrund des dominierenden Einflusses, den die jweilige innen- bzw. außenpolitische Konstellation auf den außenpolitischen Willensbildungsprozeß der gemäßigten Rechten ausübte, läßt sich nicht generell von einem Primat innen- oder außenpolitischer Faktoren im Denken und Handeln der gemäßigten Rechten sprechen. Beide Faktorenkategorien bildeten eine dialektische Einheit, die lediglich aus analytischen Gründen aufgelöst werden kann. Entscheidend für das außenpolitische Verhalten der gemäßigten Rechten war nicht die Furcht vor der Volksfront oder vor Deutschland, sondern der Wille zur Selbstbehauptung. Diese Erkenntnis sollte die Theorie des außenpolitischen Entscheidungsprozesses berücksichtigen, um die sterile Diskussion über den Primat der Innen- oder Außenpolitik endgültig überwinden zu können. Die vorliegende Arbeit wollte hierfür einen bescheidenen Beitrag leisten.
Andere Arbeiten über ein ähnliches Thema werden zu zeigen haben, ob sich ihre Ergebnisse verallgemeinern lassen.

Anmerkungen

Einleitung

1) Vgl. René Albrecht-Carrié, France, Europe and The World Wars. Paris: Minard, 1960, S. 292 ff

2) ebda

3) Jacques Chastenet, Histoire de la Troisième République, Bd. VI. Déclin de la Troisième 1931-1938, Paris: Hachette, 1962, S. 107 ff. Edouard Bonnefous, Histoire politique de la Troisième République, Bd. V, La République en Danger: des Ligues au Front Populaire (1930-1936). Paris: P. U. F., 1962, S. 214 ff

4) Dies gilt besonders für die Arbeiten von James N. Rosenaus, International Politics and Foreign Policy, New York: The Free Press, 1969 und Domestic Sources of Foreign Policy. New York: The Free Press, 1967. Vgl. dazu die mehr traditionellen Arbeiten französischer Autoren, die stärker die Besonderheiten des französischen Systems berücksichtigen: Jean-Baptiste Duroselle (Hrg.), La politique étrangère et ses fondements, (Cahiers de la Fondation nationale des Sciences Politiques, Nr. 55), Paris: A. Colin, 1954 sowie "L'élaboration de la politique étrangère française", in: R. F. S. P., Vol. VI, (Juli-Sept. 1956), H. 3, S. 508-524; Léon Hamon (Hrg.), L'élaboration de la politique étrangère. Paris: P. U. F., 1969

5) Vgl. Dungan Mac Rae, Parliament, Parties, and Society in France 1946-1958. New York: St. Martin's Press, 1967

6) Vgl. John H. Herz/Gwendolen M. Carter, Regierungsformen des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1962. Wenngleich die Arbeit noch recht konventionell angelegt ist, so geht sie jedoch ausführlich auf die Probleme des Meinungsbildungsprozesses in der parlamentarischen Demokratie ein.

7) Diese These wird zwar von den radikal-demokratischen sowie neomarxistischen Kritikern des Parlamentarismus bestritten (vgl. z. B. Wilfried Gottschalch, Parlamentarismus und Rätedemokratie. Berlin: Wagenbach, 1968), läßt sich jedoch empirisch belegen. Vgl. dazu allgemein Gerhard Leibholz, Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1964 und speziell für Frankreich H. W. Ehrmann, Politics in France, Boston: Little, Brown a. Company, 1968, S. 81 ff

8) Vgl. David Braybrocke and Charles E. Lindblom, A Strategy of Decision: Policy Evaluation as a Social Process. New York: The Free Press, 1963, S. 61 ff

9) a. a. O., S. 63 ff

10) Vgl. u. a. Richard C. Snyder u. a. (Hrg.), Foreign Policy Decision-Making: An Approach to the Study of International Politics. New York: The Free Press, 1962, S. 60 ff; Joseph Frankel, Die außenpolitische Entscheidung. Köln: Wissenschaft und Politik, 1965, S. 113 ff

11) R. Albrecht-Carrié, France, S. 191 ff.

12) Die Debatte über den Primat der Innen- bzw. der Außenpolitik hat zu keinen brauchbaren Ergebnissen geführt, da sie auf der Annahme einer Dichotomie von Innen- und Außenpolitik, von Nationalstaat und internationalem System beruht. Sie übersieht dabei völlig die enge Verflechtung beider Bereiche. Diese war zwar in der Zwischenkriegszeit noch nicht so ausgeprägt wie heute, aber dennoch bereits sehr beträchtlich wie sich z. B. an den nationalen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erkennen läßt. Vgl. Karl Kaiser, Transnationale Politik, in: Die anachronistische Souveränität. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, hrg. von. Ernst-Otto Czempiel. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag, 1969, S. 80-109

13) Vgl. zum Problem der vertikalen und horizontalen Analyse die Arbeiten der historisch-soziologischen Schule, vor allem Raymond Aron, Paix et Guerre entre les nations. Paris: Calmann-Lévy, 1962

14) Der Zusammenhang zwischen Gesellschaftssystem und Außenpolitik, zwischen internen und externen Faktoren beim außenpolitischen Entscheidungsprozeß ist zwar oft behauptet aber empirisch selten überzeugend nachgewiesen worden. Vgl. die Beiträge zum Sammelband von James N. Rosenau (Hrg.), Domestic Sources of Foreign Policy. New York: The Free Press, 1967

15) Stanley Hoffmann, Paradoxes de la communauté politique française, in: St. Hoffmann (Hrg.), A la recherche de la France. Paris: Eds du Seuil, 1963, S. 15 ff

16) René Rémond, La droite en France de la Première Restauration à la Ve République. Paris: Aubier, 1968. Rémond gewinnt seinen Begriff der Rechten durch eine Beschreibung ihrer Entwicklung von der Restauration bis zur Gegenwart. Eine inhaltliche Ausfüllung dieses Begriffes versucht er lediglich am Schluß seiner Untersuchung. Sie bleibt jedoch noch sehr unbestimmt, da sich Rémond im wesentlichen auf eine Beschreibung der Phänomene beschränkt. a.a.O., S. 309 ff

17) a.a.O., S. 320 ff.

Erstes Kapitel Die blockierte Gesellschaft

1) St. Hoffmann, Paradoxes de la communauté politique, S. 15 ff

2) Vgl. Charles Morazé, La France bourgeoise, Paris: A. Colin, 1947 Jesse R. Pitts, Continuité et changement au sein de la France bourgeoise, in St. Hoffmann, A la recherche de la France, S. 265 ff; Jean Lhomme, Le problème des classes, doctrine et faits, Paris: Sirey, 1938, S. 25 ff; René Johannet, Eloge du bourgeois français, Paris: Grasset, 1924

3) Vgl. Shepard B. Clough, Social Structure, Social Values, and Economic Growth, in: E. Acomb, French Society and Culture since the Old Régime, New York: Holt, 1966, S. 65-84; Emmanuel Berl, Mort de la pensée bourgeoise, Paris: Grasset, 1929 und ders., Mort de la morale bourgeoise, Paris: Gallimart, 1929

4) Alfred Sauvy, Histoire économique de la France entre les deux guerres, Bd. I (1918-1931), Paris: Fayard, 1965, S. 296ff

5) Eine gute Zusammenfassung der bereits umfangreichen Literatur über die französischen Mittelklassen geben Louis Moulin und L. Aerts, Les classes moyennes. Essai d'une bibliographie critique d'une définition des classes moyennes, Revue d'Histoire économique et sociale, 1954, Nr. 2-3. Die beste Übersicht über die Mittelklassen bietet nach wie vor Georges Lavau, Les classes moyennes, in: Maurice Duverger (Hrg.), Partis politiques et classes sociales en France, Paris: A. Colin, 1955, S. 49-84. Um eine Abgrenzung der Mittelklassen von der übrigen Gesellschaft bemühen sich Raymond Aron u. a. in Classes moyennes, Paris: F. Alcan, 1939 und Georges Izard, Les classes moyennes, Paris: Rieder, 1938. Eine inhaltliche Analyse aus der Zwischenkriegszeit findet sich bei William Oualid, Les classes moyennes, in: Mélanges Truchy, Paris: Sirey, 1938, S. 419-431 und bei André Desqueyrat, Classes moyennes françaises. Crise. Programme. Organisation. Paris: Spes, 1939

6) Vgl. Marcel Faure, Les paysans dans la société française. Paris: A. Colin, 1966. Wenngleich sich die Arbeit vorwiegend mit der Nachkriegszeit beschäftigt, so enthält sie doch zahlreiche Hinweise auf die Zwischen- und Vorkriegszeit.

7) a. a. O., S. 15 ff

8) Vgl. A. Sauvy, Histoire économique, Bd. I., S. 246/47

9) Vgl. Marcel Vigreux, Les crises du monde rural, Paris: A. Colin, 1970, S. 36

10) ebda

11) ebda

12) ebda

13) Vgl. Daniel Halevy, Visites aux paysans du centre 1907-1934, Paris: Grasset, 1935

14) Vgl. M. Vigreux, Les crises du monde rural, S. 36

15) "Les chemises vertes" war eine radikale Bauernbewegung, die einen korporatistischen Staat nach italienischen Vorbild anstrebte. Ihre Ideologie bildete eine Mischung aus Nationalismus, Konservatismus und Antikapitalismus. Vgl. die Propagandaschrift des "Führers" der "Chemises vertes" Henri Dorgères, Haut les fourches! Paris: Les oeuvres françaises, 1935.

16) Vgl. B. M. E. Leger, Les opinions politiques des provinces françaises. Paris: Lib. Universitaire J. Gamber, 1934, S. 130 ff.

17) Vgl. Gordon Wright, La révolution rurale en France, Paris: Eds de l'Epi, 1967, S. 42/43

18) Vgl. Jean Yole, Le malaise paysan. Paris: Eds Spes, 1943, S. 102 ff

19) Vgl. G. Wright, La révolution rurale, S. 69 und L. A. Vincent, L'exode agricole en France depuis 1900. Etudes et Conjoncture. Paris: P. U. F., 1963

20) Vgl. A. Sauvy, Histoire économique, Bd. I., S.246 und M. Vigreux, Les crises du monde rural, S. 36

21) Vgl. Henri Mendras, Sociologie de la campagne française, Paris: P. U. F., 1965, S. 72/73

22) Vgl. Michel Collinet, Essai sur la condition ouvrière (1900-1950), Paris: Les éditions ouvrières, 1951 und Simone Weil, La condition ouvrière, Paris: Gallimard, 1959

23) Zur Einstellung der Arbeiterschaft gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft vgl. Georges Lefranc, Histoire du travail et des travailleurs, Paris: Flammarion 1957. Zum politischen System siehe S. 31 ff

24) Vgl. A. Sauvy, Histoire économique, Bd. I, S. 455 ff

25) Vgl. Edmond Goblot, La barrière et le niveau, Paris: Alcan, 1925, S. 6ff

26) Vgl. Michel Crozier, "La France, terre de commandement", Esprit, Dez. 1957, S. 779-798 und ders., La société bloquée, Paris: Eds. du Seuil, 1970, S. 93 ff.

27) Vgl. St. Hoffmann, Paradoxes de la communauté politique, S. 25 ff. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Unternehmerverbände haben sich erst nach dem II. Weltkrieg im Zuge der wirtschaftlichen Erneuerung Frankreichs zu modernen Organisationen entwickelt. Vgl. für die Gewerkschaften Georges Lefranc, Le Mouvement Syndical sous la Troisième République. Paris: Payot, 1967 und für die Unternehmer Henry W. Ehrmann, Organized Business in France. Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1957

28) Der Malthusianismus der französischen Bourgeoisie war nicht die Ursache sondern die Folge der Blockierung der französischen Gesellschaft. Er hat jedoch durch seinen Einfluß auf das wirtschaftliche und soziale Verhalten der französischen Bourgeoisie und der traditionellen Mittelklassen die bestehenden sozio-ökonomischen Zustände konserviert und dadurch eine Überwindung der Blockierung verhindert. Dieser dialektische Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Strukturen, Bewußtsein und Verhalten wird bei der Analyse der französischen Gesellschaft häufig übersehen. Vgl. z. B. A. Sauvy, Histoire économique, Bd. I., S. 36/37

29) Vgl. John H. Clapham, The Economic Development of France and Germany 1815-1914. Cambridge, Engl., 1923; Charles P. Kindleberger, Economic growth in France and Britain 1851-1950, Cambridge, Engl. 1964

30) Vgl. die sehr aufschlußreiche Arbeit von Jean Bouvier, Histoire économique et Histoire sociale. Genf: Lib. Droz, 1968, S. 59 ff

31) Vgl. St. Hoffmann, Paradoxes de la communauté politique, S. 25 ff; François Goguel, Le régime politique français (Les mécanismes de la démocratie parlementaire), Paris: Eds. du Seulil, 1955

32) Vgl. David Thomson, Democracy in France, New York, 3. Aufl., 1958; Joseph Barthélemy, L'introduction du régime parlementaire en France. Paris, 1904

33) Vgl. Ernst Robert Curtius-Arnold Bergsträsser, Frankreich, Bd. II, Stuttgart 1930, S. 153

34) Albert Thibaudet, Les idées politiques de la France, Paris 1932 unterscheidet sechs geistige Familien der französischen Politik: traditionalisme, libéralisme, industrialisme, christianisme social, jacobinisme und socialisme. René Rémond weißt dagegen in seiner Untersuchung über die französische Rechte die Existenz von drei großen Strömungen auf der Rechten nach (Nationalismus, Konservativismus, Liberalismus) und André Siegfried zeigt in seinem Tableau des partis en France, Paris 1930 die Vielfalt der politischen Gruppierungen.

35) Vgl. für die Vorkriegszeit Raoul Girardet, Le nationalisme français, 1871-1914, Paris: A. Colin, 1966 und für die Nachkriegszeit Pierre Michelat, Dimension du nationalisme français, Paris: A. Colin, 1966

36) Vgl. Daniel Halévy, La République des comités, Essai d'histoire contem-

poraine (1895-1934), Paris: Grasset, 1934; ders., La Fin des notables, Paris: Grasset 1930 und La République des ducs (La fin des notables, Bd. II), Paris: Grasset, 1937. Ferner Albert Thibaudet, La République des professeurs, Paris: Grasset 1927; Robert de Jouvenel, La République des camarades, Paris: Grasset, 1924

37) Vgl. A. Siegfried, Tableau des partis, S. 179; R. Rémond, La droite en France, S. 249-250. 1932 gab es in der Kammer 16 Fraktionen, J. O., Déb. parl., Ch., 6. Juli 1932, S. 2484

38) Diese These wird von Maurice Duverger, Partis politiques et classes sociales en France, Paris: A. Colin, 1955, S. 219 ff vertreten. Georges Lavau, Partis politiques et réalités sociales, Contribution à une étude realiste des partis politiques, Paris: A. Colin, 1953 betrachtet dagegen die politischen Parteien als Ausdruck sozialer Gruppen.

39) Vgl. A. Sauvy, Histoire économique, Bd. I, S. 259 ff.

40) Vgl. A. Sauvy, Histoire économique, Bd. II, S. 15 ff

41) a. a. O., S. 451 ff

42) a. a. O., S. 111 ff

43) Vgl. Georges Dupeux, La société française 1789-1960, Paris: A. Colin, 1964, S. 231 ff

44) Vgl. Lucien Ferré, Les classes sociales dans la France contemporaine, Paris 1936

45) Vgl. Alfred Sauvy und Pierre Depoid, Salaires et pouvoir d'achat des ouvriers et des fonctionnaires entre les deux guerres (Travail humain, Serie A, Nr. 12), Paris 1940 und A. Sauvy, Histoire économique, Bd. II, Annex, S. 510 ff

46) Vgl. A. Sauvy, Histoire économique, Bd. II, Annex, S. 591

47) Vgl. A. Sauvy, a. a. O., Bd. II, Annex, S. 490 ff (Preise) und 510 ff (Löhne)

48) a. a. O., Bd. II, Annex, S. 543 ff

49) a. a. O., Bd. II, Annex, S. 554 ff

50) Vgl. G. Dupeux, Le Front Populaire et les élections de 1936, Paris: A. Colin, 1959, S. 40

51) Vgl. St. Hoffmann, A la recherche de la France, S. 37 ff

52) E. Bonnefous, La République en Danger, S. 125 ff

53) ebda

54) Vgl. G. Dupeux, Le Front Populaire, S. 43 ff

55) Vgl. Henri Maizy, Les groupes antiparlementaires de droite en France de 1933 à 1939, Diplomarbeit des Institut d'études politiques de Paris 1951 (maschinenschriftlich)

56) Vgl. R. Rémond, La droite en France, S. 208 ff

57) Vgl. A. Spire, Le déclin du marxisme dans les tendances socialistes, S. 28ff

58) Maurice Chavardès, Le 6 février 1934 - La République en danger, Paris: Calmann-Lévy, 1966 vertritt die These, daß der 6. Februar die Folge einer Verschwörung der nationalistischen und konservativen Rechten gewesen sei. Die Gegenposition verficht René Rémond, Explications du 6 février, Politique, Revue internationale des doctrines et des institutions, Juli-Dez. 1959, S. 218-230

59) Vgl. Histoire de la Troisième République, Bd. VI, S. 90 ff

60) Vgl. zur politischen Zusammensetzung der Regierung Doumergue G. Dupeux, Le Front Populaire, S. 58 ff und zur Person Doumergue's Pierre Lafue, Gaston Doumergue, Paris 1933

Zweites Kapitel Die Struktur der gemäßigten Rechte

1) Vgl. außer dem grundlegenden Werk von R. Rémond, La droite en France, S. 13 ff die Arbeit von François Goguel über die Politik der französischen Parteien während der III. Republik, La politique des partis sous la III. République, Paris 1946, S. 26ff. Goguel definiert die Rechte als die Partei der etablierten Ordnung im Gegensatz zur Linken als die Partei der Bewegung (parti de l'ordre établi et parti du mouvement). Er glaubt an die Existenz von zwei politischen Temperamenten, einem konservativen und einem progressiven, welche die politische Auseinandersetzung seit der Französischen Revolution unabhängig von den jeweiligen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten bestimmen. Diese Definition der Rechten als die Partei der etablierten Ordnung steht im Widerspruch zur historischen Entwicklung der französischen Rechten seit der Revolution, wie sie von Rémond beschrieben wurde. Siehe die Kritik Rémonds an Goguel in La droite en France, S. 18 unten.
Sehr unterschiedliche Definitionen enthält auch der von Emmanuel Beau de Loménie in der Zwischenkriegszeit herausgegebene Sammelband "Qu'appelez-vous Droite et Gauche?" Paris: Lib. du Dauphin, 1931. Beau de Loménie stand der Action Française nahe und identifiziert daher den Konservatismus weitgehend mit der Rechten. Um eine wissenschaftliche Definition vom Standpunkt des liberalen Positivismus bemühte sich in den fünfziger Jahren Raymond Aron, Espoir et Peur du Siècle, Paris: Calmann-Lévy, 1957, S. 11-121 (De la Droite). Eine vorwiegend geistesgeschichtliche Definition bietet Armin Mohler, Die französische Rechte, (Konservative Schriftenreihe, Bd. 3), München: Olzog 1958.

2) Vgl. die Einleitung von André Siegfried, Tableau des partis en France, Paris 1930, S. 1 ff.

3) Vgl. R. Rémond, La droite en France, S. 194 ff; F. Goguel, La politique des partis, S. 129 ff; A. Siegfried, Tableau des partis, S. 1 ff.

4) J.O. Ch., Déb., 7. Juni 1932

5) Die Radikalsozialisten kann man aufgrund ihres Antiklerikalismus, ihrer liberal-demokratischen Grundeinstellung und ihres Republikanismus der Linken und aufgrund ihres sozialen und ökonomischen Konservatismus der Rechten zurechnen. Vgl. Peter J. Larmour, The French Radical Party in the 1930's, Stanford, Calf.: Standford University Press, 1964, bes. S. 103ff

6) Die Versuche Flandins und Emile Roches um ein Wahlbündnis der rechten und linken Mitte scheiterten, weil die Mitte zwar im Parlament existiert, jedoch keine gemeinsame Basis in der Wählerschaft besitzt. Vgl. A. Siegfried, Tableau des partis, S. 11 und generell Maurice Duverger, Les partis politiques, S. 245

7) Le Petit Journal, 8. April 1936

8) Louis Marin, Rede in Lyon am 8. März 1936, La Nation, 14. März 1936, S. 223 ff. Die gleiche Aufforderung findet sich bei Pierre Rossillion, La Nation, 25. April 1936, S. 331ff.

9) Die Identifizierung der extremen und gemäßigten Rechten durch die Kommunisten sollte die Aktionseinheit zwischen den verschiedenen Linksgruppen ermöglichen.

10) Vgl. R. Rémond, La droite en France, S. 208ff

11) Bereits 1927 wand sich Paul Reynaud gegen den "Staatssozialismus" des italienischen Faschismus, weil er ihn als eine Gefahr für die individuelle Freiheit und die liberale Wirtschaftsordnung betrachtete. Vgl. seinen Vortrag in Conferencia, 5. Oktober 1927, Paris 1927. Zur Haltung gegenüber dem italienischen Faschismus vgl. Pierre Milza, L'Italie fasciste devant l'opinion française 1920-1940, Paris: A. Colin, 1967 (Kiosque, Nr. 32)

12) Joseph Barthélemy, le Temps, 12. Juni 1934. Ferner 22. Mai, 14. Juni, 16. August und 4. Sept. 1934. Barthélemy gehörte zu den führenden Theoretikern des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit und ist besonders durch seine Arbeiten über den französischen Parlamentarismus bekannt geworden.

13) L'Echo de Paris, 23. Mai 1934. Henri de Kérillis war einer der führenden Journalisten des national-konservativen Lagers und Leiter des "Centre de propagande", der wichtigsten Propagandaorganisation der nationalen Rechten. Vgl. Olivier Gaudry, Henri de Kerillis, (unveröffentlichtes Diplom des Institut des Sciences Politiques, Paris), Paris 1967

14) Henri de Kerillis griff bereits am 16. Mai 1934 die von Pierre Taittinger, dem Führer der nationalistischen Liga "Jeunesses patriotes" lancierte Idee einer Einheitsfront aller antikommunistischen Kräfte auf. Vgl. Echo de Paris, 17. u. 18. Mai 1934. Er fand dabei die Unterstützung von Louis Marin, dem Vorsitzenden der national-konservativen Fédération Républicaine.

15) De la Rocque, der Führer der nationalistischen Liga "Croix de Feu" lehnte eine Zusammenarbeit mit der klassischen Rechten ab, weil er als Mittler zwischen der Linken und Rechten auftreten wollte. Vgl. seine Selbstdarstellung in La Rocque, Service public, Paris 1934 und Edithet Gilles de La Rocque, La Rocque tel qu'il était, Paris 1962

16) Die von Jacques Doriot, dem Führer der faschistischen Parti Populaire Français lancierte "Front de la Liberté" scheiterte vor allem an den gesellschafts- und außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten des nationalen Lagers und der persönlichen Rivalität seiner Führer. Vgl. Gringoire, 23. u. 25. Juni 1937. Ferner Dieter Wolf, Die Doriot-Bewegung - Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Faschismus -, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1967, S. 183 ff.

17) Vgl. Paul Creyssel, La Rocque contre Tardieu, Paris 1938. Creyssel war ursprünglich Radikalsozialist, schloß sich jedoch 1936 der P. S. F. de la Rocque's aus Protest gegen das Volksfrontbündnis seiner Partei an.

18) R. Rémond, La droite en France, S. 202

19) Vgl. J. O., Ch., Déb., 6. Juli 1932, S. 2484

20) Vgl. G. Dupeux, Le Front Populaire, S. 125 und 135

21) Vgl. R. Rémond, La droite en France, S. 296ff; F. Goguel, Géographie des élections françaises, S. 48 ff; B. M. E. Leger, Les opinions politiques des provinces françaises, S. 45ff, 177ff und 184ff

22) Vgl. A. Demangeon, Géographie économique et humaine de la France, Bd. VI, Paris 1951; Pierre George, Géographie économique et sociale de la France, Paris 1946

23) Vgl. A. Siegfried, Tableau politique de la France de l'Ouest sous la III° République, Paris 1913; Gabriel Le Bras, Introduction à l'histoire de la pratique religieuse en France, 2 Bände, Paris 1942 und 1945 und ders. Géographie électorale et géographie religieuse, Paris 1942

24) B. M. E. Leger, Les opinions politiques des provinces françaises, S. 177 ff und 184ff. Ferner Pierre de Pressac, Les forces historiques de la France. La tradition dans l'orientation politique des provinces, Paris 1928, S. 128ff

25) Vgl. B. M. E. Leger, a. a. O., S. 162ff und 221ff. Ferner Raymond Long, Les élections législatives en Côte d'Or depuis 1870 - Essai d'interprétation sociologique, Paris 1958, S. 114ff; André Siegfried, Géographie électorale de l'Ardèche sous la III. République, (Cahiers de la F. N. S. P., Nr. 9), Paris: A. Colin, 1949

26) Vgl. für die unmittelbare Nachkriegszeit, die in dieser Frage weitgehend Rückschlüsse auf die Zwischenkriegszeit zuläßt François Goguel, La vie politique et les partis en France (Cours de l'Institut d'Etudes Politiques de Paris, 1950-1951, maschinenschriftlich)

27) Die Integration der gemäßigten Rechten erfolgte deshalb nicht durch die Parteien sondern durch die Parlamentsfraktionen und die Presse.

28) Vgl. J. O., Ch. Déb., 6. Juli 1932, S. 2484

29) Ansprache auf einer Veranstaltung des "Centre de Propagande" am 15. Mai 1934 in Paris, EdP, 16. Mai 1934

30) Aus den Spendenlisten des "Centre de Propagande" läßt sich die soziologische Zusammensetzung seiner Spender erkennen. Die Listen wurden seit 1927 regelmäßig im Echo de Paris veröffentlicht.

31) Vgl. Xavier Vallat, La Fédération National Catholique, in: Ecrits de Paris, Novembre 1954, S. 65-74. Vallat war ein führendes Mitglied der Föderation und eine der markantesten Persönlichkeiten des national-konservativen Lagers. Er zeichnete sich besonders durch seinen Nationalismus, Antikommunismus und Antisemitismus aus. Unter Vichy war er vorübergehend Beauftragter für Judenfragen. Vgl. seine Memoiren, Le nez de cléopâtre: Souvenirs d'un homme de Droite, 1919-1949, Paris, 1957

32) Vgl. den alljährlich erscheinenden "Almanach du Combattant" der Union Nationale des Combattants (UNC). Er gibt auch Auskunft über Organisation, Struktur und Mitgliederzahl des Verbandes.

33) Zitiert in Pierre Frédérix, Etat des forces en France, Paris 1935, S. 176

34) Die C. G. P. F. unterstützte vor allem die Parteien der rechten und linken Mitte, da diese im Parlament die Mehrheit bildeten und der Wirtschaft aufgrund ihres Liberalismus und ihrer Sozialstruktur am nächsten standen. Vgl. P. Frédérix, a. a. O., S. 92 und Henry W. Ehrmann, Organized Business in France, Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1957, S. 15 ff

35) Vgl. H. W. Ehrmann, a. a. O., S. 220ff und zur Person und politischen Karriere Billiet's J. Jolly, Dictionnaire des parlamentaires français, Bd. II, S. 603 f.

36) Vgl. Jacques Kayser, "Die französischen Zeitungen in der Dritten Republik", in: Publizistik, Heft 1, 4. Jg. (Jan./Feb.) 1959, S. 20-28 und für die Vorkriegszeit Gilbert Ziebura, Die Deutsche Frage, S. 10

37) Zur Karriere Tardieu's vgl. Rudolph Binon, Defeated Leaders - The Political Fate of Caillaux, Jouvenel, and Tardieu, New York 1960, S. 240 ff

38) Vgl. zur französischen Presse Raymond Manevy, Histoire de la presse française 1914-1939, Paris 1945 und ders., La presse de la Troisième République, Paris 1955; Charles Ledré, Histoire de la Presse, Paris 1958; Jacques Kayser, Le quotidien français, Paris: A. Colin, 1964

39) Die Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Informationspresse hatte jedoch vor dem I. Weltkrieg eine gewisse Berechtigung, da sich zwischen beiden Pressetypen deutliche Unterschiede erkennen lassen.

40) Diese Unterscheidung war psychologisch ähnlich wichtig wie die zwischen der Rechten und der Linken, da sie die individuelle Verarbeitung der vermittelnden Meinungen durch den Leser beeinflußte. Vgl. Jean Meynaud u. A. Lancelot, Les attitudes politiques, Paris 1962 über den Einfluß psychologischer Faktoren auf die politische Haltung

41) Le Petit Parisien und le Petit Journal spiegelten weit besser als die radikalsozialistische Presse die politische Ambivalenz der traditionellen Mittelklassen wider: ideologisch links, politisch rechts.

42) Vgl. Raymond Barrillon, Le cas de Paris-Soir, Paris, 1959

43) Vgl. Georges Hourdin, La presse catholique, Paris 1957 sowie für die Nachkriegszeit Jacques Maitre, La presse catholique, in: René Rémond (Hrg.), Forces religieuses et attitudes politiques dans la France contemporaine (Colloque de Strasbourg, 23-25 mai 1963), Paris: A. Colin, 1965, S. 259-290

44) Vgl. Jacqueline et Philippe Godfrin, Une centrale de presse catholique - La Maison de la Bonne Presse et ses publications, Vorwort von Jean Rivero (Travaux et recherches de la Faculté de Droit et des Sciences Economiques de Paris, série "Science Politique", Nr. 4) Paris: P. U. F., 1965

45) La Croix, 17. Juni 1937

46) Zur internen Auseinandersetzung des französischen Katholizismus über die soziale Frage und die Stellung zum Kommunismus vgl. René Rémond Les catholiques, le communisme et les crises 1929-1939, (Collection Kiosque Nr. 7), Paris: A. Colin, 1960

47) Vgl. J. u. Ph. Godfrin, Une centrale de presse catholique, S. 219 ff

48) Vgl. R. Rémond, Les catholiques, S. 13/14

49) Vgl. generell Bernard Voyenne, La presse dans la société contemporaine, Paris: P. U. F., 1962

50) Vgl. R. Manevy, Histoire de la Presse, S. 129 ff.

Drittes Kapitel Zum Selbstverständnis der gemäßigten Rechten

1) Der Begriff der "forces profondes" ist von Pierre Renouvin und seiner Schule entwickelt worden. Vgl. Pierre Renouvin/Jean-Baptiste Duroselle, Introduction à l'histoire des relations internationales. Paris: A. Colin, 1964, Teil I, S. 6ff

2) Vgl. Guy Michaud, Vorwort zu Tendances Politiques dans la vie française depuis 1789. Paris: Hachette, 1960, S. 7ff.

3) Vgl. Raymond Aron, "The diffusion of ideologies," in: Confluence, Bd. 2, Nr. 1 (März 1953), S. 3ff. Eine kritische Übersicht über das Ideologieproblem bietet Erwin Holzle, Idee und Ideologie. Eine Zeit-Kritik aus universal-historischer Sicht. Bern und München: A. Francke, 1969. Er stellt das neutrale Verständnis des Begriffes, wie es Aron besitzt neben den kritischen Gebrauch, der Ideologie von praktischer Wahrheit unterscheidet. Siehe ferner die Textauswahl von Kurt Lenk (Hrg.), Ideologie, Ideologiekritik und Wissenssoziologie. Neuwied: Luchterhand, 1961

4) Diese Einsicht führt jedoch häufig zu der irrigen Annahme, die Ideologien bildeten das konstituierende Element der gemäßigten Rechten. Vgl. Albert Thibaudet, Les idées politiques, S. 1

5) Vgl. R. Rémond, La droite en France, S. 227 ff.

6) a. a. O., S. 166ff; A. Thibaudet, Les idées politiques, S. 13 ff

7) Vgl. René Rémond, Forces religieuses et partis politiques, in: Forces religieuses et attitudes politiques dans la France contemporaine, hrsg. von René Rémond (Cahier Nr. 130 de la F. N. S. P.) Paris: A. Colin, 1965, S. 57ff

8) Vgl. M. Muret, EdP, 27. 8. 1937

9) Vgl. Abel Bonnard, EdP, 8. 9. 1937

10) Bernard Fay, le Jour, 17. 7. 1939

11) Vgl. die Auseinandersetzung von Funk-Brentano mit den Traditionalisten EdP, 16. 11. 1937

12) Vgl. Henry Bordeaux, EdP, 29. 11. 1937

13) Vgl. Leonita Lanta, EdP, 10. 8. 1938

14) La Croix, 25. 3. 1938

15) Vgl. René Bizet, le Jour, 3. 11. 1938

16) Jean Fabry, L'Indépendant, 29. 5. 1937

17) André Bellesort, EdP, 13. 11. 1937; ferner EdP, 3. 7. 1936

18) Vgl. José Vincent, la Croix, 17. 1. 1938

19) Vgl. Bernard Fay, le Jour, 17. 7. 1939; ferner le Journal des Débats, 14. 5. 1936

20) Guy de Pourtales, EdP, 8. 1. 1937

21) Vgl. René Pinon, RDM, 15. 4. 1937, S. 949

22) Diese These wurde vor allem vom Echo de Paris, le Jour und la Croix vertreten.

B) Der Liberalismus

23) Als Quellen für die Analyse der liberalen Ideologie eignen sich vor allem le Temps, le Journal des Débats, le Bulletin de l'Alliance Démocratique und die Revue politique et parlementaire. Unter den liberalen "Ideologen" verdienen besonders Joseph Barthélemy, André Siegfried und Germain-Martin hervorgehoben zu werden. J. Barthélemy kam regelmäßig im Temps unter der Rubrik "Tribune libre" zu Wort.

24) Der Literaturteil des Figaro zeigt indessen auch auf diesen Gebieten die gegenseitige Durchdringung von konservativem und liberalem Gedankengut. Grundlegende Unterschiede zwischen Konservativismus und Liberalismus finden sich nur noch im Menschen- und Gesellschaftsbild. Vgl. dazu die Kritik des Zivilisationspessimismus von Jacques Chardonne in "Porcelaine de Limoges" (Bd. IV der "Destinées sentimentales", Paris 1936) durch le Temps am 12. März 1936.

25) Vgl. R. Rémond, La Droite en France, S. 206 ff.

26) Der Ausdruck "orléanisme à l'américaine" stammt von R. Rémond: "Tardieu apparaît comme un Guizot moins doctrinaire, mais non pas moins intellectuel: il n'a pas enseigné à vingt-neuf ans en Sorbonne, mais il sort de Normale, et au lieu d'écrire aux Annales de l'Education ou à la Revue française, il a donné pendant des années une collaboration appréciée au Temps. L'un comme l'autre ont tâté de la diplomatie, Guizot à l'ambassade de Londres, Tardieu à la conférence de la Paix. Tardieu apparaît surtout plus "dynamique", comme on commence à dire en 1930, plus soucieux d'efficiency, comme aime à s'exprimer le snobisme à l'américaine, rénové, élargi, adapté aux conditions nouvelles de la production et de l'économie, touché par la mystique de la prospérité." La Droite en France, S. 208

27) Vgl. Tardieus Regierungsprogramm vom 7. November 1929, J.O., Ch., Déb., 7. Nov. 1929, S. 2999-3001

28) Vgl. A. Sauvy, Histoire économique, Bd. I, S. 107 ff.

29) Vgl. Rudoph Binion, Defeated Leaders - The Political Fate of Caillaux, Jouvenel, and Tardieu, New York 1960, S. 284 ff.

30) F. Goguel, La politique des partis, S. 252/53

31) Vgl. die Senatsdebatte vom 4. Dezember 1930, in der Tardieu gestürzt wurde. J.O., Sénat, Déb., 4.12.1930, S. 1740 ff.

32) Vgl. G. Dupeux, Le Front populaire, S. 45

33) Vgl. R. Binion, Defeated Leaders, S. 316 ff. Tardieu blieb noch formell Mitglied des 'Centre Républicain'. Er verließ ihn erst am 29. Dez. 1935 aus Protest gegen Reynauds Haltung im Äthiopienkonflikt.

34) Da es noch keine Biographie über Reynaud gibt, sind wir auf seine eigenen Schriften, besonders auf seine Memoiren, angewiesen. Paul Reynaud, Mémoires, Bd. 1, Venu de ma montagne, Paris 1960

35) Die Rivalität zwischen Reynaud und Flandin innerhalb der Alliance Démocratique läßt sich etwa mit der Rivalität zwischen Daladier und Herriot innerhalb der Radikalsozialistischen Partei vergleichen. Es handelte sich dabei gleichfalls um eine rein persönliche Rivalität, die erst die ideologischen Unterschiede erzeugte.

36) Vgl. die kurze, aber treffende Charakterisierung Flandins durch Jacques Chastenet, Déclin de la Troisième, 1931-1938, S. 107/108, sowie seine eigenen Memoiren, Pierre-Etienne Flandin, Politique Française 1919-1940, Paris: Flammarion, 1947

C) Der Nationalismus

37) Der Ausdruck "nationalisme de synthèse républicaine" als Oberbegriff der verschiedenen Nationalismen der gemäßigten Rechten stammt von Jean Touchard.

38) Zur Entstehungsgeschichte des republikanischen Nationalismus vergleiche die beiden grundlegenden Aufsätze von Raoul Girardet, Introduction à l'étude du Nationalisme français, in: RFSP, VIII, 3. Sept. 1958, S. 505-528 und Eugen Weber, "La fièvre de la raison: Nationalisme and the French Right," in: World Affairs, Juli 1958, S. 560-578

39) Vgl. allgemein Jean-Baptiste Duroselle, Les changements dans la politique extérieure de la France depuis 1945, in: A la recherche de la France, Paris 1963, S. 347 ff. Im ersten Abschnitt seiner Darstellung gibt Duroselle eine gute Analyse des "introversiven" Charakters des republikanischen Nationalismus.
Für die Haltung der nationalen Mitte gegenüber Deutschland vor dem I. Weltkrieg vgl. Gilbert Ziebura, Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911-1914, Berlin 1955, Bd. 1 der Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, hrsg. von Wilhelm Berges u. a.

40) Vgl. Louis Marin, La sécurité de la France, Bd. 1, Paris 1946, und Wladimir d'Ormesson, Nos illusions sur l'Europe centrale, Paris 1922, 4. Aufl.

41) Vgl. Monique Vivenot, Un homme politique lorrain: Louis Marin et l'Allemagne (1905-1933), in: Bulletin de la Faculté des Lettres de Strasbourg, Feb. 1966, S. 483-491

42) Eugen Weber, The Nationalist Revival in France 1905-1914, Berkeley, Los Angeles 1959

43) J.O., Ch., Déb., 3. Okt. 1916, S. 1986-87

44) Vgl. Poincarés Memoiren, Au service de la France - neuf années de souvenirs, 10 Bände, Paris 1926-1933

45) Vgl. Louis Marin, J.O., Ch., Déb., 19. Sept. 1919, S. 4463 und ebda., 23. Sept. 1919, S. 4505; ferner ders., Le traité de Paix, Paris 1920, sowie den letzten Memoirenband von Poincaré, Au service de la France, Bd. X, Paris 1933

46) Vgl. Poincarés Artikel in der Zeitschrift Illustration ab 1929 und Marins Beiträge in la Nation sowie seine Parlamentsrede vom 11. Feb. 1933, J.O., Ch., Déb., 11. Feb. 1933, S. 600

47) Vgl. Stéphane Lauzanne, le Matin, 16. 1. 1939

48) Über die Verbindung von liberalem Nationalismus und Antikommunismus vgl. Kapitel III, S. 72 ff

49) Vgl. Louis Madelin, EdP, 10. 6. 1937

50) Vgl. René Bizet, le Jour, 11. 8. 1938

51) Die Identifizierung von Staat und Nation ergab sich zwangsläufig aus dem nationalstaatlichen Prinzip, widersprach jedoch der konservativen Staats- und Gesellschaftskonzeption. Die Altkonservativen wandten sich daher gegen die "Staatsidolatrie" der National-Konservativen und betonten den organischen Charakter der Nation im Gegensatz zum politischen Charakter des Staates.

52) Vgl. hierzu die Polemik des Echo de Paris und des Jour gegen die elsässischen und bretonischen Autonomisten.

53) R. Recouly, RdF, 14. Jg., Nr. 21, 1. 11. 1934, S. 127; André Peronneau, EdP, 20. 8. 1936

54) L. Bailby, le Jour, 8. 9. 1938

55) Vgl. Edmond Jaloux, EdP, 5. 10. 1936

56) La Croix und Echo de Paris gebrauchen häufig diesen Ausdruck, z. B. La Croix, 17. 7. 37

57) Firmin Roz, EdP, 27. 10. 1937

58) Vgl. André Tardieu, La Révolution à refaire, Bd. I, Le souverain captif, Paris 1936. Tardieus Forderung nach einer autoritären Staatsreform im Namen der Volkssouveränität zur Erhaltung der nationalen Freiheit ist typisch für die Verlagerung des nationalliberalen Freiheitsbegriffes von der politischen und gesellschaftlichen Ordnung auf die Nation bzw. ihren institutionellen Rahmen, den Nationalstaat.

59) Lucien Romier, Nation et Civilisation, Paris 1926, S. 69

60) Firmin Roz, EdP, 8. 11. 1937

61) Vgl. René Bizet, le Jour, 3. 11. 1938

62) Vgl. Journal des Débats, 10. 4. 1936; ferner R. Recouly, RdF, 16, 18 (15. 9. 1936), S. 127-143; le Jour, 30. 5. 1938

63) Vgl. Général Duchene, EdP, 3. 6. 1937

64) a. a. O., 10. 6. 1937

65) Der Primat der Politik gegenüber dem Militär wurde vor allem von den Liberalen verfochten. Paul Reynaud erklärte während einer Verteidigungsdebatte in der Nationalversammlung: "Ne déplaçons pas les responsabilités. L'Etat-major n'est qu'un organe aux ordres des hommes d'Etat et c'est ainsi qu'il doit être. En tous cas, s'il n'en était pas ainsi, ce ne serait pas la faute de l'Etat-major; ce serait la faute de ceux qui ne savent pas se faire obéir... La responsabilité, non pas du détail mais de la direction générale de notre politique militaire, nous n'avons pas le droit de la passer sur d'autres épaules. C'est sur les nôtres qu'elle doit reposer." J. O., Ch., Déb., 15. 3. 1935

66) Lucien Romier, le Figaro, 11. 3. 1938; ferner le Temps, 28. 3. 1936

67) Vgl. H. de Kerillis, l'Epoque, 4. 9. 1939

68) Vgl. R. Pinon, RDM, 106, 1. 10. 1936, S. 714

69) Vgl. H. de Kerillis, l'Epoque, 28. 6. 1937

70) Stéphane Lauzanne, le Matin, 14. 3. 1939

71) Vgl. l'Echo de Paris, 17. und 18. 5. 1935; le Jour, 18. 5. 1935; le Temps 20. 5. 1935

72) Vgl. Henri de Kerillis, EdP, 21. 6. 1935

73) Henri de Kerillis, l'Epoque, 28. 6. 1937

74) Xavier Vallat, Ch., Déb., 17. 3. 1938, S. 845

75) Aufruf in l'Epoque vom 22. 4. 1939, unterzeichnet von Farjon, Boutillier, Léon Guillet, Fabre, Hellot u. a.

76) Henri de Kerillis, l'Epoque, 15. 7. 1939

77) Vgl. Henri de Kerillis, l'Epoque, 28. 6. 1937

78) Henri de Kerillis, l'Epoque, 30. 8. 1938

79) Vgl. Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen, München 1966, Bd. 4 der dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts

80) Vgl. den Kommentar Henri de Kerillis zum 1. Parteikongreß der Parti Social Français, EdP, 21. 12. 1936

81) Vgl. die Rede Paul Reynauds auf dem Bankett des "Centre de Propagande" am 16. Mai 1934, wiedergegeben im EdP, 17. 5. 1934

82) Paul Reynaud, Mémoires, Bd. 2, Envers et contre tous - 7 mars 1936 - 16 juin 1940, Paris 1963, S. 160 ff.

83) Vgl. André Tardieu, Le Communisme et l'Europe, Paris 1948; ferner La note de semaine 1936, Paris 1937, und Notes de semaine 1938, L'année de Munich, Paris 1939

84) Vgl. Jean Dazelle, Gringoire. De l'Union nationale à la Révolution nationale 1928-1940, Paris 1958, maschinenschriftl.

85) Vgl. André Tardieu, La Révolution à refaire, Bd. 1, Le souverain captif, Paris 1936, und Bd. 2, La profession parlementaire, Paris 1937

86) Abel Bonnard, EdP, 9. 6. 1937; ferner le Jour, 27. 5. 1938

87) Le Temps, 7. 9. 1937

88) Der Begriff des "größeren Frankreichs der 100 Millionen" ist von Genral Mangin geprägt worden. In Wirklichkeit zählten Frankreich und sein Imperium in den dreißiger Jahren nicht mehr als 70 Millionen

89) "Kolonialnationalismus" ist als Gegensatz zum "Kontinentalnationalismus" zu verstehen. Korrekterweise müßte es Imperialismus heißen, aber dieser Begriff soll vermieden werden, da er bereits besetzt ist.

90) Vgl. Bischof Lequien, La Croix, 28. 2. 1936, und La Croix, 3. 3. 1936; Jacques Henri Lefebvre, le Jour, 19. 2. 1939

91) "Nous avons une magnifique tâche morale, sociale, économique: orienter soixante millions de frères adoptifs vers notre civilisation." Le Temps 29. 4. 1937

92) Le Temps, 29. 4. 1937 und 11. 6. 1939

93) Wiedergegeben in le Temps, 4. 12. 1931

94) Le Temps, 10. 6. 1939. Die gleiche Auffassung wurde auch von den übrigen Gruppen der gemäßigten Rechten geteilt. Vgl. le Matin, 2. 11. 1937 und 6. 3. 1939; Léon Bailby, le Jour, 27. 8. 1938

95) José Germain, EdP, 16. 5. 1936

96) Vgl. Henriette Chaudet, EdP, 26. 12. 1936; le Temps, 30. 9. 1937; le Matin 17. 7. 1937 sowie 24., 26. und 27. 4. 1938

97) Vgl. René Pinon, RDM, 107 Jg., 15. 2. 1937, S. 324

98) Diese These wurde sowohl vom Echo de Paris als auch dem Matin vertreten.

99) Vgl. XXX, Levant - Perspectives économiques, RPP, Juni 1934, S. 461-478; Gratien Candace, RPP, Juni 1934, S. 479-506

100) Vgl. Le Temps, 26. 8. 1936

101) Besonders das Bulletin Quotidien verteidigte den Freihandel.

102) José Germain, EdP, 16. 5. 1936

103) Vgl. Raymond Recouly, RdF, 15. 8. 1934, S. 750-749

104) Vgl. Le Matin, 1. 11. 1936 sowie 13. und 14. 4. 1937

105) Vgl. le Matin, 2. 11. 1937 und 15. 4. 1937. Ähnliche Gedanken äußerte Jean Mélia, le Matin, 28. 1. 1937

106) Vgl. le Matin, 8. 7. 1937 und 4. 10. 1937

107) René La Bruyère, RDM, 14. Jg., Nr. 16, 15. 8. 1934, S. 740-749

108) Vgl. Robert Aron, Histoire de Vichy, 1940-1944, Paris 1954, und André Truchet, L'Armistice de 1940 et l'Afrique du Nord, Paris 1955

109) JdD, 7. 11. 1938

110) Vgl. Louis Mouilleseaux, (Hrsg.), La France et son Empire dans la guerre, 3 Bände, Paris 1947

111) Vgl. Léon Bailby, le Jour, 31. 5. 1939

112) Michel d'Herbigny, RDM, 15. 2. 1933, S. 798-821; ferner René Pinon, RDM, 15. 4. 1937, S. 949; Henri de Kerillis, EdP, 31. 3. 1937

113) Vgl. JdD, 18. 8. 1937

114) Vgl. RDM, 1. 1. 1937, S. 191

115) Vgl. René Pinon, RDM, 1. 7. 1936, S. 230-235; ferner Raymond Recouly, RdF, 15. 5. 1936, S. 375

116) René Pinon, RDM, 1. 1. 1936, S. 192 ff.

117) René Pinon, RDM, 1. 9. 1936, S. 238

118) Vgl. Léon Bailby, Le Jour, 26. 5. 1938

119) Vgl. Robert d'Harcourt, RDM, 15. 8. 1936, S. 433

120) ders., RDM, 1. 1. 1937, S. 198 ff.

121) ders., RDM, 15. 11. 1936, S. 444

122) ders., RDM, 1. 1. 1937, S. 203

123) René Pinon, RDM, 15. 11. 1936, S. 480

124) Charles Delvert, EdP, 20. 3. 1937

125) Vgl. R. Rémond, La Droite, S. 127 ff.

126) Vgl. Joseph Barthélemy, le Temps, 20. 4. 1937; 9. 8. 1938 und 2. 5. 1939

127) Vgl. le Temps, 10. 2. 1938

128) Stéphane Lauzanne, le Matin, 29. 8. 1936

129) le Matin, 16. 9. und 28. 10. 1936

130) le Matin, 17. 6. 1936

131) le Matin, 29. 12. 1936

132) le Matin, 12. 3. 1936

133) le Matin, 5. 4. 1937

134) le Matin, 17. 1. 1939

135) Vgl. zum Verhältnis von Nationalismus und Faschismus in Frankreich Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. München: Piper, 1963, S. 23 ff.

Zum vierten Kapitel

1) Vgl. allgemein Nicholas Wahl, The French Political System, in: Patterns of Government - the Major Political Systems of Europe, hrsg. von Samuel H. Beer und Adam Ulam, 2. Aufl., New York 1962, S. 275; ferner André Siegfried, De la III^{e} à la IV^{e} République, Paris 1956, Kap. 1, La III^{e} République, S. 13 ff

2) Vgl. G. Dupeux, La société française, S. 165

3) Louis Marin in einer Radioansprache vom 23. 4. 1936, in: la Nation, April 1936, S. 324

4) H. Berthélemy, RPP, Mai 1934, S. 421; ferner Paul Pic, RPP, Sept. 1934, S. 403 ff; B. Mirkine-Guetzévitch, RPP, Jan. 1934, S. 146 ff

5) P. Reynaud, RPP, April 1934, S. 6

6) R. Recouly, RdF, 15. Febr. 1935, S. 635

7) R. Recouly, RdF, 15. Sept. 1936, S. 357

8) R. Recouly, RdF, 15. Juli 1934, S. 219

9) R. Recouly, RdF, 1. Juni 1933, S. 431

10) Achille Mestre, RPP, Mai 1934, S. 410; vgl. ders. L'évolution du droit public, Paris 1956

11) Vgl. A. Siegfried, De la III^{e} à la IV^{e} République, Paris 1956 und Paul Bastid, Le gouvernement d'assemblée, Paris 1956, S. 339

12) H. de Kerillis, EdP, 15. 5. 1934

13) Vgl. Flandins Erklärung vor der Nationalversammlung am 13. November 1934: "Au pouvoir législatif de faire de bonnes lois, au pouvoir exécutif d'en assurer l'exécution par une police forte et honnête, au pouvoir judiciaire enfin et réellement indépendant de sanctionner les infractions aux lois". J.O., Ch., Déb., 13. Nov. 1934, S. 2235

14) P. Reynaud, RPP, April 1934, S. 3 ff; vgl. ferner seine Rede auf der Tagung des 'Centre de Propagande' am 15. Mai 1934, in der er die gleichen Ansichten wie die konservativen Vertreter einer Staatsreform vertrat, in: EdP, 16. 5. 1934

15) Maurice Ordinaire, RPP, März 1934, S. 420 ff

16) Vgl. René Capitant, La réforme du parlementarisme, 1934; P. Reynaud, RPP, April 1934, S. 3 ff sowie seine Rede auf der Tagung des 'Centre de Propagande' am 15. Mai 1934, EdP, 16. 5. 1934; M. Ordinaire, Le vice constitutionel et la révision. Vorwort von Gaston Doumergue, Paris 1934; Bernard Lavergne, Réforme de la Constitution française ou Révolution, Année politique française et étrangère, 1934, S. 37/38

17) Vgl. Michel Dendias, Le renforcement des pouvoirs du chef de l'état dans la démocratie parlementaire, Paris 1932 u. A. Hauriou, Précis de droit constitutionnel, 2. Aufl., Paris 1929

18) "La dissolution gouvernementale est la seule forme de dissolution qui puisse être admise dans la conception moderne du régime parlementaire" schrieb P. Couzinet in der Revue du droit public, 1933, S. 525

19) Die Forderung nach der direkten Wahl des Präsidenten durch das Volk wurde vor allem von A. Hauriou vertreten. "Il n'est pas dans la logique du gouvernement parlementaire" schrieb Hauriou, "que le chef de l'Etat dépende dans une mesure quelconque du Parlement. Ce régime s'est constitué dans une monarchie et il a toujours été entendu en Angleterre que le roi et les prérogatives de la Couronne étaient indépendants du Parlement. C'est par une anomalie, qu'en France le président de la République parlementaire est l'élu du Parlement. En sa qualité de chef de l'Etat et de chef du pouvoir exécutif irresponsable politiquement devant le Parlement, il devrait être affranchi des liens que peut créer sa nomination par celui-ci". Précis de droit constitutionnel, S. 361. A. Hauriou sah in der direkten Wahl des Präsidenten durch das Volk ein notwendiges Gegengewicht gegen die parlementarische Oligarchie.

20) Vgl. Jean Gicquel, Problèmes de la réforme de l'état en France depuis 1934, Paris: P. U. F., 1965, S. 11

21) H. de Kerillis, EdP, 16. 5. 1934

22) Vgl. zur britischen Verfassungsentwicklung Sir Ivor Jennings, Cabinet Government, 3. Aufl., Cambridge 1959

23) Vgl. Hans Gangl, Verfassungsfragen der fünften Republik, Graz 1964, S. 21 ff.

24) Vgl. die Erklärung von Georges Mandel vor der Nationalversammlung: "Ne cherchez pas ailleurs l'explication de cette carence des pouvoirs publics qu'on dénonce de toute part. Elle tient moins à nos institutions qu'à la défaillance des caractères". J. O., Ch., Déb., 9. 11. 1933

25) Raymond Poincaré, Faut-il réviser la Constitution? L'Illustration, 29. 4. 1933, S. 488

26) Vgl. R. Poincaré, ebda; Joseph-Barthélemy u. P. Duez, Traité de droit constitutionnel, 2. Aufl., 1933, S. 901

27) Vgl. die Äußerungen Louis Marins gegenüber dem Excelsior, 26. 1. 1934 sowie Joseph-Barthélemy, Paralysie progressive de l'Etat, Revue des vivants, April 1934, S. 517

28) Vgl. R. Poincaré, l'Illustration, 29. 4. 1933, S. 489

29) In den Auseinandersetzungen um eine Reform des Ausschußwesens befürwortete die Mehrheit der gemäßigten Rechten eine Rückkehr zu den Ad hoc - Ausschüssen der früheren Zeit, während eine Minderheit um Joseph-Barthélemy das bestehende System verteidigte und eine Ausdehnung der Befugnisse der Ausschüsse forderte. Für die Mehrheitshaltung vgl. R. Poincaré, L'Illustration, 23. April 1933 und für die Minderheitsposition Joseph-Barthélemy, Le procès de la Commission des Finances, in: Mélanges Carré de Malberg, Paris 1933, S. 266 ff

30) Vgl. Joseph Bardoux, Le redressement du Pouvoir exécutif et le métier de Premier Ministre, RdP, 1. Febr. 1934, S. 506

31) Vgl. J. Gicquel, Le problème de la réforme de l'état, S. 73 ff u. E. Bonnefous, Histoire politique, S. 279 ff

32) "Flandin, en termes très républicains, prétend vouloir sortir de la crise et non discuter sur des théories; car c'est la dernière expérience du Parlement" berichtet Edouard Herriot in seinen Memoiren, Jadis, Bd. II, D'une guerre à l'autre, 1914-1936, Paris 1952, S. 482

33) J. O., Ch. Déb., 13. Nov. 1934, S. 2234; vgl. ferner seine Reden vor dem Senat am 20. Dezember 1934 und vor der Alliance Démocratique am 12. Jan. 1935, in: P. -E. Flandin, Discours, Paris 1937, S. 61 ff bzw. 87 ff

34) Laval versuchte durch Notverordnungen das Problem zu umgehen. Vgl. E. Bonnefous, Histoire politique, S. 341 ff

35) Vgl. J. Gicquel, Le problème de la réforme de l'état, S. 121 ff

36) Der von Mosca stammende Begriff 'politische Klasse' besaß bei den antiparlamentarischen Reformern einen eindeutig antidemokratischen Inhalt, den er in der politologischen Literatur durchaus nicht besitzt. Vgl. Peter Hübner, Herrschende Klasse und Elite. Eine Strukturanalyse der Gesellschaftstheorien Moscas und Paretos. Soziologische Abhandlungen, Berlin 1967

37) Abel Bonnard, in: RPP, Juni 1934, S. 422

38) Nach dem Rücktritt Doumergues schrieb R. Pinon: "Les derniers événements semblent démontrer que le Parlement a perdu la dernière chance qui lui restait de se réformer lui-même. Désormais, si l'on veut organiser l'autorité sans renoncer à la liberté, ne faudra-t-il pas s'inspirer de l'exemple de la Rome antique qui confiait aux pouvoirs légaux la mission de désigner un dictateur investi pour un temps limité et en vue d'une tâche déterminée?" le Capital, 16. 11. 1934. Es ist symptomatisch für die innerpolitische Entwicklung Frankreichs nach dem Scheitern Doumergues, daß Pinons Ansicht nicht in der Revue des Deux Mondes veröffentlicht wurde, in der Pinon regelmäßig seine Wochenchronik schrieb, sondern im Capital, das einst das Sprachrohr des orleanistischen Bürgertums gewesen war und an dem Bainville bis zu seinem Tode mitarbeitete. Hierin zeigt sich das anbahnende Bündnis zwischen den enttäuschten parlamentarischen Reformern und der autoritären Rechten.

39) A. Tardieu, La révolution à refaire, Bd. 1, Le souverain captif, Paris 1936, S. 274

40) A. Tardieu, a. a. O., S. 275

41) A. Tardieu, La réforme de l'état - Les idées maîtresses de "L'heure de la décision", Paris 1934, S. 130

42) Vgl. Henry W. Ehrmann, Direct Democracy in France, in: APSR, Bd. LVII, Nr. 4, Dez. 1963, S. 883-901

43) René Carré de Malbert, "Considérations théoriques sur la question de la combinaison du référendum avec le parlementarisme", in: Revue du Droit Public et de la Science Politique, Bd. 48, 1931, S. 225-244

44) A. Tardieu, La réforme de l'état, S. 135

45) Zur Problematik der plebiszitären und repräsentativen Demokratie vgl. M. Duverger, La VI^{e} République et le régime présidentiel, Paris 1961, S. 41 ff sowie allgemein ders., De la dictature, Paris 1961

46) A. Tardieu, La révolution à refaire, Bd. 1, S. 21

47) Vgl. J. Gicquel, Le problème de la réforme de l'état, S. 38

48) Vgl. den Verfassungsentwurf Doumergues vom November 1934, J. Gicquel, Le problème de la réforme de l'état, S. 90 ff

49) Vgl. das Urteil seines Biographen R. Binion: "Month after month he sustained his siege of the Republic, waiting for friends to join him. None came. No committees sprang up in his name, no howling throngs troubled his seclusion. La Profession parlementaire aroused little comment; by the time it appeared Tardieu, once "the prince of the Republic", was known to France as "the hermit of Menton", Defeated Leaders, S. 331

50) Vgl. Jacques Debû-Bridel, L'agonie de la Troisième République, 1929-1939, Paris 1948, S. 312

51) Charles Quenet, EdP, 12. 12. 1937

52) R. Recouly, RdF, 1. 10. 1936, S. 735

53) Ebda, S. 736; ferner ders., RdF, 15. 5. 1936, S. 377

54) Die Absage an die Demokratie wird besonders bei René Pinon, dem außenpolitischen Kommentator der RDM deutlich: "Le système démocratique est, à peu près partout, dépassé et abandonné", schrieb er nach dem Sturz Doumergues. "Il y a des heures, dans la vie des peuples, où le salut de tous ne peut plus être assuré que par la volonté d'un seul". Le Capital, 16. 11. 1934.

55) Louis Madelin, l'Epoque, 1. 7. 1937. Vgl. dazu Benjamin Constant, Principes de politique, applicables à tous les gouvernements représentatifs et particulièrement à la constitution actuelle de la France, Paris 1815

56) Jean Guiraud. La Croix, 3. 4. 1936; ferner Funk-Brentano, EdP, 2. 1. 1938. Zur umfangreichen Literatur über den Korporatismus vgl. Matthew H. Elbow, French corporative theory (1789-1948). New York: Columbia University Press, 1953

57) Vgl. St. Hoffmann, Aspects du régime de Vichy, in: RFSP, Bd. VI, Nr. 1, Jan. -März 1956, S. 44-69

58) P. L., La Croix, 24. 3. 1938

59) Vgl. H. W. Ehrmann, Direct Democracy in France, in: PSR, Bd. LVII, Nr. 4, Dez. 1963, S. 883-901; und Frederic S. Burin, Machtausübung und Rechtsstaatlichkeit in der V. französischen Republik, in: PVS, Dez. 1964, S. 390/91

60) Vgl. A. Tardieu, Notes de semaine 1938, L'année de Munich, Paris 1939, S. 49

61) Vgl. besonders die Ideen des Matin zum Wahlsystem, 10. 1. 1935

62) Eine Ausnahme bildete Louis Marin, der wie Poincaré und Barthou zur alten "republikanischen Garde" gehörte. Vgl. seine Radioansprache vom 23. 4. 1936, in: La Nation, April 1936, S. 324

63) H. de Kerillis, l'Epoque, 15. 2. 1939

64) Vgl. R. Aron, Histoire de Vichy, S. 196 ff

65) Vgl. R. Rémond, La droite, S. 242

66) Vgl. R. Rémond, La droite en France, S. 199 ff

67) Vgl. Alfred Sauvy, Histoire économique, Bd. I, S. 39 ff.

68) A. Liesle, L'Economist français, 1934

69) B. Qu., 26. 3. 1936, A-10/11

70) H. Germain-Martin, in: E. Labarthe, Les moeurs politiques, S. 180

71) Vgl. P. E. Flandin, Rede auf dem Bankett der "Fédération des Groupements industriels et commerciaux" am 27. November 1934 in Paris, in: P. E. Flandin, Discours, Paris 1937, S. 45 ff; ferner Rede über die Sanierung des Getreidemarktes vor der Nationalversammlung am 10. Dez. 1934, J. O., Ch., Déb., 10. 12. 1934, S. 1873; Rede auf dem Bankett der Alliance Démocratique am 12. Jan. 1935, Paris, in: P. E. Flandin, Discours, S. 87 ff

72) P. E. Flandin, Rede auf dem Bankett der "Fédération des Groupements industriels et commerciaux", in: P. E. Flandin, Discours, S. 51

73) P. E. Flandin, Interview mit A. Foucauld, Candide, Nr. 3, Januar 1935

74) Paul Pic, RPP, März 1935, S. 431-454. Vgl. die Debatte über die Gesetzesvorlage "Flandin-Marchandeau sur les ententes industrielles", J. O., Ch., Déb., 12., 19. und 21. Febr. 1935

75) Vgl. Payen, JdD, 12. Jan. 1935; ferner Nouvelliste de Lyon, 18. Jan. 1935

76) Vgl. Lucien Romier, Le Figaro, 15. Jan. 1935

77) Vgl. R. Pinon, RDM, 1. 10. 1936, S. 717 ff;

78) "L'Etat seul, par son organisation, peut embrasser l'ensemble des problèmes intérieurs. Mais, d'autre part, la protection et la défense de l'activité nationale exigent, pour être efficaces, une connaissance approfondie de ses besoins concrets. C'est seulement auprès des corps professionnels, mandataires des individus, que l'Etat peut trouver la compétence qui lui manque. La logique, la raison, la nature même des choses lui conseillent donc de les associer à son action". R. Recouly, RdF, 1. 10. 1936, S. 774

79) B. Qu., 18. 11. 1935, A-5, 6

80) Vgl. B. Qu., 28. 4. 1936, D-3

81) B. Qu., 28. 4. 1936, D-4

82) Vgl. H. Germain-Martin, De la prétendue faillite des lois économiques depuis 1914, Paris 1955 und ders., Le problème de la Dévaluation en 1934, Paris 1948

83) P. Reynaud, Mémoires, Bd. I, S. 352 ff

84) Robert Bordaz, B.Qu., 11.12.1935, Beilage Nr. 282

85) Jacques Rueff, L'assurance-chômage, cause du chômage permanent, in: REP, 1931, S. 193-232. Die gleiche Idee ist bereits in einem Artikel Rueffs aus dem Jahre 1925 über die Arbeitslosigkeit in Großbritannien enthalten. "Les variations du chômage en Angleterre", in: RPP, 10.12. 1925, S. 6-34

86) Vgl. Louis Baudin, RDM, 1.5.1936, S. 173 ff

Zum fünften Kapitel

1) "Il y a dans la vie des peuples" schreibt der ehemalige französische Botschafter in Deutschland, François-Poncet, in seinen Memoiren "des années où les événements parvenus à une sorte de carrefour et encore flottants s'engagent tout à coup dans une direction définie ... Ce sont les années cruciales; l'avenir y est inscrit ... 1934 est une de ces années fatidiques". François-Poncet, Souvenir d'une ambassade à Berlin, septembre 1931 - octobre 1938, Paris 1946, S. 158

2) Vgl. René Albrecht-Carrié, France, Europe and the two World Wars, Genf und Paris, 1960, S. 240 ff

3) Die enge Verflechtung beider Bereiche bzw. Aufgaben wird in zahlreichen Äußerungen der gemäßigten Rechten zu außenpolitischen Problemen sichtbar. Es erscheint auf Grund der politischen und sozialen Motive der gemäßigten Friedenspolitik jedoch unzulässig, von einem "néo-pacifisme" zu sprechen, da dem Friedenswillen der gemäßigten Rechten die dem Pazifismus eigene ideologische Grundlage fehlte. Vgl. zum Begriff des "néopacifisme" Ch. Micaud, The French Right, S. 58 ff

4) Vgl. die ausgezeichnete Analyse des französischen Bündnissystems durch R. Albrecht-Carrié, France, S. 102 ff

5) Vgl. Ernst Birke, Rußland, seine Westgebiete, der Kommunismus und Versailles, in: Ideologie und Machtpolitik, Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenzen 1919, hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen 1966, S. 29- 57

6) Die polnische Minderheiten- und Außenpolitik der Zwischenkriegszeit bildet noch immer den Gegenstand heftiger Kontroversen. Vgl. dazu die sehr objektive Arbeit von Hans Ross, Geschichte der polnischen Nation 1916-1960, Stuttgart 1961, S. 134 ff und ders. Polen und Europa, Studien zur polnischen Außenpolitik, Tübingen 1957, S. 20 ff und von amerikanischer Seite Josef Korbel, Poland Between East and West: Soviet and German Diplomacy Toward Poland, 1919-1933, Priceton 1963

7) Vgl. die Memoiren von Raymond Poncaré, Au service de la France - neuf années de souvenirs, Bd. X, Paris 1933; ferner das posthum herausgegebene Pamphlet von André Tardieu, Le communisme et l'Europe, Paris 1948

8) Vgl. Piotr S. Wandycz, France and Her Eastern Allies, 1919-1925, French-Czechoslovak-Polish relations from the Paris Peace Conference to Locarno, Minneapolis 1962, S. 186 ff

9) Vgl. R. Albrecht-Carrié, France, S. 116 ff

10) Vgl. P. S. Wandycz, France and Her Eastern Allies, S. 219 ff sowie Jürgen Blankenburg, Der französische Kapitalexport und seine Rolle als Instrument der Außenpolitik. Diss. Köln 1966

11) Vgl. die Aussage von General de Villelume vor der parlamentarischen Untersuchungskommission über die Ursachen der französischen Niederlage, Les événements survenus en France de 1933 à 1945, Témoignages et documents recueillis par la Commission d'Enquête parlementaire, Bd. IX, Paris 1951, S. 2799

12) Vgl. P. E. Flandin, Politique française, 1919-1945, Paris 1947, S. 121. Flandin war ein Gegner des französischen Engagements in Ostmitteleuropa. Seine These wird jedoch indirekt durch Alfred Sauvy, Histoire économique de la France, Bd. I, S. 302 bestätigt.

13) Wladimir d'Ormesson, Nos illusions sur l'Europe centrale, Paris, 4. Aufl., 1922, S. 126

14) Vgl. Louis Marin, Le traité de paix, Paris 1920 sowie ders. La sécurité de la France, Bd. 1, Paris 1946

15) Vgl. R. Albrecht-Carrié, France, S. 131 ff

16) Diese Auffassung bildete Allgemeingut der gesamten gemäßigten Rechten. Allerdings blieb unklar, was konkret mit "preußischem Militarismus" und "Pangermanismus" gemeint war. Im Grunde genommen handelt es sich dabei noch immer um die gleichen Vorstellungen bzw. 'Vor-Urteile' der nationalen Rechten der Vorkriegszeit, vgl. Gilbert Ziebura, Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911-1914, Berlin 1955, S. 38 ff und 91 ff

17) Vgl. die Instruktionen Poincarés an den französischen Botschafter in London vom 29. Juni 1923, in denen es u. a. hieß: "L'Allemagne en tant que nation ne se résigne à tenir sa parole que sous l'empire de la nécessité", DDF, 29. 6. 1923, S. 50

18) "L'Allemagne, qui garde son fond barbare, est une nation turbulente et batailleuse qui rêve du guerre et de conquête", schrieb Henri de Kerillis nach der national-sozialistischen Machtergreifung, "une nation vaincue que hante l'espoir de la revanche". EdP, 7. 7. 1933. Dieser Satz könnte ebenso gut von Charles Maurras oder von Edouard Herriot stammen. In der Beurteilung der deutschen Mentalität als kriegerisch und brutal existierte ein breiter Konsensus zwischen allen nationalen Gruppen der Rechten und der Linken.

19) Vgl. Louis Marin, Le traité de paix, ders. La sécurité de la France, Bd. I, Paris 1946; ferner W. d'Ormesson, Nos illusions u. R. Poincaré, Mémoires, Bd. X

20) Vgl. Martin Ackerman, Quelques aspects de l'opinion publique en France sur le problème allemand 1920-1940, Paris 1940, S. 18 ff

21) Rede von Saint-Nazaire, in: Georges Suarez, Briand, sa vie, son oeuvre, Bd. V, L'artisan de la paix, 1918-1923, Paris 1941, S. 199 ff

22) Vgl. Jürgen Spenz, Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund, 1924-1926: Ein Beitrag zur Außenpolitik der

Weimarer Republik, Göttingen, Berlin 1966 und Eberhard von Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg, Koblenz 1958, S. 85 ff

23) le Temps, 9.3.1925

24) le Matin, 9.3.1925

25) Vgl. für die nationalen Konservativen das Echo de Paris und für die nationalen Liberalen la Liberté der Jahre 1925/26

26) J. Chastenet, Les années d'illusions 1918-1931, S. 156 ff

27) Vgl. die sehr subjektive Biographie von Michel Missoffe, "La vie volontaire d'André Tardieu", Paris 1930, die bis 1929 reicht, sowie seinen Beitrag in dem Sammelband von Louis Aubert u.a., André Tardieu, Paris 1957, S. 3-54. Zu Tardieus außenpolitischer Haltung in den zwanziger Jahren vgl. A. Tardieu, La paix, Paris 1921; Devant l'obstacle: l'Amérique et nous, Paris 1927; Le Sleswig et la paix, Paris 1928; Paroles réalistes, Paris 1928

28) Vgl. E. Herriot, Jadis, II. S. 253 ff

29) Vgl. A. Tardieu, L'épreuve du pouvoir, Paris 1931; R. Binion, Defeated Leaders, S. 295 ff, "L'expérience Tardieu"; François Piéri, Tardieu homme d'état, in: Louis Aubert u.a., André Tardieu, S. 71 ff

30) Rede vom 28.9.1930, le Temps, 29.9.1930

31) Rede vom 19.10.1930 vor ehemaligen Frontkämpfern, le Temps, 20.10. 1930

32) le Temps, 29.9.1930

33) le Temps, 20.10.1930

34) So schrieb Tardieu 1932 über die Gefahren des Nationalsozialismus für den Weltfrieden: "M. Hitler ne veut peut-être pas la guerre. Guillaume II, sans doute, n'en voulait pas non plus, mais sa politique, l'a rendu inévitable. M. Hitler fait de même. Il suffit, pour que cette nouvelle guerre éclate, d'une brusque rupture de l'équilibre instable établi entre les exigences des puissances de force et la docilité des puissance des faiblesse. Et cette guerre serait un drame sans précédent", in: François Piétri, Tardieu Homme d'état, in dem Sammelband André Tardieu von Louis Aubert u.a., Paris 1957, S. 77

35) Vgl. seine Haltung während der außenpolitischen Debatte der Nationalversammlung am 28. Oktober 1932, J.O., Ch., Déb., 28.10.1932

36) Wladimir d'Ormesson, La confiance en l'Allemagne ?, Paris 1928, S. 160; In der Zeitschrift l'Europe nouvelle, die Briands Europapolitik unterstützte, schrieb d'Ormesson anläßlich der Ratifizierungsdebatte des Abkommens über die Rheinlandräumung, daß weitere deutsche Revisionsforderungen die Locarnopolitik zerstören würden: "L'effort international poursuivi depuis Locarno s'effondrera sous les sarcasmes ... Pas un seul Français ne manquera d'établir une relation de cause à effet entre le départ anticipé des troupes alliées sur le Rhin, et le fait que l'Allemagne fait entendre telle revendication". EN, 12.4.1930; vgl. ferner P. Tirard, La France sur le Rhin, S. 128

37) Le Temps, BJ, 23.7.1930

38) Vgl. die Rede Briands vor dem Parlament, J.O., Ch., Déb., 13.11.1930, S. 3373

39) Vgl. den Aufsatz von Karl Dietrich Erdmann, Das Problem der Ost- oder Westorientierung in der Locarnopolitik Stresemanns, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1955; ferner Arnold Wolfers, Britain and France between Two Wars - Conflicting Strategies of Peace since Versailles, Connecticut 1963, S. 61 ff

40) Damit soll nicht die These übernommen werden, derzufolge der nationalsozialistische Wahlerfolg allein eine Folge der verfehlten französischen Deutschlandpolitik war. Dennoch ist es unleugbar, daß die französische Haltung gegenüber den deutschen Revisionsforderungen psychologisch einen großen Einfluß auf die Wählermentalität der dreißiger Jahre ausgeübt hat und die nationalistische Propaganda begünstigte.

41) Vgl. H. de Kerillis, EdP, 16. 9. 1930, P. Bernus, JD, 16. 9. 1930

42) Vgl. Pertinax, EdP, 16. 9. 1930

43) Pertinax, EdP, 1. 2. 1931

44) Pertinax, EdP, 16. 9. 1930

45) Diese These wurde besonders vom außenpolitischen Kommentator des Echo de Paris, Pertinax vertreten. Vgl. u. a., EdP, 5. 9. 1932 und 21. 11. 1932

46) Vgl. le Temps, BJ, 17. u. 27. 9. 1930; Henri de Korab, le Matin, 13. 9. 1930, Jules Sauerwein, le Matin, 16. 9. 1930; B. Qu., 16. 9. und 10. 9. 1930, JI, 14/15. 9. 1930

47) Vgl. le Temps, 27. 9. 1930 und Laurent, le Temps, 2. 10. 1930

48) Vgl. Sully, Deutschlandkorrespondent des Journal des Débats, JdD, 20. 8. u. 23. 9. 1930 sowie Lauret, Deutschlandkorrespondent des Temps, 11. 9. 1930

49) Diese Ansicht wurde vor allem vom Journal des Débats und von Wladimir d'Ormesson im Temps und im Figaro vertreten. Vgl. u. a. le Temps, 20. 5. 1933

50) La Croix vertrat diese Konzeption am konsequentesten, vgl. den Kommentar von L. V. zu den Septemberwahlen, la Croix, 1. 10. 1930

51) Vgl. die Kommentare von Henri de Kerillis zu Stresemanns Memoiren, EdP, 1932/33; ferner Pertinax, EdP, 8. 3.; 9. 5.; 29. 8. 1932

52) Vgl. seine Intervention in der Debatte des Dawesplances, J. O., Ch., Déb., 23. 8. 1924, S. 3072 und des Youngplanes, J. O., Ch., Déb., 20. 7. 1929, S. 2719 und 27. 12. 1929, S. 4722; seine Opposition gegen die Räumung des Rheinlandes, J. O., Ch., Déb., 13. 11. 1930, S. 3368 und seine Warnungen vor der geheimen deutschen Aufrüstung, J. O., Ch., Déb., 27. 2. 1926, S. 1060

53) Wladimir d'Ormesson, La confiance en l'Allemagne?, Paris 1928

54) Vgl. Monique Vivenot, "La montée hitlérienne n'est guère susceptible d'apaiser les inquiétudes de Louis Marin. Il décèle parfaitement cette puissance nouvelle qui jaillit en Allemagne apportant avec elle de lourdes menaces pour la sécurité française", Louis Marin, S. 490

55) J. O., Ch., Déb., 21. 1. 1932, S. 94

56) Besonders deutlich wird dies in den Artikeln von Pertinax im EdP, u. a. vom 16. 9. 1930 und in den parlamentarischen Interventionen von Louis Marin, J. O., Ch., Déb., 11. 2. 1933, S. 574 und von Franklin-Bouillon, J. O., Ch., Déb., 13. 11. 1930, S. 3278

57) Vgl. Pertinax, EdP, 16. 9. 1930; L. A., JD, 4. 10. 1930

58) Vgl. die Kammerdebatte vom 6. u. 11. November 1930

59) J. O., Ch., Déb., 6. 11. 1930, S. 3272 u. 13. 11. 1930, S. 3392 ff

60) J. O., Ch. Déb., 6. 11. 1930, S. 3312 ff

61) J. O., Ch. Déb., 13. 11. 1930, S. 3365 ff

62) Vgl. René Pinon, RDM, 1. 10. 1930, S. 719 ff

63) Vgl. le Temps, BJ, 17. 9. 1930; ferner B. Qu., 8. 11. 1930 u. P. Villette, JI, 16. 9. 1930. In dieser Ansicht wird deutlich das wirtschaftlich orientierte Denken der Liberalen sichtbar, wie es sich allenthalben in der Innenpolitik manifestierte.

64) Vgl. ihre Reaktion auf Briands Europaplan und Lavals Vorschlag einer deutsch-französischen Wirtschaftsentente im Jahre 1931. Die konservativen Katholiken vertrauten vor allem auf den "Katholiken" Brüning, der notfalls gemeinsam mit der Reichswehr eine nationalsozialistische Machtergreifung verhindern würde. Vgl. Merklen, la Croix, 17. 9. 1930; MLV, la Croix, 1. 10. 1930

65) le Temps, 9. 11. 1930

66) Wiedergeg. in: Georges Suarez, Briand, Bd. VI, L'artisan de la Paix, 1923-1932, Paris 1952, S. 345 f

67) Vgl. die Kommentare von Pertinax u. Henri de Kerillis im Echo de Paris, besonders, 26. u. 30. 3. 1933; ferner Léon Bailby in le Jour, besonders 2. u. 3. 2. 1933 sowie die Parlamentsrede von Franklin-Bouillon, J. O., Ch., Déb., 3. 2. 1933, S. 421/22

68) Charakteristisch für diese Haltung sind die Kommentare des Temps im Frühjahr und Sommer 1933.

69) Vgl. le Temps, 18. 5. 1933 u. B. Qu., 8. 6. 1933

70) Vgl. Pertinax u. H. de Kerillis im Echo de Paris im Februar 1933. Im März wich diese Illusion rasch einer realistischeren Einschätzung des neuen Regimes, Vgl. Pertinax, EdP, 26. 3. 1933

71) R. Pinon, EDM, 1. 3. 1933 u. 15. 6. 1933, besonders S. 954

72) Wladimir d'Ormesson, le Temps, 19. 11. 1933

73) Vgl. seine Artikel in le Temps, 25. 11. u. 25. 12. 1933

74) Vgl. le Temps, RP, 17. u. 18. 10. sowie 19. 11. 1933

75) Diese These stützt sich auf die Analyse des Temps und des Petit Journal im Oktober 1933

76) Pertinax, EdP, 16. 10. 1933; G. Mandel, J. O., Ch. Déb., 15. 11. 1933, Vgl. dazu den Kommentar in le Temps vom 16. 11. 1933

77) Tardieu, la Liberté, 17. 10. 1933; le Jour, 17. u. 18. 10. sowie 19. 11. 1933

78) Vgl. le Matin, 14. 11. 1933; le Jour, 17. u. 18. 10. sowie 19. 11. 1933

79) Dieses Argument gebrauchte Laval immer wieder, um seine Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung zu rechtfertigen. Siehe Kap. VI, S. 131 ff

80) J. O., Ch., Déb., 25. 5. 1934; ferner seine Rede auf der Genfer Abrüstungskonferenz am 30. 5. 1934, EdP, 31. 5. 1934

81) Vgl. die Äußerungen Tardieus gegenüber dem britischen Geschäftsführer in Paris, Sir Ronald Campbell, DBFP, VI, S. 677; ferner die Rede Paul Reynauds auf der Generalversammlung der Alliance française in Liverpool, 26. 5. 1934, EdP, 27. 5. 1934, und den Artikel von Pertinax, EdP, 31. 5. 1934

82) J. O., Ch., Déb., 30. 11. 1934, S. 2843

83) R. Pinon, RDM, 15. 12. 1933, S. 955 f; ferner RDM, 1. 5. 1934, S. 236 ff. Ähnliche Ansichten wurden von R. Recouly, RdF, 1. 7. 1934, S. 143 ff und von Pertinax, EdP, 6., 8. u. 9. Mai 1934 vertreten.

84) Raymond Cartier, EdP, 26. Mai 1934; vgl. die außenpolitische Erklärung Barthous vom 25. 5. 1934 im Journal Officiel

85) Vgl. Pertinax, EdP, 30. 4., 7., 9., 16., 17., 18. u. 20. 5. 1934

86) La France Militaire machte sich zum Wortführer dieser Gruppe. Vgl. ferner J. Maupas, RdF, 1. 11. 1933 sowie Paul Bourson, EdP, 11. 4. u. 5. 5. 1933

87) Vgl. H. de Kerillis, EdP, 19. 4. u. 28. 5. 1934

88) Pertinax, EdP, 22. 4. 1934

89) Vgl. Pertinax, EdP, 27. 4. 1934

90) Vgl. Pertinax, EdP, 24. 4. 1934

91) In diesem Punkt bestanden erheblich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteigängern Polens und der Kleinen Entente. Vgl. EdP, 26. u. 28. 4. 1934

92) Pertinax schrieb am 24. April im Echo de Paris: "Mais la reconstitution de nos alliances de l'Europe centrale et orientale ne s'accomplira que si la politique française se soutient au diapason de la note à l'Angleterre du 17 avril, origine de notre redressement", EdP, 24. 4. 1934

Zum sechsten Kapitel

1) J. O., Ch., Documents Parlementaires, 1919, Session ordinaire, annexe 6657, S. 305-22

2) "La politique revisionniste n'est pas seulement injuste et contraire aux voeux des peuples; elle est grosse de péril et elle porte en elle des germes de la guerre", in: Octave Aubert, Louis Barthou, Paris 1935, S. 204

3) Vgl. William Evans Scott, Alliance Against Hitler - The Origins of the Franco-Soviet Pact, Durham 1962, S. 165 ff; ferner Wilhelm Herzog, Barthou, Zürich 1938

4) Vgl. François Piétri, Souvenir de Barthou, RDM, März 1961

5) le Temps, 12. 3. 1933; JD, 12. 3. 1933

6) Vgl. Elizabeth Cameron, Alexis Saint-Léger Léger, in: Craig u. Gilbert (Hrsg.), The Diplomats, 1919-1939, Princeton 1953, S. 385

7) Vgl. seine Gespräche mit führenden britischen Politikern in London am 9. u. 10. Juli 1934, BFD, VI, S. 804-806. Allerdings muß man hierbei berücksichtigen, daß Barthou vor allem die Bedenken der Briten gegen die französisch-sowjetische Zusammenarbeit zerstreuen wollte.

8) Deutschland sollte der Beitritt zwar auch offen stehen, aber Barthou rechnete nicht ernsthaft mit einer deutschen Beteiligung. Vgl. SIA, 1935 I, S. 62/63.

9) Diese Befürchtung wurde vor allem von den Briten geäußert, vgl. BFP, VI, 776-778; S. 785-87; S. 801-03

10) Vgl. die Rede von Sir John Simon vor dem britischen Parlament, Parliamentary Debates, 13. Juli 1934, Bd. 292, col. 695

11) Vgl. Hans Ross, Polen und Europa, Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939, Tübingen 1957, S. 212 ff.

12) Vgl. DGFP, 8. Juni 1934, II, 885-886 und das deutsche Memorandum vom September 1934, DGFP, 8. September 1934, III, S. 396-402

13) Vgl. die Bukarester Erklärung des Rates der Kleinen Entente vom 20. Juni 1934, DIA, 1934, S. 365-67

14) Rede vor dem außenpolitischen Ausschuß des tschechischen Parlaments, 2. Juli 1934, DIA, 1934, S. 380/82

15) Rumänien fürchtete trotz der offiziellen Abkehr der Sowjetunion vom Revisionismus die sowjetischen Ansprüche auf Beßarabien, die die Sowjetunion niemals aufgegeben hatte. Die rumänischen Befürchtungen wurden auch nicht durch das rumänisch-sowjetische Abkommen vom Juni 1934 über die Respektierung der gegenseitigen Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden Länder zerstreut. Sein bleibendes Mißtrauen gegenüber den sowjetischen Fernzielen spiegelte sich auch in der französischen Presse wider. Vgl. le Temps, 11. 6. 1934

16) Der Königshof bildete in Jugoslawien das Zentrum des antisowjetischen Widerstandes, da einige Mitglieder der königlichen Familie mit den Romanows verwandt waren und König Alexander einen Teil seiner Jugend am Zarenhof in Petersburg verbracht hatte.

17) Vgl. den Kommentar Pertinax zur außenpolitischen Erklärung Barthous vor der Nationalversammlung am 25. Mai 1934, EdP, 26. 5. 1934 sowie seine Artikel vom 19. 6.; 10. u. 12. 7.; sowie 13. 9. 1934.

18) Vgl. le Temps, 26. Mai 1934

19) Vgl. EdG, Mai/Juni 1934, bes. 26. 5. u. 19. 6. 34; und le Temps, Mai/Juni 1934, bes. 26. u. 27. 5. 34

20) René Pinon meinte, daß jeder politische Akt in der Wahl zwischen zwei Übeln, zwischen zwei gegenteiligen Gefahren besteht. Da die Sowjetunion im Augenblick die Status-quo-Mächte unterstützt, ist ihre Aufnahme in das französische System gerechtfertigt. RDM, 1. 10. 1934, S. 712-14. Le Temps vertrat am 17. 9. 1934 die gleiche Ansicht. Auch er betonte wie R. Pinon die nationalstaatlichen Interessen Frankreichs, die es in erster Linie zu verteidigen gelte. Außerdem war er überzeugt, daß sich die Sowjetunion angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung gleichfalls primär von nationalstaatlichen Interessen leiten lasse.

21) Vgl. William Evens Scott, Alliance against Hitler - The Origins of the Franco-Soviet-Pact, Durham 1962, S. 14

22) Vgl. le Temps, BJ, 28. 8. 1931; Jules Laroche, La Pologne de Pilsudski, Souvenirs d'une ambassade, 1926-1935, Paris 1953, S. 104-106

23) Vgl. die Resolution des regionalen Kongresses der Fédération Républicaine in Clermont-Ferrand, in: JD, 24. 8. 1931. Louis Marin, la Nation, 12. 9. 1931; Emile Buré, l'Ordre, 19. 11. 1931; Frédéric Eccard, Dumping et crise financière des Soviets, RDM, 1. 11. 1931, S. 43-65

24) Vgl. Pierre Bernus, JD, 25. 8. 1931

25) Vgl. die Reaktion beider außenpolitischer Gruppen auf das Scheitern der sowjetisch-rumänischen Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes am 25. 1. 1932. Le Temps, BJ, 28. 1. 1932 u. JD, 28. 1. 1932

26) Vgl. die Rede Louis Marin vor der Nationalversammlung, J. O., Ch., Déb., 18. 5. 1933, S. 2438-2440; Pierre Bernus führte die Verlängerung des Berliner Vertrages als Beweis für die Wertlosigkeit des französisch-sowjetischen Vertrages an. JD, 20. 5. 1933

27) Vgl. über die Rivalität Flandin-Tardieu, Le procès Flandin devant la Haute Cour de Justice, 23-26. Juli 1946, Paris 1947, S. 51

28) Vgl. le Temps, 18. 3. 1932; EdP, 19. 3. 1932; JD, 18. 3. 1932; ferner den Bericht des britischen Geschäftsträgers in Paris, Campbell vom 27. 9. 1932, BFP, Bd. VII, 244 und 246-47

29) Vgl. die französische Note vom 2. März 1932, le Temps, 17. 3. 1932; ferner P. E. Flandin, Politique Française, S. 97/99 sowie W. E. Scott, Alliance against Hitler, S. 37/39

30) Vgl. J. Laroche, La Pologne de Pilsudski, S. 109/10

31) FRUS, 1932, IV, S. 295/96

32) Die pro-japanische und antisowjetische Pressekampagne wurde besonders vom Matin, dem Figaro, dem Petit Journal und dem Temps geführt. Vgl. besonders le Matin, 13. u. 20. 3.; 24. 4. 1932; le Figaro, 23. 3. 1932; le Petit Journal, 29. 3. 1932; le Temps, 23. 3.; 12., 19., 29. 3. u. 1. 5. 1932

33) Vgl. François Goguel, La politique des partis, S. 258 ff; André Tardieu, Devant le pays, Paris 1932

34) Vgl. le Temps, BJ, 9. 5. 1932

35) Vgl. Georges Dupeux, Le Front populaire, S. 45

36) Vgl. André Tardieu, Où en sommes-nous? RH, 1933, 1, S. 13-40; Le discours de Laon (26. 3. 1933), Assemblée générale du Comité d'Action républicaine et sociale de l'Aisne

37) Vgl. Pierre Bernus, JD, 20. 5.; 1., 15., u. 23. 9. 1933; ferner le Figaro u. le Matin seit Mai 1933

38) Georges Suarez, Les hommes malades de la paix, Paris 1933, S. 152 ff

39) G. Suarez, a. a. O., S. 154

40) G. Suarez, a. a. O.

41) G. Suarez, a. a. O., S. 155. Mit "personnage qualifié" meinte Suarez Herriot, gegen den sich im wesentlichen seine Polemik richtete.

42) G. Suarez, a. a. O., S. 157

43) G. Suarez, a. a. O., S. 160

44) G. Suarez, a. a. O., S. 352 ff

45) G. Suarez, a.a.O., S. 364

46) G. Suarez, a.a.O., S. 358

47) G. Suarez, a.a.O., S. 359

48) G. Suarez, ebda

49) G. Suarez, ebda

50) G. Suarez, a.a.O., S. 360

51) G. Suarez, a.a.O., S. 365

52) G. Suarez, ebda

53) G. Suarez, a.a.O., S. 367

54) G. Suarez, a.a.O., S. 100 ff

55) G. Suarez, a.a.O., S. 306. Das oberste Ziel Hindenburgs war es, "de protéger son pays contre les dissolvants morbides dont l'Orient de tout temps a menacé le monde". Mit "l'Orient" meinte Suarez sowohl die Juden als auch die sowjetischen Kommunisten.

56) G. Suarez, a.a.O., S. 372

57) G. Suarez, a.a.O., S. 373

58) Siehe Kap. VII, S. 168

59) Vgl. E. Herriot, Jadis II, S. 437

60) Vgl. Alfred Mallet, Pierre Laval, Bd. 1, Paris 1954, S. 15 ff; Guy Bechtel, Laval - vingt ans après, Paris 1963, S. 109 ff

61) Vgl. ebda

62) Wiedergeg. in: Julien Clermont, L'Homme qu'il fallait tuer, Paris 1949, S. 19

63) Vgl. E. Bonnefous, La République en danger, S. 60 ff

64) Vgl. Henri Torrès, La France trahie - Pierre Laval, New York 1941, S. 158. Laval wurde zu jener Zeit besonders vom Echo de Paris und dem Journal des Débats, d.h. den führenden Zeitungen des national-konservativen bzw. des konservativ-liberalen Lagers unterstützt.

65) Wiedergeg. in: André Guénier, HWL, Bd. II, S. 1346; vgl. ferner M. Lautier, L'Homme libre, Juli 1931

66) Wiedergeg. in: Yves-Frédéric Jaffré, Les derniers propos de Pierre Laval, Paris 1953, S. 295

67) Vgl. H. Torrès, Laval, ebda. S. 25 ff; A. Mallet, Laval, S. 20

68) Vgl. A. Mallet, Laval, ebda, S. 31 ff

69) Wiedergeg. in: H. L. Stimson u. McGeorge Bundy, On active Service in Peace and War, New York 1948, S. 273. Lavals Gegner haben stets seinen Patriotismus bestritten und ihn beschuldigt, er habe aus persönlichem Ehrgeiz die Verständigung gesucht. Vgl. Geneviève Tabouis, Vingt ans, S. 216/17

70) Vgl. Otto Abetz, Das offene Problem, Köln 1951, S. 148

71) Aussage von Gabriel du Chastain, in: HWL, La vie de la France sous l'occupation 1940-1944, Bd. II, Paris 1957, S. 1131

72) Vgl. den Abschnitt über den konservativen Nationalismus, Kap. III, S. 66 ff

73) Vgl. A. Mallet, Laval, S. 45 f

74) Vgl. den Bericht Stimons über die Unterredung mit Laval an das State Department vom 23. 10. 1931, wiedergeg. in H. L. Stimson, On active service, S. 274

75) Vgl. P. Reynaud, Mémoires, Bd. 1, Venu de ma montagne, S. 153 ff; Über die Bemühungen deutscher und französischer Kreise um eine wirtschaftliche Verflechtung in den zwanziger Jahren vergleiche Eberhard von Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg, Als Manuskript gedruckt, Koblenz 1958, S. 85 ff

76) Vgl. den Bericht des britischen Botschafters Lord Tyrrell Ronald an das Foreign Office vom 21. Oktober 1931, BFD, II, Nr. 276

77) Vgl. E. v. Vietsch, Arnold Rechberg, K. 9, die Aktion Hervé, 1930-31, S. 120 ff; ferner das Bulletin Quotidien und la Journée industrielle während dieses Zeitraumes.

78) Vgl. E. v. Vietsch, Arnold Rechberg, S. 125 f; Le Procès Flandin, Paris 1947, S. 50/51

79) Vgl. Ludwig Zimmermann, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen, 1958, S. 424 ff

80) André François-Poncet, Souvenirs d'une Ambassade à Berlin: Septembre 1931-Octobre 1938, Paris 1946, S. 186; ferner De Versailles à Potsdam: La France et le problème allemand contemporain 1919-1945, Paris 1948, S. 173/80

81) BFP, II, Nr. 276

82) J. O., Ch., Déb., 26. 6. 1931, S. 2348

83) Vgl. Herbert Hoover, Memoirs, Bd. III, S. 99 f

84) Wiedergeg. in A. Mallet, Laval, S. 50

85) Vgl. zur Problematik des Youngplanes die ausgezeichnete Dissertation von Wolfgang J. Helbich, Die Reparationen in der Ära Brüning, Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930-1932, Berlin 1962. S. 85 ff; ferner Hösch, DGFP, 17. 10. 1934, III, 493: "Under the pressure of difficulties in domestic politics Laval's attitude, originally an active one, changed more and more to one of negative defensiveness".

86) Vgl. H. L. Stimson, On active service, S. 273/74

87) Vgl. seine Unterredung mit dem Führer der Christlichen Kampfschar, Friedrich Freiherr von der Ropp, am 25. 10. 1934, DGFP, III, 10. 10. 1934, Nr. 240, S. 471/72

88) Vgl. die Aussage von André Guénier, HWL, Bd. II, S. 1347

89) Über sein Verhältnis zu Großbritannien in dieser Zeit vgl. die sehr subjektive Darstellung von G. Bechtel, Laval, S. 135 ff

90) Die Sorge um die Unabhängigkeit der französischen Außenpolitik von Großbritannien spielte bei Laval im Gegensatz zu Briand eine dominierende Rolle.

91) Wiedergeg. in: L'Intransigeant, 7. 2. 1938; vgl. ähnliche Äußerungen Lavals gegenüber Tardieu und Maginot aus dem Jahre 1931, G. Bechtel, Laval,

S. 127 und gegenüber André Guénier, 1935, HWL, Bd. II, S. 1346. Wenngleich man niemals die taktischen Absichten außer Acht lassen darf, die Laval mit diesen Äußerungen verband, so zieht sich doch das Thema der deutsch-französischen Verständigung unabhängig von den jeweiligen innerdeutschen Verhältnissen wie ein roter Faden durch seine ganze politische Karriere. Vgl. von deutscher Seite den Bericht Botschafter Höschs an das Auswärige Amt, DGFP, 17.10.1934, III, S. 491-494

92) Vgl. Arnold Wolfers, Britain and France, S. 201 ff

93) Vgl. seine Äußerungen gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Paris, Walter Edge, A Jerseyman's Journal, Princeton 1948, S. 207

94) Vgl. Julien Clermont, l'Homme qu'il fallait tuer, S. 77 f, ferner Max Ehrhardt, Deutschlands Beziehungen zu Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich vom Mai 1930 bis Juni 1932, Diss. phil. ungedruckt, Hamburg 1950

95) Vgl. u.a. seine Rede anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten des langjährigen Verteidigungsministers Maginot, am 7. Jan. 1932, in der er u.a. sagte: "... une France désarmée, exposée aux aggressions mettrait en péril non seulement sa propre existence, mais la stabilité même de l'Europe"; in: Le Temps, 11.1.1932

96) Siehe Kap. VII, S. 168 ff

97) Siehe Kap. VI, S. 149 u. Kap. VII, S. 173 ff

98) Vgl. seine Ausführungen im Ministerrat am 6. April 1935, in: E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 523

99) Vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 470 ff

100) Vgl. E. Cameron, Appeasement, S. 87 oben. Laval ist sowohl von der kommunistisch-sozialistischen Linken als auch von der extremen Rechten häufig beschuldigt worden, ein Agent des Großkapitals zu sein. Vgl. dazu die Pressekampagne der Humanité und des Populaire während des Wahlkampfes von 1936 sowie E. Beau de Loménie, Les responsabilités des dynasties bourgeoises, Bd. IV, S. 491. G. Bechtel versucht in seiner Lavalbiographie, S. 89 ff, diesen Vorwurf zu entkräften.

101) Vgl. P.E. Flandin, Politique Française, S. 194 f u. Arthur H. Furnia, The Diplomacy of Appeasement: Anglo-French Relations and the Prelude of World War II, 1931-1938, Washington, 1960, S. 152 f

102) Tardieu war in der neuen Regierung nicht mehr vertreten. Vgl. E. Bonnefous, La République en Danger, S. 302 ff.

103) P.E. Flandin, Politique Française, S. 16

104) P.E. Flandin, a.a.O., S. 57 ff u. S. 169/170

105) Vgl. E. Bonnefous, Histoire politique, Bd. V, S. 302 ff und J. Chastenet, Histoire de la Troisième République, Bd. VI, S. 107 ff

106) Vgl. l'Oeuvre, 9. u. 10.11.1934; P.J. Larmour, The French Radical Party, S. 160; le Temps 9., 10., 11.11.1934

107) Henri de Kerillis bezeichnete die neue Regierung als eine Fassade, hinter der sich die dunklen Machenschaften der Systemanhänger verbergen. "Les radicaux socialistes triomphants s'effacent discrètement, et pour un temps court, derrière une combinaison dont la raison d'être est d'assurer les transitions, de désarmer les colères qui montent et tourbillonnet dans l'opinion publique, de masquer le crime accompli". Mit der Unruhe

der öffentlichen Meinung meinte er die Straßendemonstrationen der Croix de feu und mit dem Verbrechen den Sturz Doumergues. EdP, 9. 11. 1934

108) Vgl. P. J. Larmour, The French Radical Party, S. 156 ff; ferner die Rede Flandins auf dem Kongreß der Alliance Démocratique in Arras am 5. Nov. 1934, wiedergeg. im Bulletin de l'Alliance Démocratique, 14. 11. 1934

109) Vgl. zur grundsätzlichen Problematik des "Centrisme" den Aufsatz von Maurice Duverger, L'éternel marais, RFSP, Febr. 1964, S. 33-51; Flandins Bemühungen wurden in der Presse lediglich von La République, le Petit Parisien, le Petit Journal und le Temps unterstützt. Bei den Kantonalwahlen im Oktober 1934 und bei den Kommunalwahlen im Mai 1935 konnten die Einheitslisten der konservativen Liberalen und Radikalsozialisten in mehreren Mittelstädten beachtliche Erfolge erzielen, blieben jedoch auf dem Lande und in den Großstädten erfolglos.

110) Vgl. F. Goguel, La politique des partis, S. 501 f

111) J. O., Ch., Déb., 30. 11. 1934, S. 2835

112) Selbst Pertinax stimmte Lavals Programm und Ausführungen zu, weil er sich über den wahren Charakter von Lavals Fernzielen noch täuschte. Vgl. EdP, 1. u. 3. 12. 1934

113) Über die Ziele von Hitlers Frankreichpolitik vgl. Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 38 u. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966, S. 13 ff

114) Vgl. den Bericht Kösters über eine Unterredung mit Laval am 7. Nov. 1934 an das Auswärige Amt, DGFP, Series C. Vol. III, 587/91. Ferner den Bericht Fernand de Brinons, des Vorsitzenden des Komitees France-Allemagne über eine Unterredung zwischen ihm, Ribbentrop und Laval im Dezember 1934 in seinen Memoiren, Fernand de Brinon, Mémoires, Paris 1949, S. 29-33

115) Vgl. DGFP, C, III, 14. 1. 1935, S. 805 ff; 17. 1. 1935, S. 842-44; u. 30. 1. 1935, S. 883 f; ferner le Temps, 31. 10. u. 6. 11. 1934 sowie seine Rede vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats am 16. 11. 1934, le Temps, 17. 11. 1934

116) Vgl. DGFP, C, III, 4. 12. 1934, S. 702-06

117) Vgl. DGFP, C, III, 14. 1. 1935, S. 805/06; 16. 1. 1935, S. 830/31; 17. 1. 1935, S. 841/42; 15. 2. 1935, S. 936/39; 20. 2. 1935, S. 941-43 u. 1. 3. 1935, S. 972-75

118) Vgl. E. Herriot, Jadis, II, S. 496

119) Vgl. seine Erklärung vor dem Parlament am 30. November 1934, J. O., Ch., Déb., 30. 11. 1934, S. 2836; und seine Rede vor dem Senat am 18. Dezember 1934; ferner seine Instruktionen an den französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, siehe dazu das Memorandum Neuraths über eine Unterredung mit François-Poncet, DGFP, C, III, 20. 11. 1934, S. 650/51

120) Vgl. Laval zu Köster, DGFP, C, III, 5. 12. 1934, S. 707/09 u. DGFP, C, III, 7. 12. 1934, S. 727/28

121) Vgl. Kap. VII, S. 168 ff

122) Vgl. Kap. VII, S. 176 ff

123) J.O., Ch., Déb., 22.3.1935, S. 1209; ferner seine Rede vor dem Senat am 26.3.1935, J.O., Sénat, Déb., 26.3.1935, J.O., Sénat, Déb., 26.3.1935, S. 395

124) Vgl. William Evans Scott, Alliance Against Hitler, S. 226 ff. Zum tschechoslowakisch-sowjetischen Pakt vgl. Eduard Benesch, Memoirs of Dr. Eduard Benes: from Munich to New War and New Victory, London 1954, S. 36 ff

125) Während seines Besuches in Moskau anläßlich der Unterzeichnung des Paktes am 16. Mai 1935 hat Laval für kurze Zeit erwogen, französisch-sowjetische Generalstabsbesprechungen aufzunehmen. Er hat diese Idee jedoch rasch wieder fallen lassen, weil sie sein ganzes außenpolitisches Konzept umgestoßen hätte. Vgl. das Telegramm Lavals an Flandin vom 16. Mai 1935, C.E., I, S. 142-43; ferner E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 530

126) Vgl. Jean Szembek, Journal 1933-1939, Paris 1952, S. 71/72; Jules Laroche, La Pologne de Pilsudski, S. 214-218; Joseph Beck, Dernier rapport; Politique polonaise 1926-1939, Neuchâtel 1951

127) Vgl. J. Szembek, Journal, S. 81-87; Baron Pompeo Aloisi, Journal (25 Juillet 1932 - 14 juin 1936) aus dem Itl. übersetzt von Maurice Vaussard. Einführung und Anmerkungen von Mario Toscano, Paris 1957, S. 272/73; Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, 1923-1949, S. 29-32; DGFP, C, IV, 25.6.1935, S. 352/55

128) A. Mallet, Laval, I, S. 88

129) Eine Erklärung Görings am 23.3.1934 in le Jour und ein Interview Hitlers im Matin am 19.11.1934

130) Zu den Kontakten zwischen der UNC und deutschen Frontkämpferverbänden vgl. DGFP, C, III, 8.11.1934, S. 598/599, 12.11.1934, S. 617/19 u. 14.11.1934, S. 624/25

131) Le Petit Journal, 18.9.1934

132) Vgl. Flandins Äußerungen gegenüber dem Direktor der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft, Kurt Weigelt, DGFP, C, III, 22.11.1934, S. 656-58 sowie seine Erklärung zum Ergebnis der saarländischen Volksabstimmung, le Temps, 16.5.1935

133) Vgl. Kap. VII, S. 173/74

134) Vgl. le Temps, 18.3.1935; le Petit Journal, 18.3.1935

135) Zum Meinungsumschwung von Louis Marin vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 518; zur Haltung von Pierre Bernus vgl. JD, 18.3.1935 und zur Haltung von Léon Bailby, le Jour, 23.3.1935

136) Vgl. den Reisebericht von H. de Kerillis über die Sowjetunion, in dem er besonders die sowjetische Armee lobte, EdP, 17., 18., 21. u. 22.10.1934

137) Vgl. P.-E. Flandin, Politique française, S. 169; le Temps, 3.5.1935

138) Während der Ratifizierungsdebatte des Paktes vor der Nationalversammlung erklärte Flandin: "Dès le début la conception d'une alliance analogue à celle d'avant la guerre avait été résolument écartée", J.O., Ch., Déb., 25.2.1936, S. 580

139) R. Pinon schrieb in seiner außenpolitischen Chronik nach der Unterzeichnung des Paktes: "L'Europe de Stresa est assez forte pour pouvoir se défendre seule contre une aggression allemande .... mais la masse

soviétique ne doit pas aller du côté allemand". RDM, 15. 5. 1935, S. 479

140) H. de Kerillis, EdP, 21. 5. 1935

141) Das französisch-sowjetische Kommuniqué vom 15. Mai enthielt folgenden Passus: "M. Staline comprend et approuve pleinement la politique de défense nationale faite par la France pour maintenir sa force armée au niveau de sa sécurité." le Temps, 17. 5. 1935

142) Vgl. Jacques Fauvet, Histoire du parti communiste français, Bd. I, De la guerre à la guerre 1917-1939, Paris 1964, S. 161 ff

143) Vgl. G. Dupeux, Le Front populaire, S. 112 ff

144) Louis Bertrand, Interview mit le Petit Marseillais, 25. 3. 1935

145) Vgl. le Matin im Mai, Juni und Juli 1935

146) Vgl. le Jour, besonders 14. u. 15. 7. 1935

Zum siebenten Kapitel

1) Vgl. René Albrecht-Carrié, Italy at the Paris Peace Conference, New York 1938

2) Vgl. zur italienischen Außenpolitik die offiziöse Darstellung des faschistischen Regimes durch Mario Missiroli, La Politica Estera di Mussolini, 1922-1938, Rom 1942 und die kritische Darstellung von Luigi Villari, Italian Foreign Policy under Mussolini, New York 1956. Zum französisch-italienischen Verhältnis in den zwanziger Jahren vgl. A. Wolfers, Britain and France (France and Italy), S. 142 ff

3) Der Faschismus wurde keineswegs nur von der kommunistisch-sozialistischen Linken, sondern auch von der liberalen Rechten bereits in den zwanziger Jahren kritisiert. Vgl. den Vortrag von Paul Reynaud vor der "Université des Annales", Le fascisme, in: Conferencia, 5. 10. 1927

4) Vgl. zum universellen Anspruch des Faschismus Mussolinis Reden während der frühen dreißiger Jahre, d. h. noch vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Benito Mussolini, Opera Omnia, Bd. XXV, Florenz 1955, besonders S. 147 ff

5) Vgl. Konrad Hugo Jarausch, The Four Power Pact, 1933, Madison, Wisconsin 1966. Zur Problematik der italienischen Revisionspolitik vgl. den Artikel von Eunio Di Nocfo, "Il Revisionismo nelle Politica Estera di Mussolini", in: Il Politico, Rivista di Scienze Politiche, 1954, S. 85-100

6) R. Reynaud, La France a sauvé l'Europe, Paris 1947, S. 90

7) Franklin-Bouillon, J. O., Ch., Déb., 6. 4. 1933, S. 1941

8) Ybarnégary, J. O., Ch., Déb., 30. 5. 1933, S. 2726/27

9) Vgl. P. E. Flandin, Ansprache vor einer Gruppe der Alliance Démocratique, in: le Temps, 25. 4. 1933

10) Vgl. le Temps, 7. 4. u. 31. 5. 1933

11) Vgl. Jouvenels Rede in Rom anläßlich des französischen Nationalfeiertags am 14. 7. 1933, le Temps, 15. 7. 1933. Henri de Jouvenel wurde von PaulBoncour kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung nach Rom mit dem ausdrücklichen Auftrag geschickt, die italienisch-französischen Beziehungen zu verbessern. Jouvenel gehörte der nationalen Rechten an und besaß gewisse Sympathien für den Faschismus. Vgl. R. Binion, Defeated Leaders, S. 145 ff

12) G. Suarez, Les hommes malades de la paix, S. 179

13) L. Barthou, J. O., Ch., Déb., 25. 5. 1934, S. 1257

14) Vgl. seine Einschätzung des Bündniswertes Italiens während des I. Weltkrieges, L. Barthou, L'effort italien, Paris 1916

15) Vgl. den Bericht Kösters über eine Unterredung mit Barthou am 15. Juni 1934 an das Auswärige Amt, DGFP, C, III, 15. 6. 1934, S. 8

16) H. de Kerillis, EdP, 12. 10. 1933

17) H. de Kerillis, EdP, 13. 10. 1933

18) Blandine Olivier, EdP, 24. 4. 1934

19) Ebda

20) François Mauriac, Le mal de jeunesse, EdP, 28. 4. 1934;

21) Paul Reynaud, Jeunesse, quelle France veux-tu? Paris 1936; Vgl. dazu Xavier de Lignac, La France attend sa jeunesse, Vorwort von Daniel Rops, Enquête sur la France qui vient, Paris 1938

22) H. de Kerillis, EdP, 11. 10. 1933

23) Ebda

24) Vgl. besonders l'Echo de Paris und le Jour.

25) Vgl. Jean Carets Kommentar zu den römischen Abkommen: "Grâce à Mussolini l'Italie est devenue un grand pays dans le sens plein du mot, et c'est d'égale à égale que nous venons de traiter avec elle". La Croix, 12. 1. 1935; ferner H. de Kerillis, EdP, 14. 10. 1933

26) Vgl. la Croix 6. 4. 1934

27) M. Gignoux, la Croix, 19. 2. 1934

28) José Vicent, la Croix, 24. 5. 1936; ferner Georges Viance, la Croix, 14. 11. 1936

29) Vgl. Jacqueline et Philippe Godfrin, Une centrale de presse catholique, S. 142 ff

30) L. Bailby, le Jour, 10. 1. 1935

31) H. de Kerillis, EdP, 16. 10. 1933

32) Vgl. seinen Vortrag vor der "Université des Annales", Conferencia, 5. Okt. 1927.

33) P. Gentizon, le Temps, 28. 10. 1937

34) B. Mirkine-Guetzévitch, RPP, Juli 1934, S. 142/43

35) R. Recouly, RdF, 15. 7. 1933, S. 314 ff; ferner ders. ebda, 1. 7. 1934, S. 161-65

36) R. Recouly, RdF, 15. 10. 1935, S. 541/42

37) P. Reynaud, Conferencia, 5. 10. 1927

38) P. Reynaud, Mémoires, Bd. I, S. 445

39) Der publizistische Wortführer dieser Gruppe war Pertinax. Vgl. besonders seine Artikel im Echo de Paris, aber auch seine Beiträge in l'Europe Nouvelle im Herbst und Winter 1934/35

40) Vgl. die beiden sehr aufschlußreichen Aufsätze von Henri Massoul, Quelques aspects de la politique extérieure du fascisme, in MdF, Juni 1932, S. 233 ff und Italie-France, MdF, Jan./Febr. 1932, S. 60-71; ferner Pertinax im EdP, besonders 17. 5. 1934

41) Vgl. Henri de Jouvenel, J. O., Sénat, Déb., 16. 1. 1934, S. 47

42) H. de Kerillis, EdP, 28. 5. 1934; ferner 29. 5. 1934

43) Der bekannteste Vertreter dieser These war Léon Bailby vom Jour.

44) Diese Ansicht vertraten vor allem Louis Marin, Henri de Kerillis, Emile Buré und Léon Bailby

45) Vgl. den Matin und den Jour zwischen Sommer 1934 und Frühjahr 1935, Léon Bailby, der Chefredakteur des Jour, nahm eine vermittelnde Haltung zwischen beiden Flügeln des pro-italienischen Lagers ein. Die Konkurrenz mit dem Echo de Paris, das eindeutig gegen eine deutsch-französische Verständigung auftrat, zwang ihn zu erheblichen Konzessionen an den traditionellen Nationalismus. Da er vor allem die Leserschaft des Echo de Paris gewinnen wollte, durfte er deren Vorstellungen nicht allzusehr verletzen.

46) Vgl. P. Reynaud, Mémoires, Bd. I, S. 447

47) Vgl. Hugh Seaton-Watson, King Alexanders Assasination: Its Background and Effects, in: International Affairs, XIV, Jan./Febr. 1935, S. 27-36 u. Wilhelm Herzog, Barthou, Zürich 1938, der Deutschland für den Doppelmord verantwortlich macht.

48) Obgleich es keine konkreten Beweise für die Annahme gab, daß die kroatischen Terroristen vom italienischen Geheimdienst ausgebildet und eingesetzt worden waren, benutzten doch die Gegner Italiens den Vorfall zu einer ausgedehnten anti-italienischen Pressekampagne. Vgl. die außenpolitischen Kommentare von Pertinax im Echo de Paris im Oktober 1934

49) Vgl. Pertinax, EdP 15. 10. 1934; P. Reynaud, in: le Temps, 13. 10. 1934

50) Vgl. R. Recouly, RdF, 1. 11. 1934, S. 160 ff

51) Vgl. H. de Kerillis, EdP, 16. 10. 1934 u. Léon Bailby, le Jour, 19. 10. 1934

52) Vgl. A. Mallet, Laval, S. 57/58

53) Vgl. seine Rede vor dem Senat, J. O., Sénat, 18. 12. 1934, S. 1396-98 u. seine Unterredung mit Köster am 29. Jan. 1935, DGFP, C, III, S. 867-69

54) Vgl. seine Instruktionen an den französischen Botschafter in Rom, Chambrun vom 15. Nov. 1934, in: E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 483

55) Vgl. das Bulletin Quotidien vom 28. 11., 3. 12. 1934 u. 9. 1. 1935

56) Vgl. Léon Limon, Laval, le Duce et le Négus, Europe, XXXVII, 1935, S. 279-91

57) Besonders der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Alexis Léger, widersetzte sich einem französisch-italienischen Sonderbündnis, ehe nicht alle schwebenden Fragen geklärt waren. Er fürchtete, daß sonst das französisch-britische Verhältnis schwer belastet würde und drohte deshalb mit seinem Rücktritt. Vgl. Elizabeth R. Cameron, Alexis Saint-Léger Léger, in: Gordon A. Craig u. Felix Gilbert (Hrsg.), The Diplomats, Princeton, New Jersey 1953, S. 384. Innerhalb des Kabinetts widersetzten sich vor allem Herriot und Flandin einer französisch-italienischen Allianz, an der nicht auch Großbritannien beteiligt war. Vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 492/93 u. P. E. Flandin, Politique française, S. 104

58) Der offizielle Text ist in den Documents of International Affairs, 1935, Bd. I, S. 19-24 wiedergegeben.

59) Vgl. Général Gamelin, Servir, Bd. II, Le prologue du drame (1930 - août 1939), Paris 1946, S. 163-65

60) Frankreich trat 44.000 Quadratmeilen Wüste an der lybischen Grenze und 309 Quadratmeilen an der eritreischen Grenze an Italien ab. Dafür verzichtete Italien auf den Sonderstatus der in Tunesien ansässigen Italiener.

61) Vgl. Mussolinis Schriftwechsel mit Laval, Dez. 1935 - Febr. 1936, in: Hubert Lagardelle, Mission à Rome, Mussolini, Paris 1955, S. 275-87

62) G. Tabouis behauptet, Laval habe nach seiner Rückkehr dem Kabinett erklärt: "Messieurs, la France et l'Ethiopie sont toutes deux membres de la S. D. N. Et il y a, certes, des besognes bien désagréables. Mais j'ai dû faire le nécessaire pour arriver à une entente avec Mussolini". Vingt ans de suspense diplomatique, S. 225, Herriot erwähnt in seinem Bericht über die Kabinettssitzung vom 10. Januar diesen Satz nicht, sondern schreibt lediglich, daß auch Laval über die möglichen Folgen des Äthiopienabkommens beunruhigt war. Jadis, Bd. II, S. 494. Vgl. zur Problematik des Äthiopienabkommens die Arbeiten von D. C. Watt, "The Secret Laval-Mussolini Agreement of 1935 on Ethiopia", in: Middle East Journal, Bd. XV, Winter 1961, S. 69-78 u. William C. Askew, "Secret Agreement between France and Italy in Ethiopia, Januar 1935", in: Journal of Modern History, Bd. XXV, März 1953, S. 48 ff

63) Vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 572 ff

64) P. Laval, J. O., Ch., Déb., 28. 12. 1935, S. 2865

65) "... par une formule de désistement économique" erklärte er der Kammer, habe er lediglich Italien das Recht zugestanden, "de demander des concessions dans toute l'Ethiopie, sauf à respecter nos droits acquis". J. O., Ch., Déb., 28. 12. 1935, S. 2865. Vgl. seine weiteren Erklärungen vor der Kammer am 22. März 1935, J. O., Ch., Déb., 22. 3. 1935, S. 1208 und vor dem Senat am 26. März 1935, J. O., Sénat, Déb., 26. 3. 1935, S. 395; ferner seine Aussagen vor dem Obersten Gerichtshof (Haute Cour de Justice), Procès du Maréchal Pétain, Compte rendu sténographique, Bd. I, S. 184 und Procès Laval, Compte rendu sténographique, Paris 1945, S. 46/47 u. 55/56 und die Aussagen Flandins vor dem Obersten Gerichtshof, Le Procès Flandin, Paris 1947, S. 59

66) L. Madelin, EdP, 9. 1. 1935; vgl. ferner R. Pinon, RDM, 15. 1. 1935, S. 476-80 u. ders., ebda., 1. 2. 1935, S. 719

67) Vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 494

68) G. Vanneufville, la Croix, 8. 1. 1935, vgl. ferner J. Caret, la Croix, 12. 1. 1935

69) Vgl. Pertinax, EdP, 8. 1. 1935 u. le Temps, 9. 1. 1937 sowie W. d'Ormesson, le Figaro, 8. 1. 1935

70) Vgl. la France Militaire im Januar 1935

71) Vgl. Amiral Docteur, La grande énigme de la guerre, Darlan, Paris 1949

72) Vgl. die Kommentare des Bulletin Quotidien zum Rüstungsproblem, besonders nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935

73) Die wichtigste Passage seiner Rede lautete: "since the day of the air the old frontiers are gone. When you think of the defense of England, you no longer think of the chalk cliffs of Dover; you think of the Rhine", Parliamentary Debates, 30. Juli 1934, Bd. 292, col. 2339

74) Vgl. Alfred Fabre-Luce, L'Europe Nouvelle, 26. 1. 1935, S. 75/77

75) Vgl. Lavals Erklärung vor der Nationalversammlung am 29. 1. 1935, J. O., Ch., Déb., 29. 1. 1935, S. 256

76) Vgl. die britisch-französische Erklärung vom 3. Februar 1935; DIA, 1935, I, S. 25/27

77) Vgl. seine Radioansprache vom 4. Februar 1935, in: le Temps, 5. 2. 1935

78) Vgl. B. Qu., 21. 2.; 3. 4.; 8. 6. 1935

79) Vgl. DGFP, C, III, 6. 2. 1935, S. 910-912

80) Vgl. DGFP, C, III, 12. 2. 1935, S. 924-926

81) Vgl. seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter in Paris, Köster, DGFP, C, III 22. 2. 1935, S. 956-957

82) Vgl. die Erklärung Flandins vor dem Senat zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, in der er den defensiven Charakter der französischen Außen- und Verteidigungspolitik betonte und an die Solidarität aller 'friedliebenden' Nationen appellierte, sich dem deutschen Vertragsbruch zu widersetzen, J. O., Sénat, Déb., 20. 3. 1935, S. 318/19. Ferner le Temps, 22. 3. 1935

83) Vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 517/18

84) Vgl. E. Herriot, ebda, S. 523

85) Vgl. H. de Kerillis, EdP, 18. 3. 1935

86) St. Lauzanne, le Matin, 22. 3. 1935;

87) le Temps, 10. 4. 1935

88) Die drei Westmächte vereinbarten in Stresa die Fortsetzung der Verhandlungen über die Organisation der Sicherheit in Osteuropa und über den Abschluß eines Luftpakts in Westeuropa. Sie bekräftigten das Prinzip der österreichischen Unabhängigkeit und empfahlen die Schaffung eines Donaupaktes entsprechend dem römischen Abkommen vom 7. Januar. Ferner beschlossen sie, im Völkerbund eine gemeinsame Haltung gegen Deutschland einzunehmen, falls es abermals internationale Verträge verletzen sollte und versprachen, die Bemühungen um eine Rüstungsbegrenzung fortzusetzen. Großbritannien und Italien bekräftigten ihre Locarnogarantie und betonten im Abschlußkommuniqué gemeinsam mit Frankreich ihre Entschlossenheit, sich allen weiteren unilateralen Vertragsrevisionen (gemeint war durch Deutschland) mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln

zu widersetzen. Vgl. Survey of International Affairs, 1935, Bd. I, S. 156ff

89) H. de Kerillis, EdP, 13. 5. 1935

90) Zur französischen Innenpolitik im Sommer und Herbst 1935 vgl. E. Bonnefous, Histoire politique, Bd. V, S. 325 ff

91) "La situation européenne est devenue trop grave pour que nous acceptions de nous brouiller, soit avec l'Italie, soit avec l'Angleterre", schreibt Flandin in seinen Memoiren. "Dans une conjoncture comme celle ci, il convient avant tout, d'éviter d'être accusé de mauvaise foi par l'Italie ou par l'Angleterre". P. E. Flandin, Politique française, S. 184/85; vgl. dazu E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 593

92) Fabre-Luce, L'Europe Nouvelle, 24. 8. 1935, S. 805

93) Vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 593/94 u. P. E. Flandin, Politique française, S. 185

94) Vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 576

95) Vgl. Lavals Instruktionen an den französischen Botschafter in Rom vom 19. Juli 1935, in denen es u. a. heißt: "Toute la politique européenne de la France est axée sur la Société des Nations; c'est la Société des Nations qui est à la base du traité de Locarno, élément essentiel de la sécurité française et c'est dans son cadre que s'insèrent les conventions qui nous lient à nos amis de l'Europe centrale; ce n'est enfin, que dans la Société des Nations qu'est possible une entente franco-britannique". in: E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 572

96) Instruktionen an den französischen Botschafter in Rom vom 19. Sept. 1935, E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 586

97) "Il n'y a plus de puissance britannique" erklärte er am 28. August 1935 im Kabinett, in: E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 575

98) Vgl. seine Note an Großbritannien vom 8. September 1935, in: E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 576 ff

99) Vgl. die britische Note an Frankreich vom 26. September 1935, in: The Times, 30. 9. 1935, u. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 590

100) Vgl. die französische Note an Großbritannien vom 5. Oktober 1935, in: The Times, 8. 10. 1935

101) Mündliche Antwort auf eine britische Anfrage über die Haltung Frankreichs im Falle eines maritimen Konfliktes im Mittelmeer, 14. Oktober 1935, in: SIA, 1935, Bd. II, S. 264

102) Mündliche Mitteilung des britischen Botschafters an Laval vom 16. Oktober 1935, in: SIA, 1935, Bd. II, S. 265

103) Erklärung gegenüber dem britischen Botschafter in Paris am 18. Oktober 1935, in: E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 599 u. SIA, 1935, Bd. II, S. 265/66

104) Vgl. J. O., Ch., Déb., 28. 12. 1935, S. 2864

105) Vgl. seine Note an Italien vom 9. November 1935, in der er gegen die antifranzösische Haltung der italienischen Presse protestierte, gleichzeitig jedoch seine Bereitschaft betonte, die legitimen Forderungen Italiens zu unterstützen, in: E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 608

106) Le Temps, 14. 9. 1935

107) Le Temps, 6. 10. 1935

108) R. Pinon, RDM, 1. 10. 1935, S. 714 u. 1. 11. 1935, S. 237

109) Vgl. le Temps, 14. 9. 1935

110) Vgl. W. d'Ormesson, le Figaro, 1. 10. 1935

111) Vgl. le Temps, 11. 11. 1935

112) P. E. Flandin, Rede vor der Alliance Démocratique, in: P. E. Flandin, Paix et Liberté, Paris 1938, S. 87

113) St. Brice, le Journal, 3. 10. 1935; vgl. ferner die Rede von Paul Thellier während der Äthiopiendebatte der Nationalversammlung am 27. Dezember J. O., Ch., Déb., 27. 12. 1935, S. 2822

114) P. Gentizon, le Temps, 28. 10. 1937

115) Vgl. St. Lauzanne, le Matin, 16. 9. 1935

116) Vgl. das Echo de Paris, und le Jour im Oktober 1935

117) C. J. Gignoux, JI, 19. 9. 1935

118) H. de Kerillis, EdP, 19. 9. 1935

119) Vgl. E. Herriot, Jadis, Bd. II, S. 607; Anfang November griff das Echo de Paris und le Jour Herriot heftig wegen seiner anti-italienischen und pro-sowjetischen Haltung an. Vgl. H. de Kerillis, EdP, 3., 4., 5., u. 6. 11. 1935 sowie Léon Bailby, le Jour, 7. u. 9. 11. 1935

120) Vgl. H. de Kerillis, EdP, Devons-nous verser le sang de nos frères latins? 2. 10. 1935

121) Vgl. P. Reynaud, J. O., Ch., Déb., 27. 12. 1935, S. 2813 ff

122) Vgl. Pertinax, L'EN, 8. 2. 1936, S. 119

123) E. Buré, 4. 10. 1935

124) Pertinax, EdP, 11. 10. 1935

125) P. Reynaud, J. O., Ch., Déb., 27. 12. 1935, S. 2814

126) E. Buré, l'Ordre, 17. 12. 1935

127) Pertinax, l'EN, 30. 11. 1935, S. 150/51

128) Diese These beruht auf einer detaillierten Untersuchung des internationalen Systems und des außenpolitischen Entscheidungsprozesses der vier Locarnomächte während der Rheinlandbesetzung im Frühjahr 1936, die von einer Gruppe am Institut für Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin unter Leitung von Gilbert Ziebura durchgeführt wird.

Bibliographie

I Quellen

1. Dokumente

Documents Diplomatiques Français 1932-1939, Ie u. IIe Serie, Paris 1963 ff. (Zit. DDF)

Documents on British Foreign Policy 1919-1939, IIe Serie, London 1949 ff. (Zit. BFP)

Documents on German Foreign Policy, 1918-1945, Serie C, Band 1-3, London 1957 ff (Zit. GFP)

Documents on International Affairs, 1934-1936, Royal Institut of International Affairs, London 1935 ff. (Zit DIA)

Documenti Diplomatici Italiani, 8. Serie, Bd. 12 u. 13, Rom 1952 (Zit. DDI)

Foreign Relations of the United States, 1933-1939, 13 Bände, Washington 1951 ff. (Zit. FRUS)

Journal Officiel de la République Française, Débats parlementaires, Kammer und Senat 1932-1936, Paris 1932 ff. (Zit. J.O., Ch. bzw. Sén.)

Les Evénements survenus en France de 1933 à 1945, 11 Bände, Paris 1947-1951

Le Procès Benoist-Méchin, (hrsg. von Jean-Louis Aujol), Paris 1948

Le Procès Flandin devant la Haute Cour de Justice (23-26 Juillet 1946), Paris 1947

Le Procès Laval, Compte rendu sténographique. (Collection des Grands Procès Contemporains, hrsg. von Maurice Garçon) Paris 1946

Le Procès du Maréchal Pétain. Compte rendu in extenso des audiences. Paris 1945

Le Procès de Riom, (hrsg. von Maurice Ribet), Paris 1945

Le Procès de Xavier Vallat presenté par ses amis (hrsg. von Marie-Madeleine Martin), Paris 1948

Prozeß der Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal, 42 Bände, Nürnberg 1947-1949

Soviet Documents on Foreign Policy, 3 Bände, (hrsg. von Jane Degras), London 1951-1953 (Zit. SDFP)

Survey of International Affairs, 1934-1936, Royal Institut of International Affairs, London 1935 ff. (Zit. SIA)

2. Zeitgenössische Literatur

a) Bücher, Broschüren, Pamphlete usw.

Aubert, Octave:	Louis Barthou, Paris 1935.
Bainville, Jacques:	L'Angleterre et l'Empire britannique, Paris 1938.
ders.:	Journal, Bd. 3, 1927-1935, Paris 1949.
ders.:	La troisième République, 1870-1935, Paris 1949.
Bardoux, Jacques:	Les Soviets contre la France, Paris 1936.
ders.:	L'Ordre Nouveau: face au communisme et au racisme, Paris 1939.
Barthélemy, Joseph:	La conduite de la politique extérieure dans les démocraties. Paris 1930.
ders.:	La crise de la démocratie contemporaine, Paris 1931.
ders.:	Traité de droit constitutionnel, 2. Aufl., Paris 1933.
ders.:	Essai sur le travail parlementaire et le svstème des commissions, Paris 1934.
Benoist - Méchin, Jean:	Vingt Ans d'Histoire d'Allemagne, 1918-1938, Paris 1939.
ders.:	Eclaircissements sur Mein Kampf, la doctrine d'Adolf Hitler, Paris 1939.
Berl, Emmanuel:	La politique et les partis, Paris 1931.
Bernard, Augustin:	L'effort de l'Afrique du Nord. Publications du Comité "L'effort de la France et de ses alliés", Paris 1916.
Birre, A.:	Vers une République nouvelle. Principes d'une économie rationnelle dans une démocratie sans servitude et sans faiblesse, Paris 1935.
Bise, Pierre:	Le cauchemar allemand, Paris 1934.
Bonnard, Abel:	Syndicalisme, corporatisme et Etat corporatif, Paris 1937.
Bonnet, Georges:	Lettres à un Bourgeois de 1914, Paris 1915.
ders.:	L'âme du Soldat, Paris 1917.
ders.:	Comment avoir un Franc stable: condition essentielle de la restauration financière, Paris 1926.
Braibant, Marcel:	Les paysans d'aujourd'hui, recueil d'auteurs contemporains, Paris 1939.
Brasillach, R. und Bardèche, M.:	Histoire de la Guerre d'Espagne, Paris 1939.
ders.:	Notre avant-guerre, Paris 1941.

Bourgin, G.:	L'Etat corporatif en Italie, Paris 1935.
Brinon, Fernand de:	France-Allemagne 1918-1934, Paris 1934.
Busson, Henri; Fèvre, Joseph und Hauser, H.:	Les principales puissances du monde, Paris 1934
Calmette, Joseph:	L'Europe et le péril allemand. Du traité de Verdun à l'armistice de Reims 843-1945, Paris 1947.
Capitant, René:	La Réforme du Parlementarisme, Paris 1934. La crise et la réforme du Parlementarisme en France. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 23, 1936, S. 1ff.
Carrias, Eugène:	Le dánger allemand, 1866-1945, Paris 1952.
Céline, Louis Ferdinand:	Bagatelle pour un Massacre, Paris 1936.
Chauvineau, Général:	Une invasion est-elle encore possible?, Paris 1939.
Christopoulos, Georges:	La politique extérieure de l'Italie, Paris 1936.
Creyssel, Paul:	La Rocque contre Tardieu, Préface du Colonel de la Rocque, Paris 1938.
Darnar, P.L.:	Tardieu, Paris 1934.
Daudet, Léon:	Panorama de la III. République 1870-1936, Paris 1936
ders.:	Le drame franco-allemand, Paris 1940.
Déat, Marcel und Bonnier, C.:	Pour une politique de l'air, Paris 1937.
ders.; Marquet Adrien und Montagnon, B:	Manifeste du Parti Socialiste de France, Paris 1933
Debeney, M.E.:	La Guerre et les Hommes, Paris 1937.
Delbos, Yvon:	L'expérience rouge, Paris 1933.
Dendias, Michel:	Le renforcement des pouvoirs du chef de l'etat dans la démocratie parlementaire, Paris 1932.
Dorgerès, Henri:	Haut les fourches, Paris 1935.
Dumont, René:	Misère ou prospérité paysanne?, Paris 1936.
Dumont-Wilden, Louis:	Louis Marin, Paris 1936.
Fabre-Luce, Alfred:	La Victoire , Paris 1924.
ders.:	Locarno: the Reality, New York 1928.
ders.:	Le secret de la République, Paris 1938.
ders.:	Le siècle prend figure, Paris 1949.
Ferdonnet, Paul Joseph:	Face à Hitler, Paris 1934.
Flandin, Pierre-Etienne:	Paix et Liberté, Paris 1938.
Gentizon, Paul:	La Revanche d'Adoua, Paris 1936.
ders.:	La conquête de l'Ethiopie, Paris 1937.

Georges-Anquetil:	Hitler conduit le bal, Paris 1939.
Géraud, André:	Les fossoyeurs, 2 Bände, New York 1943.
Germain-Marin, Henry:	Sommes-nous sur la bonne route?, Paris 1934.
ders.:	De la prétendue faillite des lois économiques depuis 1914 , Paris 1955.
Guyot, Edouard:	L'Angleterre devant le problème de la paix de Versailles à Locarno, 2 Bände, Paris 1937.
Hantos, E.:	L'Europe Centrale. Une nouvelle organisation économique, Paris 1932.
Henriot, Philippe:	Le 6 février, Paris 1934.
ders.:	Comment mourut la paix: Les procès des responsables, Paris 1941.
Herriot, Edouard:	Le problème des dettes, Paris 1933.
Hervé, Gustave:	C'est Pétain qu'il nous faut!, Paris 1935.
J. I. R. und G. J.:	L'armée française vivra, Paris 1929.
Johannet, René:	Eloge du bourgeois français, Paris 1924.
Jouvenel, Bertrand de:	La crise du capitalisme américain, Paris 1933.
ders.:	L'économie dirigée: le programme de la Nouvelle Génération, Paris 1928.
ders.:	Le réveil de l'Europe: Problèmes et Documents, Paris 1938.
Kerillis, Henri de:	Français! Voici la guerre, Paris 1936.
ders. und Cartier, R.:	Kerillis on the Causes of War, London 1939.
ders.:	Laisserons-nous démembrer la France? Paris 1939.
ders.:	De Gaulle Dictateur, Montreal 1945.
Labarthe, Emile:	Les moeurs politiques et la réforme de l'état, Paris 1931.
Leroy, Maxime:	Les tendances du pouvoir et de la liberté en France au XXe siècle, Paris 1937.
Lignac, Xavier de:	La France attend sa jeunesse. Préface de Daniel Rops. Enquête sur la France qui vient, Paris 1938.
Lichtenberger, H. und Petit, P.:	L'impérialisme économique allemand, Paris 1918.
Madelin, Louis:	Fouché, Paris 1927.
ders.:	Histoire du Consulat et de l'Empire, 16 Bd., Paris 1936-1954
ders.:	Talleyrand, Paris 1944.
ders.:	Deux relèvements français: 1815-1818; 1871-1878, Paris 1951.

Marin, Louis:	L'effort belge, Publications du Comité "L'effort de la France et de ses alliés", Paris-Barcelone 1917.
ders.:	Le traité de paix, Paris 1920.
ders.:	La sécurité de la France, Bd. 1, Paris 1946.
Marion, Paul:	Leur Combat: Lénine, Mussolini, Hitler, Franco, Paris 1939.
Maspetiol, Roland:	L'ordre éternel des champs, Paris 1946.
Milhaud, Edgard:	La France avait raison, Neuchâtel 1945.
ders.:	La France et les affaires du monde, Neuchâtel 1945.
Milioukov, Paul:	La politique extérieure des Soviets, Paris 1936.
Mirkine-Gœtzévitch:	Les nouvelles tendances du droit constitutionnel, 2. Aufl., Paris 1936.
Montigny, Jean:	France, Libère-toi, Paris 1939.
Monzie, Anatole de:	L'Entrée au Forum, Paris 1920.
ders.:	Çi-devant, Paris 1941.
ders.:	La saison des juges, Paris 1943.
Morand, Edmond:	L'Angleterre, maîtresse des destinées françaises, Paris 1939.
Ordinaire, Maurice:	Le vice constitutionnel et la révision. Vorwort von Gaston Doumergue, Paris 1934.
Ormesson, Wladimir d':	Qu'est-ce-qu'un français, Paris 1934.
ders.:	Nos illusions sur l'Europe centrale, Paris 1922, 4. Aufl. (Les problèmes d'aujourd'hui).
ders.:	La confiance en l'Allemagne?, Paris 1928.
ders.:	L'Europe en danger: le communisme, c'est la guerre, Paris 1936.
ders.:	France, London 1939.
Philippe, Raymond:	Le drame financier, 1924-1928, Paris 1931.
Pirou, G.:	Essais sur le corporatisme, Paris 1938.
ders.:	Néo-libéralisme, néo-corporatisme, néo-socialisme, Paris 1939.
Pradelle, A. de la:	Le marxisme tentaculaire, Issoudon 1942.
Rebatet, Lucien:	Les décombres, Paris 1942.
Recouly, Raymond:	Les causes de notre effondrement, Paris 1941.
Reynaud, Paul:	Jeunesse, quelle France veux-tu?, Paris 1936.
ders.:	Le problème militaire française, Paris 1937.
Rivaud, Albert:	Le relèvement de l'Allemagne, Paris 1938.
Rocque, François de la:	Service public, Paris 1934.
Romier, Lucien:	Explication de notre temps, Paris 1925.

Rossier, Edmond:	Du traité de Westphalie à l'Europe de Versailles, Paris 1938.
Rouseau, Charles:	Le conflit italo-éthiopien devant le Droit International, Paris 1938.
Salleron, Louis:	Un régime corporatif pour l'agriculture, Paris 1937.
ders.:	Naissance de l'Etat corporativ, Paris 1942.
Seche, A.:	Le dictateur ou l'homme de la République, Paris 1933.
Seignobos, Charles:	La séparation des pouvoirs. In: Seignobos, Etudes de politique et d'histoire, Paris 1934, S. 183 ff.
Slovès, Charles H.:	La France et l'Union Soviétique, Paris 1935.
Soulier, A.:	L'instabilité ministérielle sous la Troisième République, Paris 1939.
Suarez, Georges:	Les hommes malades de la paix, Paris 1933.
ders.:	La Grande Peur du 6 février au Palais Bourbon, Paris 1934.
ders.:	Les heures héroiques du Cartel, Paris 1934.
ders. und Laborde, Georges:	Agonie de la paix, 1935-1939, Paris 1942.
Tardieu, André:	La Paix. Préface de G. Clémenceau, Paris 1921.
ders.:	Devant l'obstacle: l'Amérique et nous, Paris 1927.
ders.:	Le Sleswig et la Paix (en collaboration avec F. de Jessen), Paris 1928.
ders.:	Paroles réalistes, Paris 1928.
ders.:	L'Epreuve du Pouvoir, Paris 1931.
ders.:	Devant le pays, Paris 1932.
ders.:	L'heure de la décision, Paris 1934.
ders.:	La Réforme de l'Etat: les idées maîtresses de l'heure de la décision, Paris 1934.
ders.:	France in Danger, London 1935.
ders.:	Sur la pente, Paris 1935 (Reden 1932-1935).
ders.:	La Révolution à refaire, 2. Bd., Paris 1936/37; Bd. I. Le souverain captif, 1936; Bd. II. La profession parlementaire, 1937.
ders.:	Alerte aux Français! Paris 1936.
ders.:	La note de semaine; 1936, Paris 1937.
ders.:	Notes de semaine 1938: l'année de Munich, Paris 1939.
ders.:	Le Communisme et l'Europe, Paris 1948.

Thorez, Maurice:	Notre lutte pour la paix: de la fausse paix de Versailles à la trahison de Munich, Paris 1938.
Tibal, A.:	Principes de la politique allemande dans l'Europe du Centre et de l'Est, Paris 1930.
Valmigère, Pierre:	Und Morgen? Frankreich, Deutschland und Polen, Berlin 1939.
Valois, Georges:	Guerre ou Blocus économique, Paris 1939.
Vauthier, Colonel:	La doctrine de guerre du Général Douhet, Paris 1935.
Véran, Jules:	Comme on devient: Député, Sénateur, Ministre, Paris 1924.
Vermeil, Edmond:	L'Allemagne du Congrès de Vienne à la révolution hitlérienne, Paris 1934.
ders.:	L'Allemagne. Essai d'explication, Paris 1945.
Villeneuve, Bigne de:	Lettres aux Constituants, Paris 1942.
Waline, M.:	Les partis contre la République, Paris 1948.
Yole, Jean:	Le malaise paysan, Paris 1943.
XXX:	Feue l'armée française, Paris 1929.

b) Zeitgenössische Zeitungen

L'Aube
Le Capital
La Croix
L'Echo de Paris (Zit. E d P)
Le Figaro
L'Intransigeant (Zit. Int.)
Le Jour
Le Journal
Le Journal des Débats (Zit. J d D)
La Journée Industrielle (Zit. J I)
La Liberté
L'Ordre
Le Petit Journal (Zit. P J)
Le Petit Parisien (Zit. P P)
La République
Le Temps
Le Matin

c) Zeitgenössische Zeitschriften

Bulletin de L'Alliance Démocratique (Zit. BAD)
Bulletin Quotidien de la société d'études et d'information économiques (Zit. B Qu)
L'Economist français (Zit. E. F.)
L'Europe Nouvelle (Zit. E N)
L'Illustration
Mercure de France (Zit. M d F)
Revue des Deux Mondes (Zit. R D M)
Revue du Droit Publique et de la Science Politique (Zit. RDPSP)
Revue d'Economie Politique (Zit. R E P)
Revue de France (Zit. R d F)
Revue Hebdomadaire (Zit. R H)
Revue d'Histoire Economique et Sociale (Zit. R H E S)
Revue Internationale des Doctrines et des Institutions (Zit. R I D I)
Revue de Paris (Zit. R d P)
Revue Politique et Parlementaire (Zit. R PP)

I. Sekundärliteratur

1) Memoiren

Abetz, Otto:	Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik. Mit einer Einführung von Ernst Achenbach. Köln, 1951
Aloisi, Pompeo:	Journal (25 Juillet 1932 - 14 Juin 1936), traduit de l'italien par Maurice Vaussard. Introduction et notes par Mario Toscano. Paris, 1957
Beaufre, André:	Mémoires 1920 - 1940 - 1945. Paris, 1969
Bonnet, Georges:	Vingt ans de vie politique 1918 - 1938: De Clemenceau à Daladier. Paris, 1969 (Les Grandes Etudes Contemporaines)
Bordeaux, Henry:	Histoire d'une Vie. Paris, 1962
Brinon, Fernand de:	Mémoires, Paris, 1949
Caillaux, Joseph:	Mes mémoires. Bd. 3, Clairvoyance et force d'âme dans les épreuves. 1912 - 1930. Paris, 1947
Cambon, Paul:	Correspondance, Bd. 3, Paris, 1938
Carcoprino, Jérôme:	Souvenirs de septs ans, 1937 - 1944, Paris, 1953
Chambrun, Charles de:	Traditions et souvenirs. Paris, 1952
Charles-Roux, François:	Huit ans au Vatican, 1932 - 1940. Paris 1947
Coulondre, Robert:	De Staline à Hitler: Souvenirs de deux Ambassades, 1936 - 1939. Paris, 1950
Daladier, Edouard:	Le procès de Riom. Paris, 1945
Eden, Anthony Sir:	Full Circle, Book One. London, 1960
Flandin, Pierre-Etienne:	Politique française, 1919 - 1940. Paris 1947
François-Poncet, André:	De Versailles à Potsdam. Paris, 1948
ders.:	Souvenirs d'une Ambassade à Berlin, septembre 1931 - octobre 1938. Paris, 1946
Gamelin, Général:	Servir, Bd. II, Le prologue du drame (1930-août 1939). Paris, 1946
Guerdan, Léon:	Je les ai tous connus. New York, 1942
Herriot, Edouard:	Jadis, Bd. II, D'une guerre à l'autre 1914 - 1936. Paris, 1952
Laroche, Jules:	La Pologne de Pilsudski: Souvenirs d'une Ambassade, 1926 - 1935. Paris, 1953
Lebrun, Albert:	Témoignage. Paris, 1945
Mauriac, François:	Les années sombres. Mémoires politiques. Paris, 1953

Noel, Léon: L'agression allemande contre la Pologne: Une ambassade à Varsovie 1935 - 1939. Paris, 1946

Paul-Boncour, Jean: Recollections of the Third Republic, Bd. I, New York, 1957

Poincaré, Raymond: Au service de la France. Neuf années de souvenirs. 10 Bde. Paris, 1926 - 33

Reynaud, Paul: Mémoires, 2 Bde. Paris, 1960 u. 1963

Szembek, Jean: Journal 1933 - 1939. Paris, 1952

Stimson, H. L.: On active service in Peace and War. New York 1948

Tabouis, Geneviève: Ils l'ont appelée Cassandre. New York,1942

Vallat, Xavier: Le nez de Cléopâtre: Souvenirs d'un homme de Droite, 1919 - 1949. Paris, 1957

Vansittart, Lord Robert: The Mist Procession. London, 1958

Weygand, Maxime: Mémoires, 3 Bde. Paris, 1953 - 1957

ders.: En lisant les Mémoires de Guerre du Général de Gaulle, Paris 1955

2) Darstellungen

Ackermann, Martin: Quelques aspects de l'opinion publique en France sur le problème allemand, 1920-1940, Paris 1952.

Acomb, Evelyn und Brown Marvin L., Jr. (Hrsg.): French Society and Culture since the Old Regime, New York 1966.

Albertini, Rudolf von: Freiheit und Demokratie in Frankreich. Die Diskussion von der Restauration bis zur Resistance, Freiburg/München 1957.

Albrecht-Carrié, René: France, Europe and the two World Wars, Genf und Paris 1960.

Argile, René d', u. a.: Les origines secrètes de la guerre 1939-1945, Paris 1957.

Aron, Raymond u. a.: Inventaires III: Les classes moyennes, Paris 1939.

Augé-Larribe, Michel: La politique agricole de la France de 1880 à 1940, Paris 1950.

Avril, Pierre: Le gouvernement de la France, Paris 1969.

Baraduc, Jacques: Dans la cellule de Pierre Laval, Paris 1948.

Barjonet, André: La C. G. T. - Collection "Politique", Paris 1969.

Barral, Pierre:	Le département de l'Isère sous la III. République. 1870-1940. Histoire sociale et politique, Paris 1962 (Cahiers de la F. N. S. P., Nr. 115).
ders.:	Les agrariens français, de Méline à Pisani, Paris 1968, (Cahiers de la F. N. S. P., Nr. 164).
Barrillon, Raymond:	Le cas Paris-Soir, Paris 1959.
Barros, James:	Betrayal from Within: Joseph Avenol, Secretary-General of the League of Nations, 1933-1940, New Haven 1969.
Baumont, Maurice:	Gloires et tragédies de la III. République, Paris 1956.
ders.:	La Faillite de la Paix, 1918-1939, Paris 1961.
ders.:	Aristide Briand. Diplomat und Idealist (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 43), Göttingen 1966.
Bauvier, J. und Gacon J.:	La vérité sur 1939, Paris 1953.
Baylot, Jean:	Dossiers français de la franc-maçonnerie régulière, Paris 1966.
Beau de Loménie, Emmanuel:	Qu'appelez-vouz Droite et Gauche, Paris 1931 (Sammelband).
ders.:	Le débat de ratification du traité de Versailles à la Chambre et dans la presse en 1919, Paris 1945.
ders.:	Les responsibilités des dynasties bourgeoises. 4 Bände, Paris 1943-63.
ders.:	La mort de la Troisième République, Paris 1951.
Beaufré, André:	Le drame de 1940, Paris 1965.
Bechtel, Guy:	Laval vingt ans après. Vorwort von Rémy, Paris 1963.
Beloff, Max:	The sixth of February. In: Saint Antony's Papers, B. V., 1955, S. 9-35.
Berl, Emmanuel:	Mort de la pensée bourgeoise, Paris 1929.
ders.:	Mort de la morale bourgeoise, Paris 1929.
Bernard, L. O. J.:	The democratic crisis of 1934 in France, (Mikrofilm der Univ., Michigan, Ann Arbor, Michigan 1957, Nr. 21, 410).
Bernhardt, Walter:	Die Deutsche Aufrüstung 1934-1939. Militärische und politische Konzeptionen und ihre Einschätzung durch die Alliierten. Mit einem Vorwort von Michael Freund, Frankfurt 1970.
Bettelheim, Charles:	Bilan de l'économie française 1919-1946, Paris 1946.
Bibes, Geneviève:	France et Allemagne dans l'oeuvre de Jean Giraudoux. Diss. I. E. P., Paris 1956.

Binion, Rudolph:	Defeated Leaders-The Political Fate of Caillaux, Jouvenel, and Tardieu, New York 1960.
Birke, Ernst:	Rußland, seine Westgebiete, der Kommunismus und Versailles. In: Ideologie und Machtpolitik 1919, hrsg. H. Rößler, Berlin 1966, S. 92-125.
Blankenburg, Jürgen:	Der französische Kapitalexport und seine Rolle als Instrument der Außenpolitik. Diss. Köln 1966.
Blêton, Pierre:	Contribution à une étude des classes moyennes. In: Etudes et Documents du Centre de Recherches Economiques et Sociales. Nov. 1954, S. 1-77.
ders.:	Les hommes des temps qui viennent/Essai sur les classes moyennes, Paris 1956.
Bloch, Marc:	Les caractères originaux de l'histoire rurale française, Paris 1956, 2 Bände.
Blond, Georges:	Pétain, 1856-1951, Paris 1966.
Bodin, Louis und Touchard, Jean:	Front populaire 1936, 2. Aufl., Paris 1965.
Bonnard, Abel:	Le drame du présent. 1. Les modérés. Paris 1936.
Bonnefous, Edouard:	Histoire Politique de la Troisième République, Bd. V.: La République en Danger: des Ligues au Front Populaire (1930-1936), Paris 1962.
Bonnet, Georges:	Fin d'une Europe: de Munich à la Guerre, Genf 1948.
ders.:	Le Quai d'Orsay sous trois Républiques, 1870-1961, Paris 1961.
Bonnevay, Laurent:	Les journées sanglantes de février 1934, Pages d'histoire, Paris 1935.
Bossenbrook, William J. (Hrsg):	Mid-Twentieth Century Nationalism, Detroit 1965.
Bosworth, William:	Catholicism and Crisis in France, Princeton 1962.
Boujou, Paul u. a.:	Atlas historique de la France contemporaine, 1800-1965, Paris 1966.
ders. und Dubois, Henri:	La Troisième République (1870-1940), Paris 1967.
Boulard, F., Chanoine:	Essor ou déclin du clergé français, Paris 1950.
Bourget, Pierre:	Un certain Philippe Pétain, Tournai 1966.
Bourgin, Georges:	Panorama de la presse française. In: Encyclopédie française, Paris 1939, Bd. XVIII, 18-36-9.
ders.:	Manuel des partis politiques en France, 2. Aufl., Paris 1928.
Bouvier, Jean:	Histoire économique et histoire sociale, Genf 1968.

Braibant, Marcel:	La France nation agricole, regards sur le passé, perspectives d'avenir, Paris 1943.
Braubach, Martin:	Hitlers Machtergreifung. Die Berichte des französischen Botschafters François-Poncet: Fschr. für Leo Brandt, hrsg. von J. Meixner und G. Kegel. Köln-Opladen 1968, S. 443-464.
Bremer, K. H.:	Der französische Nationalismus. Eine Studie über seinen geistigen Strukturwandel von der französischen Revolution bis auf unsere Tage. Schriften des Instituts f. Politik und Internat. Recht an der Uni. Kiel, NF, 6, Berlin 1939.
Brogan, Denis William:	French Personalities and Problems, London 1946.
ders.:	The development of modern France 1870-1939, London 1947
Brunschwig, Henri:	Mythes et réalités de l'impérialisme colonial français, 1871-1914, Paris 1960.
Buhler, O.:	Verlorene Nachkriegsschlachten. (Dt.-fr. Verhältnis) Leipzig 1932.
Butler, J. R. M.:	Lord Lothian (Philip Lerr) 1882-1940, New York and London 1960.
Cameron, Elizabeth R.:	Prologue to Appeasement. A study in French Foreign Policy 1933-36, Diss. University of Pennsylvania, Philadelphia 1942.
ders.:	Alexis Saint-Léger. In: The Diplomats, hrsg. von Gordon A. Craig u. Felix Gilbert, Princeton, New Jersey 1953, S. 378-405.
Campbell, Peter:	French Electoral Systems and Elections since 1789. 2nd Edition. Foreword by Sir Douglas Syvory, London 1965.
Carrias, E.:	Le danger allemand 1866-1945, Paris 1952.
Caute, David:	Communism and the French Intellectuals 1914-1960, London 1964.
Celovsky, Boris:	Das Münchner Abkommen 1938, Stuttgart 1958.
Challener, Richard D.:	The French Theory of the Nation in Arms, New York 1955.
Charnay, Jean-Paul:	Le suffrage politique en France-Elections parlementaires, élections présidentielle, référendums. Préface de Marcel Prélot, Paris 1965.
Chastenet, Jacques:	Raymond Poincaré, Paris 1948.
ders.:	Histoire de la Troisième République, Bd. V, Les années d'illusions 1918-1931, Paris 1960. Bd. VI, Déclin de la Troisième 1931-1938, Paris 1962.
Chavardès, Maurice:	Le 6 février 1934 - La République en danger, Paris 1966.

Chevalier, Louis: Les paysans. Etude d'histoire et d'économie rurales, Paris 1947.

Chevallier, Jean-Jacques: Histoire des institutions et des régimes politiques de la France moderne (1789-1958), 3. Aufl., Paris 1967.

Chevenement, Jean-Pierre: La droite nationaliste devant l'Allemagne. Paris, Memoires de l'Institut d'Etudes Politiques 1960 unter der Leitung von R. Girardet.

Christiani, Léon: La fin d'un régime: Tableau de la vie politique française de 1919 à 1939, Lyon 1946.

Clémenceau, Georges: Grandeur et misère d'une victoire, Paris 1930.

Clermont, Julien: L'homme qu'il fallait tuer, Paris 1949.

Clough, Shepard B.: French social structure, social values and economic growth. In: E. Acomb, French Society and Culture since the Old Regime, New York 1966, S. 65-84.

Coblentz, Paul: Georges Mandel, Paris 1947.

Collinet, Michel: Essai sur la condition ouvrière (1900-1950), Paris 1951.

Combe, Paul: Niveau de vie et progrès technique en France depuis 1860, Paris 1935.

Conquet, Général: L'enignme de notre manque de divisions blindées, 1932-1940, Paris 1956.

Coston, H.: Les financiers qui mènent le monde, Paris 1955.

ders.: La haute banque et les trusts, Paris 1958.

Cowan, Laing Gray: France and the Saar, 1680-1948, New York 1950

Curtius-Bergsträsser: Frankreich, 2 Bde., Stuttgart 1930.

Dans les coulisses des Ministères et de l'Etat Major, 1932-1940, Paris o. J., anonym.

Danos, Jacques und Gibelin, Marcel: Juin 1936. Préf. de Dolléans, Paris 1952.

Dansette, Adrien: Histoire religieuse de la France contemporaine Bd. 2 Sous la IIIe République. 2 Aufl., Paris 1952.

ders.: Destin du catholicisme français (1926-1956), Paris 1957.

Darbon, Michel: Le conflit entre la droite et la gauche dans le catholicisme français (1830-1953), Toulouse 1953.

Dazelle, Jean: Gringoire. De l'Union nationale à la Révolution nationale, 1928-1940, Mémoire pour le diplôme d'études supérieures de science politique, maschinenschriftl. vervielf. Paris 1958.

Debû-Bridel, Jacques:	L'agonie de la Troisième République, 1929-1939, Paris 1948.
Delmas, André:	A gauche de la barricade: Chronique syndicale de l'avant-guerre, Paris 1950.
Denoxer, Pierre:	La presse moderne, 3. Aufl. Paris 1962.
Desqueyrat, André:	Classes moyennes françaises. Crise. Programme. Organisations, Paris 1939.
Dignac, Pierre:	Les malfaiteurs publics: Documents d'Histoire 1924-1940, Grenoble o. J.
Dolleans, Edouard:	Histoire du mouvement ouvrier, Bd. II 1871-1936, Paris 1939.
ders., und Dehove, Gérard:	Histoire du travail en France. 2 Bände, Paris 1955
Ducloux, Louis:	From Blackmail to Treason: Political Crime and Corruption in France, 1920-1940, London 1958.
Duhamel, Jacques:	Le renouvellement de la bourgeoisie française, Paris, Diss. E. L. S. P., 1944.
Dupeux, Georges:	Le front populaire et les élections de 1936, Paris 1959.
ders.:	La société française 1789-1960, Paris 1964.
Duroselle, Jean-Baptiste:	Les relations franco-allemandes de 1914 à 1939, Paris 1967.
ders.:	France and the Crisis of March 1936. In: E. Acomb, French Society and Culture since the Old Regime, New York 1966, S. 243-268.
Duveau, Georges:	Les instituteurs, Paris 1957.
Duverger, Maurice:	L'influence des systèmes électoraux sur la vie politique, Paris 1950.
ders.:	Partis politiques et classes sociales en France, Paris 1955 (Cahiers de la FNSP, Partis et élections, Nr. 74).
ders.:	Esquisse d'une théorie de la représentation politique. In: Evolution du droit public. Etudes en l'honneur d'Achille Mestre, Paris 1956, bs. S. 217ff.
ders.:	Les partis politiques, Paris 1967, 6. Aufl.
Earle, E. M. u. a.:	Modern France: Problems of the Third and Fourth Republics, Princeton, New Jersey 1951.
Edinger, Lewis J.:	Heroic Leadership: The Case of Modern France (Political Leadership in Industrialized Societies). In: Comparative Analysis, New York 1967, S. 108-154.
Erhardt, Max:	Deutschlands Beziehungen zu Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich vom Mai 1930 bis Juni 1932, Dis. phil. ungedruckt, Hamburg 1950.

Ehrmann, Henry W.:	French Labor from the Popular Front to Liberation, New York 1947
ders.:	Organized Business in France. Princeton, N. J., 1957
ders.:	Politics in France. 2. Aufl., Boston, 1971
Elbow, Mathew H.:	French corporative theory (1789-1948). New York, 1953
Emmerson, J. T.:	The German remilitarisation of the Rhineland, a study of multilateral diplomacy March 1935 - December 1936. Diss. phil., London School of Economics, 1968
Engelmayer, Otto:	Die Deutschlandideologie der Franzosen. Neue Deutsche Forschungen, 113 (Abt. Volkslehre und Gesellschaftskunde, 10), Berlin 1936
Eubank, Keith:	Munich, Oklahoma 1963
Faure, Marcel:	Les paysans dans la société française, Paris 1966
Faure, Paul:	Eugène Schneider, Potentant du Creusot, Paris 1932
ders.:	Pacifisme et défaitisme, Paris 1948
ders.:	De Munich à la Cinquième République, Paris 1960.
Fauvel-Rouif, Denise:	Mouvements ouvriers et dépression économique de 1929 à 1939, Assen 1966.
Fauvet, Jacques:	Les forces politiques en France, Paris 1951.
ders. und Mendras, Henri:	Les paysans et la politique, Paris 1958 (Cahiers de la Fondation Nationale de Science Politique, Nr. 94).
ders.:	Histoire du parti communiste français, Bd. I, De la guerre à la guerre 1917-1939, Paris 1964.
Favreau, B.:	Georges Mandel, un Clémenciste en Gironde, Paris 1969.
Feller, Jean:	Le dossier de l'armée française. La guerre de 50 ans (1914-1962). Préface de Robert Aron, Paris 1966.
Ferré, Louis:	Les classes sociales dans la France contemporaine Paris 1936.
Fleurieu, Roger de:	Joseph Caillaux au cours d'un demi-siècle de notre histoire, Paris 1951.
François-Poncet, André:	De Versailles à Postdam: La France et le problème allemand contemporain 1919-1945, Paris 1948.
Frédérix, Pierre:	Etat des forces en France, Paris 1935.

Furnia, A. H.:	The Diplomacy of Appeasement: Anglo-French Relations and the Prelude to World War II, 1931-1938, Washington 1960.
Gamelin, Général Maurice:	Service, Paris 1946 ff, 3Bde. Bd II: Le prologue du drame (1930-août 1939)
Gauché, Général:	Le Deuxième Bureau au Travail, 1935-1940, Paris 1953.
Gaudry, Olivier:	Henri de Kerillis, Diplôme Sciences Politiques Paris 1967.
Genet, Lucien:	Cinquante ans d'histoire, 1900-1950, 3 Bände, Paris 1951.
George, Pierre:	Géographie économique et sociale de la France Paris 1946.
Geppert, Walter:	Das Deutschlandbild des integralen Nationalismus. Phil. Diss. Jena 1943 (Manuskript).
Germain-Martin, Henry:	Le problémde de la dévaluation en 1934, Paris 1948.
ders.:	De la prétendue faillite des lois économiques depuis 1914, Paris 1955.
Gibbs, Philip:	European Journey, London 1934.
Gicquel, Jean und Sfez, Lucien:	Problèmes de la réforme de l'Etat en France depuis 1934, Préface de Maurice Duverger, Paris 1965.
Girardet, Raoul:	La société militaire dans la France contemporaine, 1815-1939, Paris 1953.
Giraudoux, Jean:	De pleins pouvoirs à sans pouvoirs, Paris 1951.
Goblot, Edmond:	La barrière et le niveau, Paris 1925.
Godfrin, Jacqueline et Philippe:	Une centrale de presse catholique - La maison de la Bonne Presse et ses publications. Vorwort von Jean Rivero (Travaux et recherches de la Faculté de Droit et des Sciences Politiques de Paris, Série "Science Politique" Nr. 4), Paris 1965.
Goedorp, Victor:	Figures du Temps, Paris 1943.
Goguel, François:	La politique des partis sous la III République, Paris 1946.
ders.:	Géographie des élections françaises sous la Troisième et la Quatrième République, Paris 1970 (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Nr. 159).
Gooch, G. P.:	French Profiles: Prophets and Pioneers, London 1961.
Gorce, Paul-Marie de la:	La République et son armée, Paris 1963

Gouault, J.:	Comment la France est devenue républicaine. Les élections générales et partielles à l'Assemblée Nationale, 1870-1875. Préface de F. Goguel, Paris 1954 (Partis et élections, Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Nr. 62).
Grautoff, Otto:	Franzosen sehen Deutschland, Leipzig 1931.
Greenwall, Harry J.:	Farewell France, London 1949.
Grosse, F.:	Klassenkampf in Frankreich. Das ungelöste französische Sozialproblem. Berlin 1940 (Schriften des Deutschen Instituts für a. p. Forschung, Heft 58).
Guichard, Alain:	Les Francs-Maçons, Paris 1969.
Habib, Michel:	France et Rhénanie, Paris: Ecole Libre de Science Politique (Essai), 1940.
Halévy, Daniel:	La République des Comités, Paris 1934.
ders.:	Visites aux paysans du centre 1927-1934, Paris 1935.
Hamon, A.:	Les maîtres de la France, 3 Bde. 1936-38.
Hauser, O. (Hrsg.)	Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918-39 (10 Vorträge), Wiesbaden 1969.
Henri, Comte de Paris:	Le Prolétariat, Paris 1937.
Herbette, François:	L'expérience marxiste en France, 1936-1938, Paris 1960.
Herzog, Wilhelm:	Barthou, Zürich 1938.
Hoffmann, Stanley u. a.:	A la recherche de la France, Paris 1964.
Hourdin, Georges:	La presse catholique, Paris 1957.
Howard, John Eldred:	Parliament and Foreign Policy in France- A study of the origins, nature and methods of the parliamentary control of foreign policy in France during the Third Republic with special reference to the period from 1919 to 1939, London 1948.
Hughes, H. St:	The Obstructed Path. French Social Thought 1930-1960, New York 1968.
Imann, Georges:	La journée du 6 février, Paris 1934.
Izard, Georges:	Les classes moyennes, Paris 1938.
Jackson, John J.	Clemenceau and the Third Republic. London 1946.
Jaffre, Yves-Frédéric:	Les derniers propos de Pierre Laval, Paris 1953.
Jarausch, Konrad Hugo:	The Four Power Pact, 1933, Madison: The State Historical Society of Wisconsin for the Department of History, Wisconsin 1965.

Joll, James (Hrsg.):	The Decline of the Third Republic, St. Anthony's Papers Number 5, London 1959.
Jolly, Jean:	Dictionnaire des parlementaires français-Notices bibliographiques sur les ministres, députés et sénateurs français de 1889 à 1940, Paris 1960ff., 5 Bände.
Kayser, Jacques:	Mort d'une liberté. Technique et politique de l'information, Paris 1955.
ders. (Hrsg.):	La presse de province sous la Troisième République, Paris 1958 (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques, Nr. 92.)
ders.:	Le Quotidien Français, Paris 1964 (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques Nr. 106)
Kimmel, Adolf:	Der Aufstieg der Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930-33, Bonn 1969.
Kuisel, Richard F.:	Ernest Mercier, French Technocrat, Berkeley 1967.
ders.:	The social-economic modernisation of France in the 20th century, Berkeley 1968.
Labasse, Jean:	Hommes de droite, Hommes de gauche, Paris 1947.
Labrousse, Ernest:	The evolution of peasant society in France from the eighteenth century to the present. In: Acomb (Hrsg.) French Society and Culture since the Old Regime, New York 1966, S. 43-64.
Lachapelle, Georges:	Les régimes électoraux, Paris 1934.
Lacour-Gayet, Robert:	La France au XXe siècle, Paris 1954.
Lafue, Pierre:	Gaston Doumergue: sa vie et son destin, Paris 1933.
Lagardelle, Hubert:	Mission à Rome; Mussolini, Paris 1955.
Langlois, François:	Les salaires agricoles en France, Paris 1962.
Lapaquellerie, Yvon:	Edouard Daladier, Paris 1940.
Lapie, Pierre-Olivier:	Herriot, Paris 1967.
Latreille A. und Siegfried A.:	Les forces religieuses et la vie politique, Paris 1952.
ders. u. a.:	Histoire du catholicisme en France, Paris 1965. Bd. 3, La période contemporaine, 2. Aufl.
Launy, Jacques de:	Die Welt brannte, 1939-1945, Darmstadt 1961.
Laure, Général:	Pétain, Paris 1941.
Laurent, Raymond:	Le parti démocrate populaire (1924-1944). Le Mans 1965.
Lavau, Georges, E.:	Partis politiques et réalités sociales-Contribu-

	tion à une étude réaliste des partis politiques, Paris 1953 (Cahiers de la F. N. S. P. Nr. 38).
ders.:	Les classes moyennes, In: Maurice Duverger, Paris politiques et classes sociales en France, Paris 1955, S. 49-84.
Lecanuet, R. P.:	L'église de France sous la III République, Paris 1907-1930, Bd. 4.
Ledré, Charles:	Histoire de la Presse, Paris 1958.
Leeds, Stanton B.:	These rule France: The story of Edouard Daladier and the menaround Daladier, New York 1940.
Lefranc, Georges:	Histoire du travail et des travailleurs, Paris 1957.
ders.:	Histoire du Front Populaire 1934-1938, Paris 1965.
ders.:	Le mouvement syndical sous la Troisième République, Paris 1967.
Léger, Bernard M. E.:	Les opinions politiques des provinces françaises-Caractères principaux des divers partis politiques français et géographie électorale" de la France. Examen comparé des résultats des élections législatives des 22-29 avril 1928 et 1er-8mai 1932, Paris 1934.
Leites, Nathalie:	The Rules of the Game in Paris, Chicago 1969.
Leitolf, Otto:	Die Gedankenwelt von Henri Massis. Phil. Diss. München 1940, Romanische Studien, Heft 53, Berlin 1940.
Lemery, Henri:	De la paix de Briand à la guerre de Hitler, Paris 1949.
Letellier, Gabrielle u. a.:	Enquête sur le chomâge. Bd. I: Le chômage en France de 1930 à 1936, Paris 1939.
Lhomme, Jean:	Le problème des classes. Doctrine et faits, Paris 1938.
Lichtheim, G.:	Marxism in Modern France, Columbia University Press 1966.
Long, Raymond:	Les élections législatives en Côte d'Or depuis 1870. Essai d'interprétation sociologique, Paris 1958 (Partis et élections, Cahiers de la F. N. S. P. Nr. 96).
Lorwin, V.:	The French labor movement, Cambridge 1954.
McRae, Dugan, Jr.:	Parliament, Parties and Society in France 1946-1958, New York 1967.
Maitre, Jacques:	La Presse Catholique. In: Forces religieuses et attitudes politiques dans la France contemporaine, hrsg. von René Rémond (Colloque de Strasbourg, 23-25 Mai 1963), Paris 1965, S. 259-290.

Maizy, Henri:	Les groupes antiparlementaires de droite en France de 1933 à 1939. Mémoire de l'Institut d'Etudes Politiques de Paris 1951, maschinenschriftlich.
Mallet, Alfred:	Pierre Laval, Paris 1954 ff., 2 Bde.
Manévy, Raymond:	La Presse de la Troisième République, Paris 1955
ders.:	Histoire de la Presse (1914-1939), Paris 1958.
Manuel, Frank E.:	The Prophets of Paris, Cambridge, Massachussets 1962.
Matrat, Jean:	Histoire des relations franco-anglaises, Paris 1953.
Mayeur, Jean-Marie u.a.:	Cent ans d'esprit républicain, Paris 1964.
Mendras, Henri:	Etudes de sociologie rurale, Paris 1952 (Cahiers de la F.N.S.P., Nr. 40)
Mercier, Ernest:	Ernest Mercier, Sammelband, Paris 1958.
Merle, Marcel:	Les modérés. In: Maurice Duverger, Hrsg. Partis politiques et classes sociales en France, Cahiers de la F.N.S.P., Paris 1955, S. 241-276.
Meynaud, Jean:	Les groupes de pression en France, Paris 1958.
ders. und Lancelot A.:	Les attitudes politiques, Paris 1962.
Micaud, Charles:	The French Right and Nazi Germany, 1933-1939 A Study in Public Opinion, Durham 1943.
Michaud, Guy (Hrsg.):	Tendances politiques dans la vie française depuis 1789, Paris 1960.
Miquel, Pierre:	Poincaré, Paris 1961.
Mohler, Armin:	Die französische Rechte, München 1958. Konservative Schriftenreihe Bd. 3.
Montagne, Robert Havard de la:	Histoire de la Démocratie Chrétienne de Lamenais à Georges Bidault, Paris 1948
Morazé, Charles:	La France bourgeoise, Paris 1945.
Mordacq, Jean J.H.:	Clémenceau, Paris 1939.
Montreuil, Jean:	Histoire du mouvement ouvrier en France, Paris 1946.
Namier, L.B.:	Europe in Decay - A Study in Disintegration 1936-1940, London 1950.
Neré, Jacques:	La Troisième République (1914-1940), Paris 1965.
Newman, W.J.:	The Balance of Power in the Inter-War-Years 1919-1939, New York 1968.
Nolte, Ernst:	Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française, Der italienische Faschismus, Der Nationalsozialismus, München 1963.

Nolte, Ernst:	Die faschistischen Bewegungen, München 1966, Bd. 4, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts.
Oehler, Heinz:	Zum Ordnungsgedanken in der dritten Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Nationalismus. Phil. Diss. Leipzig 1938, Leipziger Romanistische Studien, Litt. Wiss. Reihe 8, Borna-Leipzig 1938.
Oualid, William:	Les classes moyennes. In: Mélange Truchy, Paris 1938, S. 419-431.
Ozouf, Jacques:	Nous, les maîtres d'école. Autobiographie d'instituteurs de la Belle Epoque, Paris 1967 (Archives. 27).
Parias (Hrsg.):	Histoire du peuple français. Bd. V. Antoine Prost, De la République menacée à la Libération, 1931-1947, Paris 1953.
Paul, Harry W.:	The second ralliement. The rapprochement between Church and State in France in the twentieth century, Washington 1967.
Paxton, Robert O.:	Parades and Politics at Vichy - The French Officer Corps under Marshall Pétain, Princeton, New Jersey 1966.
Pierce, Roy:	French Politics and Political Institutions, New York 1968.
Pierrard, Pierre:	Dictionnaire de la III. République, Paris 1968.
Pirou, Gaetan:	De la France d'avant-guerre à la France d'aujourd'hui, Paris 1939.
Pitts, Jesse R.:	Continuité et changement au sein de la France bourgeoise. In: A la recherche de la France, Paris 1964, S. 265-343.
Plumyene, Jean:	Pétain, Paris 1964.
Ponteil, Félix:	Les classes bourgeoises et l'avènement de la démocratie, 1815-1914, Paris 1968.
Pose, A.:	La monnaie et ses institutions, Bd. 1, Paris 1942.
Poulantzas, Nicos:	Pouvoir politique et classes sociales, 2 Bde., Paris 1968.
Pourrat, Henri:	L'homme à la bêche, Paris 1941.
Pressac, Pierre de:	Les forces historiques de la France. La tradition dans l'orientation politique des provinces, Paris 1928.
Priouret, Roger:	La république des députés, Paris 1959.
Prost, Antoine:	De la République menacée à la Libération 1931-1947. In: Paris Editor: Histoire du peuple français de 1948 à nos jours, Paris 1953, S. 377-492.

Prost, Antoine:	La C. G. T. à l'époque du Front populaire, 1934-1939. Essai de description numérique, Paris 1964 (Cahiers de la F. N. S. P. Nr. 129).
ders.:	Histoire de l'enseignement en France. 1800-1967, Paris 1968.
Reichert, Günter:	Das Scheitern der Kleinen Entente. Eine Studie zur Entwicklung der internationalen Politik im Donauraum von 1933 bis 1938 sowie zur Theorie der Bündnispolitik, Bonn, Diss. Pol. Wiss., 1966.
Rémond, René:	Les catholiques, le communisme et les crises 1929-1939, Paris 1960 (Kiosque Nr. 7, unter Mitarbeit von Alain Coutrot).
ders.:	La Droite en France de la première Restauration à la V. République, Paris 1968.
ders.:	La droite qu'est-ce que c'est? , Paris 1968.
Riencourt, Amaury de:	Nationalism in France, Orbis, Philadelphia Vol. X, Nr. 4, Winter 1967.
Rist, Charles und Pirou, Gaetan:	De la France d'avant-guerre à la France d'aujourd'hui. Vingt-cinq ans d'évolution de la structure économique et sociale française, Paris 1939.
Roche, A. V.:	Les idées traditionalistes en France de Rivarol à Charles Maurras, Urbana, Illionois 1937.
Roche, Emile:	Caillaux que j'ai connu, Paris 1949.
Rocque, Edith et Gilles de la:	La Rocque tel qu'il était, Paris 1962.
Rohden, Peter Richard:	Demokratie und Partei in Frankreich. In: Demokratie und Partei, Wien 1932.
ders.:	Die französische Politik und ihre Träger, München 1941.
Rößler, Hellmuth:	Ideologie und Machtpolitik 1919. Plan und Werk der Pariser Friedenskonferenz 1919, Göttingen 1966.
ders. und Hölzle (Hrsg.):	Locarno und die Weltpolitik 1924-1932, Göttingen 1969.
Rothstein, André:	The Munich Conspiracy, London 1958.
Rowse, A. L.:	Appeasement: a Study in Political Decline, 1933-1939, New York 1961.
Rueff, Jacques:	Les fondements philosophiques des systèmes économiques, Paris 1967.
Sauvy, Alfred und Depoid, Pierre:	Salaire et pouvoir d'achat des ouvriers et des fonctionnaires entre les deux guerres (Veröffentlichung von "Travail humain", Serie A., Nr. 12), Paris 1940.

Sauvy, Alfred und Depoid, Pierre: (Hrsg.):	Mouvement économique en France de 1929 à 1939, Veröffentlichung des Service National des statistiques, Statistique générale et Institut de conjoncture, Paris 1941.
ders.:	Histoire économique de la France entre les deux guerres (1918-1931), 2 Bde., Paris 1965/67
Scott, William Evans:	Alliance against Hitler. The origins of the Franco-Soviet Pact, Durham, N.C., 1962.
Sédillot, R.:	Histoire du Franc, Paris 1939.
Siegfried, André:	L'évolution politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République, Paris 1913.
ders.:	Tableau des partis en France, Paris 1930 (Les Ecrits. Seconde série 6).
ders.:	Géographie électorale du département de l'Ardèche sous la III. République, Paris 1950 (Cahiers de la F.N.S.P. Nr. 9).
ders.:	De la III. à la IV. République, Paris 1956.
Simon, Yves:	La grande crise de la République française, Montreal 1941.
ders.:	The Road to Vichy, 1918-1938, New York 1942.
Simone, André:	J'accuse! The men who betrayed France, New York 1940.
Sommer, Walter:	Die Weltmacht USA im Urteil der französischen Publizistik 1924-1939 (Tübingern Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 22), Tübingen 1967.
Sorel, Jean Albert:	Histoire de France et d'Angleterre: la rivalité, l'entente, l'alliance, Amsterdam 1950.
Suarez, Georges:	La grande peur du 6 février au Palais-Bourbon, Paris 1934.
ders.:	Briand, Sa vie-son oeuvre avec son journal et de nombreux documents inédits, 6 Bände, Paris 1938-1952.
Suffert, G.:	Les catholiques et la gauche, Paris 1960.
Suleiman, E.N.:	The French Bureaucracy and its students. World Politics, Vol. XXIII, Nr. 1, (Okt 1970), S. 121ff.
Scheler, E.:	Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zur Zeit der aktiven Außenpolitik Hitlers Ende 1937 bis zum Kriegsausbruch Diss. phil. Ffm 1962.
Schmidt, Paul:	Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945: Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1949.
Schmidt, Royal J.:	Versailles and the Ruhr: Seedbed of World War II, Den Hagg 1968.

Schram, S. R.: Protestantism and politics in France, Alençon 1954.

Shirer, William L.: The Collapse of the Third Republik: An Inquiry into the Fall of France in 1940, New York 1969.

(dt., Der Zusammenbruch Frankreichs. Aufstieg und Fall des Dritten Republik, München 1970.)

Tabouis, Geneviève: Vingt ans de "suspense" diplomatique, Vorwort von Paul Boncour, Paris 1958.

Talbott, John E.: The Politics of Educational Reform in France, 1918-1940, Princeton 1969.

Tardieu, André: Louis Aubert, Ivan Martin, Michel Missoffe, François Piétri, Alfred Pose; introduction par Gabriel Puaux; hommages de Bernard Baruch, Lord Vansittart, Paul van Zeeland, Paris 1957.

Thibaudet, Albert: Les idées politiques de la France, Paris 1932.

Thorez, Maurice: Oeuvre, 6 Bände, Paris 1950 ff.

Tirard, Paul: La France sur le Rhin. Douze années d'occupation rhénane, Paris 1930.

Torrès, Henry: Pierre Laval-La France trahie, New York 1941.

Touchard, Jean: Littérature et politique. Cours de l'institut d'études politiques de Paris, éditée par l'Amicale des Elèves 1954-55.

Tournoux: Défense des frontières, Paris 1960.

Trotignon, Yves: La France au XXe siècle, Paris 1968.

Varennes, Claude: Le destin de Marcel Déat, Paris 1948.

Vaussard, Maurice: Histoire de la démocratie chrétienne. France, Belgique, Italie, Paris 1956.

Vietsch, Eberhard von: Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg, Schriften des Bundesarchivs Bd. 4, Als Manuskript gedruckt, Koblenz 1958.

Vincent, Louis A.: L'exode agricole en France depuis 1900. Sa liaison avec les taux de productivité et les élasticités de consommation. Etudes et Conjonctures, Paris, Fev. 1963.

Wahl, Nicholas: The French Political System. In: Patterns of Government - The Major Political Systems of Europe, hrsg. von Samuel H. Beer, Adam B. Ulam, New York, 2. Aufl. 1962, S. 275-461.

Wandycz, Piotv S.: France and her Eastern Allies 1919-1925 French-Czechoslovak-Polish relations from the Paris Peace Conference to Locarno, The University of Minnesota Press, Minneapolis 1962.

Weber, Eugen: The nationalist revival in France 1905-1914 Berkeley, Los Angeles, 1959.

ders.: Action Française - Royalism and Reaction in Twentieth Century France, Stanford, California 1962.

Weil, Simone: La condition ouvrière, Paris 1959.

Weill, Georges: Le Journal. Origines, évolution et rôle de la presse périodique. L'Evolution de l'Humanité, Bd. 94, Paris 1934.

Wheeler-Bennet, John W.: Munich - Prologue to Tragedy, London 1963.

Wieder, Joachim: Jacques Bainville, Nationalismus und Klassizismus in Frankreich. Sprache und Kultur der germ. und röm. Völker, C, 17, Breslau 1939.

Wolfe, Martin: The French Franc between the Wars, 1919-1939, New York 1950.

Wolfers, Arnold: Britain and France between Two Wars. Conflicting strategies of Peace from Versailles to World War II, 2. Aufl., New York 1966

Wright, Gordon: Rural Revolution in France: The Peasantry in the Twentieth Century, Stanford 1964.

Ziebura, Gilbert: Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911-1914, Berlin 1955 (Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. I.

ders.: Interne Faktoren des französischen Hochimperialismus vor 1914, in: W. J. Mommsen (Hrsg.), Der moderne Imperialismus, Stuttgart, 1971, S. 85-139 (Reihe Kohlhammer)

ders.: Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 - Mythen und Realitäten, Stuttgart, 1970

2) Artikel und Aufsätze

Aron, Raymond: The diffusion of ideologies. In: Confluence, Bd. 2, Nr. 1 (März 1953), S. 3-12

Askew, William C.: Secret Agreement between France and Italy on Ethiopia, Janauary 1935. In: Journal of Modern History, XXV, March 1953, S. 48/ff.

Bariéty, Jean: Une tentative de réconciliation franco-allemande et son échec 1932-33. In: Revue d'Histoire Moderne 15, 1968, S. 433-465.

Bernonville, Dugé de: Les revenus privés en 1936. In: Revue d'Economie Politique, 1936, S. 528-551.

Bouvier-Adam, H.: Les classes moyennes dans la France contemporaine. In: Pensée, Juli/August 1960.

Brugmans, Henri: Pourquoi le fascisme n'a-t-il pas"pris" en France? In: Res Publica, Revue de l'institut Belge de Science Politique 7 (1968), S. 77-85.

Cairns, John C.:	"March 7, 1936 Again: The View from Paris", In: International Journal, Bd. 20 (Spring 1965), S. 930-1246.
Carré de Malberge, René:	Considérations théoriques sur la question de la combinaison du référendum avec le parlementarisme. In: Revue du Droit Public et de la Science Politique, Bd. 48, Paris (1931), S. 225-244.
Congar, Yves:	Mentalité "de droite" et intégrisme. In: La Vie Intellectuelle, Juni 1950, S. 644-666.
Dominique, Pierre:	Psychologie de Pierre Laval. In: Ecrits de Paris, Févr. 1955, S. 48-54.
Duverger, Maurice:	L'éternel marais. In: Revue française de Science Politique, Jg. XIV, Nr. 1, (Feb. 1964), S. 33-51.
Girardet, Raoul:	Introduction à l'étude du nationalisme français. In: Revue Française de Science Politique. VIII. H. 3 (Sept. 1958), S. 505-528.
ders.:	L'Action Française, qu'était-elle? qu'en reste-t-il? Une discussion avec Raoul Girardet, Philippe Aries, René Rémond, Etienne Borne et Henri Bourbon. In: France Forum Nr. 60, Novembre 1964, S. 2-12.
Ehrmann, Henry W.:	Direct Democracy in France. In: American Political Science Review, Vol LVII, Dez. 63, Nr. 4, S. 883-901.
Frédérix, Pierre:	L'action directe et ses troupes en France: In: Revue de Paris 41, 3 (1934), S. 112-132.
Kayser, Jacques:	Die französischen Zeitungen in der Dritten Republik. In: Publizistik, Heft 1, 4. Jg. (Jan/Febr. 1959), S. 20-28.
Massoul, Henry;	Quelques Aspects de la politique extérieure du fascisme. In: Mercure de France, Série Moderne, Bd. 233, Juni 1932.
ders.:	Les étapes de la révolution fasciste. In:Mercure de France, Série Moderne, Oct-Nov. 1932, S. 513-541.
ders.:	Italie-France, In: Mercure de France, Série Moderne Jan-Feb. 1932, S. 60-71.
Ménevée, Roger:	The Plot to kill French Democracy. In: Current History 40 (1934), S. 25-32.
Moulin, L. und Aerts L.:	Les classes moyennes. Essai d'une bibliographie critique d'une définition des classes moyennes. In: Revue d'Histoire Economique et Sociale, Nr. 2-3, 1954.
Pietri, François:	Souvenir de Barthou, Revue des Deux Mondes 1. März 1961.

Rémond, René:	Les Anciens Combattants et la politique. In: Revue Française de Science Politique, Bd. V, Heft 2 (Juni 1955), S. 267-290.
ders.:	Les intellectuels et la politique. In: Revue Française de Science Politique, IX-4, Dezember 1959, S. 860-880.
ders.:	Explications du 6 février. In: Politique, Revue Internationale des Doctrines et des Institutions, Juli-Dez. 1959, S. 218-230.
Tardieu, André:	Où en sommes-nous? In: Revue hebdomadaire, Paris 1933, S. 13-40.
ders:	L'Heure où nous sommes. In: Revue hebdomadaire 1934, Nr. 6, S. 139-154 u. 284-305.
ders.:	Réformer ou casser. In: Revue des Deux Mondes, 1934 XX, S. 135-161.
ders.:	La Méditerranée, Clef de l'Afrique. In: Revue des Deux Mondes, 1938, 8, XLVIII, S. 293-300.
ders.:	Le Maréchal Foch. In: Revue des Deux Mondes, 1939, 8, LII, S. 517-536.
Vallat, Xavier:	La Fédération Nationale Catholique. In: Ecrits de Paris, Nov. 1954, S. 65-74.
Vermeil, Edmond:	L'Allemagne et les démocraties occidentales. Les conditions générales des relations franco-allemandes. Dotation Carnegie pour la paix internationale. In: Bul. Nr. 1/1931, S. 1-69.
Vivenot, Monique:	Un homme politique lorrain: Louis Marin et l'Allemagne (1905-1933). In: Bulletin de la Faculté des Lettres de Strasbourg, Feb. 66, S. 483-491.
Watt, D. C.:	The Secret Laval-Mussolini Agreement of 1935 on Ethiopia. In: Middle-East Journal, XV, Winter 1961, S. 69-78.
Wilson, St.:	History and Traditionalism. Maurras and the Action Française. In: Journ. Hist. Ideas 29, 1968, S. 365-380.
Wright, Gordon:	Peasant politics in the third French Republic. In: Political Science Quarterly 1955, S. 75-86.

Lebenslauf

Am 4. September 1936 wurde ich als dritter Sohn des Architekten Arthur Höhne und seiner Ehefrau Gertrud in Halle/Saale geboren. Dort besuchte ich von 1942 bis 1954 die Grund- und Oberschule. Am 6. Juni 1954 bestand ich das Abitur an der August-Hermann-Francke Oberschule in Halle/S. und begann im Herbst des gleichen Jahres mit dem Studium der Theologie und Geschichte an der Universität Greifswald. Von 1956 bis 1963 studierte ich Geschichte, Politologie und Soziologie in Berlin (West), Tübingen, Evanston (USA), Montreal (Kanada), Aix-en-Provence (Frankreich) und Paris. Während dieser Zeit erwarb ich den amerikanischen Master of Arts, die französische Licence-ès-Lettres und das Diplom der Politologie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Seit 1963 bin ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaften der FU Berlin beschäftigt und arbeite dort unter der Leitung von Prof. Dr. Gilbert Ziebura an einer Studie über die Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik während der Zwischenkriegszeit mit. Mein besonderes Interesse gilt den historischen und soziologischen Grundlagen der Politik, den Internationalen Beziehungen und der Vergleichenden Lehre.